Donnerstag, 17. Juli 1986 - D * * *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 163 - 29.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn - (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme. Kettwig (0 20 54) 10 15 24 Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 560,00 Din, Luxemburg 38,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

Heute in der WELT

Die maritime Strategie der Sowjetunion

Der designierte Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Hans Joachim Mann, hat vor Schwachstellen bei der Versorgung Zentraleuropas über See gewarnt. Der Befehlshaber der Flotte: „Wer uns wirtschaftlich und militärisch entscheidend treffen will, braucht sich nur des Seetransportraumes zu bemächtigen." Diese maritime Strategie werde bereits in Friedenszeiten durch die Sowjetunion vorbereitet. Seite 4

POLITIK

Asylrecht: Zur Lösung des Asylantenproblems muß nach Auffassung von CSU-Chef Strauß das Grundgesetz geändert werden. In einem Interview der „Bild"-Zeitung sagte er, damit sollte der Asylanspruch gesetzlich begrenzt werden. Strauß wandte sich gegen einen Automatismus bei der Asylgewährung. (S. 4)

Engagement: Das Bochumer Schauspielhaus hat den wegen Mordversuchs verurteilten Schauspieler Christoph Wackernagel – früher Mitglied der terroristischen „Rote Armee Fraktion" – als Ersten Regie-Assistenten für die kommende Spielzeit engagiert.

Niederlande: Der sozialdemokratische Politiker Joop den Uyl, der seit 20 Jahren die Partei der Arbeit geführt hat, tritt von seinem Amt als Fraktionsvorsitzender zurück. Er hatte die Partei in sieben Wahlkämpfen geführt.

Österreich: Die Parlamentswahlen sind für den 5. April nächsten Jahres festgelegt worden. Der Generalsekretär der regierenden SPÖ, Peter Schieder, sagte in Wien, er rechne nicht mit Einwänden des kleineren Koalitionspartners, der Freiheitlichen Partei.

Geheim: Beim amerikanischen Luftfahrtunternehmen Lockheed sind nach Ermittlungen eines Ausschusses des US-Kongresses fast 800 Unterlagen über zum Teil streng geheime Militärprojekte verschwunden oder gefälscht worden. Lockheed soll auch die für Radar kaum erkennbaren „Stealth"-Flugzeuge fertigen.

Blitzbesuch: Der ägyptische Präsident Mubarak ist zum Start einer kurzfristig anberaumten Europareise gestern in Rom eingetroffen. Die nächsten Stationen sind Paris, London und Bonn. Dringende Wirtschaftsprobleme sind der Anlaß für die Reise.

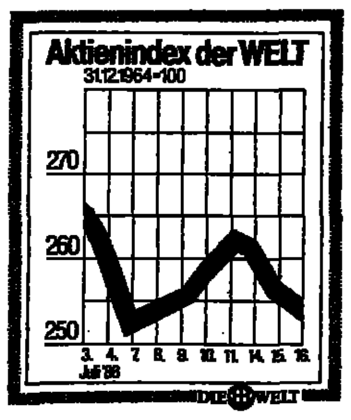
Raketen: Die israelische Waffenindustrie hat eine eigene Raketen-Abwehrrakete entwickelt. Dieser „Blitz" hat eine Reichweite von zehn Kilometern; er kann von Sturmbooten und Schiffen senkrecht gestartet werden.

Sri Lanka: Präsident Junius Jayewardene will mit Vertretern des Militärs über die angebliche Tötung von Zivilisten bei Aktionen gegen Rebellen sprechen, um damit zur Beruhigung der Krisensituation in den Nord- und Nordostprovinzen beizutragen.

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik wird in diesem Jahr um drei bis 3,5 Prozent wachsen. Dies hat die OECD in ihrem jüngsten Länderbericht prognostiziert. Die Organisation liegt damit auf der optimistischen Linie des Frühjahrsgutachtens der fünf führenden deutschen Konjunkturinstitute. (S. 9)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern erneut schwach und auf Jahrestiefststand. Die Kurse gaben vielfach um Beträge in zweistelliger Höhe nach. Am Rentenmarkt zogen die Kurse öffentlicher Anleihen an. WELT-Aktienindex 250,41 (257,67). BHF-Rentenindex 106,771 (106,666). BHF-Performance-Index 105,431 (105,299). Dollarmittelkurs 2,1526 (2,1610) Mark. Goldpreis je Feinunze 347,60 (346,00) Dollar.



KULTUR

Spoleto: Das 29. Festival in der alten langobardischen Herzogsstadt bot nur sporadisch ein Bild wie zu den Glanzzeiten. Programme waren dürftig – wenn nicht der 75. Geburtstag von Giancarlo Menotti gewesen wäre. (S. 17)

„Zeitblumen": 1973 wurde der Roman „Momo" von Michael Ende mit dem Deutschen Jugendbuchpreis ausgezeichnet; Johannes Schaaf hat ihn jetzt als deutsch-italienische Koproduktion in Rom verfilmt. (S. 17)

SPORT

Tennis: Der Deutsche Verband hat gegen die Auslosung des Federation-Cup der Damen protestiert. Er will durchsetzen, daß sein Team mit Steffi Graf und Claudia Kohde hinter den USA auf Platz zwei gesetzt wird. (S. 7)

Fußball: Der Gesamtetat der 18 Bundesliga-Klubs für die nächste Saison beträgt 118,1 Millionen Mark. Im Vergleich zum Vorjahr kürzte der Hamburger SV seinen Etat von 10,1 Millionen Mark auf 7,7 Millionen Mark. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Geschöpft: Sie schaffen das Wasser der Regnitz auf dürftige Sandböden; Wasserschöpfräder (Foto), die im Sommer zwischen Erlangen und Möhrendorf unerschöpflich ihren Dienst versehen. Urheimat dieser Räder sind die Stromtäler des Nils, Mesopotamiens, des Indus und des Huanghe. Die frühen Hochkulturen dieser Regionen gelten als Erfinder des ausgeklügelten Systems. Vielleicht haben Nürnberger Kaufleute die Erfindung mitgebracht. (S. 18)

Many: Tags ist er korrekter Verwaltungsoberinspektor mit Scheitel, Zweireiher, Aktenkoffer. Abends schmachtet er im Elvis-Sound: „Love me tender". Ein Krankenkassen-Angestellter, der in der Band „Many and the Teddyshakers" flotte Musik macht.– Alte Rock'n Roll-Träume. (S. 18)

Leserbriefe und Personalien Seite 6
Umwelt – Forschung – Technik Seite 7
Fernsehen Seite 16
Wetter: Schwül-warm Seite 18

Bonn appelliert an „DDR": Meißner soll sich stellen

Haftbefehl gegen Vizepräsident der Ostberliner Akademie der Wissenschaften

W. K./DW. Bonn/Berlin

Der in der Bundesrepublik Deutschland übergelaufene stellvertretende Generalsekretär der Ostberliner Akademie der Wissenschaften, Herbert Meißner, darf die Bundesrepublik vorerst nicht verlassen. Regierungssprecher Friedhelm Ost sagte gestern in Bonn, der 60jährige Funktionär sei Mitarbeiter des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Gestern wurde der von Generalbundesanwalt Rebmann beantragte Haftbefehl erlassen.

Wie die Bundesanwaltschaft erklärte, befindet sich in den Akten eine von Meißner unterschriebene Erklärung. Darin bestätigt er, daß er freiwillig gekommen und Angaben aus eigenem Entschluß gemacht habe. Wie die WELT gestern in einem Teil der Auflage bereits berichtete, hatte sich Meißner vor einigen Tagen beim Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach bei München gemeldet, nachdem er während einer Dienstreise in West-Berlin bei einem Kaufhaus-Diebstahl angezeigt worden war. Zu einem am Dienstag vereinbarten weiteren Gespräch mit dem BND war Meißner jedoch nicht erschienen. Die „DDR"-Vertretung in Bonn teilte vielmehr mit, Meißner sei aus dem Gewahrsam des BND in das Gebäude der Vertretung in der Bundeshauptstadt geflüchtet. Nach Angaben der „DDR" habe der Wissenschaftler erklärt, er sei unter Druck gesetzt und entführt worden. Meißner werde nach Ost-Berlin zurückkehren, hieß es in der amtlichen „DDR"-Verlautbarung weiter. Der Zeitpunkt für die Rückkehr stehe jedoch noch nicht fest, da „alles noch im Fluß" sei.

Aufgrund der Erkenntnisse über Meißners Mitarbeit beim „DDR"-Geheimdienst wurde das beabsichtigte Gespräch eines Angehörigen aus dem Bundeskanzleramt mit Meißner abgesagt. Das Bundeskanzleramt hat die „DDR" aufgefordert, Meißner solle sich stellen, „um den Verdacht auszuräumen". Bis zum späten Nachmittag lag noch keine Antwort aus Ost-Berlin vor. Nach Informationen der WELT soll Meißner seit über zehn Jahren als Reisekader Aufträge des MfS erledigen.

Professor Meißner gilt als Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der „DDR" FOTO: DPA

Kreml ordnet Zwangsumsiedlung an

„Iswestija"-Artikel beendet Hoffnungen auf baldige Rückkehr nach Tschernobyl

RMB./DW. Moskau

Tausende von Familien, die nach der Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl ihre Wohnungen verlassen mußten, werden nicht mehr in ihre Heimatorte zurückkehren können. Sie sollen in größerer Entfernung von der verstrahlten Zone neu angesiedelt werden. Betroffen sind von dieser Anordnung sowohl Menschen aus der unmittelbaren Umgebung von Tschernobyl als auch bisherige Bewohner aus dem weißrussischen Bezirk Gomel.

Die Regierungszeitung „Iswestija" berichtete gestern, daß eine endgültige Umsiedlung der in Sicherheit gebrachten Weißrussen beschlossen worden sei, und zwar vom Süden in den Norden, in das Gebiet von Gomelskaja. Der zuständige Vorsitzende des Staatsbau-Komitees der weißrussischen Republik, Jurij Puplikow, begründete in einem Interview die Umsiedlung mit „rein wirtschaftlichen Überlegungen". Er bestritt energisch, daß etwa eine „Verseuchung" der Grund sei. Die „Iswestija" bemühte sich ebenfalls, nicht den Eindruck einer dramatischen Entwicklung aufkommen zu lassen. Der Hinweis in dem Artikel „Wir bauen nicht einfach Häuser, sondern wir bauen für das Leben der Menschen" deutet allerdings auf den endgültigen Charakter der Zwangsumsiedlung hin. Überhaupt widersprechen die jüngsten Informationen früheren sowjetischen Presseberichten, in denen den Bewohnern mehrerer Gemeinden aus dem Unglücksgebiet eine baldige Rückkehr in Aussicht gestellt worden war. Unter Berufung auf einen Sprecher der staatlichen Baubehörde schrieb die „Iswestija" ferner, die Bewohner der evakuierten Dörfer hätten „mehr als genug Geld" bekommen, um sich all das neu zu kaufen, was sie hätten zurücklassen müssen. Bisher war lediglich mitgeteilt worden, daß die betroffenen Menschen eine Entschädigungssumme von 200 Rubel (rund 660 Mark) erhalten hätten.

Welch ungeheure bauliche Anstrengungen die sowjetischen Behörden derzeit unternehmen, um die Folgeschäden von Tschernobyl einzudämmen, zeigt auch die Tatsache, daß Fachleute in Kiew in nur vierwöchiger Bauzeit die gesamte Wasserversorgung der Zweieinhalb-Millionen-Stadt umgestellt haben. Die Bevölkerung von Kiew ist jetzt vom Dnjepr-Wasser unabhängig.

Der zweitgrößte Fluß der Sowjetunion fließt am Kernkraftwerk Tschernobyl vorbei und wird oberhalb der Stadt in einem riesigen See gestaut. Der See diente bisher als Trinkwasserreservoir von Kiew. Jetzt ist die Versorgung auf den Fluß Desna umgestellt. Dazu mußte eine Leitung mit sechs Röhren über eine sechs Kilometer lange Entfernung gelegt und ein neues Pumpwerk gebaut werden. Nach einem Bericht der Zeitung „Sowjetskaja Rossija" waren nicht weniger als 18 Hindernisse – Brücken, Wege und Unterführungen – zu überwinden. Gleichzeitig wurde in Kiew mit dem Bohren von 58 artesischen Brunnen begonnen, die mittlerweile fertiggestellt sind.

Chirac wendet sich jetzt ans Volk

Regierungserklärung im Fernsehen / Konflikt um Privatisierung erreicht neue Qualität

PETER RUGE, Paris

Der innenpolitische Konflikt, den der französische Staatspräsident François Mitterrand am 14. Juli auslöste, ist in ein neues Stadium getreten. In Paris wird es als Kampfansage an Mitterrand gewertet, daß Jacques Chirac von seinem Recht Gebrauch macht, über das staatliche Fernsehen eine Regierungserklärung abzugeben. Der Sozialist Mitterrand hatte sich geweigert, die Privatisierungsverordnungen der gaullistisch-christlich-liberalen Regierungskoalition in Kraft zu setzen.

Der Präsident stellte sich damit über das Votum des Parlaments, das den Premierminister ermächtigt hatte, innerhalb eines Rahmengesetzes über die Wirtschaftsreform per „Ordonnanzen" die Entstaatlichung von 65 Firmen, Banken und Versicherungen vorzunehmen. Für Chirac ist die Privatisierung ein Schlüssel seiner Liberalisierungspolitik, von der ein neuer Aufschwung und damit ein Abbau der hohen Arbeitslosigkeit in Frankreich erwartet wird.

„Um einen Verfassungsstreit zu vermeiden", so erklärte der Sprecher Chiracs nach der Ministerratssitzung im Elysee, „werde die Regierung die vorgelegten „Ordonnanzen" über die Privatisierung zu einem eigenen Gesetz transformieren, das nächste Woche in die parlamentarische Beratung gegeben werden soll".

Im Umkreis von Chirac wird darauf hingewiesen, daß die angeblichen Bedenken des Staatspräsidenten, die sich daran knüpften, daß „Güter, die der Nation gehören, an Ausländer verschleudert werden sollen", nur einen Vorwand darstellen können. Die Klausel, wonach ausländisches Kapital sich an diesen 65 privatisierten französischen Firmen nur bis zu 15 Prozent, in Ausnahmefällen sogar nur bis zu 5 Prozent beteiligen dürfen, habe Mitterrand gekannt, ebenso die Formel, die es dem Staat gestatte, fünf Jahre lang in den Unternehmen ein Vetorecht auszuüben. Im übrigen hätten sowohl Verfassungsrat wie auch Staatsrat keine entscheidenden Einwände gegen diese Privatisierungsvorhaben Chiracs erhoben. „Mitterrands Urteil aber stand schon vorher fest."

Im französischen Parlament wird von einer Brüskierung des Mehrheitswillens der Franzosen durch den Staatschef gesprochen. „Dies ist nicht mehr der Präsident der ganzen Nation", heißt es. „Mitterrand hat sich zum Anführer der Linken erklärt, für die eine Verstaatlichung zur Ideologie des Sozialismus gehöre."

Das Parlament dürfte nun zu einer Sondersitzung zusammengerufen werden, eine Abstimmung über das Privatisierungsgesetz wird für Mitte August erwartet. Zumindest hat die Kraftprobe mit dem Präsidenten die Reihen der Regierungskoalition jetzt fest geschlossen. Im Gefühl dieser Macht hinter sich kann Chirac nun den feinen Umgangston, der bisher die „Cohabitation" bestimmte, ablegen. Denn die Bürger erwarten von ihm Entschlossenheit, die Reformpolitik trotz aller Hürden durchzuführen. Darauf weisen alle Meinungsumfragen hin.

Queen in Sorge um Commonwealth

rtr, London

In der Südafrika-Frage droht ein Konflikt zwischen Premierministerin Margaret Thatcher und Königin Elizabeth. Namentlich nicht genannte Kabinettsmitglieder erklärten gegenüber fünf britischen Zeitungen, von denen vier als regierungsfreundlich gelten, falls die Regierungschefin weiterhin keine Sanktionen gegen Südafrika verhängen wolle, sei eine offene Auseinandersetzung mit der Königin zu befürchten. Hintergrund ist die Sorge der Königin um den Fortbestand des Commonwealth, dessen Mitglieder mehrheitlich nach Sanktionen drängen. Die Monarchin hat ihren Sommeraufenthalt in Schottland verschoben, um als Oberhaupt des Staatenbundes am Commonwealth-Gipfel im August teilzunehmen. Die britische Agentur PA meldet, sie wolle notfalls zwischen der Premierministerin und den Vertretern der Commonwealth-Länder vermitteln.

Bürgermeister will kein WAA-Konzert

DW. Burglengenfeld

Der Stadtrat von Burglengenfeld hat mit 13 gegen 11 Stimmen für die Genehmigung des Konzerts gestimmt, das deutsche Rock-Musiker am 26. Juli zugunsten Oberpfälzer Bürgerinitiativen gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage bei Wakkersdorf geben wollen. Sicherheitsbedenken im Hinblick auf das rund 20 Kilometer entfernt liegende WAA-Baugelände haben den Bürgermeister der Stadt, Stefan Bawidamann, dazu veranlaßt, die Entscheidung des Stadtrats für rechtswidrig zu erklären und sie außer Vollzug zu setzen.

Die Regierung der Oberpfalz und das bayerische Innenministerium hatten gegen das Festival, zu dem Zehntausende Besucher, darunter Chaoten aus dem ganzen Bundesgebiet, erwartet werden, ebenfalls Sicherheitsbedenken geltend gemacht.

Die Veranstalter werden das Verwaltungsgericht anrufen.

Seite 8: Fall für die Richter

Mehr Markt bei der Post

HH. Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern das neue Modem-Konzept von Bundespostminister Schwarz-Schilling bestätigt und damit das ablehnende Votum des Postverwaltungsrats (WELT v. 2. 7.) überstimmt. Die von der Bundespost in über dreijährigen Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften erzielte Kompromißlösung sieht neben der Einführung neuer auch die Zulassung privater Modems vor (das sind Zusatzgeräte, mit denen Dateninformationen über das Telefonnetz vermittelt werden können).

Hersteller und Anwender der Datenfernverarbeitung hatten ähnliche Forderungen gestellt. Wirtschaftsminister Bangemann (FDP) sieht in dem Beschluß ein deutliches Signal für die vom Ministerium befürwortete Neuorientierung der Fernmeldepolitik mit mehr Markt und weniger hoheitlichen Beschränkungen.

DER KOMMENTAR

Auf dem Schlauch

WERNER KAHL

Über den Griff ins volle Kaufhausregal, mit dem der stellvertretende Generalsekretär der Ostberliner Akademie der Wissenschaften in West-Berlin auffiel, wäre die Öffentlichkeit mit einer Notiz in der Lokalpresse hinweggegangen. Ein Fall von Kleinkriminalität durch einen möglicherweise zerstreuten Professor. Was veranlaßte Ost-Berlin, mit dem Ladendiebstahl des Genossen das Konto der Beziehungen zu Bonn zu belasten?

Im Ernst glaubt natürlich in der „DDR" niemand an die SED-Mär, daß der Bundesnachrichtendienst den sozialistischen Ökonomen bei seiner Westreise erst zur Selbstbedienung manipulierte und dann nach Bayern entführte. Ladendiebstahl, auch kapitalistische Verführung genannt, widerfuhr in den letzten Jahren so manchem strammen Realsozialisten, von Frau Martha von Schnitzler, der Gattin Eduards v. S., über diverse Agenten bis zum Generalsekretär des „DDR"-Eislaufverbandes jüngst in München. Nach dessen Rückkehr allerdings sprach die „DDR"-Führung von einer „Provokation", die die Sportbeziehungen gefährde.

Aus Panik wahrscheinlich, und wahrscheinlich steht Panik auch hinter dieser absurden Affäre. Erst beim Nationalpreisträger, dem der Preis von 9,80 DM für ein Schlauch-Ersatzteil zu hoch war und der wohl, als man ihn griff, keinen Ausweg sah, als gleich dazubleiben und sich dem BND zur Verfügung zu stellen; er mag gehofft haben, daß der Kleindiebstahl dann vertuscht würde.

Und dann die Panik drüben: Nachdem er mit seinen Angehörigen telephonierte und der Staatssicherheitsdienst sich einschaltete (und ihn offenbar wie seinerzeit Rauschenbach umzudrehen vermochte), meinten die SED-Behörden wohl ihrerseits, sie müßten die Affäre samt der peinlichen Erkenntnis, daß (auch) dieser Ökonom im Nebenberuf Stasi-Agent ist, wegdrücken durch „Haltet den BND"-Geschrei.

Wieder Gespräche über Teststopp

DW. London

Die USA und die Sowjetunion werden ihre Gespräche über einen Atomwaffenteststopp wieder aufnehmen, kündigte der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse in London an. Einen Termin nannte er nicht. Zum Abschluß seines Besuchs in Großbritannien erklärte Schewardnadse, von der Antwort Washingtons auf die jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschläge hänge das Zustandekommen eines Treffens zwischen US-Präsident Ronald Reagan und KP-Chef Michail Gorbatschow ab.

Genscher begrüßt SALT-2-Gespräche

DW. Bonn

Bundesaußenminister Genscher (FDP) hat die positive Antwort der USA auf den sowjetischen Vorschlag begrüßt, eine Sitzung der im Vertrag über Raketenabwehrsysteme (ABM) vereinbarten „Ständigen Beratungskommission" einzuberufen, um Fragen mit dem SALT-2-Abkommen zu erörtern. Die Bundesregierung verbinde mit dieser Sitzung die Hoffnung, daß sich beide Seiten auf eine Politik „echter beiderseitiger Zurückhaltung" verständigen.

Seite 2: SALT-Aufklärung

Höchststrafe für Rotsch verlangt

DW. München

Die Bundesanwaltschaft hat gestern vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht die Höchststrafe von zehn Jahren Freiheitsentzug für Manfred Rotsch gefordert, der 30 Jahre als Spion für den KGB gearbeitet haben soll. Rotsch wird beschuldigt, als Mitarbeiter des Rüstungskonzerns MBB Teile der Tornado-Entwicklung und des Spacelab-Programms an den sowjetischen Nachrichtendienst verraten zu haben.

Seite 4: Agent ließ Rotsch auffliegen

Kernkraft: DGB sucht eine Linie

DW. Frankfurt

Der DGB bemüht sich auf einer zweitägigen Klausurtagung in Frankfurt, eine einheitliche Linie über den umstrittenen „Hamburger Beschluß" zu finden. In diesem wurde der Ausstieg aus der Kernenergie „so rasch wie möglich" gefordert. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) sprach sich später gegen einen vorschnellen Ausstieg aus. In der ÖTV sind viele Beschäftigte aus Elektroversorgungsunternehmen organisiert.

Alkohol „Droge Nummer eins"

DW. Bonn

Die Zahl der Alkoholiker in der Bundesrepublik Deutschland ist in den vergangenen zehn Jahren um rund 500 000 auf 1,5 Millionen Menschen gestiegen. „Alkohol ist die Droge Nummer eins in unserer Gesellschaft", sagte Gesundheitsministerin Rita Süssmuth gestern bei der Vorlage des jüngsten Drogenberichts. Bei jungen Menschen seien aber sowohl der Alkoholkonsum als auch der Verbrauch harter Drogen rückläufig.

Seiten 2 und 18: Weitere Beiträge

Dänische Königin besucht Deutsche

geo. Apenrade

Zum ersten Mal nach 66 Jahren wird das dänische Königshaus der deutschen Minderheit in Nordschleswig einen offiziellen Besuch abstatten. Königin Margarethe und Prinzgemahl Hendrik werden am Donnerstag nächster Woche den Besuchstag in Apenrade mit einem deutsch-dänischen Gottesdienst beginnen. Der Geschäftsführer der 20 000-köpfigen deutschen Volksgruppe sprach von einem „krönenden Abschluß des Normalisierungsprozesses."

US-Militär hilft Bolivien im Kampf gegen Kokainhandel

La Paz bittet um Entsendung von Kampfhubschraubern

DW. Washington

Die USA haben Kampfhubschrauber und Soldaten nach Bolivien entsandt, um die Regierung in La Paz in ihrem Kampf gegen die Kokain-Produzenten zu unterstützen.

Die amerikanische Fernsehgesellschaft CBS berichtete unter Berufung auf Regierungskreise in Washington, die Hubschrauber vom Typ „Blackhawk" – es war von „weniger als zehn" die Rede – sollten die bolivianischen Soldaten in abgelegene Bergwälder transportieren, in denen Coca angebaut und meist noch vor Ort in kleinen Labors zu Kokain verarbeitet wird. An der Operation seien rund 100 US-Soldaten beteiligt, die jedoch auf keinen Fall in bewaffnete Auseinandersetzungen eingreifen dürften, hieß es. Die Entsendung sei auf Wunsch der bolivianischen Regierung zustandegekommen.

Hintergrund der Aktion ist die wachsende Sorge der USA, den Zufluß von Rauschgift aus Mittel- und Südamerika nicht mehr unter Kontrolle bringen zu können. Der Rauschgiftboom in ganz Südamerika hängt mit der Wirtschaftskrise zusammen. Die Bauern bauen an, was schnelles Geld bringt. Größere Sorgen bereitet jedoch die enge Verbindung zwischen Rauschgifthandel und Terrorismus. Die Händler versorgen Guerillabewegungen mit harten Dollars und erhalten dafür von den Freischärlern Hilfe und Schutz bei Schmuggelaktionen. Untersuchungsausschüsse des US-Kongresses sind zu dem Schluß gelangt, daß Kuba und die sandinistische Regierung von Nicaragua die illegale Einfuhr von Rauschgift in die USA systematisch fördern.

Im März (WELT v. 5. 3.) war eine Untersuchungskommission der amerikanischen Regierung zu dem Ergebnis gekommen, daß der Rauschgifthandel ein Problem für die nationale Sicherheit geworden sei und mit zivilen Mitteln allein nicht mehr ausreichend bekämpft werden könne. Verteidigungsminister Caspar Weinberger sprach sich damals jedoch gegen die Empfehlung aus, Militär im Kampf gegen den Rauschgifthandel einzusetzen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

SALT-Aufklärung

Von Herbert Kremp

Die amerikanische Bereitschaft, mit den Sowjets über Genf eine Sonderrunde über das SALT-II-Abkommen zur Rüstungsbegrenzung zu fahren, erscheint auf den ersten Blick defensiv und ruckartig. Am 27. Mai hatte Präsident Reagan angekündigt, sein Land fühle sich nicht länger an das – dort nie ratifizierte, aber dennoch eingehaltene – Abkommen aus der Carter-Zeit (Juni 1979) gebunden. Die Sowjets protestierten, rollenverstärkend kritisierten die Europäer die Erklärung Reagans. Moskau forderte eine Sondersitzung des für die SALT-Verträge eingerichteten Konsultativ-Ausschusses, und der Präsident kommt dieser Forderung jetzt nach. Fügt sich Washington dem sowjetisch-westeuropäischen Druck?

Genau genommen ist es anders: Die Sowjetunion hat sich bislang geweigert, auf die amerikanischen Vorwürfe einzugehen, sie habe SALT II (bzw. den ABM-Vertrag) durch den Bau einer neuen Interkontinental-Rakete, durch die Verschlüsselung von Ratetentest-Daten und durch den Bau einer Radaranlage zum Zwecke der Raketenabwehr verletzt. Die USA haben ihre elektronischen und nachrichtendienstlichen Feststellungen unterbreitet, ohne Eindruck zu erzielen. Auch die Westeuropäer befaßten sich lieber mit Gorbatschows generellen Abrüstungsplänen als mit den Unterlagen über sowjetische Verstöße gegen bereits ausgehandelte Vereinbarungen dieser Art. Ronald Reagan mußte diese Widerstände überwinden. Das beste Mittel war, die Praxis von Salt II in Frage zu stellen.

Die USA werden die Genfer Zwischenrunde dazu nutzen, die von ihnen behaupteten sowjetischen Verstöße gegen SALT und den ABM-Vertrag – er schränkt die Maßnahmen zur Raketenabwehr ein – zur Sprache zu bringen. Moskau wird das Forum zu propagandistischen Zwecken nutzen, was niemanden wundert. Derlei Klappern gehört zum Abrüstungs-Handwerk. Im Grunde kommt es für Washington nur darauf an, sich verhandlungsbereit zu zeigen und die Vertragsverletzungen der Sowjets möglichst breitenwirksam vorzutragen. Besonders die Öffentlichkeit des Westens muß besser unterrichtet werden. Man fragt sich, warum die Begründer der Madison Avenue, die ja nicht in Moskau sitzen, sondern in New York, von ihrer Kunst so sparsam und zögernd Gebrauch machen.

Bewußtsein keimt auf

Von Eberhard Nitschke

Nach Ausgaben für Aufklärung und Information über rund zwanzig Jahre hinweg und in unbekannter Millionenhöhe aus Steuermitteln zeigen sich „erste Anzeichen" dafür, daß sich in der Bevölkerung ein Bewußtsein für die Gefährlichkeit illegaler Drogen gebildet hat.

Es ist diese Angabe im Bericht der Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth über die Situation vor allem beim Drogen- und Alkoholmißbrauch, die das ganze Ausmaß der Betäubungsmittel-Katastrophe erkennen läßt. Darüber können auch erfreuliche Aussagen in dem von der Bundesregierung bestellten umfangreichen Bericht nicht hinweghelfen. „Kontinuierlicher Rückgang", „Stagnation" beim Umsatz und „leicht abnehmende Tendenz" bei der Zahl der von illegalen Drogen abhängigen angeblich nur fünfzigtausend Süchtigen oder der anderthalb Millionen krankhaften Trinker sind ein Signal der Hoffnung, mehr nicht.

Mindestens so interessant wie die kleinen Erfolgsmeldungen und die mehrfache Feststellung eines gewandelten Bewußtseins vor allem bei der Jugend dem Problem gegenüber ist das Panorama hinter der Rauschgift-Deliktstatistik und den Trinkerzahlen. Der ungeheure Nothilfe-Apparat, der hier im Laufe der Jahre aufgebaut wurde und der fortwirkend finanziert werden muß, kann frösteln machen. Nach derzeitigen Schätzungen stehen in der Bundesrepublik Deutschland neben der Masse der mit Tausenden von Mitarbeitern wirkenden Beratungsstellen allein für Alkoholkranke an die neuntausend Betten für stationäre Entwöhnungsbehandlung zur Verfügung. Für Drogenabhängige hat man schon so weit diversifiziert, daß das Bundesgesundheitsministerium beispielsweise eine Einrichtung für werdende und junge drogenabhängige Mütter mit Kleinkindern finanzierte, weiter solche für „sehr junge Abhängige", für Paare, Familien oder für „Alkoholkranke mit Deprivationserscheinungen".

Nun also bildet sich ein Bewußtsein. Gestützt wird es von BIFOS, dem „Betäubungsmittel-Informationssystem", vom Gesundheitsministerium aufgebaut und nun als „voll betriebsfähig" gemeldet. Ganz offensichtlich hat der Datenschutz hier seine Grenze erreicht – noch einmal ein Bewußtseinswandel.

Das Dreiecksverhältnis

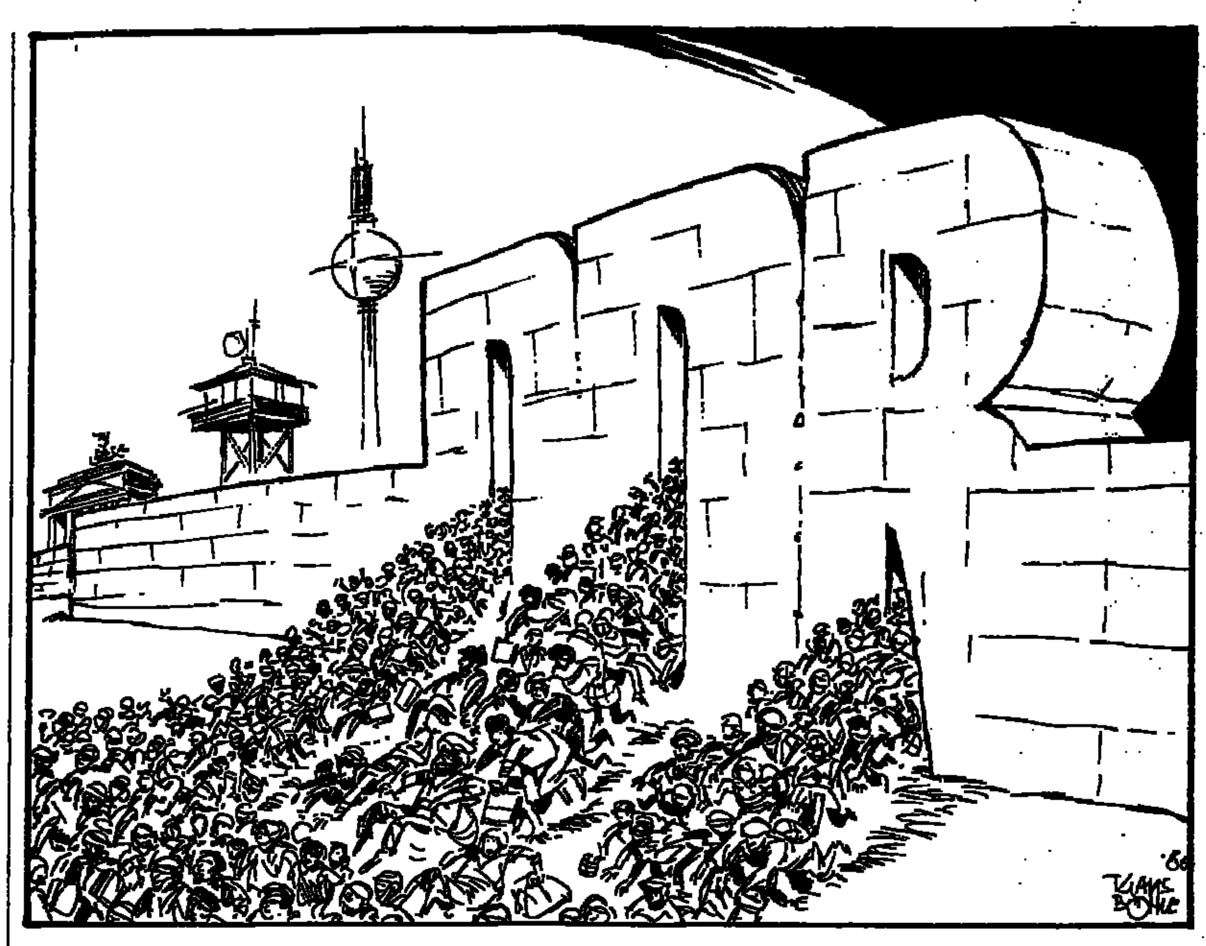
Von Jürgen Liminski

Wenn zwei sich streiten, gereicht das dem Dritten nicht immer zur Freude. Bundeskanzler Kohl sieht sich vor der schwierigen Aufgabe, den sozialistischen Staatspräsidenten Frankreichs und dessen bürgerlichen Premierminister Chirac gleichermaßen freundschaftlich zu behandeln. Für feine Unterschiede gibt es da wenig Raum, denn diese würden sofort Wasserläufe auf die innenpolitischen Cohabitationsmühlen Frankreichs freisetzen. Was tun? Bei solchen Strudeln links und rechts der deutsch-französischen Freundschaft bleibt Kohl nur der schmale Steg des Protokolls.

Auf diesem Steg schreitet der Kanzler. Daß das dem einen oder anderen Partner in Paris bisweilen nicht paßt, gehört zum Tagesgeschäft der Politiker. Kohl wird sich dadurch kaum beirren lassen. Nur: Die Verhältnisse werden dadurch kompliziert, daß seit einigen Wochen Reizwörter wie Cattenom, Agrarpolitik, deutsch-französische Rüstungsprojekte oder Kalisalze über den Rhein hin- und hergeworfen werden.

Vorsicht ist geboten. Die französischen Freunde werden zwar auch durch Umweltprobleme und gescheiterte Projekte nicht mehr zu Gegnern der Deutschen. Aber sie erfreuen sich eines intakten Nationalgefühls, und zwar sehr gern auf dem Rücken von Dritten. In dieser undankbaren Rolle sehen sich in der Regel die Sowjets oder die Amerikaner. Das könnte sich geographisch auch mal ändern.

Man versetze sich nur einmal in das Haupt des Präsidenten: Prima vista ist es für Mitterrand ein Prestigegewinn, wenn es zwischen Kohl und Chirac „Terminschwierigkeiten" gibt, er jedoch allem Anschein nach jederzeit und überall den deutschen Kanzler treffen kann und dies auch tut. Innenpolitisch, und das heißt cohabitationspolitisch, wäre es für seine Popularitätskurve allerdings noch besser, wenn er im Falle einer Zuspitzung der Sprachlosigkeit zwischen Matignon und Kanzleramt als Vermittler auftreten oder gar die französische Position stützen könnte. Das wäre so recht nach dem Geschmack des Fuchs im Elysée.



Das Asylantenloch KLAUS BÖHLE

Einiges blieb offen

Von Rupert Scholz

Mit seinen Entscheidungen vom 14. Juli 1986 hat das Bundesverfassungsgericht einige durchaus wichtige Klärungen und Fortführungen in das Recht der Parteienfinanzierung gebracht. Wichtig ist vor allem, daß nach den Spendenaffären, die den Parteien wie unserer parteienstaatlichen Demokratie in der Öffentlichkeit so sehr geschadet haben, ein wieder fundierteres Maß an Rechtssicherheit und verfassungsrechtlicher Bekräftigung des Rechts der Parteien auch auf Unterstützung durch Spenden eingekehrt ist.

In der parteienstaatlichen Demokratie unseres Grundgesetzes gehört es zum selbstverständlichen Recht des Bürgers, ebenso über die Mitgliedschaft in Parteien wie durch deren (materielle oder immaterielle) Unterstützung am politischen Willensbildungsprozeß teilzunehmen. Unterstützt jemand politische Parteien mit Spenden, so kann dies unter den Aspekten steuerlicher Abzugsfähigkeit beziehungsweise Gemeinnützigkeit nicht anders behandelt werden, als wenn sonstige im öffentlichen Interesse liegende Organisationen unterstützt werden.

Zutreffend konstatiert daher das Bundesverfassungsgericht, daß es nicht zu beanstanden sei, „die Finanzierung der politischen Parteien durch die steuerliche Begünstigung von Beiträgen und Spenden zu stärken". Zutreffend hat das Bundesverfassungsgericht auch die Vergabe öffentlicher Mittel zur Förderung der politischen Bildungsarbeit durch den politischen Parteien nahestehende Stiftungen legitimiert. Zum politischen Willensbildungsprozeß im weiteren, aber verfassungsmäßigen Sinne gehört nämlich auch die politische Bildungsarbeit. Daß diese Stiftungen ihrerseits selbständig, eigenverantwortlich und von geistiger Offenheit sein müssen, ist rechtlich wie politisch selbstverständlich.

Der rechtliche Weg, Möglichkeiten wie Grenzen legitimer Parteienfinanzierung abzustecken, ist inzwischen lang geworden. Das Bundesverfassungsgericht hat sich seit 1958 wiederholt mit diesen Fragen befassen und hierbei durchaus auch an der eigenen Rechtsprechung Korrekturen vornehmen müssen. Wenn 1958 die Abzugsfähigkeit von Parteispenden bis zur Höhe von zehn Prozent der Einkünfte oder zwei Promille des Umsatzes als verfassungswidrig erkannt wurde, so waren die 1967 eingeführten Begrenzungen der Abzugsfähigkeit zwar verfassungsmäßig, aber schon damals als zu eng erkennbar. Dies räumt das Bundesverfassungsgericht heute ein, wenn es dem Gesetzgeber ausdrücklich das Recht bescheinigt, „die Steuerbegünstigung von Zuwendungen an politische Parteien erheblich auszuweiten". Andererseits hält sich das Gericht an seine ursprüngliche Abgrenzung, wenn es einen absoluten Spendenbetrag (100 000 DM) als Grenze der Abzugsfähigkeit postuliert. Dieser Betrag sieht sich weder in der Gesetzgebung noch in der Verfassung vorgegeben, erscheint jedoch ungeachtet dessen als abgewogen; er liegt sicher im Rahmen dessen, was die Verfassung als Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum für das Parteienrecht zuläßt.

Für jede Form der Parteienfinanzierung gilt unverändert das Verbot der reinen oder auch nur überwiegenden Staatsfinanzierung, weil die Parteien gesellschaftliche und nicht staatliche Organisationen sind. Als gesellschaftliche Organisationen sind die Parteien vorrangig auf die Finanzierung durch den Bürger selbst, das heißt durch Beiträge und Spenden, angewiesen. Dies bekräftigt das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich. Der vielfältig erhobene Vorwurf gegen Spenden beziehungsweise der Versuch der Diskreditierung solchen politischen Engagements des Bürgers sollte sich jetzt endlich erledigt haben.

Andererseits ist ebenso unbestreitbar, daß ein unbegrenztes Maß an steuerlicher Abzugsfähigkeit von Spenden das Prinzip der für alle Bürger geltenden demokratisch-gleichen Teilhabe am politischen Willensbildungsprozeß antasten kann. Es kann zwar keine absoluten Maßstäbe für (materielles wie immaterielles) Bürgerengagement in und gegenüber den Parteien geben. Aber daß einzelne kraft ihrer finanziellen Möglichkeiten „einen bestimmenden Einfluß auf politische Entscheidungen einer Partei ausüben", kann in der Tat „mit dem Recht der Bürger auf gleiche Teilhabe an der politischen Willensbildung nicht vereinbar" sein. Mit der Begrenzung der Abzugsfähigkeit auf 100 000 DM sucht das Bundesverfassungsgericht hier die richtige Mitte zu finden. Daß ihm dies nicht mißlungen ist, wurde bereits gesagt.

Offen bleibt indessen nach wie vor die Frage, ob es nicht sachgerechter gewesen wäre, das steuerrechtliche Prinzip progressiver Besteuerung und progressiver Abzugsfähigkeit je nach Einkommenshöhe als solches unangetastet zu lassen und die nötige Begrenzung in systemgerechter Weise über ein Verfahren korrespondierender Degression in der Abzugsfähigkeit auszutarieren. Das letzte Wort wird auch insoweit noch nicht gesprochen sein. Dies liegt naturgemäß beim Gesetzgeber.

Nicht der Weisheit letzter Schluß scheint auch die vom Bundesverfassungsgericht bekräftigte Verfassungsmäßigkeit des sogenannten spendenmäßigen Chancenausgleichs im Parteiengesetz zu sein. Richtig ist zwar, daß zwischen den Parteien und ihrer finanziellen Unterstützung durch die Bürger ein möglichst intaktes Gleichgewicht bestehen sollte, um die politische Chancengleichheit aller Parteien nach Möglichkeit zu wahren. Wenn jedoch politisch engagierte Bürger einzelne Parteien, ihrem politischen Bekenntnis gemäß, finanziell unterstützen, so werden sie schwerlich begreifen oder akzeptieren, daß unter dem (übergeordneten) Aspekt der Chancengleichheit aller politischen Parteien ihr spendenmäßiger Beitrag über die staatlichen Steuerkassen zu Ausgleichsansprüchen anderer beziehungsweise konkurrierender Parteien und der von ihnen vertretenen Richtungen führen kann. Eine solche „Sozialisierung" partei- und spendenpolitischen Engagements wirkt politisch lebensfremd und rechtlich außerordentlich konstruiert. Auch diese Krücke im Parteienfinanzierungsrecht benennt mit Sicherheit nicht das letzte Wort. Die Prognose fällt nicht schwer: Die Parteienfinanzierung bleibt auf der Tagesordnung.

GAST-KOMMENTAR

Der Staatsrechtslehrer Professor Dr. Rupert Scholz ist Berliner Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten FOTO: HANS HÖFT

IM GESPRÄCH Robert Brown

Ein schwarzer Republikaner

Von Dietrich Schulz

In den Korridoren des State Department war es kein Geheimnis: Herman Nickel ist amtsmüde. So war es schon lange keine Frage mehr, ob der Botschafter in Pretoria sein Amt zur Verfügung stellen würde, sondern nur noch wann. Nun scheint der Zeitpunkt näherzurücken, da der zur Zeit in Europa urlaubende Nickel offiziell seinen Abschied nehmen darf.

Zwei Namen sind in Washington als Nachfolger im Gespräch: Richard Viets und Robert Brown. Entschiede sich Präsident Reagan für Richard Viets (55), so wäre von dem Botschafterwechsel kaum besonderes Aufheben zu machen. Viets ist als Berufsdiplomat langjähriger Angehöriger des amerikanischen Auswärtigen Dienstes. Seine Wahl hieße, daß Washington auf Kontinuität, auf geübte Routine setzt.

Anders sähe es aus, wenn der Präsident Robert Brown den Vorzug geben sollte. Denn die Hautfarbe des einundfünfzigjährigen Geschäftsmannes aus High Point im Bundesstaat North Carolina ist Schwarz. Brown gehört zu den nicht sehr zahlreichen Angehörigen der schwarzen Minderheit, die sich politisch eher zur Republikanischen als zur Demokratischen Partei hingezogen fühlen. Heute als Firmenberater tätig, sammelte Brown schon in den frühen siebziger Jahren politische Erfahrungen ganz oben in der Zentrale der Macht. Im Weißen Haus Richard Nixons arbeitete er als „Special Assistant".

Was Robert Brown als Persönlichkeit hochinteressant macht, ist die Tatsache, daß er sowohl den mit extremen politischen Ansichten hervorgetretenen ehemaligen demokratischen Präsidentschaftskandidaten Jesse Jackson als auch den ultrakonservativen republikanischen Senator Jesse Helms zu seinen Freunden zählt. Das bedeutet, daß es Brown versteht, die Gemeinsamkeiten zu pflegen, die ihn mit anderen Mitgliedern der schwarzen Minderheit verbinden, aber auch, daß er sich in der derzeitigen politischen Landschaft gut auskennt.

Washingtons neuer Botschafter in Südafrika? Brown FOTO: AP

In den letzten Monaten suchte er bereits einen gewissen Einfluß auf die Südafrika-Politik der Regierung zu nehmen. Er arrangierte in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium eine Informationsreise von fünfzehn schwarzen College-Präsidenten nach Südafrika, deren Empfehlungen unter anderem zu einem neuen amerikanischen Programm zur Förderung der Lehrerausbildung in Südafrika führten. Das Nachrichtenmagazin „Time" charakterisierte Brown als „die Verkörperung eines Brückenbauers".

Ob die Regierung in Pretoria in der Entsendung eines farbigen Botschafters auch einen „Brückenbau" sehen würde, ist schwer zu sagen. Wahrscheinlicher ist, daß sie in ihr die Ankündigung einer Änderung in der Südafrika-Politik Washingtons vermuten würde. Nicht unwahrscheinlich ist, daß Präsident Reagan gerade dies im Sinn hat.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Sie meint zum Asylanten-Problem:

Es klingt gut, sich für ein beschleunigtes Asylverfahren auszusprechen. Aber die überforderte Bürokratie kann überhaupt nicht „beschleunigen". Und was nützt alle „Beschleunigung", wenn 70 Prozent aller rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber einfach im Land bleiben? ... Nur eine Änderung des Asylrechts kann wirklich Abhilfe schaffen.

Frankfurter Allgemeine

Sie vermißte etwas in einer Rede:

Beim Besuch des pakistanischen Premierministers in Bonn sei alles hervorragend gelaufen, mag die danach vorherrschende Stimmung im Bundeskanzleramt und im Außenministerium sein ... Wie konnte es geschehen, daß der Kanzler in seiner Tischrede beim Mittagessen zu Ehren von Mohammed Khan Junejo nicht ein einziges Wort über dessen verdienstvolle Rolle bei der Wiederherstellung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse in Pakistan verlor? Solche Ermutigung aus berufenem deutschen Mund wäre ein gutes Zeichen gewesen.

Kölnische Rundschau

Sie schreibt zu Chancen des Privatfernsehens:

Die Tatsache, daß die Oberpostdirektionen gleich so oft fündig geworden sind und ein knappes hundert zusätzliche lokale Frequenzen zur Verfügung stellen können, bedeutet immerhin einen Hoffnungsschimmer für interessierte Privat-Anbieter ... Darüber freilich, wer jetzt den Zuschlag erhält, wird es mit Sicherheit zu einem medienpolitischen Machtkampf der Interessierten kommen ... Daß die öffentlich-rechtlichen Anstalten erstmals freiwillig auf die Ausweitung ihres ohnehin zahllose Vorteile garantierenden Monopols verzichten könnten, ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht zu erwarten.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung geht auf die EG-Agrarüberschüsse ein:

Bauernverbände und Minister können indessen sicher sein: Zu einem Aufstand der 320 Millionen EG-Verbraucher wird es nicht kommen. Sie lassen sich nicht organisieren, und sie verfügen über keine Traktoren und schwarze Fahnen. Sie werden also weiterzahlen – bis die Überschüsse zum Himmel stinken.

SÜDKURIER

Die Konstanzer Zeitung kritisiert Späths Wasserpfennig:

Nicht der, der die Umwelt belastet, soll zahlen, sondern der, der sie nicht belastet, erhält Geld. Dies ist eine radikale Abkehr vom gerade von Lothar Späth so gern verfochtenen Verursacherprinzip. Ob allerdings die Rechtsprechung diesen ausgeklügelten Gedankenspielen wird folgen können, ist noch fraglich. Denn aus juristischer Sicht ist der neue Wasserpfennig alles andere als „wasserdicht".

WASHINGTON POST

Sie warnt vor Atomprogrammen Pakistans und Indiens:

Moskau hat genauso viel Interesse wie Washington daran, kleine Länder von Atomwaffen fernzuhalten, damit sie keine Schwierigkeiten auslösen – einen Krieg beginnen, der die ganze Welt in Mitleidenschaft ziehen könnte.

Ein Machwerk kann auch anders angelegt werden

„Struwwelpeter" als Beispiel für die Klippschulpolitik in Düsseldorf / Von Paul F. Reitze

In der letzten Kabinettssitzung der nordrhein-westfälischen Landesregierung vor der Sommerpause ließ sich Ministerpräsident Johannes Rau entschuldigen. Sein Fehlen bot die Möglichkeit, eine heikle Personalangelegenheit zu vertagen. Ob und wann der Staatssekretär im Kultusministerium, Ulrich Kleiner, abgelöst wird, bleibt so in der Schwebe – tunlichst bis nach den Bundestagswahlen. „Spätestens nach dem 25. Januar wird hier im Haus Blut fließen", erklärte ein Beamter des Ministeriums nach der Kabinettssitzung.

Mit Kleiner steht und fällt Kultus-Chef Hans Schwier. Zwischen Minister und Staatssekretär gibt es ein besonders enges Vertrauensverhältnis. In seiner Antrittsrede als Kultusminister vor den Bediensteten seines Hauses im Herbst 1983 sagte Schwier, er wäre zum Wechsel vom Hochschul- zum Schulressort nicht bereit gewesen, wenn sein engster Mitarbeiter ihn nicht hätte begleiten dürfen. „Diejenigen, die jetzt den Staatssekretär schlagen, wollen Schwier treffen", kommentiert der Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Philologenverbands, Peter Heesen.

Das Gespann Schwier/Kleiner hat inzwischen, trotz der ausstehenden Entscheidung in der Hauptsache, eine weitere schwere Niederlage einstecken müssen. Der Staatssekretär wollte einen Vertrauten von Schwiers Vorgänger Girgensohn vorzeitig in Pension schicken. Er mußte auf Ordre des Ministerpräsidenten den Rückzug antreten: Ministerialdirigent Heermann, dem die Schulaufsicht – eine Schlüsselposition im Streit um die Gesamtschule – unterstellt ist, bleibt im Amt. Das kostet viel Autorität.

Auf Schwiers Nachfolge spekuliert nun dessen härtester innerparteilicher Gegenspieler, Manfred Dammeyer. Er ist bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Mit wachsender Intensität versucht er, alte GEW-Positionen durchzupauken. Sein jüngster ideologischer Husarenstreich: Unmittelbar vor einer Sondersitzung des Schulausschusses überreichte er den Oppositionsvertretern einen „Beschlußentwurf", der nur dadurch einstweilen zu verhindern war, daß die CDU-Mitglieder das Gremium verließen.

Unter Punkt 5 sollte eine Berichtspflicht des Ministers gegenüber dem Ausschuß festgeschrieben werden, wie es sie nirgendwo so eng gibt. Inhaltlich wollte Dammeyer vor allem die Kollegschule festklopfen – was auf ein Auseinanderbrechen der Kultusminister-Konferenz hinausliefe.

Schwier hatte auf einer Sitzung der Kultusminister-Konferenz Mitte April in München zugestanden, daß diese Schulform in NRW nicht mehr ausgeweitet wird. Es soll bei den rund zwanzig Standorten bleiben, bis zu einer endgültigen Entscheidung. Das „Modell" will schulische wie berufliche Abschlüsse gleichzeitig vergeben – zwangsläufig auf allerniedrigstem Niveau. Während die ein Gymnasium besuchenden angehenden Abiturienten sich mit anspruchsvoller Lektüre bis hin zum „Faust" beschäftigen müssen, sieht die Kollegschule für die Unterprima nur Kinderbücher vor, insbesondere den „Struwwelpeter". In anderen Bundesländern, etwa in Baden-Württemberg, bringt man dieses Halbwüchsigen-Pensum nicht in Klasse 12, sondern in Klasse 6 hinter sich. Aber der Kollegschüler soll vor allem erfahren, „daß ein Text ein Machwerk ist, das nach bestimmten Überlegungen auch hätte anders angelegt werden können".

Dammeyers „Beschlußentwurf" rühmt den ideologischen Wechselbalg, für dessen Anerkennung es bundesweit keine Mehrheit gibt, über den grünen Klee: „Die im Lande Nordrhein-Westfalen im Schulversuch erprobte Kollegschule ist das modellhafte Vorbild für die Verbindung von allgemeinbildenden und beruflichen Bildungsgängen." Und weiter: „Die Erfahrungen müssen inhaltlich auf andere entsprechende Bildungsgänge, unabhängig von deren bisherigen Organisationsformen und Bezeichnungen, übertragen werden."

Würde Hans Schwier sich solche Richtlinien zu eigen machen, bedeutete dies, was selbst die Gesamtschule nicht geschafft hat: einen bundesweiten bildungspolitischen Krieg. Das Abitur, das im Laufe des nächsten Jahres von den Kultusministern einer durchgreifenden Reform unterzogen werden soll, wäre vollends entwertet. NRW-Abiturienten, die im Süden studieren möchten, müßten sich einer Hochschuleingangsprüfung unterziehen. Doch selbst wenn sie im eigenen Bundesland blieben, hätten viele das Nachsehen: Das Zwischenexamen an den Universitäten, die auf sich halten, würde zur eigentlichen, wenn auch verspäteten Abiturprüfung, mit Rekord-Durchfallquoten.

1685

Der Hunger wird zum Gegner der Sandinisten

Nicaragua nach sieben Jahren sandinistischer Revolution: Es fehlen Milch, Fleisch, Reis und Brot. Zum ersten Mal ist der Hunger in diesem Land zu einem Problem geworden. Das Volk verarmt. Kriminalität und Prostitution nehmen zu. Wer dem Elend entgehen will, verläßt das Land. Regime und Stimmung sind auf dem Nullpunkt.

Von WERNER THOMAS

„Los Ranchos" zählt zu den besten Restaurants des Landes. Das populäre Freiluft-Lokal neben dem Außenministerium serviert seit Somozas Zeiten saftige Steaks. An diesem Juli-Abend ist das Haus geschlossen. „Kein Fleisch", erläutert der Kellner, der auf das Klopfzeichen reagiert und die Tür öffnet. Der Taxifahrer fragt später fassungslos: „,Los Ranchos' ohne Fleisch? Sind wir schon so weit?"

Wenn die sandinistischen Revolutionäre nächsten Samstag den siebten Jahrestag ihrer Machtübernahme feiern, wird der eskalierende Krieg gegen die antimarxistischen Contra-Rebellen die Reden, Transparente und Sprechchöre beherrschen. Längst läuft eine neue Mobilisierungs-Kampagne in den Medien. Die Bevölkerung bewegt dagegen ein anderes Problem, das die Presse selten erläutert und kommentiert: die kritischste Versorgungskrise in der Geschichte der Nation. Das Thema „Hunger" beschäftigt die Diskussionen. „Zum erstenmal wird bei uns gehungert", sagt Virgilio Godoy, der prominenteste Oppositionspolitiker.

Die „höllische Wirtschaft" (Präsident Daniel Ortega) bestimmt fast alle Unterhaltungen. Selbst ein Diplomat klagt: „Auch wir leiden unter der ‚no hay'-Situation." Wie ein Alptraum verfolgen die Worte „no hay" (es gibt nicht) die Menschen Nicaraguas.

Der „Supermercado del Pueblo", der Supermarkt des Volkes, an der Carretera Sur Anfang Juli: kein Reis, keine Bohnen, kein Brot, keine Milch, keine Eier, kein Speiseöl. Die Fleischabteilung ohne Fleisch. Bürsten, Besen, Ostblock-Geschirr und Putz- oder Spülmittel füllen die leeren Regale. Vor der Bäckerei an der Plaza España, Gerüchten zufolge im Besitz der Ortegas, stehen die Leute bereits ab vier Uhr morgens nach Brot Schlange. Der Kellner an der Bar des „Intercontinental"-Hotels entschuldigt sich: „Tut mir leid, nur Tona-Bier (dem einige Zutaten fehlen)." Das besser schmeckende „Victoria" ist ausgegangen. Es gibt nur noch eine Zigarettenmarke (ohne Filter), Alas.

Hausfrauen berichten, daß sie sich täglich bis zu siebenmal irgendwo anstellen müssen. Die Regierung läßt im Fernsehen Appelle verbreiten: „Haben Sie Geduld, warten Sie in der Schlange." Ein anderer Aufruf empfiehlt das Kochen ohne Fette. Alle Fette sind rar. Der Taxifahrer, der uns zwei Tage chauffiert, flucht über die Qualität bulgarischer Reifen und kubanischer Batterien. Er startet den Motor, indem er zwei freihängende Leitungen in Berührung bringt. Ein Funke zischt. Der defekte Anlasser konnte wegen des Ersatzteilmangels nicht repariert werden.

Der Mann macht sich Sorgen um die Gesundheit seiner Kinder. In Nicaragua grassieren Epidemien: Meningitis, Malaria, Darmleiden. Das sandinistische Sprachrohr „Barricada" meldete am 2. Juli auf Seite eins: „120 Kinder von Meningitis betroffen." Täglich würden 500 kleine Patienten in das Hospital Manuel de Jesús Rivera gebracht werden. Anfang Juli waren alle Grundschulen geschlossen. „Beamte des Gesundheitsministeriums wollen die Möglichkeit einer bakteriologischen Aggression der Vereinigten Staaten nicht ausschließen", schrieb „Barricada".

Gesundheitsministerin Dora Maria Tellez, ein Mitglied der Comandante-Kaste, erinnerte freilich auch an den Medikamentenmangel und die unzulänglichen hygienischen Verhältnisse. Die Bevölkerung Managuas – „mitten im Wasser" bedeutet der Name in der Indio-Sprache – muß zwei Tage pro Woche ohne Wasser auskommen. Es heißt, daß die Pumpanlagen nicht mehr richtig funktionieren.

Die Stadt der Erdbeben-Ruinen wirkt noch häßlicher als zuvor. Dieser Eindruck drängt sich schon kurz nach der Ankunft auf. Entlang der Carretera Norte, die vom Sandino-Flughafen ins Zentrum führt, registriert man wilden Gras- und Unkrautwuchs. Es sind neue Autofriedhöfe entstanden, auf denen auffallend viele Blechskelette aus dem Ostblock ruhen. Überall schießen schäbige Bretterbuden wie Pilze aus dem Boden, auch in unmittelbarer Nachbarschaft der umzäunten amerikanischen Botschaft. Hier haben sich Flüchtlinge aus den Kriegsregionen niedergelassen.

Klapprige Fahrzeuge rumpeln über Straßen, die Kraterlandschaften gleichen.

Besondere Gefahren bergen Kanalisations-Schächte ohne Betondeckel. Der Wagenpark wird immer osteuropäischer. Hochbeinige bulgarische Kleinbusse der Marke „Robur" mit cremefarbenem Anstrich sind die neuesten Errungenschaften.

Der Cordoba, die Landeswährung, setzt seinen Schrumpfprozeß fort. Offiziell läßt der Staat den Dollar 1:70 tauschen. Der Parallelmarkt darf 900 Cordobas bieten. Die Schwarzmarkt-Händler zahlen bereits bis zu 2200 Cordobas. Bei diesen Kursverhältnissen wurden die Cordoba-Scheine langsam knapp.

Nicaragua '86: Ein Stück Melone – vielleicht die einzige Mahlzeit
FOTO: CAMERA PRESS

Der Dollar ist König. Wer die grünen Noten besitzt, kann fast alles kaufen. Viele Schwarzmarkt-Geschäfte werden auf Dollarbasis abgewickelt. Der Staat ließ auf dem Flughafen und in den beseren Hotels Devisenläden einrichten, deren Angebot neben Kosmetik-Artikeln und Textilien auch die „New York Times" (zwei Dollar) umfaßt.

Die Mehrheit der Bevölkerung klagt über einen rapiden Rückgang des Lebensstandards. Der Privatsektor-Verband Cosep hat errechnet, daß das Realeinkommen eines Campesinos 1979 dreieinhalbmal so hoch war wie heute. Auf dem Schwarzmarkt kostet ein Pfund Reis bereits 2000 Cordobas. Ein Arbeiter muß dafür zwei bis vier Tage arbeiten. Ein Paar Jeans oder ein Paar Schuhe kommen auf mindestens 40 000 Cordobas. So viel, etwa 18 Dollar auf dem schwarzen Devisenmarkt, verdient ein gutbezahlter Arbeiter pro Monat.

Der Verarmungs-Prozeß schuf ein Verbrechensproblem. Managua, vor wenigen Jahren noch die ungefährlichste Hauptstadt der Region, scheint nicht mehr sicher zu sein. Freunde warnen vor Jugendbanden und empfehlen, bestimmte Bezirke zu meiden.

Das älteste Gewerbe floriert. Diskotheken wie „Lobo Jack" dienen als Kontakt-Stätten. Auch das „Mau-Mau", das Tanzlokal mit den zahlungskräftigsten Kunden nahe der „Intercontinental"-Pyramide, zieht gewisse Damen an. Die Leute erzählen, daß der Alkohol-Konsum steigt. Väter notleidender Familien suchen Trost beim „Flor de Caña"-Rum. Die verhängnisvollste Konsequenz der wirtschaftlichen und sozialen Krise ist jedoch die Massenflucht.

In Scharen kehren Nicaraguaner ihrem Land den Rücken. Es gibt keine Zahlen. Vertreter des Privatunternehmer-Verbandes schätzen, daß Hunderttausende in den letzten eineinhalb Jahren die Nation verließen. Unternehmer klagen, sie würden ihre besten Fachkräfte verlieren.

Sieben Jahre nach dem Sturz der Somoza-Diktatur und dem triumphalen Einzug der sandinistischen Revolutionäre in Managua herrscht ein Stimmungstief in der Bevölkerung. Alle Gespräche drehen sich früher oder später um die Versorgungslage, die auch Vizepräsident Sergio Ramirez kürzlich als „äußerst schwierig" bezeichnete. Viele Menschen wollen die Erläuterung der Regierung nicht akzeptieren, der Krieg der „somozistischen Söldner" sei allein schuld an der Misere. „Die Menschen wissen besser Bescheid", meint der christdemokratische Oppositionsführer Erick Ramirez. Er behauptet: „Die Unterstützung für diese Regierung nähert sich langsam dem Nullpunkt."

„Nach sieben Jahren setzen wir den Kampf für den Frieden fort", heißt die Losung der Revolutionsfeier in der nördlichen Frontstadt Esteli. In Managua redet jedoch kaum jemand von den Contras. Die Leute haben andere Sorgen.

Der Lohn der Gewalt – kümmerliche 5300 Dollar

Täglich werden in den USA neunzehn Banken überfallen. Im Kampf gegen die Gangster haben das FBI und der amerikanische Bankenverband den „typischen Bankräuber" gezeichnet.

Von HORST-A. SIEBERT

Es lohnt sich kaum, und nahezu vier Fünftel der Täter werden gefaßt. Dennoch vergeht in den USA kein Tag, an dem nicht statistisch 19 Banken, Sparkassen und andere Kreditinstitute überfallen, ausgeraubt oder bestohlen werden. 1984 (neuere Zahlen gibt es noch nicht) waren es 6796 mit 7731 beteiligten Personen, darunter 411 Frauen. In 6108 Fällen wurden 42,4 Millionen Dollar erbeutet, wovon die Polizei später 6,4 Millionen Dollar sicherstellte. Im Durchschnitt machte der Lohn der Gewalt mithin kümmerliche 5300 Dollar aus.

Als Warnung für seine rund 13 500 Mitglieder hat der amerikanische Bankenverband den „typischen Bankräuber" ermittelt. Er ist 20 bis 25 Jahre alt, neuerdings weißer Hautfarbe (54 Prozent) und schlägt vorzugsweise freitags zwischen 11 und 15 Uhr zu. Zu 80 Prozent dreht er das „Ding" im Alleingang, indem er sich wie ein normaler Kunde zum Kassenschalter bewegt und einen Zettel über den Tresen schiebt. Gefaßt wurden aber auch schon neunjährige Jungens oder Mütter mit ihren Kindern, die eine Pistole zudeckten.

Es waren die Beamten des Federal Bureau of Investigation (FBI), die so notorische und brutale Bankräuber wie Jesse James, Willie Sutton oder Bonnie und Clyde stellten. Noch heute schlagen sie zu, wenn ein „Holdup" gemeldet wird. Die Statistiken, die im Zimmer 5042 des neuen FBI-Hauptquartiers in Washingtons Pennsylvania Avenue gesammelt werden, sind trotz der Fortschritte in der Verbrecherbekämpfung furchterregend. So ist die Zahl der Banküberfälle in den USA am stärksten gestiegen, verglichen mit allen anderen „Robberies".

Drogensucht ließ die Zahl der Überfälle explodieren

Vor 30 Jahren registrierte das FBI noch nicht einmal 500 Banküberfälle; 1970 waren es schon mehr als 2300 und 1976 über 4500. Zu einer regelrechten Explosion kam es danach: 1979 wurden 7600 und 1981 rund 8000 Finanzinstitute heimgesucht. Seitdem zeigt die Kurve allerdings wieder leicht nach unten. Das erschreckende Plus läßt sich nur mit dem Entstehen der Drogenszene erklären. Von den 1984 gefaßten 4884 Personen benutzten 2704 oder 55 Prozent Drugs, während 973 (20 Prozent) Wiederholungstäter waren.

Zwischen 1976 und 1980, der schlimmsten Ausflipp-Phase, schnellte in den USA die Zahl der Banküberfälle um 71 Prozent in die Höhe, während Überfälle auf Tante-Emma-Läden um 47, auf Straßenpassanten um 45 und auf Tankstellen um fünf Prozent zunahmen. Dazu paßt die regionale Verteilung: Auf Kalifornien mit den Drogenzentren Los Angeles und San Francisco entfielen im vorletzten Jahr 1953, auf Florida 506 und auf New York 488 Banküberfälle.

Nach Angaben des FBI wurden 1984 in 2663 Fällen Schußwaffen und in 81 Messer benutzt. In 1854 Fällen genügte die Drohung, 265 Mal wurden Bomben geworfen. Richtig blutig ging es bei 264 Attacken zu; das Ergebnis waren 21 Tote, 117 Verletzte und 37 abgeschleppte Geiseln, zumeist Angestellte der Institute. Mit dem Leben bezahlten 14 Verbrecher den Griff nach dem leichten Geld.

Erhellt wird das Verhalten der Bankräuber in Amerika noch durch diese Zahlen: In 88 Prozent der Fälle bevorzugten sie den Überfall am Schalter; Safes oder Automaten wurden nur selten geknackt (4,5 und 1,8 Prozent). Noch rarer waren Überfälle auf Geldtransporte und Geldboten (0,4 und 0,3 Prozent). Hinzu kommt, daß die Verbrecher Bankzentralen mieden und sich auf Niederlassungen konzentrierten (90 Prozent), wovon sich wiederum nur wenige (0,1 Prozent) in entlegenen Gegenden befanden. Der Schwerpunkt der Überfälle lag vielmehr in Geschäftsdistrikten (50), in Wohngebieten mit Geschäften (27) und Einkaufszentren (22 Prozent).

Die jüngsten Statistiken des FBI zeigen andererseits, daß sich die amerikanischen Geldinstitute trotz der Überfall-Welle in den vergangenen Jahren immer noch unzureichend schützen. So verfügten 1984 von den betroffenen 6796 Banken und Sparkassen zwar 98 beziehungsweise 96 Prozent über Alarmsysteme und Überwachungskameras, aber nur 0,5 Prozent über kugelsichere Schalter-Einfassungen, die vom FBI als wirksamste Abwehr angesehen werden. Ein gutes Zehntel der elektronischen Geräte war überdies nicht eingeschaltet. Von den 530 bewaffneten Wächtern waren nur 408 im Dienst.

Die American Bankers Association (ABA) in Washington hält für ihre Mitglieder eine Fülle von Schutzvorschlägen, verpackt in zwei dickleibigen Bänden, bereit. Empfohlen werde unter anderem große rechteckige Räume, nach neuen Untersuchungen laden kleine viereckige und „gemütliche" zu Überfällen ein. Die Kassenschalter sollten nicht mehr als 1,50 Meter voneinander entfernt sein, weil sich sonst die „Robbery"-Rate verdoppelt.

Bei der Ausarbeitung eines strategischen Abwehrplans ist jedoch auch darauf zu achten, daß sich nicht alle Kassen in der Schußlinie eines Revolvers befinden. Schalter gegenüber dem Ausgang locken ebenfalls Räuber und Diebe an. Laut ABA besteht außerdem kein Zusammenhang zwischen großen Straßenfenstern und einem verringerten Überfallrisiko. Der Einblick verleitet vielmehr zu schnellen „Hits". Früher glaubte man, Passanten würden sofort die Bescherung sehen und die Polizei rufen. Darüber hinaus empfiehlt der Verband verstärkte Sicherheitsanstrengungen in den Stunden, in denen erfahrungsgemäß die meisten Überfälle stattfinden. So zum Beispiel, wie erwähnt, freitags zwischen 11 und 15 Uhr.

Ein weiteres: Unbewaffnete Bankräuber verhalten sich anders als bewaffnete. Die einen möchten am liebsten nicht auffallen, die anderen suchen geradezu die Aufmerksamkeit damit, so die ABA, „die Leute die Macht der Pistole spüren". Stets sichtbar müssen deshalb die bewaffneten uniformierten Wächter sein: nur so lassen sich auch nicht kalkulierbare Überraschungen vermeiden.

Die meisten Banken sind nicht gesichert

Wirklich schlüssig erklären kann weder das FBI noch der Bankenverband in Washington den 1984 registrierten Rückgang der Überfälle. Den Alarmanlagen und Fernsehkameras sowie den explodierenden Falschgeldbündeln und Farbbeuteln, die von einigen US-Banken verwendet werden, wird keine entscheidende Abwehrwirkung zugeschrieben. Im Washingtoner Umland ist, wie auch anderswo in Amerika, die Mehrzahl der Institute sonst nicht gesichert. Vermutlich ist die Zurückhaltung der Ganoven hauptsächlich auf das bessere Beschäftigungsklima zurückzuführen. Außerdem hat sich die Drogenszene „entschärft".

Konfrontiert bleiben die Finanzinstitute in den Vereinigten Staaten mit zwei Problemen – dem harten Kern der Bankräuber und den hohen Sicherheitskosten, die bei weitem die erbeuteten Geldbeträge übersteigen. Immerhin haben 45 Prozent der Verhafteten eine längere Gefängnisstrafe hinter sich. Trotz der Kameras benutzen 76 Prozent keine Masken, und 97 Prozent folgen beim Banküberfall „eher einem plötzlichen Verlangen als einem genauen Plan". Dagegen ist natürlich kein Kraut gewachsen. Andererseits erfordern kugelsichere Barrieren aus Plexiglas mehr als 2000 Dollar je Schalter, der Umbau der Heizungs- und Lichtanlagen nicht eingerechnet. Verloren geht überdies der von US-Kunden gewünschte persönliche, offene „Look".

Wegen der Kosten entlassen einige Institute bereits die bewaffneten Uniformträger, zumeist von Agenturen wie Pinkerton und Globe angeheuert. Sie verschlingen jährlich, stundenweise eingesetzt, jeweils 37 000 Dollar, also fast siebenmal soviel wie die durchschnittliche Beute. Verwiesen wird darauf, daß die Anwesenheit der bewaffneten Wächter Überfallsituationen verschärft, was von der FBI-Statistik aber nicht gestützt wird. Andere Banken schwören weiterhin auf die Männer in blauen Uniformen: Erstens sind sie gute PR („Wir tun wenigstens etwas"), zweitens fühlt sich das Personal geschützt und drittens können sie Erste Hilfe leisten.

Der siegreiche Kampf um das Edelweiß

Sie sind eine besondere Truppe, die Männer, die das Edelweiß an der Mütze und am Ärmel tragen. Denn sie verteidigen nicht nur die Berge, sondern auch ihre eigene Truppe. Morgen feiert die 1. Gebirgsdivision ihr 30jähriges Bestehen.

Von PETER SCHMALZ

Knapp dreißig Jahre steckte Franz Josef Strauß im Beförderungsstau der Bundeswehr und blieb als Verteidigungs- wie als Finanzminister, als Oppositionspolitiker in Bonn wie als Ministerpräsident in Bayern auf dem Ehrentitel „Gebirgsjäger h. c." sitzen. Morgen aber, wenn die 1. Gebirgsdivision ihr 30jähriges Bestehen mit einem Appell in und einem Marsch durch ihren Standort Mittenwald feiert, gibt es für Strauß endlich den Gefreitenstreifen: Er wird zum „Obergebirgsjäger ehrenhalber" befördert.

Dies soll keine Verbeugung vor dem mit Auszeichnungen ohnehin reich gesegneten Ministerpräsidenten sein, sondern – wie Divisions-Sprecher Major Volker Leopold betont – ein Dankeschön an den Mann, den viele der 22 000 Gebirgsjäger „Vater unserer Division" nennen. Denn er war es, der als junger Bundestagsabgeordneter den damaligen General Heusinger überredete, 1956 zwei Gebirgsbrigaden aufzustellen, die Strauß in seinen ersten Wochen als Verteidigungsminister noch im selben Jahr in eine Division umwandelte.

Damit war eine Einheit wiedergeboren, die zu den traditionsreichsten, aber auch eigenwilligsten zählte und die ihren Ursprung zurückverfolgt bis ins 17. Jahrhundert, als das Heeresaufgebot der oberbayerischen Bauern „Birgschützen" genannt wurde. Zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges bestand bereits ein „Bayerisches Schneeschuhbataillon 1", das innerhalb von drei Wochen zu einem 30 000 Mann starken deutschen Alpenkorps aufgebläht wurde, nachdem die Österreicher aus Furcht vor einem Angriff der gefürchteten italienischen Alpini an der Alpenfront um Hilfe gebeten hatten.

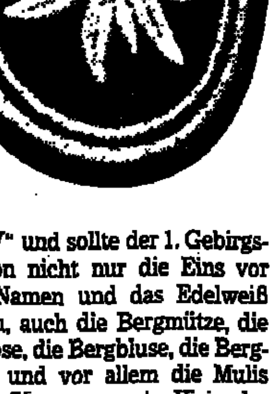
Und damals begann, was die Division heute voller Stolz „bayerische Eigenmächtigkeiten" nennt: Ihr erster Kommandeur General Konrad Krafft von Dellmensingen bekam vom k.u.k.-Verbündeten ein Edelweißabzeichen überreicht, das ihm dermaßen gefiel, daß er 20 000 davon bestellte, sie seinen Männern austeilen ließ und erst nach drei Wochen, als die beschirmten Bergmützen auch in der abgelegensten Bergstellung damit geschmückt waren, einen Genehmigungsantrag an das bayerische Kriegsministerium stellte. Die weiß-blaue Bewilligung lag nach wenigen Tagen vor, doch Uniformänderungen mußte auch das kaiserliche Kriegsministerium in Berlin zustimmen.

Von der Spree aber kam ein Verbot mit dem ungnädigen Hinweis, der Kaiser habe sich „wiederholt scharf gegen Eigenmächtigkeiten im Anzuge, wie sie zum Schaden der Manneszucht vielfach in Erscheinung treten, ausgesprochen". Erst Monate später, während die Gebirgsjäger trotz des Edelweißabzeichens schwere Bergkämpfe voller Manneszucht und Mut bestanden, tickerte das Telegramm: „Edelweißantrag allerhöchst genehmigt."

Vor dreißig Jahren wurde wiederum Allerhöchst mit dem „Leontop' odium alpinum", so der lateinische Name für den naturgeschützten Korbblütler, konfrontiert. In Schuhkartons und Zigarrenkisten hatten die neuen Gebirgsjäger alte Abzeichen aus der Wehrmachtszeit hervorgekramt: breite Blüte mit neun filzigen Blättern und einem Stengel.

Aber Bundespräsident Theodor Heuss wollte nur das stengellose Edelweiß genehmigen, das auch der Alpenverein trägt. Daraufhin schickt Kommandeur Hans Buchner ein gepreßtes Edelweiß an Heuss, worauf dieser salomonisch entschied: „Scheußlich ist es eh, aber in Gottes Namen, tragt es."

Die Gebirgsjäger zeigten sich auch zäh im Abwehrkampf, wenn es galt, Attacken aus der Bonner Hardthöhe abzuwehren. Der schlimmste Angriff wurde vor einem Jahrzehnt geführt unter dem Schlachtruf „Heeresstrukturmodell IV" und sollte der 1. Gebirgsdivision nicht nur die Eins vor dem Namen und das Edelweiß rauben, auch die Bergmütze, die Keilhose, die Bergbluse, die Bergstiefel und vor allem die Mulis und Haflinger waren im Visier der Bonner Schreibtisch-Strategen.



Nachdem die Bündnislage im militärischen Ernstfall einen Angriff aus dem Süden über die Alpen unwahrscheinlich machte, befand der damalige Verteidigungsminister Georg Leber: „Mit Mulis und Kletterschuhen kann kein gepanzerter Angriff aus dem Osten abgeschlagen werden." Er wollte die Gebirgsjäger ausnahmslos vom Huf auf die Kette umrüsten und sie zur 8. Panzerdivision degradieren. Und wo Lasten im Gebirge zu befördern sind, da ist der Hubschrauber schneller, stärker und leistungsfähiger als ein störrisches Tragtier, befanden die rheinischen Technokraten.

Wohl schimpfte ein Feldwebel trotzig über das Barett, das künftig anstelle der Bergmütze getragen werden sollte, „diese Pizza kommt nicht auf meinen Kopf", der Mittenwalder Widerstand gegen die Bonner Großattacke schien jedoch aussichtslos. Dann aber gab es plötzlich Unterstützung, als Ehren-Gebirgsjäger Strauß dem Verteidigungsminister schrieb, ein Blick nach Amerika oder Frankreich zeige, „daß Geschichtsbewußtsein und Tradition keineswegs auf Kosten von Modernisierung oder Schlagkraft der Truppen gehen müssen", und als ein Spion in Lebers Nähe aufflog und diesen zum Rücktritt zwang.

Nachfolger Hans Apel stimmte nach einer Denkpause einem Kompromiß zu, der die Bergtruppe zwar zur Panzer- und Panzergrenadiereinheit machte, ihr aber traditionelle Kleidung und Zeichen ebenso erhielt wie die vierbeinigen Kameraden: In der Tragtierkompanie 230, die in Bad Reichenhall stationiert ist, sind seither Mulis und Haflinger in vier Zügen vereint.

„Für Mulis gibt es keinen Ersatz", sagt Oberstabsveterinär Dr. Wolfram Noreisch, einer von zwei aktiven Bundeswehroffizieren, die diesen ungewöhnlichen Titel tragen. Der andere arbeitet bei der Hundestaffel in Koblenz. Denn auch die Zuverlässigkeit der Hubschrauber hat ihre Grenzen, wenn Wolken und Nebel die Berge umhüllen: „Dann sind Mensch und Tier die letzten Transportmittel, um Munition und Verpflegung nach oben und Verwundete nach unten zu bringen."

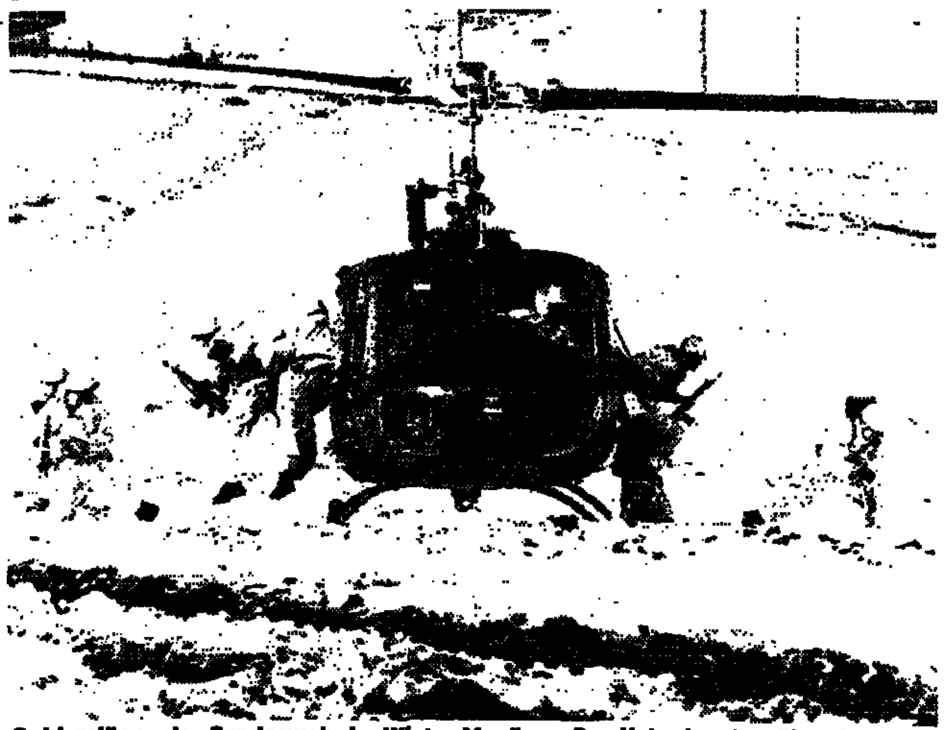
110 Tragtiere taten noch vor einem Jahrzehnt ihren Dienst, immerhin 54 sind es noch heute, darunter zwei Drittel Mulis. Diese fortpflanzungsunfähige Mischung aus einem Eselhengst und einer Pferdestute vermag acht Stunden lang 120 Kilogramm Last zu schleppen und dabei stündlich mindestens 300 Höhenmeter zu überwinden.

Die Haflinger haben sich als weniger belastungsfähig erwiesen, doch ihr Einsatz gilt als Referenz an die bayerische Heimat von Pferd und Truppe. Die Mulis nämlich sind importiert – und das sogar noch aus dem Land, dessen gefürchtete Alpin-Soldaten vor über 70 Jahren die deutsche Heeresleitung veranlaßten, ein Alpenkorps aufzustellen: Die ersten Mulis nach dem letzten Krieg kamen aus Sizilien, 450 Kilo schwer, gut 1,60 Meter groß und als „nervig, nicht zickig, keine Schläger und Beißer" gepriesen.

Die jüngsten sechs, im Mai vergangenen Jahres gekauft, stammen aus der Gegend von Rom. „Wir haben damit den Altersdurchschnitt dieser Truppe erheblich herabgesetzt", begründet Major Leopold den Zukauf. Im „Truppenversuch" schleppen nun auch zwei Norweger schweres Gerät auf bayerische Berge. Man will den nordischen Import auf seine Diensttauglichkeit testen.

Die Tiere belasten den Verteidigungsetat nur geringfügig. Sommers rupfen sie sich die Nahrung eigenzähnig von Wiesen und Matten, ansonsten verdienen sie zu allen Jahreszeiten ein beträchtliches Zubrot, indem sie abgelegene Hütten mit Speis und Trank versorgen. Und das letzte Muli, das in Mittenwald verblieben ist, kostete das Verteidigungsministerium keinen Pfennig: Ehemalige und aktive Gebirgsjäger sammelten 10 000 Mark und ließen ein Muli in Bronze gießen, auf das mindestens ein Exemplar des Traditionstieres auch künftige Heeresstrukturreformen unbeschadet übersteht.

Tragtierkompanie 230: Für Mulis gibt es bei schlechtem Wetter auch heute noch keinen Ersatz
FOTO: DPA



Gebirgsjäger der Bundeswehr im Winter-Manöver: Der Hubschrauber übernimmt den Transport
FOTO: SVEN SIMON

Konsequenzen aus Karlsruher Spenden-Urteil

dpa, Bonn

Die Koalitionspartner haben der SPD und den Grünen Gespräche über Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Parteienfinanzierung angeboten. Die Parlamentarischen Geschäftsführer von CDU/CSU und FDP erklärten gestern, Urteil und Urteilsgründe des obersten Gerichts sollten sorgfältig geprüft und die Vorarbeiten für gesetzliche Änderungen möglichst schnell aufgenommen werden. Ziel sei es, die gesetzgeberischen Maßnahmen dem neuen Bundestag, der aus der Wahl am 25. Januar 1987 hervorgeht, zur Beschlußfassung vorzulegen.

In dem Koalitionsgespräch wurden neben der Parteienfinanzierung auch politische Aktivitäten der Regierung und der Fraktionen während der parlamentarischen Sommerpause erörtert.

Anzeige

QUICK hat Ihnen mehr zu sagen. Zum Beispiel:

Nach dem Terroranschlag:
Die geheimen Pläne der RAF
Europaweit werden Gewaltaktionen von terroristischen Gruppierungen geplant. Jüngster Akt: Der Bombenanschlag auf den Siemens-Vorstand Prof. Beckurts und seinen Fahrer.
QUICK sagt Ihnen, wie stark die neugeordnete Rote Armee Fraktion heute ist, wie sie mit ausländischen Organisationen zusammenarbeitet, wie ihre geheimen Pläne aussehen und wer weiterhin in akuter Gefahr lebt.

QUICK stellt zur Diskussion:
Möchten Sie bis 70 arbeiten?
Den Hintergrund dafür bildet ein Vorschlag aus CDU-Kreisen zur Umstrukturierung der Rentenversicherung. Er sieht vor, die flexiblen Altersgrenzen auch nach oben zu erweitern. Ein Modell, das die bisherige Rentenpolitik auf den Kopf stellt.
In QUICK lesen Sie das Ergebnis einer aktuellen Meinungsumfrage, wie die Deutschen darüber denken. Und in QUICK erfahren Sie auch, wie das Rentenproblem der nächsten Jahrzehnte anders gelöst werden kann.

QUICK steht für Qualität!
QUICK

Wallmann zeigt Verständnis für die französische Haltung zu Cattenom

Keine neuen Sicherheitsgarantien / Lafontaine sammelt Munition für den Wahlkampf

P. RUGE/U. REITZ, Paris/Bonn

Cattenom wird zum Reizwort in den deutsch-französischen Beziehungen. Umweltminister Walter Wallmann gelang es zwar bei seinen Pariser Gesprächen mit Industrieminister Alain Madelin und dem Ressortchef für Umwelt, Alain Carrignon, die Ängste und Sorgen in der deutschen Öffentlichkeit, die nach dem Nuklearunfall in Tschernobyl zu einer Bewußtseinsänderung geführt hätten, verständlich zu machen. An der französischen Haltung zum Kernenergie-Programm der V. Republik ändere sich aber nichts, bilanzierte Wallmann. Der in Paris vorgebrachte Einwand gegenüber dem deutschen Wunsch nach neuen Sicherheitsgarantien müsse akzeptiert werden. Über Cattenom sei mit den Deutschen seit zehn Jahren gesprochen worden, referierte der CDU-Politiker den französischen Standpunkt. Den französischen Planungen habe die deutsche Seite mehrheitlich zugestimmt. Frankreich könne mit Recht sagen, „nichts ist über eure Köpfe hinweg in Cattenom geschehen".

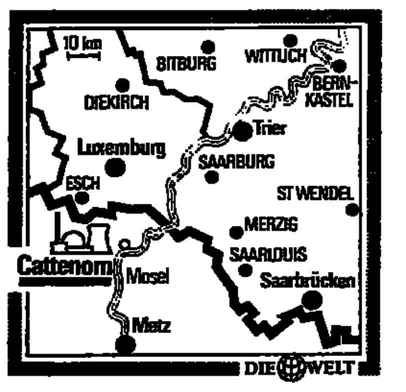
Der deutsche Umweltminister hob in diesem Zusammenhang Irritationen in der französischen Regierung über die Klagen des Saarlandes in Straßburg, aber auch die gleichzeitige Behandlung der Themen Tschernobyl und Cattenom im Deutschen Bundesrat hervor. „Das kann man doch nicht vergleichen".

Frankreich könne aus seiner Souveränität heraus Atommeiler bauen, „ohne uns zu fragen". Im Geist der deutsch-französischen Kooperation aber sei der Dialog über die friedliche Nutzung der Kernenergie gesucht worden. „Offenbar ist jetzt das Gespür bei den Deutschen für diese jahrelange Kontinuität verloren gegangen, da heute anscheinend nicht mehr gelte, was gestern noch gutgeheißen wurde". Das Saarland allerdings hat die entsprechenden Vereinbarungen nie gutgeheißen, auch als es noch von der CDU regiert wurde.

Wallmann verwies darauf, daß eine deutsch-französische Regierungskommission die Gleichwertigkeit des Sicherheitsniveaus französischer Anlagen festgestellt habe – trotz unterschiedlicher nationaler Sicherheitsauflagen. In einem Brief vom 30. Juli 1985 wurde zudem vom damaligen französischen Gesundheitsminister Edmond Hervé zugesichert, Paris werde den deutschen Bedenken zu Cattenom Rechnung tragen.

Den Einwand nicht nur des Saarlandes, sondern auch des CDU-regierten Rheinland-Pfalz, daß dieser Brief keinen Wert habe und die französische Verpflichtung die Form eines Vertrages erhalten müsse, bezeichnete Wallmann als schädlich: „Entweder wir bauen unsere nachbarschaftlichen Beziehungen auf eine Vertrauensgrundlage oder wir gehen in eine Konfrontation, die uns sicherlich weniger einbringt".

Formulierungen in dem französischen Schreiben sind es, die das Unbehagen in Saarbrücken und Mainz hervorgerufen haben. Denn in dem Brief wird der deutschen Seite zunächst mitgeteilt, die Genehmigung für Cattenom sei mit der Auflage erteilt worden, daß der Grenzwert von 15 Curie an radioaktiven Emissionen pro Block und Jahr nicht überschritten werde. Saarbrücken verweist darauf, daß das französische Entgegenkommen im folgenden – „tatsächlich sollte aber im Normalbetrieb eine jährliche Emission von pro Block drei Curie erreicht werden", so der Brief weiter – vage formuliert sei und



von Bonn zu Unrecht als „Garantie" ausgelegt werde.

Hinzu komme, daß diese Absichtserklärung von französischer Regierungsseite für den künftigen Betreiber von Cattenom, die EDF, nicht bindend sei. Die EDF sei nur an die in der Genehmigung festgelegten Werte gebunden. „Aber 15 Curie sind für uns unakzeptabel", so das Saarbrücker Umweltministerium.

Für die SPD-Landesregierung ist die harte Haltung der Franzosen eine Enttäuschung, deren Ursache jedoch sogleich auch der Bundesregierung angelastet wird. Man hatte erwartet, „daß Wallmann mit der Nachricht zurückkommt, Cattenom geht so lange nicht ans Netz, bis über die Klage des Saarlandes entschieden ist". Jetzt vermißt man an der Saar „den Rückhalt für uns aus Bonn" und die klare Absicht, „das französische Projekt politisch zu stoppen". Der Umweltminister hätte nach den Vorstellungen der Landesregierung eine „härtere Gangart" einschlagen sollen.

Daran, daß dies die ohnehin belasteten deutsch-französischen Beziehungen noch weiter strapaziert hätte, stört sich die Landesregierung nicht. Längst hat man sich auf den Konfrontationskurs festgelegt, der – die überzogene Erwartungshaltung an den Wallmann-Besuch an der Seine zeigt es – willkommenes Munitionsmaterial für den Kampf gegen die Bonner Koalition liefert.

Die Landesregierung kann so taktieren, kann sie doch ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl auf kritische Stimmen gegen Cattenom auch aus den Reihen der Saar-CDU verweisen, die ihren von vorneherein aussichtslosen Kampf scheinbar legitimieren. Denn daß Cattenom Wahlkampfthema für die Bundestagswahl sein wird, darauf hat sich die SPD bereits eingerichtet. Schon rüstet sie sich argumentativ auf den Herbst: „Wenn der erste Block im Oktober ans Netz geht, ist das ein Affront gegen unsere Klage". Sicher werden dann auch wieder die erfolglosen Bemühungen Wallmanns in Erinnerung gerufen.

Ab 1. Oktober der neue Marine-Inspekteur: Joachim Mann

„Gerade noch gewährleistet" sieht der designierte Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Hans Joachim Mann, die Transportkapazität zur Sicherung des zivilen und militärischen Nachschubs über den Seeweg. Mann warnte im WELT-Gespräch: „Wer uns wirtschaftlich und militärisch entscheidend treffen will, braucht sich nur des Seetransportraumes zu bemächtigen." Mit dem Befehlshaber der Flotte sprach Georg Bauer.

„Europas Verteidigung steht und fällt mit dem See-Transportraum"

Der designierte Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Hans Joachim Mann, hat vor Schwachstellen bei der Versorgung Zentraleuropas über See gewarnt. Vor dem Hintergrund der abnehmenden Schiffskapazitäten des Westens und der Aufrüstung der Sowjetunion im maritimen Bereich meinte der Befehlshaber der Flotte in einem Gespräch mit der WELT: „Wer uns wirtschaftlich und militärisch entscheidend treffen will, braucht sich nur des Seetransportraumes zu bemächtigen." Die Vorneverteidigung Zentraleuropas stehe und falle mit der Verfügbarkeit der militärischen Anfangstransporte und der gesicherten Anlandung notwendiger militärischer und ziviler Folgetransporte. Durch ein Unterbieten der Frachtrachten und ein Überangebot an Transportraum, das die nach marktwirtschaftlichen Prinzipien handelnden Reeder des Westens aus dem Markt dränge, bereite die Sowjetunion diese maritime Strategie vor. Mann: „Die strategische Möglichkeit des Treffens ohne Schuß hat die Sowjetunion erkannt und praktiziert sie."

Die Versorgungsfähigkeit der Bundesrepublik bezeichnete Mann dank eines Schiffspools, dem die Bündnisländer der NATO ihre Schiffe von einer bestimmten Tonnage an zuordnen, als „gerade noch gewährleistet". Bei einer weiteren Abnahme der Handelsflotte wäre dies nicht mehr gegeben.

Nach Ansicht des Flottenchefs muß dafür gesorgt werden, daß Transportraum, Fertigungsanlagen für den Schiffbau und Reparaturkapazitäten trotz der bedrohlichen Lage auf dem Werftensektor ausreichend zur Verfügung stehen. Mann: „Es dauert Jahre, so etwas wiederzugewinnen, wenn wir es verloren haben."

Die Abhängigkeit der Bundesrepublik von dem Handel über See

> *„Wenn wir aufhören, totalitäre Regime als eine Gefahr für die westlichen Demokratien anzusehen, wäre das ein erster Schritt zur Aufgabe dessen, was wir nach dem Zweiten Weltkrieg mühsam gewonnen haben."*

machte Mann an folgenden Zahlen deutlich: Zwei Drittel des Imports und ein Drittel des Exports der Bundesrepublik werden über die Häfen abgewickelt. Auch seien jeden Tag Schiffe mit einer Kapazität von 7,5 Millionen Bruttoregistertonnen für die Bundesrepublik unterwegs. Die eigene Handelsflotte umfasse hingegen nur noch rund 400 Schiffe mit einer Tonnagekapazität von etwa 5 Millionen BRT.

Vor dem Hintergrund der Bündnisdebatte in der SPD ging der Flottenchef auch auf das Grundverständnis von der Sicherheit der Bundesrepublik in den Parteien ein. Mann meinte: „Ich bin der Auffassung, daß der Grundkonsens noch nicht aufgegeben ist." Er warnte in diesem Zusammenhang aber davor, Zweifel an der Bündnistreue der Bundesrepublik zu schüren. Sie hätten unabsehbar negative Folgen für das Gesamtbündnis.

Zu seiner zukünftigen Arbeit als Inspekteur der Marine meinte der Flottenchef, er werde auf Kontinuität zur bisherigen Linie des Inspekteurs setzen. Zur Zeit bemühe er sich unter anderem darum, den Verantwortungsbereich der Portepee-Unteroffiziere auszuweiten. Auch beschäftige ihn die Frage der Dienstzeitbelastung in der Flotte. In der Marine habe er deutlich gemacht, daß die Seefahrtzeit nicht reduziert werden könne. Da die Belastungen während der Hafenliegezeit nicht in Form freier Tage abgebaut werden könnten, unterstütze er jede Maßnahme, die auf eine finanzielle Verbesserung der Soldaten ziele.

Kritisch setzte sich Mann auch mit der seiner Meinung nach ungesunden Dienstgradstruktur auf Grund des Übergewichts an Berufs- und Zeitsoldaten auf den modernen Schiffen der Marine auseinander. Die Techniker seien aufgefordert, neue Schiffe so zu gestalten, daß sie trotz modernster Technik auch von Soldaten mit kurzer Ausbildungszeit gefahren werden könnten.

Ronneburger: Asylanten als Hebel gegen Berlin-Status

Devisengeschäft Ost-Berlins „unerträgliche Belastung"

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Nach Ansicht des deutschlandpolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion, Uwe Ronneburger, versucht die „DDR" die zunehmende Einschleusung von Asylbewerbern über Ost-Berlin in den Westen zu einem politischen Werkzeug für Status-Veränderungen von Berlin (West) zu machen. Die „internationale Reputation", auf die man in Ost-Berlin so großen Wert lege, sei durch diese Praxis gefährdet, die Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bei seinem bevorstehenden Besuch in Moskau mit der Forderung nach Abhilfe darlegen solle.

Das Devisengeschäft der Ostberliner „Interflug"-Gesellschaft mit Asylanten, so Ronneburger, wachse sich zu einer „unerträglichen Belastung westdeutscher Städte und Gemeinden aus". Der SPD-Obmann im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen, Hans Büchler, hat wie Ronneburger ebenfalls am Mittwoch in Bonn zu dem Asylantenproblem Stellung genommen und dabei die „DDR" aufgefordert, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen, statt sie wie bisher über die offene Grenze in Berlin abzuschieben. Die „DDR" habe im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland das Flüchtlingsabkommen der Vereinten Nationen nicht unterzeichnet, habe aber nun Gelegenheit, die Zusammenarbeit als eines der wichtigsten Prinzipien des Grundlagenvertrages zwischen den beiden deutschen Staaten anzuwenden.

Trotz dieser Schwierigkeiten hat Uwe Ronneburger die deutsch-deutschen Beziehungen aber vor der Presse optimistisch beurteilt. Sie sollen darum auch nach seinen Vorstellungen durch eine von der FDP-Bundestagsfraktion geforderte „gemeinsame interfraktionelle Arbeitsgruppe" der im Bundestag vertretenen Parteien aus den Wahlkampfauseinandersetzungen herausgehalten werden. Auf diesen schon im Januar dieses Jahres geäußerten Wunsch hin, den Ronneburger mit einem am Mittwoch bei den Fraktionen eingegangenen Brief erneuerte, haben die Adressaten in den vergangenen Monaten nicht reagiert.

Ronneburger räumte ein, daß „es noch ein weiter Weg zu gutnachbarlichen Beziehungen mit der DDR" sei, man habe aber im Verhältnis zueinander Fortschritte erzielt, ohne die Grundpositionen der Bonner Deutschlandpolitik aufzugeben. Diese sei von der FDP „programmatisch entwickelt, von der sozial-liberalen Regierung umgesetzt und von der jetzigen Koalition in Kontinuität fortgesetzt worden".

Empörung über Leserbriefe zum Mord an Beckurts

Die linke „Tageszeitung" spricht von satirischen Beiträgen

gba. Bonn

Als „menschenverachtenden Zynismus" hat der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) die in der Berliner Alternativzeitung „die tageszeitung" (taz) abgedruckten Leserbriefe zum Mordanschlag auf das Siemens-Vorstandsmitglied Karl Heinz Beckurts und seinen Fahrer Ekkehard Groppler bezeichnet. In ihrer Dienstagausgabe hatte die „taz" insgesamt 13 Leserbriefe abgedruckt. Die „taz" druckte ausschließlich Vornamen und Ort, nicht aber den Familiennamen des Verfassers. Einige Beispiele: „Bravo RAF!!! Das war Spitze! Wieder eines von den imperialistischen Schweinen weniger." Unterschrieben ist dieser Leserbrief mit „Cuno, Verseuchtland" – was die „taz"-Redaktion veranlaßte, ihn im nachhinein in ihrer gestrigen Ausgabe als „Satire" zu bezeichnen.

Allerdings sind auch Briefe abgedruckt, die selbst bei eigenwilliger Betrachtungsweise nicht mehr als Satire bezeichnet werden können. So schreibt eine „Nina" aus Nürnberg: „Die Atom-Mafia hat nun einen agilen AKW/WAA-Durchpeitscher weniger: B., ein spiritus rector des Hochtemperaturreaktors Hamm und anderer potentieller Tschernobyls, ist ermordet worden, bevor die von ihm forcierten atomaren Todesanlagen ein für alle sichtbares Massensterben ausgelöst haben. Ich habe also kein Mitleid mit dem liquidierten Manager der atomaren Todesindustrie."

Zwischen den Leserbriefen der „taz" ist allerdings auch eingedruckt: „To whom it may concern: Waidmannsheil!!!" Im Gegensatz zu einem Leserbrief (zu anderem Thema) auf derselben Seite, der mit „Anonym" unterzeichnet ist, wird dieser Spruch nicht als Leserbrief ausgewiesen. Weder Namen noch Ortszeile erscheinen darunter.

Am deutlichsten distanziert sich eine „Ruth" aus Berlin von dem Mord an dem Siemens-Manager. Sie schreibt: „Atomkraft – nein danke! Und ich werde weiter an Aktionen und Demos teilnehmen; aber ich distanziere mich von Morden der RAF."

In einer Antwort auf die Vorwürfe des RCDS heißt es in der „taz" vom Mittwoch, die Studenten sollten sich an die „Täter, nicht die Briefschreiber" wenden. Weiter im Text der „taz": „Die Bombenleger von Celle, die Kaufhausbrandstifter aus München und die Provokateure in Krefeld ... sind immer noch von CSU-Politiker Hillermeier und vom niedersächsischen CDU-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht angeleitet worden, und nicht von taz-Lesern."

Sorge im Westen über Rote Flotten

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Kriegsmarinen des Warschauer Paktes in der Ostsee werden nach westlichen Erkenntnis seit einiger Zeit einer vollständigen „Runderneuerung" unterworfen und dadurch für die NATO-Verteidigung an der Nahtstelle zwischen Mitteleuropa und Skandinavien zu einem immer bedeutender werdenden Faktor der Bedrohung. Führende Marineexperten in Bonn sprechen deshalb mit „wachsenden Bedenken, wenn nicht Sorgen" von der Rolle der sowjetischen Baltischen Flotte und der Marinen der „DDR" sowie Polens für die westliche Vorneverteidigung in der Ostsee.

Die östlichen Flotten in diesem Seegebiet werden, wie es hieß, nicht nur neu ausgerüstet, sie haben auch über die letzten Jahre ihre gemeinsamen Manöver stetig ausgedehnt, um den Einsatzstandard der Marine der Nationalen Volksarmee der „DDR" und der polnischen dem sowjetischen anzugleichen. Beweis dafür ist das vor zwei Wochen beendete östliche Seemanöver mit dem Titel „Gemeinsames Geschwader", an dem schwimmende und fliegende Einheiten der NVA, der sowjetischen und der polnischen Kriegsflotte beteiligt waren. Vom 9. Juni bis 4. Juli übten sechs Schiffe in der Größe von Zerstörern und Fregatten sowie zahlreiche Korvetten und Boote mit einer Reihe von Hilfsschiffen sowie fliegenden Verbänden in der Ostsee, Nordsee, Norwegensee und im Ostatlantik. Aus dem Verlauf des Manövers wurde den westlichen Marinefachleuten verdeutlicht, daß die Einheiten alle möglichen Formen des Seekrieges absolvierten, dabei die Zusammenarbeit zwischen den Marinen verbesserten und für sich, wie es hieß, als politischen Anspruch das Recht auf freie Schiffahrt in diesen Seeräumen demonstrierten und damit auch ein gewachsenes Selbstbewußtsein zur Schau stellten. Dieses seit 1980 jährlich abgehaltene Seemanöver ist nach westlicher Beurteilung ausschließlich auf Ziele ausgerichtet, die in einer „reinen Friedensübung" erreichbar sind. Mit der Aufgabe der Ostsee-Flotten des Warschauer Paktes für den Kriegsfall habe das Manöver keine direkten Berührungspunkte gezeigt, hieß es.

Sehr viel bedenklicher aus der Sicht der NATO ist die Verbesserung der den drei Marinen durch Neubauten zuwachsenden Fähigkeiten. Die veralteten Schnellboote der Osa-Klasse werden diesen Angaben zufolge in allen drei Marinen durch größere mit Flugkörpern bewaffneten Korvetten der Tarantul-Klasse ersetzt. Die Baltische Flotte der UdSSR erhält darüber hinaus weiter verbesserte Flugkörper mit einer Reichweite von 60 Seemeilen und der Eigenschaft, in geringer Höhe über dem Wasser Ziele anzusteuern.

Die sowjetische Marine ersetzt darüber hinaus veraltete Einheiten zur U-Boot-Jagd durch neue der Pauk-Klasse, die aus dem gleichen Rumpf wie die Tarantul-Klasse bestehen. Dazu kommen neue U-Jagd-Hubschrauber des Typs „Haze" in allen drei Marinen. Mit der östlichen Umrüstung werden dem Warschauer Pakt in der Ostsee 190 Einheiten zur U-Boot-Jagd zur Verfügung stehen, der NATO aber nur 24. Das westliche Personal für diese Verbände umfaßt 1000 Mann; der Osten setzt mit 9000 Mann vergleichsweise sehr viel mehr „manpower" für diese Aufgabe an.

Auch die östliche Transportfähigkeit über See zur Anladung von militärischem Nachschub in amphibischen Operationen vergrößert sich nach westlichen Angaben stetig. Unter anderem ist gegenwärtig das größte und leistungsfähigste Luftkissenfahrzeug für den militärischen Einsatz, die Pomornik-Klasse, in der Erprobung. Mit 90 Tonnen Tragfähigkeit ist deren Leistung gegenüber früheren Modellen fast verdoppelt. Die NVA hat zum ersten Mal ein Marinefliegergeschwader gebildet. Außerdem wird die MiG 29 „Fulcrum" eingeführt, ein Kampfflugzeug, das in Bodennähe fliegende Ziele aus großer Höhe bekämpfen kann.

Bundesregierung kritisiert Berichterstattung Simons

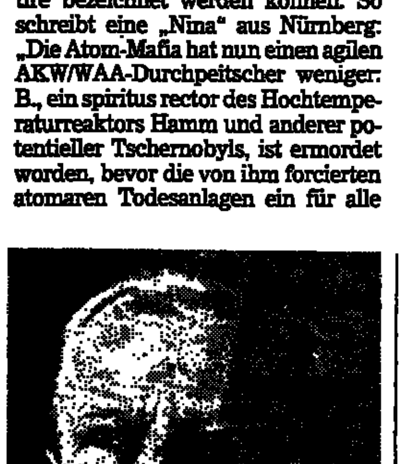
Darstellung von Sitzblockaden bezweifelt / Urteil am 11. 11.

HENNING FRANK, Karlsruhe

Der 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts hat in den gestrigen Mittagsstunden seine zweitägige mündliche Verhandlung im „Sitzblockadeverfahren" abgeschlossen. Das Urteil, das der Grundrechtssenat am 11. November dieses Jahres verkünden will, wird Aufschluß darüber geben, ob Sitzblockaden weiterhin als Nötigung gemäß Paragraph 240 StGB bestraft werden können.

Wie der bayerische Justizminister Lang schon am Dienstag, so kritisierte gestern auch Ministerialdirektor Bülow vom Bundesjustizministerium namens der Bundesregierung die Einseitigkeit des vom Berichterstatter des Grundrechtssenats Helmut Simon zu Beginn der mündlichen Verhandlung erstatteten Sachberichts. Es sei keine neutrale Darstellung wenn der dienstälteste Richter des 1. Senats darin davon spreche, daß die Teilnahme an Sitzblockaden friedlich sei. Vizepräsident Prof. Roman Herzog wies anschließend darauf hin, daß in dem angegriffenen Bericht lediglich die Auffassung von Simon zum Ausdruck komme. Er sei wie üblich nicht Gegenstand einer Vorberatung im Senat gewesen. Ministerialdirektor Bülow bestritt ausdrücklich den friedlichen Charakter von Sitzblockaden: „Wogegen Notwehr zulässig ist, das ist nicht friedlich". Die Sitzblockierer haben nicht nur nach Ansicht der Bundesregierung an einer rechtswidrigen Versammlung teilgenommen deren Auflösung zum Schutz der staatlichen Institutionen unerläßlich gewesen ist. Dabei müßten sich die Sitzblockierer fragen lassen, ob es eigentlich mit der Menschenwürde zu vereinbaren sei, daß sie sich von Polizisten wegtragen lassen. Prof. Herbert Tröndle warf den Sitzblockierern vor, daß sie anderen ihre Meinung aufzwingen wollten: „Wie friedlich wäre eigentlich eine Sitzblockade, wenn alle eingeschlossenen Armeeangehörigen und unbeteiligten Dritten von ihrem Notwehrrecht Gebrauch machen würden?"

Ein Rechtsanwalt, der der Friedensbewegung angehört, bestritt, daß es beim Kampf gegen die Nachrüstung überhaupt unbeteiligte Dritte gibt. Die Sitzblockade nannte er ein offensives kämpferisches Element der Gewaltfreiheit mit dem Druck auf die Regierung in Bonn ausgeübt werden soll, ihre Politik in der Raketenfrage zu ändern. Er warnte die Richter sehr nachdrücklich vor einer Kriminalisierung der „gewaltfreien"



Umstritten: Berichterstatter Helmut Simon FOTO: SVEN SIMON

Sitzblockaden. Dies würde in der jungen Generation zu einem Umdenken in Richtung Gewaltanwendung führen. Auf die Frage des bayerischen Justizministers betonte der Anwalt der Friedensbewegung, daß Sitzblockaden gegen Pershing 2 kein ziviler Ungehorsam sondern rechtswidriges Handeln sei.

Verständlich, daß Prof. Herbert Tröndle vor dem Bundesverfassungsgericht fast verzweifelt fragte, ob es denn so schwer zu begreifen sei, daß der äußere Frieden nicht dadurch zu gewinnen ist, daß man unverzichtbare Grundsätze der Rechtsordnung aufkündigt und damit den Rechtsfrieden preisgibt.

Ein französischer Agent ließ Rotsch und 47 andere Sowjet-Spione auffliegen

WERNER KAHL, München

Unter Weinkrämpfen des 62jährigen Angeklagten forderte gestern Oberstaatsanwalt Ekkehard Schulz vor dem Bayerischen Obersten Landgericht für den langjährigen KGB-Spion Manfred Rotsch die Höchststrafe von zehn Jahren Haft.

Als Vertreter der Generalbundesanwaltschaft warf der Ankläger in dem mehrmonatigen Prozeß dem früheren Konstrukteur des Luft- und Raumfahrtkonzerns Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) vor, er habe durch seinen Verrat das Gemeinwesen in der Bundesrepublik Deutchland „in schlimmer Weise" geschädigt.

„Es steht für uns außer Frage, daß es sich hier nicht um einen durchschnittlichen, um einen üblichen Spionagefall handelt, sondern um einen besonders gravierenden Fall geheimdienstlicher Tätigkeit, „hob der Anklagevertreter in seinem Plädoyer hervor.

Nach den Ermittlungen der Bundesanwaltschaft handelt es sich bei dem aus Sachsen stammenden Maschinenbauingenieur um den Spion mit den bisher meisten Dienstjahren für einen kommunistischen Geheimdienst: „30 Jahre Tätigkeit für den sowjetischen Nachrichtendienst KGB ist ein exorbitanter, unglaublich langer Zeitruam." Schon aus diesem Grund habe Rotsch die Sicherheitsbelange der Bundesrepublik in besonderem Maße bedroht. Während des Plädoyers schluchzte der verheiratete Ingenieur, der zwei erwachsene Töchter hat, lautstark auf der Anklagebank.

Rotsch dachte möglicherweise daran, daß er 1984 zu einem Zeitpunkt verhaftet worden war, als er nicht mehr damit rechnen mußte enttarnt zu werden. Denn der sowjetische Geheimdienst hatte seinen Agenten im Rüstungskonzern bereits im Mai 1983 „abgeschaltet". Die Russen wußten im Frühjahr 1983, daß in ihrer Technologie-Verwaltung ein „Maulwurf" gewesen war.

Dieser hatte in einem bisher ungeahnten Maß dem französischen Geheimdienst DS Informationen über KGB-Agenten in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland zugespielt. Daraufhin wurden in Frankreich 47 Sowjets, die meisten als Diplomaten getarnt, wegen Spionage ausgewiesen.

Was Rotsch anging, so kannte der Agent der Franzosen in Moskau zwar nicht dessen Namen, wohl aber konnte die deutsch-französische Abwehr in einer beispielhaften Kooperaton den Arbeitsbereich so eingrenzen, daß der Verdacht auf den Sachsen fiel. Bei seiner Festnahme leugnete er schließlich nicht lange. Experten des Bundeskriminalamtes entschlüsselten Notizen in seinem Haus bei München, aus denen hervorging, daß das KGB mit Rotsch vor seinem Abschalten wegen der Gefahr, entdeckt zu werden, bereits bis zum Jahresende 1983 weitere Treff-Termine gemacht hatte.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit hatte der Staatsschutzsenat des Bayerischen Obersten Gerichtes vor Abschluß der Beweisaufnahme eine Zeugenanhörung beschlossen, wie sie noch in keinem deutschen Spionageprozeß bisher stattfand: Zum erstenmal sagte ein hoher Angehöriger des französischen Geheimdienstes DST aus.

Durch seine Aussage erfuhr auch Rotsch, wer ihn im Westen enttarnt hatte: ein Agent der Franzosen unter dem Deckname „Farewell". Mit diesem Auftritt, der vor der Öffentlichkeit sorgsam geheimgehalten wurde, sah die Bundesanwaltschaft ihre Vorwürfe bestätigt, daß Rotsch im Bereich der Verteidigung schweren Schaden anrichten konnte, auch wenn sich nach Ansicht der Sachverständigen die Spekulationen nach

Marathon-Spion für den KGB: Manfred Rotsch FOTO: DPA

seiner Verhaftung nicht in dem befürchteten Umfang bestätigten. So kannte Rotsch zwar die Zelle des „Tornado", also den Körper, aber nicht das elektronische „Hirn" des supermodernen Kampfflugzeuges.

Rotsch-Anwalt, Horst-Dieter Pötschke, der bereits Kanzleramtsspion Guillaume verteidigte, vertrat vor Gericht die Auffassung, Daten, die der ehemalige MBB-Konstrukteur weitergegeben haben soll, könnte „jedermann" von einem in München heute tätigen Daten-Informationsbüro öffentlich beziehen. Nach dem Urteil will Rotsch nicht in die „DDR" zurückkehren.

Buthelezi macht Kirchen schwere Vorwürfe

idea, Ulundi

„Die südafrikanischen Kirchen, die sich in dieser tragischen Zeit in politische Dinge einmischen, sind verantwortlich für das Blut, das gegenwärtig in Südafrika vergossen wird." Diese Kritik übte jetzt der Präsident der südafrikanischen Anti-Apartheidsorganisation, „Inkatha", Gatsha Buthelezi, während eines nationalen Gebetstages in Ulundi, der Hauptstadt des Homelands Kwazulu. Wie Buthelezi, Ministerpräsident dieses Homelands der sechs Millionen Zulus, sagte, nähmen der südafrikanische Kirchenrat (SACC) und die katholische Bischofskonferenz für sich in Anspruch zu wissen, welche Aktionen am besten für die schwarze Bevölkerung seien. Sie konsultierten dabei die radikalen Organisationen wie den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) und die Vereinigte Demokratische Front (UDF), aber keineswegs die „Inkatha"-Bewegung, obwohl sie sich im Gegensatz zu anderen zur gewaltlosen Befreiung Südafrikas bekenne.

Im Blick auf den vom SACC und der Bischofskonferenz geforderten Wirtschaftsboykott gegen Südafrika stellte Buthelezi die Frage, ob Jesus Christus in gleicher Weise gehandelt und das Leiden der Menschen verlängert hätte. Denn jeder Wirtschaftsboykott würde Not und Hunger für hundertausende in Südafrika bewirken.

Anzeige

Sie haben mehr Berufs-Chancen als Sie meinen

Nutzen Sie jeden Samstag den großen Stellenanzeigenteil für Fach- und Führungskräfte

01-018

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Südafrika baut neues Jagdflugzeug

AP, Johannesburg

In Südafrika ist gestern ein neues Jagdflugzeug vorgestellt worden, das von südafrikanischer Seite als Beweis für die Fähigkeit des Landes gewertet wird, ohne ausländische Rüstungslieferungen auszukommen. Bei dem neuen Jagdflugzeug mit der Bezeichnung „Cheetah" handelt es sich um eine Weiterentwicklung der französischen Mirage III, die seit 1956 produziert wurde.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

CSSR: Bei freien Wahlen hätte die KP keine Chance

Aufschlußreiche Ergebnisse einer Meinungsumfrage

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Fast kein Bewohner der Tschechoslowakei glaubt, daß bei freien Wahlen in seinem Lande die Kommunisten eine Mehrheit der Stimmen erreichen könnten. Dies geht aus einer repräsentativen Meinungsumfrage hervor, die von 15 unabhängigen, den Dissidenten nahestehenden Soziologen in der CSSR bei einem Querschnitt von 342 Tschechen und Slowaken vorgenommen wurde.

Zwei Drittel der Befragten meinten, die tschechoslowakische KP würde bei freien Wahlen weniger als 15 Prozent der Stimmen erhalten. Von den Befragten sind übrigens 8,2 Prozent Parteimitglieder. Diese setzten die Chancen der KP etwas höher an – mit 25 Prozent. Auf die Frage: „Als was betrachten Sie sich?" antworteten 54 Prozent, sie seien „Demokraten", 50,8 Prozent bezeichneten sich als „einfache menschliche Wesen" ohne politisch-ideologische oder religiöse Festlegung. 21 Prozent identifizierten sich als „nicht-marxistische Sozialisten", 16 Prozent als „religiös", 11 Prozent als „liberal", 4,7 Prozent als „konservativ". Am Ende der Skala rangierten Bekenntnisse zum Marxismus bzw. Kommunismus mit je 4,4 Prozent.

Umgekehrt verhielt es sich bei der negativen Festlegung – also der Frage, welche Einstellungen man am meisten ablehne. Hier stand der Kommunismus mit 91 Prozent an der Spitze, gefolgt vom Marxismus mit 82 Prozent. Die Demokratie wurde demgegenüber nur von 17 Prozent abgelehnt (zu diesen Fragen konnten mehrere Präferenzen bzw. Ablehnungen genannt werden).

Außenpolitisch ergab die Umfrage interessante Einblicke in die Einstellung der Tschechoslowaken zum Westen und vor allem zu ihren deutschen Nachbarn. Auf die Frage: „Sind die Westdeutschen immer noch die Feinde der Tschechen und Slowaken?" antworteten 1,7 Prozent der Befragten mit „ja", aber 69,5 Prozent mit „nein". Im Vergleich dazu die gleiche Frage in Richtung auf die Deutschen in der „DDR": von ihnen glauben 5 Prozent der Tschechoslowaken, sie seien „Feinde" – aber 69,2 Prozent glauben es nicht.

Eine tiefe Wandlung der tschechoslowakischen Haltung gegenüber der „deutschen Frage" zeigt sich auch bei der Behandlung des Problems der Vertreibung nach 1945. 15 Prozent der Befragten waren der Meinung, die Austreibung der Sudentendeutschen aus der Tschechoslowakei sei „richtig" gewesen. 39,7 Prozent hatten Vorbehalte. Aber 42,6 Prozent erklärten die Vertreibung der Deutschen für einen Fehler.

Im Verhalten der Befragten gegenüber den Supermächten zeigte sich eine deutliche Tendenz zum Neutralismus, wobei aber die Sowjetunion schlechter abschnitt als die USA. Auf die Frage, ob die USA eine imperialistische Macht seien, antworteten 8,8 Prozent mit „ja", 45,6 Prozent meinten, diese Charakterisierung sei „teilweise richtig". 43,5 Prozent meinten, die USA seien keineswegs imperialistisch. Von der Sowjetunion sind 27,7 Prozent überzeugt, sie sei imperialistisch. 57 Prozent meinten, sie sei teilweise imperialistisch. Nur 12,8 Prozent sprachen die Sowjetunion von jedem Imperialismus frei.

Auf die Frage, ob die Schaffung der „vereinigten Staaten von Mitteleuropa" wünschenswert sei, die sich sowohl gegen die USA als gegen die UdSSR verteidigen könnten, antworteten 30,7 Prozent mit „ja", 36 Prozent stimmten mit Vorbehalt zu und 28 Prozent lehnten ab.

„Moskau zielt mit Raketen auf Diego Garcia"

Neue Erkenntnisse über den Einsatz der Sowjets in Afghanistan / Unbekannte chemische Waffen? / WELT-Gespräch

Von WALTER H. RUEB

„Hautfäulnis, Blindheit und Lähmungserscheinungen waren bei zahlreichen afghanischen Freiheitskämpfern die Folgen sowjetischer Angriffe mit chemischen Waffen", sagt der 43jährige Guerrillaführer Goljan Ferahie aus dem westafghanischen Farah in einem Gespräch mit der WELT am Sitz der Föderation afghanischer Studenten im Ausland (FASA) in Aachen. „Chemische Waffen werden von den Russen immer wieder eingesetzt. Wiederholt mußten wir deshalb Verletzte in pakistanische Spezialkliniken bringen. Im Januar 1986 aber setzten die Sowjets bei Adraskhan, 100 Kilometer von Herat, eine bisher unbekannte, teuflische Waffe ein, die 18 meiner Männer tötete. Hinterher war die Haut der Getöteten weiß, und beim Versuch, die Leichen abzutransportieren, löste sich das Fleisch von den Knochen ... Die Leichname zerfielen buchstäblich. Wir mußten sie an Ort und Stelle beerdigen."

Ferahie ist einer der wichtigsten Guerrillaführer Afghanistans. In den Provinzen Kandahar, Helmand, Nimruz, Farah und Herat kommandiert er fast 40 000 Mudschahedin, daneben muß er sich in zahlreichen Lagern im Innern seiner Heimat um Tausende von Flüchtlingen kümmern – angesichts des Mangels an Geld, Nahrungsmitteln, medizinischer Versorgung und Medikamenten eine schwere Aufgabe. „Wir tun jedoch alles, um die Menschen zum Bleiben zu veranlassen", sagt Ferahie. „Afghanistan muß vor der Entleerung bewahrt bleiben. Denn genau dies ist das Ziel der Russen. Ihnen kommt es allein auf Geopolitik und Strategie an. Menschen spielen in ihren Überlegungen keine Rolle. Afghanistan ist nur als Sprungbrett nach Süden an den Indischen Ozean interessant. Das beweist auch die Aufstellung von Raketen – wahrscheinlich SS 20 – im Raum Shindand. Dort befindet sich der größte sowjetische Luftstützpunkt in Afghanistan. Die Raketen sind auf den US-Stützpunkt Diego Garcia im Indischen Ozean gerichtet."

Der afghanische Widerstand dagegen verfügt nach Angaben von Ferahie nur über wenige Raketen. „Die neuerdings vielgenannten amerikanischen Stinger-Raketen sind in Afghanistan bisher nicht eingetroffen", klagt der Guerrillaführer.

Führt 40 000 Mudschahedin: Der afghanische Guerrillaführer Goljan Ferahie FOTO: WALTER H.RUEB

„Das Medienspektakel um die Stinger-Raketen allein nützt uns nichts. Im Gegenteil: seit der Bekanntgabe des Kongreß-Beschlusses, uns mit derartigen Waffen auszurüsten, haben die Sowjets ihre militärische Aktivität verstärkt. Auch der Terror gegen die Zivilbevölkerung eskalierte. Wir warten sehnlichst auf die Raketen, denn wir leiden sehr unter unserer Machtlosigkeit gegen die sowjetischen Angriffe aus der Luft."

Nach Ansicht von Ferahie, der seit zwei Monaten in der Bundesrepublik von Termin zu Termin hetzt und auch in anderen europäischen Ländern von der politischen Prominenz empfangen wurde, hat sich die Lage des Widerstandes gegen den sowjetischen Aggressor gegenüber früher dennoch erheblich verbessert. „Wir verfügen über mehr und bessere Waffen, können manche Waffen selbst reparieren und erbeutete dadurch weiterverwenden", stellt Ferahie fest. „Und wir haben gelernt, unsere militärischen Operationen besser zu planen und vorzubereiten. Dadurch ist die Zahl unserer Verletzten gesunken, auf der anderen Seite können die Russen Offensiven und andere militärische Operationen nicht mehrmals nach dem gleichen Muster wiederholen. Auch im politischen Bereich haben wir Fortschritte erzielt. Die Differenzen zwischen einzelnen Parteien und Widerstandsorganisationen wurden abgebaut, die militärische Kooperation verstärkt. Dennoch gibt es im politischen Bereich nach wie vor Schwächen: Die Zersplitterung ist noch nicht ganz überwunden, die politische Repräsentanz nach wie vor schlecht. Reagan und Chirac empfingen zwar einen hochrangigen Repräsentanten des Widerstandes, doch gibt es nach wie vor nur einen einzigen Afghanen, der alle Parteien, Nationalitäten und ethnischen Gruppen hinter sich zu scharen vermag. Das ist der frühere König Zahir Schah. Ihn will ich deshalb im römischen Exil aufsuchen und ihn auffordern, sich an die Spitze des freien Afghanistan zu stellen, uns zu führen und uns in der größten Not beizustehen."

Goljan Ferahie hat im Krieg viel verloren: Durch Bombenangriffe sein Heim sowie einen Bruder und er war gezwungen, seine Familie in Iran in Sicherheit zu bringen. „Seit zweieinhalb Jahren habe ich meine Frau und andere Familienangehörigen nicht gesehen", sagt Ferahie. „Ich weiß aber, daß es ihnen gut geht."

Den meisten der 1,5 Millionen afghanischen Flüchtlingen in Iran geht es jedoch schlecht. „Sie werden diskriminiert und von iranischer Bevölkerung und Regierung unterdrückt", berichtet Ferahie. „Und 35 000 oder 40 000 Afghanen müssen auf iranischer Seite gegen Irak kämpfen. Die afghanischen Ärzte in Iran sind besonders übel dran: Sie werden gezwungen, drei bis sechs Monate lang an der iranisch-irakischen Front zu arbeiten. Erst nach Ableistung dieses Dienstes dürfen sie im Lande als Arzt praktizieren. Die Verhältnisse in Iran haben viele Afghanen zur Rückkehr in die Heimat veranlaßt. Sie wollen in Afghanistan lieber unter sowjetischen Bomben sterben als in Iran unter Khomeinis Diskriminierung leiden."

Chile droht ein Lkw-Boykott

rtr, Santiago

Mit einem landesweiten Boykott haben die organisierten Eigentümer von Lastwagen in Chile der Regierung gedroht. Sie wollen damit die Freilassung ihres Verbandschefs Hector Moya erzwingen. Moya ist einer von 16 Führern der Bürgerrechts-Organisation von chilenischen Geschäftsleuten und Unternehmern, die bei Protestaktionen Anfang Juli verhaftet worden waren.

Die außerparlamentarische Opposition gegen den Präsidenten Augusto Pinochet, die sich in der „Asamblea nacional de la civilidad" zusammengeschlossen hat, hatte zum Monatsbeginn zu „friedlichem Protest" und „sozialem Ungehorsam" aufgerufen. Damit sollte der wachsende Unmut der Bevölkerung über die Wirtschaftskrise und die sich hinauszögernde Rückkehr zur Demokratie zum Ausdruck gebracht werden.

Der 70jährige General hatte angekündigt, er wolle bis 1989 im Amt bleiben. Bereits 1973 hatte der Verband der Lkw-Eigentümer seine Schlagkraft demonstriert. Ihm wird ein wesentlicher Anteil am Sturz des Präsidenten Salvador Allende durch rechte Militärs zugesprochen.

Christdemokraten koalieren mit KP

dpa, San Marino

San Marino, die von italienischem Gebiet umgebene Zwergrepublik, wird künftig von einer Koalitionsregierung aus Christdemokraten und Kommunisten regiert. Das wurde gestern nach wochenlangen Verhandlungen zwischen den Parteien des Kleinstaates bekannt.

Seit 1978 regierten in San Marino die Kommunisten zusammen mit zwei sozialistischen und mit der Sozialdemokratischen Partei. Dieses Bündnis brach auseinander, als sich die Kommunisten von sozialistischen Spitzenpolitikern distanzierten, die in einen Schmiergeldskandal verwikkelt sind.

Die Christdemokraten sind mit 42 Prozent Wähleranhang stärkste Partei des Kleinstaates. Die Kommunisten bekamen bei den Wahlen von 1983 gut 24 Prozent. Die beiden sozialistischen Parteien haben zusammen 28 Prozent der Bürger hinter sich.

Wie es gestern aus San Marino hieß, wurde das neue Regierungsbündnis sowohl mit der Führung der italienischen Kommunisten in Rom als auch mit Italiens amtierendem Außenminister Giulio Andreotti abgesprochen.

Vor der Wahl gehen Thailands Parteien auf vorsichtige Distanz zum Premier

PETER ISELI, Bangkok

Nicht innenpolitische Themen, nicht die wirtschaftliche Lage, noch viel weniger die Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber dem in Laos und Kambodscha stehenden Vietnam prägen den Wahlkampf in Thailand, bei dem sich in zehn Tagen 16 Parteien und über 3800 Kandidaten um 347 Parlamentssitze bewerben. Auch die Aufregung um die Zerstörung einer Zinnschlacken-Verarbeitungsfabrik bei einer gewalttätigen Kundgebung auf der südthailändischen Ferieninsel Phukhet ist – trotz massiver Kritik an der jetzigen Regierung – in den Hintergrund getreten.

Was die Gemüter in der erstaunlich offen ausgetragenen Diskussion um die Parlamentswahlen – und in einem weiteren Sinne um die politische Zukunft Thailands – immer stärker beschäftigt, ist die Frage, ob der seit über sechs Jahren amtierende parteilose Ministerpräsident Prem Tinsulanonda im August an die Spitze einer neuen Koalitionsregierung zurückkehren wird, oder ob eine der Parteien eine genügend starke Mehrheit erringt, um selbst den neuen Regierungschef stellen zu können. Noch Ende Mai hatte alles nach einer klaren Sache für Prem ausgesehen, als er General Arthit Kamlang-Ek von seinem Posten als Chef der Armee absetzte und damit seinen Gegnern den Wind aus den Segeln nahm.

Angeführt von einer Gruppe von Unzufriedenen aus dem größten Koalitionspartner der bisherigen Regierung, der „Sozialen Aktionspartei" (SAP), hatten diese am 1. Mai in einer Abstimmung ein Finanzdekret zu Fall gebracht und damit die vorzeitige Auflösung des Parlaments und den Wahlgang herbeigeführt.

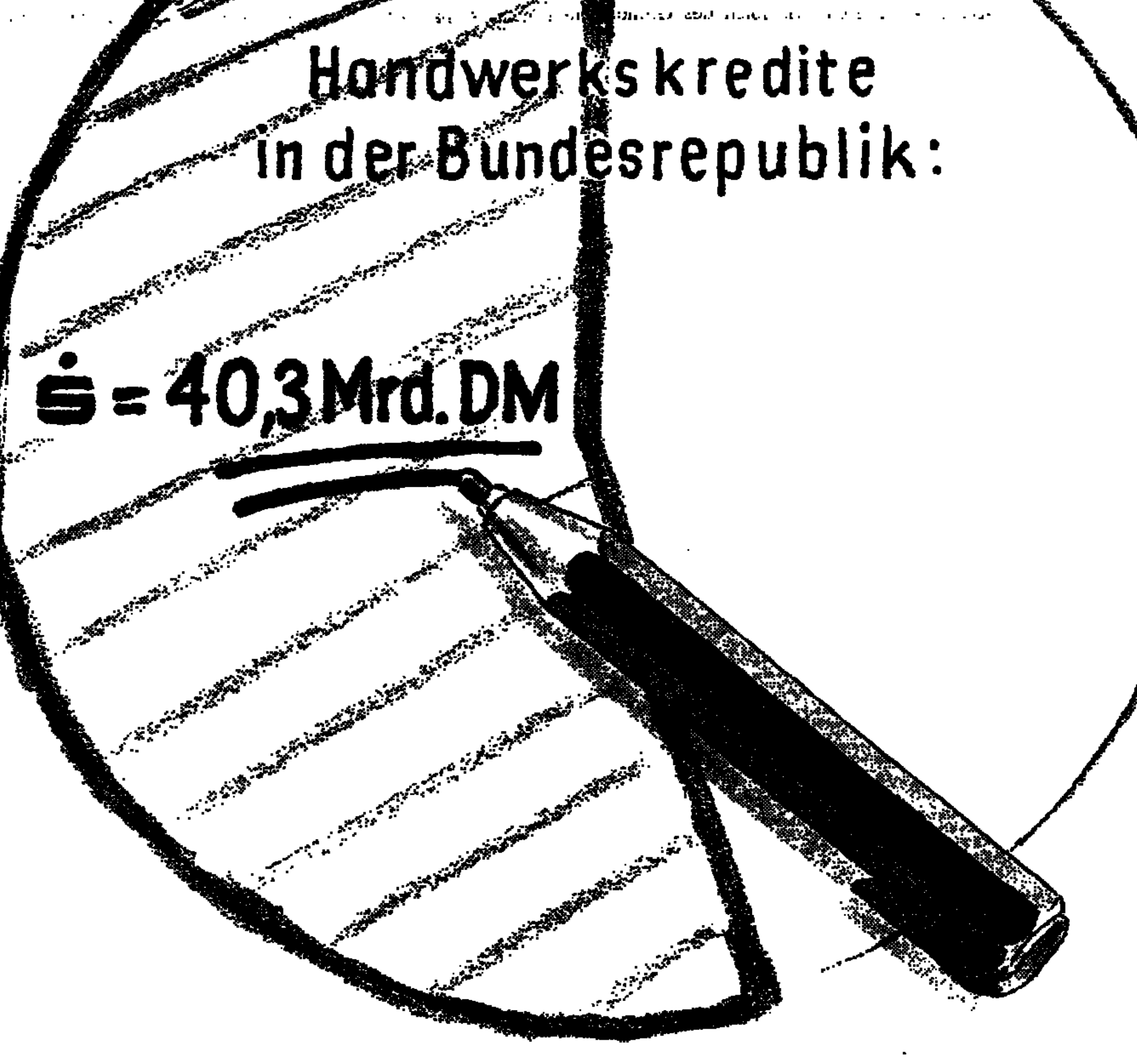
Der ausufernde Protest von mehr als 50 000 Menschen gegen eine fast fertig gebaute Tantalum-Fabrik in Phukhet vor einem Monat scheint – zumindest in den Augen der Politiker – dem Regierungschef geschadet zu haben. Es schien einigen Parteien und Kandidaten – vor allem dem bisher solidesten Pfeiler Prems im Parlament, der „Demokratischen Partei" von Vize-Regierungschef Bhichai Rattakul – plötzlich nicht mehr ratsam, in der Wahlkampagne von vornherein auf die Karte des ehemaligen Chefs der Streitkräfte zu setzen. Prem hatte im März 1980 als Kompromißkandidat zwischen zivilen Politikern und der Armee von General Kriangsak Chomanand die Regierungsgeschäfte übernommen und seither zwei Putschversuche und mehrere Regierungskrisen überstanden.

Garant für Stabilität nach den unruhigen 70er Jahren: Premier Prem Tinsulanonda FOTO: CAMERA PRESS

Der von einigen Politikern zu erkennen geglaubte Popularitätsverlust Prems bei der Bevölkerung, die – wie einige sagen – ein neues Gesicht sehen will, ist eines der Elemente hinter der Entscheidung der Parteiführung der „Demokraten", ihre Kandidaten in einem Rundschreiben aufzufordern, bei der Frage nach dem künftigen Ministerpräsidenten jede Namensnennung zu vermeiden. Dies richtete sich vor allem gegen die Bewerber im Süden Thailands, die sich mehrmals offen für Prem ausgesprochen hatten.

Ob Prem tatsächlich bei den Thais an Popularität verloren hat, oder ob die Unzufriedenheit nur eingebildet, herbeigeredet oder sogar herbeimanipuliert ist, bleibt eine offene, in der Hitze des Wahlkampfes mit all seinen Haken und Ösen kaum zu beantwortende Frage. Es kann aber sicher davon ausgegangen werden, daß der Regierungschef nach der Umbesetzung an der Armeespitze bei den Streitkräften nach wie vor über großen Rückhalt verfügt.

Ein zweiter Grund dafür, daß die Frage des künftigen Ministerpräsidenten so in den Brennpunkt gerückt ist, ergibt sich aus der immer lauter vorgetragenen Forderung einiger Politiker, daß der Regierungschef und seine Minister künftig aus den Reihen der gewählten Parlamentarier kommen sollen. Prem selbst hat nie fürs Parlament kandidiert und sich auch diesmal Forderungen nicht gebeugt, in der Wahl ein Mandat zu suchen. Prem gilt in Thailand aber nach wie vor als die einzige Persönlichkeit, die zwischen den immer vielfältigeren Interessengruppen – den zivilen Politikern und der Privatwirtschaft einerseits, den Trotz einer langsamen Machtverschiebung immer noch bedeutenden Streitkräften andererseits – ausgleichend wirkt – und so die für Thailand nach den unruhigen 70er Jahren Stabilität bewahren kann.



In der Wahl ihrer Geldadresse wissen mittelständische Unternehmen, was sie wollen.

Die Sparkassenorganisation ist der bedeutendste Kreditgeber der mittelständischen Wirtschaft. Sie hat 97 Milliarden DM Mittelstandskredite an Unternehmen und freiberuflich Tätige bereitgestellt. Allein das Handwerk hat mehr als die Hälfte seiner Kredite bei den Sparkassen und Landesbanken aufgenommen.

In jeder Sparkasse finden unsere mittelständischen Kunden einen sachverständigen, erfahrenen Beraterstab. Und zwar dort, wo mittelständische Unternehmen zu Hause sind. Unser Finanzierungs-Beratungs-Service, ein spezieller Branchendienst mit Analysen und Prognosen einzelner Wirtschaftsbereiche, und die Bilanzanalyse bilden die Basis, um Finanzierungsfragen sachgerecht zu lösen. Das gilt für den Dienstleistungsbereich ebenso wie für Gewerbebetriebe und Selbständige. Zwischen Flensburg und Oberstdorf.

Die Sparkassen

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Kontrollpflicht

„Der Tornado-Absturz": WELT vom 3. Juli

Herr Moniac meinte, der Flugzeugabsturz eines Tornado-Kampfflugzeuges vor zwei Jahren bei Holzkirchen erlaube nicht, jemand „die Schuld" zu geben. Der Vorfall eigne sich nicht, parteipolitisch ausgeschlachtet zu werden. Ich halte diese Auffassung für nicht vertretbar.

Geschieht in der Bundesrepublik ein Verkehrsunfall, so wird immer nach dem Schuldigen gesucht. Wird ein solcher festgestellt, werden ihn Staatsanwalt und Richter der Strafe zuführen. Soll der Ministerialbürokratie, wenn ihr nachgewiesen werden kann, daß sie aus ihr bekannten Fakten keine Konsequenzen gezogen hat und dadurch Menschen zu Tode gekommen sind, ein Freibrief und von vornherein ein Freispruch sicher sein?

Vieles spricht dafür, daß hohe Beamte oder Militärs nicht nur geschlafen haben, sondern auch durch Nichtstun schuldig geworden sind am Verlust von Menschenleben. Wenn schon die Regierungsparteien nur im Verteidigungsausschuß darauf hingewiesen haben, daß sie selbst nicht auch noch schuldig werden wollen, wenn nichts geschieht, dann ist es in einer Demokratie geradezu die klassische Pflicht der Opposition, sich der Sache anzunehmen. Ob das nach parteipolitischer Ausschlachtung aussieht, ist völlig belanglos.

Entscheidend ist, daß nicht zugelassen werden darf, daß hochdotierte Staatsdiener einen Sonderstatus im Strafrecht erhalten. Sie haben eine besonders hohe Verantwortung und haben ein Beispiel für diese Verantwortung zu geben, besonders wenn es um den Schutz von Menschenleben geht.

Noch wichtiger ist, daß die Staatsdiener, besonders in hoher Stellung, durch die politisch Verantwortlichen ständig auf Trab gehalten werden, damit ihre Arbeit Menschen vor dem Unfalltod bewahrt. Und dafür ist mir auch ein parteipolitisches Mittel recht, wenn es dem Ziel dient.

Fritz Gerstl, MdB, SPD
Stellv. Vorsitzender des Verteidigungsausschusses

Wort des Tages

„Die Vernunft ist nur der durch die Phantasie erweiterte Verstand."

Franz Grillparzer, österreichischer Autor (1791–1872)

Überstunden

„Überstundenzahl auf dem niedrigsten Stand": WELT vom 9. Juli

der Verzicht des Arbeitsministers Norbert Blüm auf gesetzliche Schritte zum Überstundenabbau ist zu begrüßen. Die hohen Lohnkosten und sicherlich auch konjunkturbedingte Auslastung sowie Neueinstellungen dürften dazu beigetragen haben, daß in den Betrieben weniger Überstunden geleistet wurden. Die genannten Gründe werden auch sicherlich ausschlaggebend sein dafür, daß in Zukunft Überstunden noch weiter zurückgehen werden, zumal auch die Bereitschaft bei den Arbeitnehmern zur Leistung von Mehrarbeit nachläßt.

Arbeitsminister Blüm handelt deshalb richtig, daß er den weiteren Abbau von Überstunden allein den betrieblichen Arbeitspartnern, nämlich den Unternehmern und Arbeitnehmern, überläßt. Diesen muß zugleich weiterhin aber auch die Möglichkeit gelassen werden, Auftragsspitzen und personelle Engpässe durch Überstunden auszugleichen.

Heinrich Strack,
Arbeitskreis Wirtschaft
Handel-Handwerk-Industrie, Leer

Guter Nachbar

Die bayerische Verweigerung, österreichische Demonstranten an Wackersdorfer Protestaktionen in der Bundesrepublik teilnehmen zu lassen, ist im Sinne der Sicherheit ausländischer Staatsbürger voll gerechtfertigt. Es ist damit zu rechnen, daß auch bei sogenannten friedlichen Demonstrationen, wie beispielsweise in Hainburg, gewisse Aktivisten der deutschen Terroristenszene die Exekutive zu Schutzmaßnahmen nötigen, die zu den schon bekannten Ausschreitungen führen könnten.

Die bayerische Staatsregierung ist nicht in der Lage, für die Sicherheit ausländischer Demonstranten zu garantieren. Ein verletzter Österreicher würde genügen, um eine Staatsaffäre zu schaffen. Daher ist der gutnachbarliche Ratschlag, in Österreich gegen Wackersdorf zu demonstrieren, im Sinne der Demokratie und ihrer Erhaltung sehr dankenswert.

Univ.-Prof. Dr. Adolf Adam,
Linz (Österreich)

Personen

WAHL

Dr. **Peter Baron**, Regierungsdirektor im Bundesernährungsministerium, ist in London zum Vizepräsidenten des Internationalen Weizenrates gewählt worden. Nach den Regeln dieses Gremiums wird Dr. Baron 1987/88 automatisch Nachfolger des derzeitigen Amtsinhabers **El Adab** aus Tunesien.

GEBURTSTAG

Der polnische Historiker Professor **Aleksander Gieysztor**, der in Polen und im Ausland großes Ansehen genießt, wird heute 70 Jahre alt. Der Gelehrte stand auch in Zeiten politischer Spannungen immer über allen Parteien. Er war langjähriger Direktor der Historischen Fakultät an der Warschauer Universität und leitete in den Jahren 1981 bis 1983 als Präsident die Polnische Akademie der Wissenschaften. Seine Arbeiten über die Geschichte des Mittelalters in Polen und Europa verschafften ihm Anerkennung in Fachkreisen auch außerhalb Polens. Gieysztor nahm aktiv an den Gesprächen zwischen dem deutschen und polnischen Historikerverband teil und setzte sich für einen ständigen Dialog der Geschichtswissenschaftler beider Länder ein.

DIPLOMATIE

Honorarkonsul der Republik Kolumbien in Stuttgart im neu eingerichteten Honorarkonsulat ist **Herbert Hillebrand**. Der Konsularbezirk umfaßt das Land Baden-Württemberg.

BERUFUNG

Der Vorstandsvorsitzende der Braunschweigischen Kohlenbergwerke AG (BKB) in Helmstedt, **Rolf Winter**, ist als Nachfolger des Vorstandsvorsitzenden der Salzgitter AG, **Ernst Pieper**, zum Präsidenten des Braunschweigischen Hochschulbundes *gewählt worden*.

UNIVERSITÄT

Der wissenschaftliche Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Mathematik in Bonn, Dr. **Ulrich Pinkall**, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für das Fachgebiet Mathematik (Arbeitsrichtung Geometrie) im Fachbereich 3 Mathematik der Technischen Universität Berlin erhalten.

EHRUNG

Professor Dr. **Hans Machleidt**, Forschungsleiter und Mitglied der Geschäftsführung des chemisch-pharmazeutischen Unternehmens Dr. Karl Thomae GmbH in Biberach/Riß, erhielt die Würde eines Ehrensenators der Eberhard-Karls-Universität Tübingen.

KIRCHE

Pater **Rudolf Ostermann** SJ, Diözesan-Männerseelsorge des Bistums Aachen, ist zum Bundespräses der Katholischen Männergemeinschaften und Männerwerke Deutschlands gewählt worden. Er löst Pater **Franz Schilling** SJ ab.

MEDIEN

Der „Tagesschau"-Moderator des Schweizer Senders DRS, **Peter Achten**, wird im August seinen Arbeitsplatz in die chinesische Hauptstadt Peking verlegen, von wo aus er für verschiedene Schweizer Tageszeitungen arbeiten wird.

Am 12. Juli 1986 starb völlig unerwartet im 63. Lebensjahr das ehemalige Mitglied unseres Vorstands, Herr

Dipl.-Kfm.
Egon Keysberg

Der Verstorbene hat von 1966 bis 1977 in unserem Vertrieb wesentliche Leistungen erbracht. Als Vorstandsmitglied und Arbeitsdirektor unserer Obergesellschaft, der Dortmunder Union-Schultheiss Brauerei AG, war er uns bis zu seinem Tode verbunden.

Wir trauern um eine von uns allen hochgeachtete Führungspersönlichkeit und werden Herrn Keysberg ein ehrendes Gedenken bewahren.

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Dortmunder Union-Brauerei AG

Dortmund, im Juli 1986

Wir trauern um Herrn

Dipl.-Kfm.
Egon Keysberg

der am 12. Juli ganz unerwartet im 63. Lebensjahr verstorben ist. Als Vorstandsmitglied und Arbeitsdirektor unserer Obergesellschaft, der Dortmunder Union-Schultheiss Brauerei AG, war er uns bis zu seinem Tode verbunden.

Seine Persönlichkeit und menschliche Gesinnung werden uns unvergessen bleiben.

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Dortmunder Ritterbrauerei AG

Dortmund, im Juli 1986

Wir trauern um das Mitglied unseres Aufsichtsrats, Herrn

Dipl.-Kfm.
Egon Keysberg

der am 12. Juli 1986 völlig unerwartet im 63. Lebensjahr verstorben ist. Wir haben mit Herrn Keysberg eine vorbildliche Persönlichkeit und unseren Ratgeber verloren.

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Schultheiss-Brauerei Aktiengesellschaft

Berlin, im Juli 1986

Wir trauern um das Mitglied unseres Aufsichtsrats, Herrn

Dipl.-Kfm.
Egon Keysberg

der am 12. Juli 1986 völlig unerwartet im 63. Lebensjahr verstorben ist. Wir haben mit Herrn Keysberg eine vorbildliche Persönlichkeit und unseren Ratgeber verloren.

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Apollinaris Brunnen Actien-Gesellschaft

Bad Neuenahr-Ahrweiler, im Juli 1986

Wir trauern um Herrn

Dipl.-Kfm.
Egon Keysberg

Mitglied des Vorstands der
Dortmunder Union-Schultheiss Brauerei Aktiengesellschaft

der am 12. Juli 1986 plötzlich und unerwartet im 63. Lebensjahr verstorben ist.

Herr Dipl.-Kfm. Egon Keysberg trat 1954 in die Dortmunder Union-Brauerei AG ein und wurde 1966 in ihren Vorstand berufen. Seit 1973 gehörte er dem Vorstand der Dortmunder Union-Schultheiss Brauerei AG an. Im Vertrieb und im Bereich Immobilien hat er neue Wege gewiesen. Als Arbeitsdirektor wurde ihm das Vertrauen aller Arbeitnehmervertreter entgegengebracht.

Mit seinem Wissen und seiner menschlichen Führung war er Vorbild für Mitarbeiter und Kollegen. Wir verlieren mit Herrn Keysberg eine hervorragende Persönlichkeit.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Berlin und Dortmund, im Juli 1986

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsräte und Mitarbeiter
der
Dortmunder Union-Schultheiss Brauerei Aktiengesellschaft

Die Beisetzung fand auf Wunsch der Familie im engsten Kreise statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80,
oder – 42 30
Berlin (0 30) 25 91–29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01–5 18 u. 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Wir suchen für bundesweit patentiertes Produkt aus der Elektronik- und Uhrbranche

seriösen Geschäftspartner

zur Know-how- und Lizenzvergabe, der in der Lage ist, die Postleitzahlenbereiche 4 und 2 voll aufzubauen.

FBE Frank Behrendt, Ratzenried 241, 7989 Argenbühl
Tel. 0 75 22 / 2 06 60, Tx. 7 32 662

Weltneuheit – einmalig
Revolutionäres Werbe-Display

Der ideale Blickfang für jede Produktlinie (patentrechtlich geschützt). Süddeutsches Unternehmen sucht kapitalstarke, selbständige Partner zwecks Aufbaus regionaler Verkaufsorganisation. Sehr hohe Verdienstmöglichkeit. Interessenten schreiben unter N 3740 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebslizenzen
für neue Produkte im nordd. Raum zu vergeben.
H. Carlton, Tel. 09 31 / 4 69 57
oder unter E 3865 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Briefkasten
in der Schweiz für nur Fr. 50,- pro Monat.
Sofortige Postzustellung!
Postfach 33, CH-6906 Lugano

Firmengründung in USA
Welche Gesellschaftsform ist die richtige? Wie man Fehler vermeidet. Gratis-Info bei:
EBCON European Business Consultants Inc.
Rothenbaumchaussee 5
2000 Hamburg 13

Ing.-Büro
für elektr. Antriebstechnik sucht weitere Gebietsvertretung, PLZ 4 + 5.
Angebote unter L 3870 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Aus Konkurs: 400 000 Flaschen
83/84 RH, Kab., Sp. u. Ausl., günstig.
Tel. 0 40 / 6 05 25 68, ab Mo. 50 25 69

Chancen für die Besten

Auf Diplom-Ingenieure (TH/TU) der Fachrichtung Verfahrenstechnik (Chemieingenieurwesen), die ihr Studium mit überdurchschnittlichen Noten abgeschlossen haben, warten vielseitige, selbständige und verantwortungsvolle Tätigkeiten auf den Gebieten der Entwicklung, Anlagenplanung und Ingenieurtechnik. Ein chemisch-pharmazeutisches Unternehmen von Weltruf bietet die Gelegenheit zu gründlicher Einarbeitung und ausgezeichnete Weiterbildungsmöglichkeiten.
Diese und viele andere interessante Stellenangebote finden Sie am Samstag, 19. Juli, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.
Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächster Samstag. Jeden Samstag.

Unsere Sicherheitskonzeption ist Geld wert!
Wir bauen seit über 12 Jahren Alarm- und Sicherheits-Systeme. Die von uns entwickelte Funk-Alarm-Anlage zeichnet sich aus: Hoher Sicherheitsstandard ● perfekte Technik ● einfache Bedienung ● hoher Kostennutzeffekt. Wir suchen Geschäftspartner mit guten Kontakten zu Privatleuten und Industrie-Unternehmen. Sie erhalten von uns unser gesamtes Know-how und die Voraussetzung zu hoher Rendite.
INAU-Elektronik, Postfach 30 13 09, 5000 Köln 50, Tel. 0 22 27 / 13 84

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

1685

Musik aus dem Computer: Der Finger auf der Taste ersetzt den Taktstock FOTO: BRINCKMANN

Im „Ein-Mann-Orchester" sprechen alle Instrumente die gleiche Sprache

Moderne Technik revolutioniert die Spielmöglichkeiten von elektronischen Musikgeräten

Von LUDWIG KÜRTEN

Ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der elektronischen Musikinstrumente war der Übergang von der analogen zur digitalen Erzeugung, Speicherung und Übertragung von Musik-„Daten". Digital bedeutet, daß alle Ereignisse (z. B. Tonfrequenzen oder Notenlängen) so lange zerlegt werden, bis sie aus Einzelschritten bestehen, die durch zwei Entscheidungen (An/Aus oder 0/1) dargestellt werden können. Die heutigen Digitalgeräte sind in der Lage, diese Ja/Nein-Entscheidungen mit einer so extrem hohen Geschwindigkeit auszuführen, daß trotz der Zerlegung und der damit verbundenen ungeheuren Zahl an Entscheidungen dennoch keine zeitliche Verzögerung eintritt.

Diese Zerlegung eröffnet dem Spieler die Möglichkeit, eine Vielzahl unterschiedlicher Klänge zu erzeugen und diese immer wieder nach Belieben zu modifizieren. Streicher und Kirchenorgel, Bläser- oder Männerchor, Hubschraubergeknatter oder Sirenengeheul, dies alles ist für einen elektronisches Musikgerät, Synthesizer genannt, kein Problem. Zum anderen können die digital zerlegten Informationen übertragen, also von einem Gerät zum anderen gesendet werden. Die Geschwindigkeit der Umwandlung von Tönen in digitale Daten, der Übertragung zwischen den Geräten und der „Rückübersetzung" in Töne ist dabei so groß, daß man keine Verzögerung hört. Für ein „Digitales Orchester" benötigt man den entsprechenden Synthesizer sowie einen Computer mit dem dazugehörigen Programm.

Die digitale Schnittstelle verbindet alle Musikgeräte

Das Ein-Mann-Orchester kann z. B. aus einem elektrischen Piano, einem programmierbaren Synthesizer mit Tastatur, einem Erweiterungs-Modul ohne Tastatur (dem „Expander"), sowie einem Schlagzeug-Synthesizer („Drum-Maschine"), einem Verstärker und einem Personal-Computer bestehen. Eine solche perfekte Ausstattung kostet allerdings mehr als 10 000 Mark. Man kann aber auch mit einer weniger umfangreichen Kombination schon erstaunliche Effekte erzielen.

Wichtig ist, daß alle diese Geräte über ein sog. MIDI (= Musical Instrument Digital Interface) verfügen, also über eine digitale Schnittstelle zwischen Musikinstrumenten. Alle MIDI-Geräte sprechen sozusagen „die gleiche Sprache", sie können Daten austauschen und sich gegenseitig steuern.

Der Computer dient in dem „Orchester" als Tonbandgerät, auf dem Melodien abgespeichert und nach Belieben abgerufen werden können. Durch die Koppelung der Geräte über die MIDI-Schnittstelle ist es aber auch möglich, durch einen einzigen Tastendruck die verschiedenen Geräte gleichzeitig erklingen zu erlassen. Auf Grund der enormen Variationsmöglichkeiten der Klänge und Töne auf den Synthesizern kann man hier unbegrenzte Kombinationen erreichen.

Heute gibt es für Personal-Computer eine Software, die das Gerät in ein 24-Spur-Tonbandgerät verwandelt. Das heißt also, daß man auf 24 Tonbandspuren verschiedene Melodien oder Teile davon aufnehmen kann. Bei vielen heutigen Computern funktioniert das Programm den Bildschirm des Computers zu der Frontseite eines Tonbandgerätes um. Die einzelnen Funktionstasten, z. B. „Abspielen", „Zurückspulen" oder „Aufnahme" können dann mit der sogenannten „Maus", einer Art beweglicher Taste des Computers, anvisiert und eingeschaltet werden.

Es empfiehlt sich, bei einer Aufnahme zunächst mit dem Schlagzeug zu beginnen und vier oder fünf der 24 Tonbandspuren für die „Percussion" zu reservieren. Jeder Spur wird ein bestimmtes Schlagzeug-Instrument des Drum-Synthesizers zugeordnet, also etwa Spur eins für eine Trommel, Spur zwei für das Becken und so weiter. Jeder dieser Spuren wird vor Beginn ein bestimmter MIDI-Kanal zugeordnet (meistens stehen 16 zur Verfügung). Anschließend wird der zugehörige Synthesizer ebenfalls auf diesen Kanal eingestellt. Mit dieser Aufteilung in Kanäle ist es möglich, über eine einzelne Verbindungsleitung zwischen den Geräten bis zu 16 verschiedene Anweisungen für unterschiedliche Klänge und Melodien zu senden.

Nachdem das Schlagzeug eingespielt und vom Computer gespeichert ist, kann man sich die anderen Stimmen vornehmen. Während man die Drum-Spuren des Programms abhört, kann man auf der nächsten Spur etwa die Streicher aufnehmen. Dazu stellt man etwa den Expander wiederum auf einen eigenen MIDI-Kanal ein und befiehlt dem Programm, daß es in dem Gerät automatisch das Register mit dem Streicher-Klang anwählt. Anschließend wird die Melodie eingespielt und abgespeichert.

Bei dieser „Computer-Komposition" arbeitet man also wie in einem professionellen Tonstudio. Auf den verschiedenen Spuren des Computerprogramms werden nebeneinander Melodien aufgenommen, die beim Abspielen auf Grund der Programmierung nur an bestimmte Geräte unseres Orchesters gesendet werden. Zu guter Letzt muß sich der Spieler nur überlegen, welche Stimme er selbst spielen will. Die Computerprogramme enthalten auch die Möglichkeit, aufgenommenen Melodien nachträglich zu verändern oder sogar gleich auf dem Bildschirm zu komponieren. Diese „Editing-Programme" zeigen auf dem Schirm jede einzelne Note mit allen Eigenschaften (Höhe, Länge, Position, etc.) an.

Noten werden vom Blatt in den Computer eingegeben

Wie in einem Textverarbeitungssystem kann man dann die Noten verschieben oder ihre Länge verändern, neue Noten können in beliebiger Länge eingefügt werden. Dies erleichtert etwa die Speicherung komplizierter Melodien: Sie können direkt vom Notenblatt in den Computer eingegeben werden.

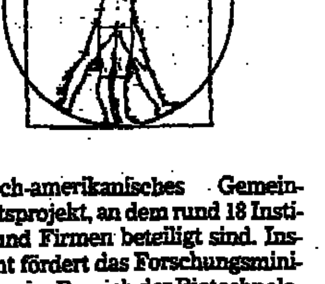
Die Synthesizer enthalten eine Fülle unterschiedlicher einprogrammierter Klänge, die über eine kleine Tastatur abgerufen werden können. In den meisten Fällen kann man diese Klänge beliebig verändern und sich auf diese Weise eine Palette von Klängen einrichten. Am günstigsten ist es, seine Geräte in eine Art Hierarchie anzuordnen. Zentrum ist dann, neben dem Computer, das sogenannte Master-Keyboard, also eine Tastatur, von der aus alle anderen Geräte – über MIDI – gespielt werden können. Dieses Gerät sollte möglichst eine „anschlagdynamische" Tastatur besitzen. Das heißt, man kann durch die Stärke des Tastenanschlags den erzeugten Ton verändern, wie man es von einem Klavier gewohnt ist.

Natürlich kann ein elektronisches Gerät niemals den Klang eines mechanischen Instrumentes perfekt nachahmen. Das „Trompeten"-Register eines Synthesizers kann nicht die vielen Klangvarianten reproduzieren, die der Mensch mit der Form seiner Lippen oder mit besonderen Anblas-Techniken erzeugen kann. Inzwischen bieten einige Hersteller aber sogenannte Blaswandler an. Dies ist eine Art elektronisches Mundstück, mit dem der Spieler durch das Hineinblasen seine Synthesizertöne beeinflußen kann, etwa um das „Dirty playing" auf einer Jazztrompete zu imitieren.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Förderung der Gentechnik

Bonn (dpa) – Die Bundesregierung hat für die Förderung der Biotechnologie bis 1990 rund eine Milliarde Mark vorgesehen. Ein Schwerpunktvorhaben ist die Entwicklung von Medikamenten zur Bekämpfung von Tumorerkrankungen. Hierbei handelt es sich um ein



deutsch-amerikanisches Gemeinschaftsprojekt, an dem rund 18 Institute und Firmen beteiligt sind. Insgesamt fördert das Forschungsministerium im Bereich der Biotechnologie derzeit 110 Projekte von wissenschaftlichen Einrichtungen und Firmen. Nach dem Urteil internationaler Fachleute liegt die Bundesrepublik in Europa mit auf einem Spitzenplatz in der gentechnologischen Entwicklung.

Chancen für Babys

Frankfurt (dpa) – Die Überlebenschance für Säuglinge mit angeborenem Herz- und Gefäßfehler verbessert sich infolge chirurgischer Hilfe zunehmend. Wie die Aktion Sorgenkind gestern mitteilte, ist die Zahl der Herzoperationen an Neugeborenen in den vergangenen Jahren sprunghaft gestiegen. Während 1978 nur etwa 40 Prozent der betroffenen Babys operativ behandelt werden konnten, so ist dies inzwischen bei fast 90 Prozent möglich.

UdSSR-Umweltschutz

Berlin (AP) – Verstöße gegen die Umweltgesetze der Sowjetunion sind nach neuestem Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) an der Tagesordnung. Die Umweltschutzmaßnahmen bleiben demnach ständig hinter dem Plansoll zurück. Das Schwergewicht habe bisher der Bekämpfung der Wasserverschmutzung gegolten, die um etwa ein Drittel gesunken sei. Stark verschmutzt seien dagegen zahlreiche kleinere Flüsse in den industriellen Ballungsgebieten wie der südlichen Ukraine, dem Ural und in Westsibirien. Bezüglich der Maßnahmen zur Luftreinhaltung sei das Planziel nicht einmal zur Hälfte erreicht.

Samstags auf der Wissenschaftsseite

„Heiratsschwindel im Schilf" – Matthias Glaubrecht beschreibt das ungewöhnliche Paarungsverhalten von Rohrsängern.

*

Über einen japanischen Miniatur-Motor, der durch Ultraschall angetrieben wird, berichtet Arno Nöldechen.

*

Neue Erkenntnisse über den Erreger der Schlafkrankheit – Von Rolf H. Latusseck.

TOUR DE FRANCE / Einer der Favoriten gab nach den ersten Bergen auf

Geschockt von Hinaults großer Fahrt, stieg Laurent Fignon von seinem Rad

DW./dpa, Pau

Er sei ein Siegertyp, hat er einmal gesagt. Nicht das Duell mit den Stars interessiere ihn, sondern nur der Sieg. Und wenn er dabei noch einen der Besten, Bernard Hinault beispielsweise, schlage, so mache dies den Sieg nur etwas größer.

Der französische Radprofi Laurent Fignon, zweimaliger Gewinner der Tour de France und auch in diesem Jahr einer der großen Favoriten, hat gestern vor der 13. Etappe von Pau nach Super-Bagneres aufgegeben. Er habe Fieber, teilte er den Organisatoren mit. Eine Begründung, die dem 25jährigen Franzosen kaum jemand abnimmt. Denn zuvor, auf der ersten großen Bergetappe der Tour, hatte Fignon etwas erleben müssen, was ihn depremieren, ihm jede Sieges-Zuversicht rauben mußte.

Mit seiner sensationell anmutenden Fahrt auf der zwölften Etappe hatte Bernard Hinault, der 31jährige Bretone aus Quessoy, nicht nur das gelbe Trikot, die Führung im Gesamtklassement errungen. Er hat, so meinen viele, seinem mutmaßlich hartnäckigsten Konkurrenten früh den entscheidenden Schlag versetzt.

Und Bernard Hinault ist mit seinem Husarenritt über den Col de Marie Blanque seinem großen Traum fast greifbar nahe gekommen. Kaum jemand zweifelt ernsthaft daran, daß er kurz davor steht, als erster Fahrer in der Geschichte des Radsports die Tour de France zum sechsten Mal zu gewinnen. Zwar trennen Hinault von den Pariser Champs-Elysées noch fast 2700 Kilometer. Aber auch Jacques Anquetil, genauso wie Vorjahressieger Hinault und die Radsport-Legende Eddy Merckx fünfmaliger Gewinner der Tour, fürchtet schon um seinen Rekord: „Es ist vielleicht noch zu früh zu sagen, er hätte die Tour bereits in der Tasche, aber seinen jetzigen Vorsprung wird man ihm nur noch schwer abnehmen können." Nur Luis Ocana, in den 70er Jahren der große Widersacher von Eddy Merckx, 1973 Tour-Sieger und Liebhaber schwerer Bergetappen, warnt Hinault vor zu frühem Feiern: „Bernard hat ein Riesending gemacht, aber die schweren Bergetappen haben erst angefangen. Es wird noch viel grausamer. Sein größter Widersacher ist jetzt Pedro Delgado."

Dem hat Hinault ein Geschenk gemacht. Nach seiner Galavorstellung ließ er ihm auf der Zielgeraden in Pau dezent den Vortritt und verzichtete auf seinen zweiten und insgesamt 26. Etappensieg nach dem Zeitfahren in Nantes.

Aber kaum zwei Radlängen hinter dem Zielstrich fiel der Schwarm der Reporter – ein hilfesuchender Blick Hinaults zu einem bereitstehenden Ordner kam zu spät – über den vermeintlichen Toursieger 1986 her. Hinault wurde förmlich an den Absperrzaun gedrückt; er brachte nur mit Mühe die ersten Worte nach dem grandiosen Sieg heraus.

Noch sei nicht alles gelaufen, sagte er. Der Abstand zum besten Kletterer, Herrera, sei immerhin beruhigend groß. Und der große Triumphator hatte auch tröstende Worte für den großen Verlierer: „Laurent Fignon ist nach seiner überstandenen Verletzung vom Vorjahr in etwa der gleichen Situation wie ich 1984, als ich nach meiner Knieoperation erst wieder im Kommen war und gegen ihn den kürzeren zog. Ihm fehlt einfach die Rennpraxis von über einem halben Jahr." In diesem Augenblick wußte Bernard Hinault noch nicht, daß Laurent Fignon wenige Stunden später kapitulieren würde ...

Hinault, dessen Siegerlächeln bei den vielen Erfolgen zwangsläufig zur Routine wird, genoß die erste Präsentation im gelben Trikot sichtlich. Doch auch Laurent Fignon, der seine Motivation aus Siegen bezieht, konnte zu diesem Zeitpunkt lächeln. Vielleicht weil er zu wissen glaubt, daß Hinault im nächsten Jahr nicht mehr dabei sein wird.

LEICHTATHLETIK

Schmid fast in Bestform

sid, Nizza

Harald Schmid rennt wieder der Hochform entgegen. Zwei Tage nach seinem neunten 400-m-Hürden-Titel bei deutschen Meisterschaften in 48,59 Sekunden steigerte er sich beim Meeting in Nizza auf 48,40. Doch wie 1984 in Los Angeles lag der 28jährige aus Gelnhausen einen Platz hinter Danny Harris (USA). Der 20jährige gewann zugleich das fünfte Saisonrennen im Grand-Prix und erreichte die Maximalzahl von 45 Punkten.

Höhepunkte des Sportfestes waren drei Jahres-Weltbestzeiten: Der Brite Steve Cram, Weltmeister über 1500 m, erzielte 1:43,62 Minuten über 800 m, der Belgier William van Dijk gewann in 8:11,52 Minuten überraschend ein schnelles Rennen über 3000 m Hindernis, und Olympiasiegerin Maricica Puica aus Rumänien verfehlte im Meilen-Lauf den Weltrekord von Mary Decker-Slaney (USA) in 4:18,25 Minuten nur um 1,54 Sekunden.

Die anderen deutschen Teilnehmer boten keine überragenden Leistungen. Im Hammerwerfen, das Jury Sedych aus der UdSSR mit 84,26 Meter gewann, wurde Christoph Sahner (Wattenscheid) mit 78,58 Meter Dritter. Im Hochsprung belegten Gerd Nagel (Frankfurt) und Carlo Thränhardt (Köln) mit 2,24 Meter Rang vier.

Am zweiten Tag der UdSSR-Meisterschaften in Kiew sorgte Jelena Beljewskaja mit 7,31 Meter im Weitsprung für die beste Leistung. Im Hochsprung der Männer erreichte Waleri Sereda 2,34 Meter.

Boris Becker, ein Präsident und absurde Gedankengänge

Die Internationale Tennis-Federation (ITF) hat getagt. Das muß sein, selbstverständlich. So ein großer Verband will verwaltet und geführt werden. Es ging um Satzungen, den Daviscup, den Federation-Cup, um internationale Senioren-Wettbewerbe. Routinethemen. Sie wurden abgehakt im Sheraton-Hotel in Newport/Rhode Island an der Ostküste der USA. Nicht der Rede wert.

Doch da gab es, wie es sich für einen ordentlichen Verband gehört, auch den Punkt Verschiedenes auf der Tagesordnung. Und da gibt es den Präsidenten Philippe Chartrier aus Frankreich, der verschiedenes noch sagen wollte. An diesem Punkt wurde und wird es spannend. Schon deshalb, weil schwer einzusehen ist, daß der Präsident eines Verbandes gegen den Sport redet, den er vertritt.

Also sagte Herr Chartrier – er gilt als seriöser Kenner der Profiszene: „Wir sollten uns darüber Gedanken machen, wie Wimbledon in Zukunft interessanter gestaltet werden kann."

Wimbledon noch interessanter, spricht dieses Turnier nicht für sich, ist es nicht Tennis schlechthin? Der Präsident ist nicht dieser Meinung. In dem, was er sagte zum Punkt Verschiedenes, steckt Ungeheuerliches. Also denn: „Das diesjährige Wimbledon-Turnier hat gezeigt, wohin unser Sport geht. Wir haben im Finale eindeutig erkannt, daß lediglich der Aufschlag und einige glückliche Returns darüber entschieden, daß Boris Becker Champion wurde."

Sie können diese Worte noch einmal lesen, möglichst langsam, um die Ungeheuerlichkeit zu erkennen. Weil Boris Becker, das heißt es, mit perfekten Schlägen in Wimbledon gewonnen hat, müssen die Regeln geändert werden. Nämlich, wieder Originalton Präsident Chartrier, so: „Ich bin dafür, daß wir entweder das 6,40 Meter lange Aufschlagsfeld verkürzen oder den Spielern demnächst bei Rasen-Turnieren nur noch einen Aufschlag gestatten."

Bravo, Herr Chartrier. So, genau so, wird verhindert, daß Boris Becker noch einmal in Wimbledon und bei irgendeinem anderen Turnier auf Rasen gewinnt. Was ist nur in diesen

STAND ● PUNKT

Präsidenten gefahren? Hat ihn Bekkers Manager Tiriac nicht freundlich genug gegrüßt? Ist er verärgert darüber, daß er beim Finale nicht in der ersten Reihe der Königsloge Platz nehmen durfte, weil da Richard von Weizsäcker saß?

Hier könnten eine ganze Reihe von Worten stehen, die Chartriers Gedankengänge treffend beschreiben. Lassen wir es, einige wären vielleicht schon Tennis-Präsidenten-Beleidigung. Trösten wir uns damit, daß der gleiche Herr vor knapp zehn Jahren nach einem Finale zwischen Björn Borg und Vilas in Paris laut darüber nachdachte, daß man nun endlich diese langen Topspin-Ballwechsel verkürzen sollte. Trösten wir uns also damit, daß Absurditäten auch dann solche bleiben, wenn sie ein Präsident wie Chartrier nach allen Seiten ausstreut.

H. J. POHMANN

TENNIS

Federation-Cup: Protest gegen die Auslosung

dpa, Berlin/Prag

Ärger und Verbitterung bestimmten im Trainingslager der deutschen Tennis-Damen die Reaktionen auf das offenbar kräftig manipulierte Losverfahren in Prag für den Federation-Cup (21. bis 27. Juli), der inoffiziellen Mannschafts-Weltmeisterschaft. Der Deutsche Tennis-Bund (DTB) richtete gestern einen offiziellen Protest an den Internationalen Tennis-Verband (ITF).

„So eine Sauerei", entfuhr es Steffi Graf, als sie hörte, daß das deutsche Team trotz der besseren Weltranglisten-Plätze der einzelnen Spielerinnen hinter Gastgeber und Titelverteidiger CSSR nur auf Rang drei gesetzt wurde. Der DTB verlangt nun, daß seine Damen an Nummer zwei hinter die USA gesetzt werden. Der Verband beruft sich dabei auf die Paragraphen 24 a und 16 des Regelwerks zum Federation-Cup, in dem nach Ansicht des DTB eindeutig die aktuellen Placierungen in der Weltrangliste das Setz- und Losverfahren bestimmen.

Immerhin ist Steffi Graf die Nummer drei in der Welt und Claudia Kohde-Kilsch die Nummer fünf. Hana Mandlikova und Helena Sukova (CSSR) besetzen die Plätze vier und acht. In der ersten Aufregung unter den deutschen Damen fielen Worte wie „Betrug" und sogar „Boykott".

Da die Amerikanerinnen mit der Weltranglisten-Ersten Martina Navratilova und der Weltranglisten-Zweiten Chris Evert-Lloyd unantastbar als Nummer eins im Lostopf lagen, bedeutet die Nummer drei eine klare Benachteiligung für die Mannschaft des Deutschen Tennis-Bundes. Steffi Graf und Claudia Kohde-Kilsch treffen bei programmgemäßem Verlauf schon im Viertelfinale auf die starken bulgarischen Schwestern Maleeva und im Halbfinale zwangsläufig auf die USA. „Für die CSSR ist dagegen alles aus dem Weg geräumt worden, was Schwierigkeiten bereiten könnte", sagte Teamchef Klaus Hofsäß empört. „Die können das Endspiel nur verfehlen, wenn sie den Fuß brechen", fügte er wütend hinzu.

Der Internationale Tennis-Verband hatte zwei Argumente für die Verbeugung vor den Gastgebern: Die CSSR-Auswahl ist Titelverteidiger. Und es sei nicht sicher, ob Steffi Graf nach ihrer Erkrankung von Paris, die sie zum Wimbledon-Verzicht gezwungen hatte, wieder gesund sei und volle Spielstärke bringen könne.

Der Streit um die Setzliste hat Hintergründe. Vor zwölf Monaten waren Steffi Graf und Claudia Kohde-Kilsch für den Federation-Cup in Nagoya gemeldet. Sie sagten kurzfristig ab. Die gesamte Setzliste mußte damals wegen der Deutschen geändert werden, die mit den Außenseitern Petra Keppeler und Myriam Schropp antraten und in der ersten Runde gegen Großbritannien ausschieden. Die Zurückstufung für Prag ist möglicherweise eine Revanche der Funktionäre im Internationalen Verband. Außerdem: Mit aller Macht wollte der Verband wohl ein Finale zwischen den USA und der CSSR herbeiführen. Dieses Endspiel mit der in Prag geborenen Martina Navratilova gegen die Mannschaft der CSSR hätte einen besondern sportlichen, menschlichen und auch sportpolitischen Reiz.

SPORT-NACHRICHTEN

Malaysia boykottiert

Kuala Lumpur (AP) – Malaysia hat gestern als erstes nichtafrikanisches Land seine Entscheidung bekanntgegeben, die nächste Woche in Großbritannien stattfindenen Commonwealth-Spiele zu boykottieren. Die Regierung wolle damit gegen die Weigerung Großbritanniens protestieren, wirtschaftliche und andere Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen.

Koszewski gab auf

Athen (dpa) – Bei den ersten Junioren-Weltmeisterschaften der Leichtathleten in Athen gab der deutsche Jugend-Zehnkampfmeister, Dietmar Koszewski aus Berlin, nach schwachem 100-m-Lauf (11,95 Sekunden) bereits im Weitsprung verletzt auf. Favorit Stefan Haigis (Bad Soden-Allendorf) lag nach drei Übungen mit 2264 Punkten an siebter Stelle, 249 Punkte hinter dem führenden Finnen Keskitalo.

Laffite: neue Renn-Pläne

Paris (dpa) – Der französische Formel-1-Rennfahrer Jacques Laffite, der am Sonntag beim Großen Preis von Großbritannien in Brands Hatch schwer verletzt worden war, will bald wieder Rennen fahren. Er habe bei dem Unfall keine komplizierten Knochenbrüche erlitten. Dies erklärte er in einem Rundfunkinterview von seinem Krankenbett aus.

Bott bleibt Amateur

Düsseldorf (sid) – Markus Bott, Zweiter der Amateur-Box-EM, hat zwei Profi-Angebote aus Frankfurt und Holland abgelehnt und will sich mit einem Sonderprogramm der Stiftung Deutsche Sporthilfe auf die Olympischen Spiele 1988 vorbereiten.

Sieg für Becker

Palma de Mallorca (dpa) – Beim Tennis-Schau-Turnier von Palma de Mallorca gewann Wimbledon-Sieger Boris Beckergegen den Franzosen Thierry Tulasne mit 6:2, 6:4. Zuvor war Becker dem Schweden Henrik Sundström unterlegen, der das Endspiel mit 7:6, 3:6, 6:3 gegen den Spanier Emilio Sanchez gewann.

Werbepartner für Schalke

Gelsenkirchen (dpa) – Fußball-Bundesligaklub Schalke hat für die Saison 1986/87 erneut das Unternehmen Trigema als Werbepartner gewonnen. Über die Einnahmen aus dem Ein-Jahres-Vertrag machte Manager Rudi Assauer keine Angaben.

ZAHLEN

BASKETBALL

WM in Spanien, Zwischenrunde, Gruppe 1: Israel – Griechenland 82:79, Spanien – Kuba 78:77, UdSSR – Brasilien 110:101. – Gruppe 2: Italien – Argentinien 78:70, USA – Jugoslawien 69:60, Kanada – China 95:81.

HANDBALL

Goodwill Games in Moskau, Männer: UdSSR – USA 23:19. – Frauen: UdSSR – Japan 40:18, Ungarn – USA 21:12.

LEICHTATHLETIK

Sportfest in Nizza, Männer, 100 m: 1. Imoh (Nigeria) 10,22, 200 m: 1. Mahorn (Kanada) 20,34, 400 m: 1. Tiacoh (Elfenbeinküste) 44,75, 800 m: 1. Cram (Großbritannien) 1:43,62, Hoch: Matei (Rumänien) 2,31, Stabhoch: Collet (Frankreich) 5,72. – Frauen, 200 m: Ashford (USA) 22,38, 3000 m: Kristiansen (Norwegen) 8:35,88, Speer: 1. Whitebread (Großbritannien) 70,74.

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: 1. FC Köln – Borussia Brand 10:0, SV Börnsen – Werder Bremen 0:8, SV Langd – Hamburger SV 3:11, SSV Buchenau – Bayer Leverkusen 0:7, Südwest Nürnberg – Blau-Weiß Berlin 0:2.

FUSSBALL / Planung für die nächste Spielzeit

Gesamtetat der Vereine von 118 Millionen Mark

sid, Düsseldorf

Der Schock hielt nicht lange an: Trotz der schlechtesten Zuschauer-Resonanz seit 1972 in der letzten Saison der Fußball-Bundesliga zeigen die Präsidien der Vereine vor dem Start in die 24. Spielzeit Optimismus. Bei ihren Planungen erreichen die 18 Klubs mit einem Gesamtetat von 118,1 Millionen Mark den Stand des Vorjahres (120,7 Millionen). Das bedeutet lediglich einen Rückgang von etwa zwei Prozent. Die Kalkulationen der Zuschauerzahlen, die jeder Verein seinem Etatansatz zugrunde legt, basieren auf einem Saisonbesuch von 5 465 000 Zuschauern (Vorjahr: 5 464 000), was einem Durchschnitt von 17 861 Besuchern pro Spiel entspricht.

Auf einen Schub für die höchste Spielklasse durch das Erreichen des Finales bei der Weltmeisterschaft in Mexiko wollen sich die Manager und Schatzmeister aber nicht verlassen. „In der Endabrechnung stand zwar die Endspielteilnahme, aber es ist betrüblich, daß man mit Kampf, Athletik und solch einer Spielweise so weit gekommen ist. Mit dieser Defensivtaktik würde man uns in der Bundesliga auspfeifen", lautete das kritische WM-Fazit von Helmut Grashoff, Manager von Borussia Mönchengladbach.

Präsident Gerhard Schmelzer (1. FC Nürnberg) indes glaubt: „Das Beckenbauer-Team hat das ramponierte Image etwas aufpoliert. Aber deshalb wird kein Zuschauer mehr zur Bundesliga kommen." Sein Kollege Professor Fritz Scherer (Bayern München) dagegen sagt: „Ich erwarte einen kleinen Aufschwung."

Wie schon in den letzten Jahren führt Scherers Klub die Etat-Tabelle mit der unveränderten Summe von 15 Millionen Mark an. Auf den Erfahrungen der ernüchternden letzten Saison basiert die Kalkulation beim Hamburger SV. Er strich seinen Etat von 10,1 auf 7,7 Millionen Mark zusammen.

Mit dem Rotstift in schwarze Zahlen wollen neben dem HSV auch Stuttgart, Gladbach, Frankfurt, Mannheim und vor allem Dortmund. Dieses Sextett hat seine veranschlagten Zahlen mehr oder weniger reduziert. Ein weiteres halbes Dutzend Vereine (Bremen, Köln, Uerdingen, Bochum, Düsseldorf und Nürnberg) kalkulierten optimistischer.

Unsere Tabelle zeigt die Etats der Klubs im Vergleich zur letzten Spielzeit und die kalkulierten Zuschauerzahlen für 1986/87 im Vergleich zur tatsächlich erreichten Zahl in der letzten Saison.

	Etat 86/87	Etat 85/86	Schnitt 86/87	Schnitt 85/86
München	15,0	15,0	28 000	27 241
Bremen	10,6	10,0	23 000	24 762
Köln	9,5	9,0	18 000	13 029
Stuttgart	9,4	12,0	25 000	21 996
Gladbach	8,0	8,5	20 000	16 383
Hamburg	7,7	10,1	23 000	15 561
Schalke	6,8	6,8	20 000	18 588
K'lautern	6,5	6,5	17 000	15 817
Frankfurt	6,1	6,7	17 000	15 782
Leverkusen	6,0	6,0	13 000	9 567
Nürnberg	5,5	2,9	21 000	27 992
Dortmund	5,0	6,5	23 000	23 913
BW Berlin	4,5	2,3	12 000	3 500
Uerdingen	4,0	3,5	13 000	11 243
Bochum	3,5	3,2	17 000	13 632
Mannheim	3,5	3,7	15 000	13 199
Düsseldorf	3,5	3,0	9 000	10 360
Homburg	3,0	1,8	7 500	3 000

Über Funk Tips für Sabotageakte

„Autonome" nutzen illegale Sender / 35 Millionen für Einsätze an der Startbahn West

WALTER H. RUEB, Bonn

Über den Äther werden Ziele genannt, „die unsere Vergiftung verdienen", und in einem „Bekennerbrief" nach mehreren schadensträchtigen Anschlägen auf Kaufhäuser mit Säurezünder heißt es zur Begründung ganz offen: „... weil wir die Schweine an einem ihrer ökonomischen Punkte treffen und direkt in die Zentren der Städte Unruhe tragen wollen ..." Die staatsfeindlichen und kriminellen Gruppen „Autonomer" scheuen nicht einmal mehr davor zurück, Kontakte zu Gesinnungsgenossen über Rundfunk herzustellen. Es handelt sich freilich um illegale Stationen, Piratensender. Über diese Praktiken berichtete jetzt „Report" München.

Der Polizei ist es bisher nicht gelungen, den illegalen Sender „Freies Göttingen" zu finden, weil deren Betreiber niemals mehr als wenige Minuten auf Sendung bleiben. „Wir wollen nicht die Bullen im Nacken haben", hieß es in einer abrupt beendeten Sendung. Die Zeit reichte immerhin zu Mitteilungen über jüngste Anschläge – beispielsweise in einem im Bau befindlichen Eisenbahntunnel unweit Göttingen, wo Bohrmaschinen zerstört und ein Sachschaden von zwei Millionen Mark angerichtet wurde.

Auch in Druckzeugnissen des Untergrunds künden Staatsfeinde von den eigenen „Ruhmestaten". „Wir sind aus der Phase von Sprengsätzen in die Phase konkreter Sabotage und alltäglicher Subversion getreten", wird im Druckerzeugnis „Guerrilla diffusa" geprahlt. In anderen Broschüren werden Anleitungen nach Sachgebieten gegeben. Zerstörung, Sabotage, Zersetzung und Chaos heißen die Stichworte. Der Leser erfährt, wie Brandsätze hergestellt und wie Feuerlöschgeräte in gefährliche Bomben umgewandelt werden können.

Über die Aktivitäten anderer Autonomer, die sich den Umsturz von Staats- und Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik zum Ziel gesetzt haben, gab ein Bericht über die Geschehnisse an der Startbahn West in Frankfurt Aufschluß. Seit zwei Jahren wird die Startbahn genutzt, doch Woche für Woche sind Polizei-Hundertschaften im Einsatz, um die vier Kilometer lange Flugpiste zu schützen. Zäune, Mauern und Stacheldraht genügen nicht.

Im Jahr muß die Polizei mehr als eine halbe Million Überstunden leisten. Im Kampf gegen Rauschgiftkriminalität und für andere polizeiliche Aufgaben fehlen hingegen die Beamten. Frankfurt hat die höchste Kriminalitätsrate der Bundesrepublik: Allein in den vergangenen zehn Jahren hat die Kriminalität in der Mainmetropole um 80 Prozent zugenommen. Ein Polizeibeamter stellte fest, Prävention gegen das Verbrechen falle flach, ein anderer klagte über die zunehmende Frustration der Beamten. Der Einsatz an der Startbahn West kostete den Steuerzahler seit Baubeginn rund 35 Millionen Mark.

WAA-Festival wird Fall für die Richter

PETER SCHMALZ, München

Obwohl die Stadträte der bayerischen Kleinstadt Burglengenfeld mit 13 gegen elf Stimmen den Antrag für ein sogenanntes „Anti-WAAhnsinns-Festival" genehmigten, ist diese Entscheidung nicht rechtskräftig. Bürgermeister Stefan Bawidamann (CSU) beanstandete den Beschluß als rechtswidrig, weigerte sich, ihn zu vollziehen und verwies ihn zur Überprüfung an die kommunale Rechtsaufsichtsbehörde, in diesem Fall an das Schwandorfer Landratsamt.

Schon in der Ratssitzung hatte der Bürgermeister öffentlich erklärt, daß er sich einer Genehmigung des zweitägigen Rock- und Pop-Treffens, zu dem mindestens 50 000 Besucher erwartet werden, widersetzen würde. „Nachdem Regierung und Polizei erklärt haben, daß mit Gewalttätigkeiten zu rechnen ist und sie keine Gewähr für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geben können, kann auch ich die Verantwortung nicht übernehmen", erklärte Bawidamann gestern gegenüber der WELT. Seine Weigerung, den mit den Stimmen der SPD und eines CSU-Stadtrats gefaßten Beschluß zu vollziehen, begründete er mit der bayerischen Gemeindeordnung, die dem Ersten Bürgermeister eine ungewöhnlich starke Position einräumt. Artikel 59, Absatz zwei, befugt den Bürgermeister für den Fall, daß er Entscheidungen des Gemeinderates oder dessen Ausschüsse für rechtswidrig hält, diese zu beanstanden, ihren Vollzug auszusetzen und soweit erforderlich, eine Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde herbeizuführen.

Der Bürgermeister sieht die Rechtswidrigkeit durch Artikel 19 Landesstraf- und Verordnungsgesetz gegeben, in dessen viertem Absatz gefordert wird, die Erlaubnis für eine öffentliche Veranstaltung zu versagen, „wenn es zur Verhütung von Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sachgütern oder zum Schutz vor erheblichen Nachteilen oder erheblichen Belästigungen für die Allgemeinheit oder Nachbarschaft ... erforderlich erscheint".

Aus diesem Grund hatte die Bezirksregierung der Oberpfalz in Regensburg den Stadtrat bereits vor der Abstimmung gebeten, die Zustimmung zu untersagen (WELT v. 16.7.), blieb damit aber ohne Erfolg. Nachdem Bürgermeister Bawidamann den Beschluß gestern dem Landratsamt vorlegte, wurde dieses von der Regierung in Regensburg angewiesen, den Beschluß ebenfalls für rechtswidrig zu erklären. Sollte das Landratsamt, das von dem engagierten WAA-Gegner Hans Schuierer geleitet wird, der Regierungsbitte nicht nachkommen, könnte Regierungspräsident Karl Krampol auf Anweisung des bayerischen Innenministeriums vom Selbsteintrittsrecht Gebrauch machen und das Festival untersagen.

Unabhängig davon werden jedoch die Gerichte das letzte Wort sprechen. Der Festival-Veranstalter, der erst kürzlich gegründete Verein „Zur Beratung und Förderung kultureller Jugendarbeit", hat schon gestern nachmittag beim Verwaltungsgericht Regensburg einen Eilantrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen den Bürgermeister eingereicht. Man wolle damit erreichen, daß an der Umzäunung für das 16 Hektar große Festivalgelände und eines bis zu 10 000 Personen fassenden Campingplatzes weitergebaut werden kann, erklärte ein Sprecher der Veranstalter.

Sollte das Verwaltungsgericht dem Antrag stattgeben, ist damit zu rechnen, daß der Freistaat Bayern, vertreten durch den Landesanwalt, dagegen den Verwaltungsgerichtshof in München anruft. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete der Grünen, Otto Schily, erklärte sich inzwischen bereit, den Verein bei den zu erwartenden Prozessen zu vertreten. Bürgermeister Bawidamann ist sicher, mit seiner Weigerung auch im Sinne der Mehrheit seiner Bevölkerung zu handeln.

Transitsünder können 500 Mark überweisen

D. D. Berlin

Die Deutsche Bundesbank hat die Sammelgenehmigung für Geldüberweisungen in die „DDR" von 200 auf 500 Mark erhöht. Von dieser erhöhten Freigrenze „profitieren" vor allem Autofahrer, die auf den Transitautobahnen mehrfach Ordnungsstrafen von der „DDR"-Volkspolizei erhalten haben. Wer mehrere solcher Strafen nicht bezahlt, muß damit rechnen, daß ihm die „DDR" die Benutzung der Transitstrecken verweigert.

Wie die „DDR"-Vertreter mitteilten, sind in den ersten fünf Monaten dieses Jahres gegen rund 62 000 Transitreisende wegen Verkehrsvergehen, Ordnungsstrafen verhängt worden.

EKD soll sich von Gewalt distanzieren

idea, Dortmund

Zu einem „radikalen Überdenken" ihres bisherigen Engagements hat die „Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland" die EKD aufgefordert. Die neuerliche Eskalation politischer Gewalt müsse zu deutlichen Konsequenzen aus den vielen „Worten" der EKD gegen Gewaltanwendung führen, heißt es aus Anlaß der Ermordung des Atomphysikers Karl Heinz Beckurts und seines Fahrers Eckart Groppler. Eine Konsequenz wäre eine klare Distanzierung von den sogenannten Demonstrations-Gottesdiensten, die in Gorleben, Brokdorf, Wakkersdorf und an der Startbahn-West in Frankfurt gehalten worden seien. Die evangelische Kirche dürfe nicht in den Verdacht geraten, „terroristische Gewalttaten" durch „Gottesdienste" theologisch zu rechtfertigen.

Gefährdet lokales Fernsehen die Presse?

DW. Bonn

Bei der Einrichtung lokaler Fernsehsender in 65 Städten der Bundesrepublik Deutschland müsse den Zeitungsverlagen ein vorrangiges Nutzungsrecht zugestanden werden, forderte gestern der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger. Die Ankündigung des Bundespostministers Schwarz-Schilling vernachlässige Finanzierungsfragen für Technik und Programmgestaltung. Der Verband befürchtet durch eine Überlastung der regionalen Medienmärkte eine Gefährdung der Pressevielfalt.

„Betriebsräte über neue Techniken gut informiert"

Experten lehnen DGB-Forderung nach mehr Mitbestimmung ab

HH. Bonn

Betriebsräte und Mitarbeiter werden bei der Einführung neuer Techniken im Betrieb „im allgemeinen umfassend informiert und beteiligt", schreibt das den Unternehmern nahestehende Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Es antwortet damit auf die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbunds nach Ausweitung der Mitbestimmung bei Planung und Einführung neuer Techniken.

Das IW stützt sich bei seiner Aussage auf eine Auswertung von 108 Beispielen aus der betrieblichen Praxis durch seine arbeitswissenschaftliche Datenbank (Prodis). Beispielsweise seien die betroffenen Mitarbeiter und der Betriebsrat bei Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeit in mehr als 90 Prozent der Fälle über die Planungen unterrichtet gewesen. Nach Meinung des IW widerlegen solche Zahlen die „ständig wiederholten Behauptungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Einzelgewerkschaften, Beschäftigte und Betriebsräte würden bei der Einführung neuer Techniken nicht beteiligt".

In 80 Prozent der dokumentierten Fälle habe der Betriebsrat Einfluß auf die Einführung neuer Techniken genommen oder aktiv daran mitgearbeitet. Er sei entweder bei der Planung oder Beratung beteiligt gewesen oder habe das Ergebnis der Veränderung kontrolliert. 75 Prozent der Belegschaft werten die Information durch den Betrieb als „sehr umfassend" oder „ziemlich umfassend". In 85 Prozent der Fälle äußerten sich die Mitarbeiter „zufrieden" oder „sehr zufrieden" über die eingeführten Techniken. Dabei habe es sich beispielsweise um den Einsatz von Bildschirmen, Informationstechnologie, Mikroelektronik, NC-Technik oder Robotern gehandelt.

Erinnerung an Mauerbau

„DDR"-Bischof: Was Menschen quält, nicht verschweigen

epd, Görlitz

Der evangelische Bischof in Görlitz, Joachim Rogge, tritt dafür ein, den 25. Jahrestag des Berliner Mauerbaus am 13. August nicht mit Schweigen zu übergehen. Die Kirche habe das Phänomen Mauerbau nicht politisch zu bestätigen oder zu bekämpfen, sagte Rogge. Sie müsse jedoch die weiterhin vorhandene Betroffenheit und schmerzende Verwundung von Menschen ansprechen.

Was Menschen quält, dürfe nicht als politisch nicht opportun abgetan werden, sagte Rogge. Deshalb müsse die Kirche „wechselseitiges Verständnis" für unterschiedliche politische Argumentationen wecken. Treffen von Kirchengemeinden aus der „DDR" und der Bundesrepublik Deutschland seien folgerichtig im Gespräch.

Rogge vertritt als Bischof des Görlitzer Kirchengebietes nach eigenen Angaben gegenwärtig etwa hunderttausend Mitglieder und auch ein „Sympathisantenumfeld" von Nichtgetauften. Der Bischof bezeichnete es als eine Aufgabe der Kirche, „Menschen auch damit Heimat zu geben, daß sie ihren Standpunkt suchen und finden angesichts der politischen Gegebenheiten, die für uns alle gelten". Zum Rahmen kirchlichen Wirkens gehöre auch „die Ermutigung zur Existenz in unserem Lande".

Auf den am 18. August anstehenden zehnten Jahrestag der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz in Zeitz angesprochen, meinte er, es sei vielleicht auch heute noch nicht ganz gelungen, „kirchenleitenden Dienst so durchschaubar zu machen, daß sich alle verstanden fühlen und alle verstehen können". Die Selbstverbrennung des Pfarrers war seinerzeit in Gemeinden der „DDR" als Protest gegen eine zu anpassungsbereite Kirche interpretiert worden. Doch nicht alle damaligen Defizite seien behoben worden, sagte Bischof Rogge dazu. Er äußerte Sorge darüber, daß weiterhin „Reibungsverluste durch kirchliches Management" und „zu viele nach allen Seiten hin abgesicherte Erklärungen und Reden die Offenheit und Durchschaubarkeit zu den Gemeinden hin hindern".

Die Görlitzer Kirche ist auf finanzielle Unterstützung aus dem Westen angewiesen. Ein Verzicht darauf sei kurzfristig nicht möglich, meinte Rogge. Da Spenden und Kirchensteuern keineswegs ausreichten, alle Aktivitäten zu finanzieren, müßten sonst bei einem Ausfall westlicher Zahlungen zahlreiche kirchliche Einrichtungen geschlossen werden.

Schwier erzwingt Errichtung von Gesamtschule

DW. Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Kultusminister Hans Schwier (SPD) hat seine Androhung wahrgemacht, die Stadt Dormagen (Kreis Neuss) zur Errichtung einer Gesamtschule zu zwingen. Er macht damit erstmals von diesem Recht Gebrauch, das ihm das Schulverwaltungsgesetz gibt.

Ende 1985 hatte der Stadtrat von Dormagen beschlossen, zum 1. August eine Gesamtschule zu errichten, wenn dafür mindestens 112 Anmeldungen vorlägen. In einer erneuten Sitzung im März dieses Jahres hob der Rat seine Entscheidung jedoch wieder auf, obwohl 119 Anmeldungen eingegangen waren. Schwier sieht wegen der Zahl der Anmeldungen die Errichtung einer mindestens vierzügigen Schule zum 1. August als gerechtfertigt an. Außerdem sei Dormagen finanziell und verwaltungstechnisch in der Lage, eine solche Gesamtschule in dem bereits bestehenden Schulzentrum zu unterhalten. Das Kabinett hat sich bereits hinter die Entscheidung Schwiers gestellt.

Leichte Entspannung auf Lehrstellenmarkt

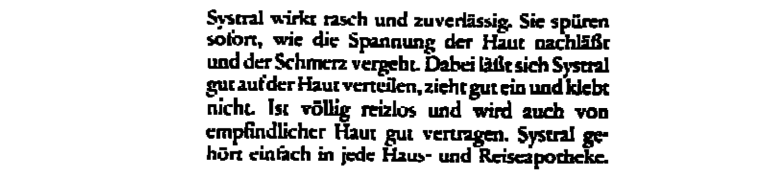
dpa, Düsseldorf

Auf dem Ausbildungsstellenmarkt gibt es, so der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, eine „beginnende Entspannung". Eine Entwarnung könne allerdings noch nicht gegeben werden. Den Arbeitsämtern seien zwar von Oktober 1985 bis Ende Juni 1986 acht Prozent mehr betriebliche Ausbildungsplätze als im Vergleichszeitraum des Vorjahres gemeldet worden, aber für die 461 200 Lehrstellen interessierten sich 579 700 Bewerber. Die Bewerbungen um Lehrstellen seien um drei Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen.

Der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Paul Schnitker, hat auf eine Trendwende auf dem Lehrstellenmarkt hingewiesen. Das Handwerk müsse sich „schon heute Gedanken machen, wo es im Jahr 1990 – und vielleicht schon viel früher – qualifizierten Nachwuchs finden kann", sagte er im Saarländischen Rundfunk. Nur in den handwerklich-technischen Berufen lasse die Nachfrage nach, während sie bei Büroberufen „nach wie vor außerordentlich stark ist und noch wächst".

Systral® stoppt das Brennen, kühlt die Haut.

Systral wirkt rasch und zuverlässig. Sie spüren sofort, wie die Spannung der Haut nachläßt und der Schmerz vergeht. Dabei läßt sich Systral gut auf der Haut verteilen, zieht gut ein und klebt nicht. Ist völlig reizlos und wird auch von empfindlicher Haut gut vertragen. Systral gehört einfach in jede Haus- und Reiseapotheke.



In der Apotheke.

Systral. Millionenfach bewährt bei Sonnenbrand und Insektenstichen.

Systral Gelee und Salbe bei allergischen, juckenden Hauterkrankungen wie Urtikaria, Ekzeme, leichte Verbrennungen, Sonnenbrand, Quallenverbrennungen, Insektenstiche und Frostbeulen. Nicht zur großflächigen Anwendung (z. B. Verbrennungen und Verbrühungen) bei Säuglingen und Kleinkindern. Diese gehören umgehend in ärztliche Behandlung.

Asta-Werke
Degussa Pharma Gruppe
Postfach 100 503
D-6000 Frankfurt 1

TIP DES MONATS

Preiswertes Brüssel Preiswertes Belgien

Das exklusive Sheraton Hotel heißt seine Gäste in den Monaten Juli und August für nur DM 50,– pro Nacht und Person im Doppelzimmer inkl. Frühstück herzlich willkommen. Einzelzimmeraufschlag DM 25,–. Swimming-pool im 30. Stock frei.

Anschrift und Buchung:

Sheraton Hotel, Place Rogier 3
1210 BRÜSSEL (00 32 / 22 19 34 00)

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken! W 286

AUSSCHREIBUNGEN

Der Norddeutsche Rundfunk beabsichtigt auf dem Wege einer beschränkten Ausschreibung

die Lieferung und Montage von 14 Lichtwerbeanlagen in Form von Reliefkörpern „NDR", Buchstabenhöhe zwischen 260 und 35 cm mit Neon-Hochspannungsröhren umrandet

zu vergeben.

Die Ausschreibung wird entsprechend der örtlichen Betriebstelle in Lose unterteilt. Die Auftragsvergabe einzelner Lose bleibt vorbehalten.

Los 1: Hamburg, Funkhaus Rothenbaum und FS Lokstedt (6 Anlagen)
Los 2: Hannover, Landesfunkhaus Niedersachsen (3 Anlagen)
Los 3: Kiel, Landesfunkhaus Schleswig-Holstein (3 Anlagen)
Los 4: Flensburg, Studio (1 Anlage)
Los 5: Oldenburg, Studio (1 Anlage)

Teilnahmebewerbungen sind bis zum 6. 8. 86 an den Norddeutschen Rundfunk, Abt. Technische Projektierung, Gazellenkamp 57, 2000 Hamburg 54, zu richten.

Dem Bewerbungsschreiben sind beizufügen:

1. Nachweis über die Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen gegenüber Finanzamt und Sozialversicherungsträgern.
2. Nachweis über die Eintragung in das Berufsregister sowie der Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft.
3. Referenzangaben über ausgeführte vergleichbare Leistungen in den letzten drei Geschäftsjahren unter Angabe der Auftraggeber.

Der Versand der Ausschreibungsunterlagen mit Angabe des Angebotsabgabetermins erfolgt etwa Mitte August.
Ausführungsfrist: Herbst 1986
Auftragsabwicklung nach VOL/B.
Ein Anspruch auf Beteiligung am Wettbewerb besteht nicht. Auskunft darüber, ob dem Teilnahmeantrag entsprochen wird, kann nicht erteilt werden.

BEKANNTMACHUNGEN

1981 Nr. 1028 SP Ct 5

THE HIGH COURT
In der Sache
VOLKSBANK GNARRENBURG E.G.
Klägerin
und
ANNELIESE BROCKMANN
Beklagte

Gemäß Verfügung des High Court, Dublin, Irland, in obiger Sache sind alle Personen, die Hypothekengläubiger am Anspruch der Beklagten auf Kilfinnan Castle, Teil der Ländereien von Kilfinnan in der Gemeinde Kilfaughnabeg, Baronie Carbery East (Westteil) und Grafschaft Cork, Irland, auf den auf Blatt 51 006 des Grundbuches im Grundbuchamt der Grafschaft Cork, Irland, eingetragenen Ländereien sind, aufgerufen, ihre Forderungen zum oder vor dem 28. Juli 1986 bei der Examiners Office, Four Courts, Dublin, geltend zu machen und diese Forderungen durch eidesstattliche Erklärung am oder vor dem gleichen Termin zu beweisen. Im Falle des Säumens werden sie endgültig von dem durch die genannte Verfügung eingeräumten Vorrecht ausgeschlossen. Jeder Hypothekengläubiger, der im Besitz einer Sicherheit ist, wird angewiesen, diese am 30. Juli 1986 um 14.30 Uhr, dem für die Entscheidung über die Forderungen festgesetzten Termin, in der Examiners Office vorzulegen.

Datum: 12. Juni 1986

J. Comerford
Examiner

SYLT

Nordseebad Hörnum, Nähe Strandpromenade und Kurhaus. Eigentumswohnungen in wunderschöner Dünenlandschaft ab DM 2400,–/m²

1 Zi., 28,78 m²	DM 86 400,–
2 Zi., 52,09 m²	DM 139 500,–
3 Zi., 65,10 m²	DM 156 300,–
4 Zi., 77,35 m²	DM 185 700,–

Unausgebaute Dachgeschosse, Baugenehmigungen liegen vor **ab DM 42 000,–.**

Besichtigungen täglich 10–12 und 15–19 Uhr, Berliner Ring 9, Tel. 0 46 53 / 4 15 **täglich in den Abendstunden.**

Castell Wohnungsbaugesellschaft

Wahrsagerin Virchow
Viele nachweisbare Erfolge.
Tel. 0 62 02 / 1 04 24 u. 2 30 79

Zu verkaufen in der Olympiastadt Barcelona

Beteiligung
an bekanntester
Discothek mit Bar und Restaurant

an allerbester Lage im Stadtzentrum. Ca. 600 Plätze. Umsatz über Ptas. 125 Mio. Rendite 15 % p. a. Es kommt allenfalls auch der Verkauf des ganzen Geschäftes in Frage. Weitere Informationen nur gegen Kapitalnachweis.
Chiffre 44–131 421, Publicitas, Postfach, CH-8021 Zürich

Wirtschaftskriminalität ruiniert Ihr Unternehmen!

Marktverluste und ungewöhnl. Vorgänge sollten Sie veranlassen, mich einzusetzen. Langj. Erfahrung.
Angeb. u. P 3741 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

008429 DEUTSCHE MARK 1966 8

Karriere in Cash & Carry

Ein expandierendes C & C-Unternehmen will seinen Jahresumsatz von 120 Millionen DM weiter steigern. Der neue Geschäftsbereichsleiter soll die Wachstumspolitik fortführen helfen und erhält nach Bewährung auch Prokura. Die Position verlangt einen Vertriebsprofi mit Schwerpunkt im Food-Sektor und mehrjähriger Erfahrung im Großflächenbereich. Der persönliche Kundenkontakt sollte seine Stärke sein.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 19. Juli, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Wir suchen für das Vertriebsgebiet Hamburg

Vertriebspartner

im Franchise-System für den Vertrieb einer neuen, hochwertigen Dienstleistung im Pkw- u. Lkw-Bereich. Ihr Kapitaleinsatz mind. DM 40 000.–. Bruttogewinnerwartung p. a. ca. DM 1 Mio. Erste Kontaktaufnahme mit Referenzen und Kapitalnachweis: Prinz zu Hohenlohe-Langenburg GmbH, 8500 Nürnberg 40, Allersberger Str. 34, Tel. (09 11) 44 22 40, Tx. 6 26 696 pmfri d

Wir lösen Probleme!
Nuhn-Bode & Partner
Riemannstr. 25 · Bonn 1
Tel: 0228-379955

● Spezialdetektei ● Agentur für Problemlösungen ● Persönl. Kurierdienst ● Sonderabt. für weltweite Personenauffindung ● Zentralruf Tag und Nacht

FINANZANZEIGE

Didier-Werke Aktiengesellschaft Wiesbaden

DIDIER

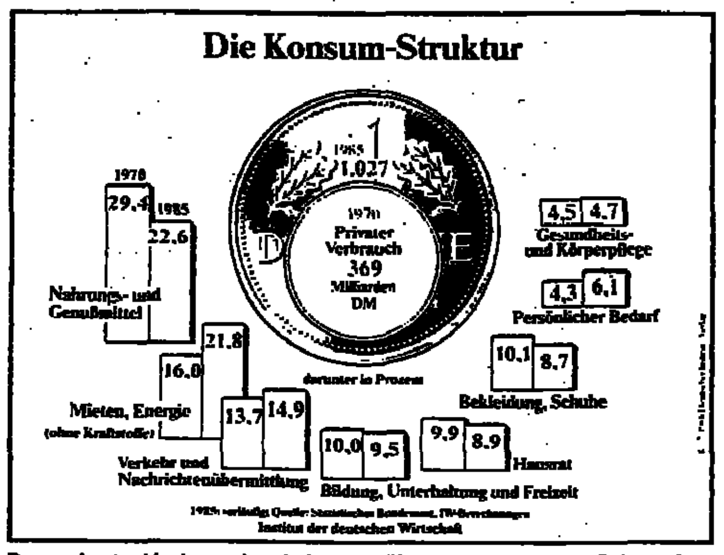
Wertpapier-Kenn-Nummer 553 700

Auszahlung der Dividende für das Geschäftsjahr 1985

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 16. Juli 1986 hat für das Geschäftsjahr 1985 je gewinnberechtigte Aktie im Nennwert von DM 50,– die Ausschüttung einer Dividende von DM 7,50 beschlossen. Auszahlung erfolgt über die im Bundesanzeiger Nr. 128 vom 17. Juli 1986 genannten Zahlstellen gegen Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 47.

Wiesbaden, im Juli 1986 Der Vorstand

1685



Der private Verbrauch wird auch über das laufende Jahr seine Rolle als Konjunkturmotor in der Bundesrepublik behalten. In den letzten 15 Jahren wurden die Ausgaben zugunsten der Bereiche Kraftfahrzeuge, persönlicher Bedarf und Reisen verschoben. Nahrungs- und Genußmittel-Ausgaben sanken. QUELLE: IW

FÜR DEN ANLEGER

Währungen: Uneinheitlich tendierte gestern die D-Mark. Stark war sie gegenüber dem Dollar, das Pfund erholte sich um 2 Pfennig auf 3,249 DM, der Schweizer Franken notierte 123,480 (122,99) DM, der Yen 1,3575 (1,3555) DM. Es sanken französischer und belgischer Franc auf 30,975 (31,030) DM sowie 4,844 (4,853) DM.

BMW: Die Zulassung von 150 Mill. DM Inhaberaktien aus der Kapitalerhöhung 1986 wurde vom Autokonzern an den Börsen München, Berlin, Hamburg, Düsseldorf und Frankfurt beantragt.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 250,41 (257,67); Chemie: 145,46 (150,51); Elektro: 285,35 (292,82); Auto: 708,54 (729,12); Maschinenbau: 139,63 (142,91); Versorgung: 138,62 (143,69); Banken: 372,60 (380,79); Warenhäuser: 142,34 (145,48); Bauwirtschaft: 468,94 (469,91); Konsumgüter: 164,98 (166,49); Versicherung: 1291,62 (1338,83); Stahl: 145,21 (150,28).

Kursgewinner:	DM	+ %
Hanf Oberach Vz.	230,00	9,5
Main-Kraftwerke	500,00	3,9
DAB	104,00	3,8
Hanf Oberach St.	280,00	3,7
Eichbaum Brauerei	174,00	3,5

Kursverlierer:	DM	– %
Dt. Babcock Vz.	163,00	7,3
Lufthansa Vz.	160,50	6,6
Bremer Vulkan	118,50	6,3
Degussa	370,00	6,3
Lufthansa St.	167,00	6,1

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Schwach.

WELTWIRTSCHAFT

Mexiko: Es wird noch bis Ende September dauern, bis die Schuldenkrise gelöst ist, heißt es im IWF. Erst wenn die Ölpreise steigen, will das Land einen Teil der Schulden abtragen. (S. 10)

China: Die binnenwirtschaftliche Überhitzung hat seit Herbst 1984 zu einem Rekorddefizit in der Handelsbilanz geführt, stellt das DIW fest.

Saudi-Arabien: Nahostexperten sehen nach der Ölkrise Zahlungsschwierigkeiten, die die Regierung zu verschleiern sucht. Ein deutsches Unternehmen hat schon seinen Rückzug vollzogen. (S.10)

MÄRKTE & POLITIK

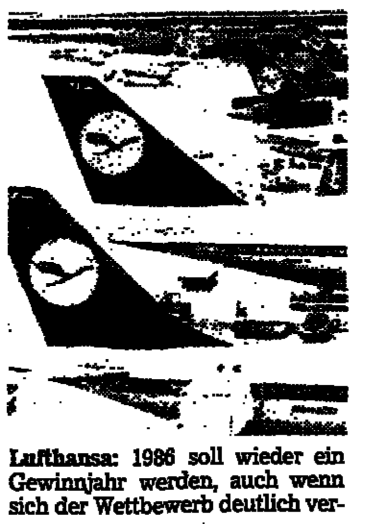
Wein: Der Jahrgang 1986 verspricht nach 1983 und 1985 schon wieder ein Spitzenwein zu werden, Indiz dafür sei der „vorzügliche Rebenstand", erklärte das Deutsche Weininstitut.

Sparkassen: Die Bundesbank sollte an ihrer ruhigen und erfolgreichen geldpolitischen Linie festhalten, schreibt der Spitzenverband.

Barmer Ersatzkasse: Mit 6,5 Mill. Versicherten, davon 4,6 Mill. Angestellte, wurde ein neuer Mitgliederrekord aufgestellt. Im 1. Halbjahr wurden bereits 70 000 (60 000) Jugendliche hinzugewonnen.

Herrenmode: Modische Emanzipation und Lösung von der modischen Bevormundung durch die Frau, konstatiert die Oberbekleidungsindustrie. (S. 11)

UNTERNEHMEN & BRANCHEN



Lufthansa: 1986 soll wieder ein Gewinnjahr werden, auch wenn sich der Wettbewerb deutlich verschlechtert hat, erklärte Vorstandsvorsitzender Ruhnau auf der Hauptversammlung. Dennoch wurde der Vorstand von den Aktionären heftig kritisiert – vor allem wegen des verlustreichen Devisentermingeschäfts. (S. 10)

Otto Wolff: Einen „besenreinen" Konzern erhält die nächste Führungsgeneration des Kölner Familienunternehmens, nachdem das „Amerika-Abenteuer" ausgestanden ist. (S. 11).

Airbus: Das europäische Konsortium befindet sich weiter im Aufwind. 63 Flugzeuge wurden im ersten Halbjahr verkauft. In den Büchern stehen Aufträge für 410 Maschinen.

NAMEN

Bundesbahn: Wie erwartet bleibt Reiner Gohlke Vorstandsvorsitzender. Zu seinem neuen Vize-Präsidenten berief der Verwaltungsrat Peter Schuhmacher, Vorstandsvorsitzender bei Heidelberger Zement und Präsidiumsmitglied des BDI.

DUB: Das Vorstandsmitglied der Dortmunder Union-Schultheiss Brauerei, Egon Keysberg, ist im Alter von 62 Jahren gestorben. Er war seit 1966 im Vorstand und zeichnete verantwortlich für Personal und Soziales, Export, Liegenschaften und Versicherungen.

Kurzfristig rutschte der Dollar dem Tiefststand von 1981 entgegen

Konjunktur und Etatdefizit lasten auf der US-Währung – Goldpreis notiert fester

DW. Bonn

Spekulationen, wie weit der Dollar wohl sinken könnte, flammen wieder auf. Nach ersten Schwächeanfällen am Montag setzte sich die Abwertung gegenüber dem Yen und der D-Mark am Dienstag und Mittwoch fort. Trotz der Interventionen der japanischen Zentralbank wurde die US-Währung in Tokio gestern mit 158,30 Yen bewertet; Frankfurt folgte mit einem niedrigen Eröffnungskurs von 2,1480/90 D-Mark.

Damit rückte der Wert weiter in die Nähe des Tiefststandes vom 10. April 1981, als der Dollar in Frankfurt mit 2,1470 D-Mark notierte. Die daraufhin erwartete Schwäche hielt im Laufe des Tages allerdings nicht an. Der Mittelkurs pendelte sich bei 2,1526 D-Mark ein.

Diese unwesentliche Erholung ist jedoch kein Zeichen für festere Notierungen in der Zukunft. Tatsache bleibt, daß die US-Währung unter Druck steht. Und dafür gibt es verschiedene Gründe. Zunächst enttäuscht die konjunkturelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Das Wachstum läßt zu wünschen übrig. Die Einzelhandelsumsätze erhöhten sich im Juni um bescheidene 0,2 Prozent; die Industrieproduktion sank sogar wieder – diesmal um 0,5 Prozent. Die fundamentale Einschätzung ist offenbar so schlecht, daß der Dollar trotz einer markttechnisch überverkauften Situation und nach den Eindeckungen der Baisse-Spekulanten kaum anzieht.

Ungünstig wirkt sich außerdem die Unsicherheit über die weitere Zinsentwicklung aus. Die einen erwarten einen weiteren Rückgang. Denn die Leitzinssenkung Ende der vergangenen Woche um ein halbes Prozent war hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Andere halten eine erneute Rücknahme in nächster Zeit für unwahrscheinlich, da die amerikanische Geldmenge M1 ihre Zielvorgabe schon weit überschritten hat.

Für eine Senkung spräche die Atempause in der Konjunktur. Die Wirtschaft könnte einen Stimulator gebrauchen. Auf der anderen Seite: Eine erneute Leitzinssenkung gliche gleichzeitig einem Hemmschuh für den Bondmarkt. Denn niedrige Zinsen reißen die Renditen in die Tiefe; und das hätte wieder Folgen für den Dollarwert.

Darüber hinaus belastet vor allem das Haushaltsdefizit die US-Währung. Nachdem die geplanten Ausgabenkürzungen auf verfassungsrechtliche Schwierigkeiten gestoßen sind, schwinden die Hoffnungen, daß die Etatlücke in diesem Fiskaljahr auf 150 Mrd. Dollar beschränkt werden kann. Neuerdings wird erwartet, daß bald 220 Mrd. Dollar fehlen.

So wenig der Exportwirtschaft ein schwacher Dollar behagt, den sie zunächst über kleinere Gewinnmargen auszugleichen sucht; die Goldhändler blicken gespannt auf die US-Währung. Denn ein niedriger Dollar fördert die Kauflust der Anleger. Doch eines ist sicher: Der Dollar allein kann den Goldpreis nicht zu großen Sprüngen bewegen. Aber kleine – gestern auf 348,35 Dollar – können den Markt auch schon erfreuen.

„Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt"

OECD-Bericht vorgestellt – HWWA: Haushaltsdefizite beeinträchtigen Weltkonjunktur

sas./H. Wi. Bonn

Das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik beginnt sich nach Einschätzung der OECD nun auch in deutlichen Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt niederzuschlagen. Die Wirtschaft trete in eine Phase ein, heißt es in dem gestern veröffentlichten Deutschland-Bericht der Pariser Organisation, in der es erstmals seit Beginn der achtziger Jahre zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit kommen werde. Positiv hervorgehoben werden die Wirkungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes.

Für dieses Jahr erwartet die OECD ein Sinken der Arbeitslosenquote von 1985 8,3 Prozent auf 7,9 und für 1987 auf 7,3 Prozent. Das zu erwartende stärkere Wirtschaftswachstum werde zusätzliche Ankurbelungsmaßnahmen, wie sie die USA fordern, überflüssig machen. Infolge von Haushaltskonsolidierung und Ölpreisverfall dürfte das Bruttosozialprodukt 1986 um 3,4 und 1987 um 3,1 Prozent und damit deutlich stärker als 1985 (2,4 Prozent) zunehmen. Die Verbraucherpreise blieben weiterhin stabil. Stark nach oben revidiert wurde die Einschätzung der Binnennachfrage. Der Ölpreisverfall allein sorge für eine Nettoentlastung der Wirtschaft von über 30 Mrd. Mark 1986.

Kritikpunkte liegen nach Ansicht der Organisation insbesondere in dem ungenügenden Subventionsabbau und der zu hohen Staatsquote. Auch sei die Steuerlast insgesamt nicht gesunken, eine Steuerreform dringlich. Das Bundeswirtschaftsministerium sieht sich von dem OECD-Bericht „am oberen Ende des eigenen Prognosespektrums" bestätigt.

In seiner Analyse zur Weltkonjunktur stellt das Hamburger Institut für Wirtschaftsforschung, HWWA, eine nicht ganz so günstige Prognose für das wirtschaftliche Wachstum der Bundesrepublik und anderer Volkswirtschaften. Zwar seien die Rahmenbedingungen durch die Verbilligung des Erdöls und die Entzerrung der Wechselkurse verbessert, andererseits gäbe es Verzögerungen bei der Verlagerung konjunktureller Impulse von der Auslands- zur Inlandsnachfrage. Insgesamt zeichne sich für die Jahre 1986 und 1987 in den Industrieländern ein Wachstum des realen Bruttosozialprodukts von 2,5 bis drei Prozent ab.

Eine durchgreifende Verringerung der Arbeitslosigkeit und ein noch kräftigeres Wirtschaftswachstum sei allerdings nicht absehbar. Hinderlich seien vor allem die erheblichen Defizite besonders in den USA, die das Kapital verknappten, es unnötig teurer machten und in die falschen Kanäle lenkten.

Positiv hervorgehoben werden die weltweiten Stabilisierungsbemühungen. Dadurch könne die durchschnittliche Teuerungsrate auf zwei Prozent gedrosselt werden. Auch in der von den USA und anderen Industrienationen eingeschlagenen expansiven Geldmengenpolitik sieht das Institut keine akuten Gefahren für das geringe Preisniveau.

Autoproduktion ist höher als vor Jahresfrist

DW. Bonn

Die Automobilproduktion ist im ersten Halbjahr dieses Jahres um drei Prozent höher ausgefallen als im vergleichbaren Zeitraum 1985. Das teilte der Verband der deutschen Automobilindustrie (VDA) gestern in Frankfurt mit. Allerdings sei die Produktion von Schwerfahrzeugen von diesem Zuwachs weitgehend ausgeschlossen geblieben; die Fertigung von Nutzfahrzeugen mit mehr als sechs Tonnen Gesamtgewicht verharre auf dem niedrigen Vorjahresniveau.

Die Produktion von Personenwagen und Kombis habe sich indessen im ersten Halbjahr 1986 um drei Prozent erhöht. Bei leichten Nutzfahrzeugen betrage der Anstieg sogar acht Prozent. Im Export von Pkws/Kombis konnte hingegen das hohe Vorjahresergebnis nicht ganz erreicht werden. Nach Mitteilung des VDA ergab sich hier eine geringfügige Einbuße um ein Prozent. Die Ausfuhr von Lieferwagen und Schwertransportern habe in der gleichen Zeit um sieben Prozent zugenommen; zurückgefallen, und zwar um drei Prozent, sei der Export von Schwertransportern.

Die Auftragseingänge für Pkws und Kombis halten sich insgesamt auf hohem Niveau, heißt es weiter. Bei Nutzkraftwagen sei die Nachfrage nach oben gerichtet. Schwach bleibe das Bestellvolumen allerdings im Schwerfahrzeugbereich.

AUF EIN WORT

„Die Exportchancen einer jeden Spitzentechnologie hängen entscheidend davon ab, ob diese auch im eigenen Land angewendet wird."

Dipl.-Ing. Hans Georg Raschbichler, Geschäftsführer der Transrapid International, München. FOTO: DIE WELT

Rhein und Ruhr bieten Chancen für die Zukunft

dpa/VWD, Duisburg

Der hohe Industrialisierungsgrad im westlichen Ruhrgebiet und am Niederrhein ist nicht nur eine Last aus der Vergangenheit, sondern auch eine „Chance für die Zukunft" der Region. Eine „Wiederbelebung" des Industriesektors würde sowohl das wirtschaftliche Rückgrat des Raumes als auch den wachstumsträchtigen, überdurchschnittlich stark vertretenen produktionsorientierten Dienstleistungsbereich stärken. Zu diesem Schluß kommt ein Standortgutachten, das das Bonner Institut für Mittelstandsforschung unter Leitung von Professor Horst Albach im Auftrag der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel-Kleve für deren Bezirk erarbeitet hat. Mitte 1985 waren dafür 1284 Industrie- und Dienstleistungsfirmen befragt worden.

Bei der Vorlage des 75 000 Mark teuren Gutachtens nannte Albach als weitere „tragende Elemente" für die Zukunft der Region einen entwicklungsfähigen Mittelstand, stark innovationsorientierte Betriebe und ein „hervorragendes Standortpotential" aus Marktnähe, guter Infrastruktur und Verkehrsanbindung. Einer günstigen Entwicklung stehe jedoch eine Reihe von „Wachstumshemmnissen" entgegen: unzureichende Bereitstellung von Gewerbeflächen, hohe Energiekosten und Fachkräftemangel.

Steuergespenst

Von JAN BRECH

In der deutschen Zigarettenindustrie herrscht beträchtliche Unruhe. Wie der Teufel das Weihwasser fürchtet die Branche eine neue Tabaksteuer-Erhöhung. Das im Zusammenhang mit der Steuerreform bereits anvisierte fiskalpolitische Ziel, die Einnahmen aus der Tabaksteuer um eine Milliarde Mark zu erhöhen, löst bei den Herstellern wahre Schreckensvisionen aus: neue Marktverwerfungen, nicht wieder gut zu machende Substanzverluste bei den Unternehmen und gravierende Auswirkungen auf die Beschäftigung.

Die Angst vor einem weiteren Anziehen der Steuerschraube gründet sich auf Erfahrungen, die die Zigarettenindustrie mit der letzten Steuererhöhung von 1982 gemacht hat. Die fiskalisch bedingte Verteuerung um fast 40 Prozent hat den Markt komplett umgestülpt. Die Markenhersteller verloren bis zu 30 Prozent an Absatz, und um das Vordringen der Billigzigaretten aufzuhalten, verstrickten sie sich in einen Preiskrieg, der auch noch die Ertragsbasis zerrüttete.

Die deutsche Zigarettenindustrie fürchtet die nächste Tabaksteuer-Erhöhung. Die Angst ist begründet: Nach der letzten im Jahr 1982 büßten die Markenhersteller über 30 Prozent Absatz ein.

Das erneute Auftauchen des Steuergespenstes schreckt die Branche um so mehr, als die Markttendenz Mitte 1986 im Gegensatz zum Jahresbeginn 1982 fallend ist. Der Zigarettenabsatz ist im ersten Halbjahr 1986 um 3,3 Prozent zurückgegangen, und es gibt wenig Hoffnung, daß sich in absehbarer Zeit wieder Wachstum einstellt. Das Potential möglicher Raucher wird kleiner, und die verschärfte Diskussion um Rauchen und Gesundheit engt den Spielraum der Industrie immer mehr ein. Hinzu kommt eine augenblickliche Marktstruktur, die bei vier der insgesamt fünf namhaften Hersteller Depressionen auslöst. Während von den zehn führenden deutschen Marken neun Absatzverluste in einer Größenordnung von sieben bis 20 Prozent erleiden, wächst eine Marke mit zweistelligen Zuwachsraten. Die „Marlboro" von Philip Morris ist inzwischen mit weitem Abstand an die erste Position gerückt. Ihrem Absatzplus von 1,5 Milliarden Stück im ersten Halbjahr 1986 steht der durchschnittliche Branchenverlust von rund zwei Milliarden Stück gegenüber. Eine von außen in den Markt getragene Störung würde diesen Prozeß der Polarisierung noch beschleunigen. Auf dem Zigarettenmarkt gilt in besonderem Maße die alte Markenartikelweisheit: Sowohl auf dem Weg nach oben als auch beim Fall nach unten entwickeln die Marken kaum beeinflußbare Eigendynamik.

Natürlich weiß auch die Zigarettenindustrie, daß erstens ihre Probleme nicht alle fiskalpolitisch zu erklären sind und daß zweitens der Staat auf ein auskömmliches Tabaksteuer-Aufkommen nicht verzichten kann. Immerhin ist die Tabaksteuer keine Bagatellsteuer. An jeder Packung ist der Staat mit gut 73 Prozent beteiligt, und insgesamt kassiert er vom Raucher allein aus der Tabaksteuer (Mehrwertsteuer kommt noch hinzu) 14,5 Milliarden Mark; das entspricht etwa dem Gesamtetat des Forschungsministers.

Was die Zigarettenindustrie an der Steuerpolitik kritisch auszusetzen hat, sind einmal die riesigen Sprünge, mit denen die Preise über Schwellen katapultiert werden, die der Konsument nicht mehr bereit ist zu überschreiten. Das Ausweichen der Raucher nach 1982 auf Billigmarken, selbstgedrehte Zigaretten und Importe aus dem billigeren Ausland hat nicht nur der Industrie geschadet, sondern auch den Fiskus 700 Millionen Mark möglicher Einnahmen gekostet.

Dies hängt mit dem zweiten Punkt zusammen, den die Industrie ebenso heftig beklagt. Zigaretten werden nach einer komplizierten Formel versteuert, die einen „Mengen"- und einen „Wert"-Anteil enthält. Unabhängig vom Preis wird auf jede Zigarette ein spezifischer Steuerteil von 5,65 Pfennig erhoben, dazu kommt ein proportionaler Teil von 31,5 Prozent, bezogen auf den Verkaufspreis. Rechnet man die Mehrwertsteuer hinzu, ergibt sich die steuerliche Gesamtbelastung von 72,8 Prozent.

Die preisabhängige Proportionalsteuer, deren Höhe die Zigarettenindustrie besonders wurmt, bewirkt auf der einen Seite, daß der Staat an jeder autonomen Preiserhöhung der Industrie partizipiert, und daß auf der anderen Seite jede Tabaksteuer-Anhebung zu einer überproportionalen Verteuerung von Zigaretten führt. Daß dies nicht immer im Sinne des Fiskus ist, zeigt die Erfahrung von 1982. Die Tabaksteuer-Formel „subventioniert" Niedrigpreis-Zigaretten und zwingt die Industrie bei wachsender Preissensibilität der Raucher zu Preissenkungen bei ihren Markenzigaretten. In beiden Fällen sinken die Steuereinnahmen.

Vor diesem Hintergrund spricht auch aus steuerpolitischer Sicht einiges für die Forderung der Zigarettenindustrie, den Anteil der spezifischen Steuer sehr hoch zu setzen oder gar die Tabaksteuer so zu bemessen wie etwa die Mineralölsteuer auch, nämlich ausschließlich nach der abgesetzten Menge. Die politische Wirklichkeit spricht dagegen. Im Rahmen der EG-Steuerharmonisierung, die schon jetzt den spezifischen Steueranteil auf höchstens 55 Prozent begrenzt und ab 1990 ein für alle Mitgliedsstaaten einheitliches System vorsieht, ist vielmehr ein steigender porportionaler Steueranteil geplant. Dies entspricht ganz den Vorstellungen von Frankreich, Italien, Spanien und Portugal, die über staatliche Monopole den Markt ausgeschaltet haben und ihre Eigenmarken durch einen sehr niedrigen spezifischen Steueranteil gegen Konkurrenz absichern.

Bei allen politischen Zwängen, in denen die Bundsregierung in Sachen EG-Harmonisierung steckt, sollte sie die Erfahrung von 1982 berücksichtigen, daß es leichter ist, die Tabaksteuer am grünen Tisch kräftig zu erhöhen, als über den Zigarettenabsatz auch wirklich einzutreiben. Es gibt Preisgrenzen, an denen der Raucher mit seiner Markentreue bricht und dauerhaft auf billigere Surrogate ausweicht. Dies ist, wie gesehen, in gleichem Maße schmerzhaft für Industrie und Fiskus.

Vor einer neuen Tabaksteuer-Runde wäre der Finanzminister deshalb gut beraten, die Warnungen der Industrie anzuhören. Gegen eine höhere Steuer auf das umstrittene Genußmittel Zigarette ist ernsthaft nicht viel einzuwenden, wohl aber gegen ein Ausmaß und eine Systematik, die gewachsene Marktstrukturen zerstört, aus sozial- und wettbewerbspolitischen Aspekten bedenklich ist und in der Konsequenz in einer finanzpolitischen Sackgasse endet.

Innere Kräfte

nl. – Bewundernde und nicht selten auch neidvolle Blicke zieht das wirtschaftlich stabile Bundesland Baden-Württemberg schon seit eh und je auf sich. Sie gelten nicht nur der robusten Konstitution dieser von großen Strukturkrisen verschont gebliebenen Region, sondern vielfach dem in wirtschafts- und finanzpolitischen Dingen beschlagenen Ministerpräsidenten Lothar Späth. Diesem wird nicht zuletzt zugeschrieben, daß er das infrastrukturelle Umfeld, das für die Entwicklung der Branchen- und Unternehmenslandschaft wichtig ist, genau im Blick behält.

Hier nichts in eine falsche Richtung zu treiben, davor hat dieser Tage die Wirtschaft des Landes deutlich gewarnt. Die Kritik konzentriert sich in diesem Fall auf Ungereimtheiten in der Regionalpolitik, die in einer von der IHK-Arbeitsgemeinschaft in Baden-Württemberg verfaßten Denkschrift niedergelegt wurden. Die Analyse der Kammern kommt immerhin zu dem Ergebnis, daß sich die auch im Südwesten vorhandenen regionalen Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen 15 Jahren eher verringert haben. Und das will schon etwas heißen in Anbetracht der hohen Wirtschaftskraft und der großen Dynamik im Kerngebiet des Landes.

Gleichwohl tun sich die Randgebiete schwer, Schritt zu halten. Teilweise kämpfen dort vorherrschende Industrien beispielsweise des Bausektors mit enormen Anpassungsproblemen. Überdies entgleitet den bäuerlichen Betrieben immer mehr die Existenzgrundlage. Oft mußte gerade hier die bittere Erfahrung gemacht werden, daß mit üppigen staatlichen Investitionsanreizen angelockte Unternehmen nur so lange blieben, bis Standortnachteile betriebswirtschaftlich durchzuschlagen begannen. Viele Neuansiedlungen zeigten ein nur sehr begrenztes Durchhaltevermögen. Stärker die in der Region selbst steckenden Kräfte zu entdecken, als auf das von außen kommende Heil zu hoffen, sollte die Devise sein. Hierzu gehört auch die Verbesserung der teilweise vernachlässigten Verkehrsanbindung.

Die Luft ist sauberer geworden

Umweltforschung hat wichtigen Beitrag geleistet

HH. Bonn

Entgegen der herrschenden Meinung hat der Ausstoß an Luftschadstoffen in den letzten Jahrzehnten nicht zu-, sondern abgenommen. Forschungsstaatssekretär Albert Probst (CSU) hat diese These jetzt mit einigen Zahlen untermauert.

Danach ist die Gesamtemission an Luftschadstoffen von 1966 bis 1982 um rund ein Viertel zurückgegangen. Bei Staub war der Erfolg mit rund einem Drittel sogar noch ausgeprägter. Aufgrund der jüngsten gesetzgeberischen Maßnahmen wird bis zum Jahr 2000 eine weitere Minderung um 42 Prozent auf rund 400 000 Tonnen jährlich erwartet.

Die Schwefeldioxid-Emissionen, wichtigster Ansatzpunkt der Großfeuerungsanlagen-Verordnung, werden von rund drei Millionen Tonnen 1982 auf gut ein Drittel (1,1 Millionen) im Jahr 2000 zurückgehen. Der Stickoxid-Ausstoß soll in der gleichen Zeitspanne um etwa 32 Prozent auf 2,1 Millionen Tonnen gesenkt werden. Daraus werde deutlich, so Probst, daß sich die Schere zwischen steigender Produktion und sinkender Emission „immer weiter öffnet".

In der Umweltforschung sieht der Forschungsstaatssekretär einen wichtigen Beitrag zur Erkennung der Probleme, wie sich am Beispiel der Erforschung der Waldschäden zeige. Die intensivierte Forschung und die verbesserten Analysemethoden und -geräte machten bislang unerkannte Sachverhalte und Zusammenhänge sichtbar. Mit Hilfe der Technik werden die Umweltprobleme besser erkannt und Möglichkeiten zur Lösung aufgezeigt.

Konsolidierung mit Schönheitsfehlern

HEINZ HECK, Bonn

Bund, Länder und Gemeinden haben in den 80er Jahren in der Haushaltskonsolidierung „große Fortschritte gemacht", resümiert das Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Der Schönheitsfehler sei allerdings, daß die Streichungen weniger zu Lasten der Konsumausgaben, sondern der öffentlichen Investitionen gingen. Ergebnis: „Im Jahre 1985 entfielen 8,2 Prozent aller Ausgaben der Gebietskörperschaften auf die Sachinvestitionen. 1971 lag der Anteil bei 16,6 Prozent.

Von dieser Kritik nimmt das Institut den Bund allerdings weitgehend aus. Zwar habe sich der Rückgang auf allen Ebenen bemerkbar gemacht, „jedoch nicht in gleichem Maße". Denn der Bund habe den Investitionsanteil am Haushalt „kaum reduziert": von 3,1 Prozent 1981 auf 2,9 Prozent 1985. Ähnlich sieht es bei den Ländern aus, deren Investitionsvolumen lediglich von 4,6 auf 4,3 Prozent zurückging.

Am stärksten hätten sich die Gemeinden zurückgehalten: „Sie betrieben ihre Haushaltskonsolidierung fast vollständig über die Investitionskürzungen." 1985 habe die Investitionsquote der Gemeinden 19,7 Prozent, 1981 noch 26,1 und 1971 sogar 35,9 Prozent betragen.

Damit habe ihre Investitionstätigkeit „einen vorläufigen Tiefststand erreicht". Dabei sind sie die Hauptinvestoren der öffentlichen Hand und weisen in ihren Budgets wieder Überschüsse aus. An den öffentlichen Sachinvestitionen waren sie 1985 immerhin mit 64,3 Prozent oder zwei Dritteln beteiligt. Noch schwerer als die allgemeine Investitionsdrosselung wiege jedoch die Tatsache, daß mit 80 Prozent der weitaus größte Teil aller kommunalen Sachinvestitionen auf Baumaßnahmen entfiele (im Durchschnitt der letzten 15 Jahre). Daher habe das kommunale Investitionsverhalten die Bauunternehmen gleich doppelt getroffen: durch den langfristigen Rückgang der Investitionsquote und das hektische Auf und Ab der Gemeindeinvestitionen.

Das IW verweist auf einen weiteren Ausgabenbrocken, der den öffentlichen Händen bei der Konsolidierung besonders zu schaffen macht: die ständig zunehmenden Zinszahlungen. 1971 hatten sie erst einen Anteil von 3,4 Prozent an den öffentlichen Ausgaben. 1985 waren es bereits 9,3 Prozent. Sie seien nicht nur „unproduktiv". Im Gegensatz zu anderen Staatsausgaben (für Personal, Sachaufwendungen und Investitionen) habe der Staat zudem „bei den Zinsen fast keinen Handlungsspielraum".

Niederlande als Testmarkt

htz. **Den Haag**

Immer mehr deutsche Unternehmen entdecken Holland als wichtigen Absatz-, Test- und auch zukunftsträchtigen Markt. Allein zwischen 1982 und 1984, so geht aus einer soeben von der deutsch-niederländischen Handelskammer in Den Haag veröffentlichten Dokumentation mit dem Titel „Tochterunternehmen und Beteiligungen deutscher Unternehmen in den Niederlanden" hervor, stiegen die deutschen Investitionen um rund 50 Prozent. Damit nimmt Holland unter den wichtigsten von deutscher Seite bevorzugten Anlageländern mit einem Investitionsvolumen von rund 7,1 Mrd. DM den vierten Platz hinter den USA, der Schweiz und Großbritannien ein.

Die deutschen Direktinvestitionen über insgesamt 3,5 Mrd. DM konzentrieren sich hauptsächlich auf die chemische Industrie (1,17 Mrd. DM) und den Maschinenbau (942 Mill. DM). Auf den Handel entfallen 678 Mill. DM, auf die Vermögensverwaltung 847 Mill. DM.

Bei den in den Niederlanden tätigen deutschen Unternehmen handelt es sich in der Regel um mittelständische Kleinbetriebe, die zwischen 10 und 30 Angestellte beschäftigen und in erster Linie für den Verkauf, Vertrieb und Kundendienst auf dem holländischen Markt zuständig sind mit dem Ziel, am Absatzmarkt auch präsent zu sein. „Nach Anzahl der Niederlassungen und Beschäftigten (51 000 Mitarbeiter) steht die Bundesrepublik nach den USA sogar an zweiter Stelle der ausländischen Investoren", erläutert Petra Frier von der deutsch-niederländischen Handelskammer in Den Haag.

Die Kammer nennt außerdem weitere entscheidende Gründe, die den niederländischen Markt für deutsche Unternehmen immer interessanter werden lassen: „Die Drehscheibenfunktion Hollands im Welthandel, eine hervorragende Infrastruktur, niedrige Lohnstückkosten und die Chance, das Land als Testmarkt bei der Einführung neuer Produkte zu sehen."

Auf Grund der intensiven Verzahnung beider Volkswirtschaften (bilaterales Handelsvolumen 1985: 104 Mrd. DM) und der guten konjunkturellen Aussichten für beide Länder rechnet die Kammer in Den Haag damit, daß die Kapitalverflechtungen und die Zahl der deutschen Tochterunternehmen in Holland künftig noch weiter ansteigen werden.

Lufthansa will 1986 wieder mit Gewinn abschließen

Aktionäre kritisieren das schlechte Streckenergebnis und die Expansionspolitik – Auslastung ging zurück

G. BRÜGGEMANN, **Hamburg**

Trotz der deutlich verschlechterten Wettbewerbslage im Weltluftverkehr geht der Vorstand der Deutschen Lufthansa AG davon aus, daß auch das Jahr 1986 mit Gewinn abschließen wird und wieder eine Dividende gezahlt werden kann. Das erklärte der Vorstandsvorsitzende der Gesellschaft, Heinz Ruhnau, auf der Hauptversammlung des Unternehmens in Hamburg. Das laufende Jahr sei allerdings erheblich schwieriger als 1985. Die Erträge seien auf breiter Front zurückgegangen. Sie liegen um 4,6 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Von Januar bis Juni sei das Angebot um 14 Prozent erhöht worden. Die verkaufte Beförderungsleistung im gleichen Zeitraum stieg aber nur um 11 Prozent. *Die Auslastung ging insgesamt um 1,7 Punkte auf 62,5 Prozent zurück.*

Als primäre Wachstumsfelder sieht Ruhnau die Luftfracht, den Fernostmarkt und den Regionalverkehr. In drei wichtigen Märkten, in denen seit Jahren positive Streckenergebnisse erzielt wurden, hätten sich die Rahmenbedingungen inzwischen negativ verändert: auf dem Nordatlantik wurde die Sitzplatzkapazität der amerikanischen Fluggesellschaften im Verkehr zwischen den USA und der Bundesrepublik um fast 20 Prozent erhöht. Nach Ruhnaus Worten war ein großer Teil dieser Angebotssteigerung nicht verantwortbar. Im Verkehrsgebiet Nahost mußte Ende 1985

> „Das war keine Spekulation, das waren nur nicht realisierte Vorteile."
>
> **Vorstandschef Heinz Ruhnau zu den Kurssicherungsgeschäften.**

der Flugbetrieb nach Teheran wegen *des Krieges zwischen Iran und Irak* eingestellt werden. Und schließlich habe auch die politische Krise um Südafrika negative Auswirkungen auf die Lufthansa-Verkehrsergebnisse gehabt.

Zur Flottenpolitik führte der Lufthansa-Chef aus, daß das Unternehmen 1986 drei Boeing 747, zehn Boeing 737/300 und zwei Airbusse A 310 erhalten wird. Mindestens vier ältere Boeing 727 sollen verkauft werden. Damit werde das Durchschnittsalter der Flotte weniger als sieben Jahre betragen. Das Durchschnittsalter aller IATA-Flotten liege dagegen bei über zehn Jahren.

Wie bereits bekannt, konnte die Lufthansa das Geschäftsjahr 1985 wieder gut abschließen, ohne allerdings das überdurchschnittlich gute Ergebnis des Vorjahres erreichen zu können. Der Jahresüberschuß von 63 (162) Mill. DM soll für die Ausschüttung einer Dividende von 7 (7 plus 2 Prozent auf Stamm- und Vorzugsaktien) verwendet werden.

Die Sprecher der rund 700 Aktionäre (Präsenz: 92,8 Prozent der Stamm- und 23,7 *Prozent der Vorzugsaktien*) übten zum Teil heftige Kritik. Sie betraf vor allem das viel diskutierte Devisentermingeschäft, aber auch die Expansionspolitik. Beklagt wurde auch das schlechte Streckenergebnis, das 1985 wieder negativ geworden war. Auf Unverständnis stieß auch die Zusammensetzung des Aufsichtsrates, wobei besonders der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß auf Kritik stieß. Als Chefverkäufer von Airbus befinde er sich in einem unlösbaren Interessenkonflikt, merkte ein Aktionär an.

In seiner Antwort sagte Ruhnau ergänzend, der kumulative Verlust habe zum 30.6. bei 110 Mill. DM einschließlich 78 Mill. DM Sonderabschreibungen gelegen. Er sei seither weiter abgebaut worden. Die Null-Linie werde wahrscheinlich noch im Sommer durchstoßen.

Die Expansionspolitik des Unternehmens verteidigte der Lufthansa-Chef, auch wenn er Verständnis für die Besorgnisse der Aktionäre zeigte. Ruhnau rechnet mit einer durchschnittlichen Nachfragesteigerung zwischen 2 und 5 Prozent für die kommenden Jahre. Dem sei das Wachstum der Kapazität angepaßt.

Die Belastungen aus dem Devisentermingeschäft bezifferte er für das Geschäftsjahr 1985 auf 2,4 Mill. DM. Für 1986 und die folgenden Jahre seien 12,3 Mill. zu erwarten.

Bauaufträge steigen wieder

Heilit + Woerner sieht „günstige Ausgangsposition"

sz. **München**

Es ist ein erstes, positives Signal: Per Ende Juni 1986 hat sich der Auftragsbestand der Münchner Heilit + Woerner Bau-AG gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um rund 53 Prozent auf 629 Mill. DM erhöht. Davon entfallen 478 Mill. DM (plus 76 Prozent) auf das Inland und 151 Mill. DM (plus 24 Prozent) – getragen von einem KfW-finanzierten Straßen- und Brückenbauauftrag im Kamerun über 105 Mill. DM – auf das Ausland. Eine „günstige Ausgangsposition" für die nächsten Monate – „mehr nicht!" Denn, so Vorstandssprecher *Helmut Holz, die Preise sind „noch* immer unauskömmlich".

So stellt man sich bei Heilit denn auch für 1986 wieder auf einen – wenn auch geringeren – Betriebsverlust ein. Die geschrumpften Kapazitäten seien angesichts der wieder steigenden Bauleistung gut ausgelastet und der Personalabbau gestoppt, doch könne erst für 1987 wieder mit einem besseren Ertrag gerechnet werden. Anlaß zur Hoffnung gibt ein noch ausstehender Straßenbauauftrag (40 Mill. DM) in Nigeria und ein Tonbeton-Projekt über „zig Millionen" in einem noch nicht näher bezeichneten europäischen Land.

1985 führte die Baukrise bei dem mit 98 Prozent zur Münchner Schörghuber-Gruppe zählenden Bauunternehmen zu einem empfindlichen Rückschlag. Die Bauleistung fiel nochmals um 32 (28) Prozent auf nur noch 638 Mill. DM. Während das Inland daran nur mit einem Minus von 7,8 Prozent auf 553 Mill. DM beteiligt war, sank der Auslandsbau erneut um 75 (52) Prozent auf unter 85 Mill. DM. Eine Wende zum Besseren brachte jedoch schon der Auftragseingang *mit plus elf Prozent auf 784 Mill. DM,* der den Auftragsbestand zum Jahresende auf 535 Mill. DM (plus 39 Prozent) steigen ließ.

Trotz außerordentlicher Erträge in Höhe von 16,6 Mill. DM verbleibt unter dem Strich bei einem Ergebnis von 1,06 (1,8) Mrd. DM vor Steuern nur ein bescheidener Bilanzgewinn von 0,4 (0,3) Mill. DM. An die wenigen Minderheitsaktionäre wird daraus wieder eine Dividende von zehn Prozent ausgeschüttet, während der Großaktionär erneut verzichtet.

Neuer Verbund für Getränkemaschinen

dpa/VWD, **Mannheim**

Die beiden Getränkemaschinenhersteller Seitz Enzinger Noll Maschinenbau AG (SEN), Mannheim, und Holstein und Kappert GmbH, Dortmund, sollen nach der Genehmigung ihrer Fusion durch das Bundeskartellamt in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Dies teilte der SEN-Aufsichtsratsvorsitzende Norbert Loos der Hauptversammlung mit. Die Duisburger Muttergesellschaft Klöckner-Werke AG werde der außerordentlichen SEN-Hauptversammlung im Januar/Februar 1987 das neue Unternehmenskonzept vorschlagen.

Beide Unternehmen sind nach Ausübung der Option auf die bisher von der Badischen Kommunalen Landesbank gehaltenen 26,1 Prozent der SEN-Aktien im Mehrheitsbesitz der Klöckner-Werke. Die neue Gruppe hat 6000 Beschäftigte und repräsentiert einen Weltumsatz von 900 Mill. DM. SEN wird dem Vorstand zufolge ungeachtet der Fusion bis zum Jahresende ihre Fertigung auf die Werke Worms und Bad Kreuznach konzentrieren und 190 Arbeitsplätze abbauen.

Prakla-Seismos 1985 erfolgreich

dpa/VWD, **Hannover**

Die bundeseigene Prakla-Seismos AG, Hannover, die zu den international führenden Unternehmen für geophysikalische Untersuchungen – in erster Linie auf Erdöl und Erdgas – gehört, kam 1985 gut voran. Wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, stieg der Umsatz kräftig auf 408,7 (1984: 309,6) Mill. DM. Deutliche Umsatzsteigerungen konnten im Bereich der sprengseismischen Untersuchungen im europäischen Ausland, bei den Hochsee- und Flachwassermessungen und in der Datenverarbeitung erzielt werden. Der Jahresüberschuß der AG wird mit 8,12 (5,3) Mill. DM ausgewiesen. Davon gehen in die Rücklage insgesamt 4,2 Mill. DM. Der Bilanzgewinn beläuft sich auf 3,96 (5,35) Mill. DM.

Zur geplanten Teilprivatisierung wird mitgeteilt, daß der zunächst für Juni dieses Jahres vorgesehene Verkauf der Aktien mit Hinblick auf den sinkenden Ölpreis verschoben wurde. Der neue Zeitpunkt werde abhängig von der Marktlage und der weiteren Entwicklung des Unternehmens festgesetzt.

Mexiko: IWF jetzt flexibler

Zum Strukturwandel im nächsten Jahr verpflichtet

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Es wird noch bis Mitte oder sogar Ende September dauern, bis die „Mexiko-Lösung" unter Dach und Fach ist. Wie es im Internationalen Währungsfonds (IWF) heißt, enthält die vorläufige Vereinbarung über Mexikos wirtschaftliches Reformprogramm noch viele offene Punkte. Weit auseinanderklaffen beispielsweise die von beiden Seiten vorgelegten makro-ökonomischen Zieldaten. Schwierig werden die Verhandlungen mit den Privatbanken, die dem mittelamerikanischen Land zwar bis etwa Ende 1987 rund 2,5, aber nicht die gewünschten 3 bis 3,5 Mrd. Dollar an neuen Krediten gewähren wollen.

In den Gesprächen mit Finanzminister Gustavo Petricioli, der Dienstag nach einem Treffen mit seinem amerikanischen Kollegen James Baker nach Mexiko-Stadt zurückgekehrt ist, um die Zustimmung seiner Regierung einzuholen, hat der IWF flexibler taktiert als bisher. So will er im Falle Mexikos erstmals bei der Festlegung des Austerity-Programms stärker auf die negativen Auswirkungen des Ölpreisverfalls und anderer kurzfristiger Veränderungen Rücksicht nehmen. Mit diesem Entgegenkommen können Länder wie Brasilien oder Argentinien jedoch nicht rechnen, die vom billigeren Öl profitieren. In den Augen des Fonds ist diese Abschwächung der Bedingungen für Mexiko gerechtfertigt, weil zwei Drittel der Devisenerlöse von den Ölexporten abhängen.

Als Gegengabe muß sich Mexiko, wie weiter zu erfahren ist, zu einem ernsthaften Strukturwandel verpflichten, der spätestens im zweiten Halbjahr 1987 eine Rückkehr zu positiven Wachstumsraten ermöglicht. *Die provisorische Absprache sieht* eine auch künftig restriktive Geldpolitik vor, um die Kapitalflucht zu stoppen. Außerdem sollen die Staatsausgaben stärker beschnitten, etwa 300 der 500 öffentlichen Unternehmen modernisiert oder geschlossen und die Subventionen für bestimmte Rohstoffe abgebaut werden.

Im Zusammenhang auch mit der neuen Mitgliedschaft am Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) soll Mexiko die Zollsenkungen und die Streichung von Importquoten beschleunigen. Auf der Liste steht ferner die Förderung ausländischer Investitionen mit Schwerpunkt Exportindustrien. Für dieses Jahr rechnet die mexikanische Regierung mit einem Rückgang der Wertschöpfung um real vier Prozent. Wenn die Vereinbarung mit dem IWF in die Tat umgesetzt wird, soll das Wirtschaftswachstum 1987 und 1988 drei bis vier Prozent ausmachen.

Im Falle einer endgültigen Einigung würde Mexiko 1,5 Mrd. Dollar vom IWF, 1,2 Mrd. Dollar von der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank und weitere 1,2 Mrd. Dollar durch die Umschuldung öffentlicher Darlehen erhalten. Hinzu kämen die Kredite der Privatbanken.

Riad in Zahlungsschwierigkeiten

Kraftanlagen AG zieht sich vom saudischen Markt zurück

vos/Stü. **Heidelberg**

Deutsche Firmen stoßen in Saudi-Arabien auf wachsende Schwierigkeiten. Die Kraftanlagen AG (KAH), *Heidelberg*, die in den Bereichen Energie- und Umwelttechnik tätig ist, hat sich jetzt vollständig aus dem verlustreichen Arabien-Geschäft zurückgezogen. Das Unternehmen begründete diesen Schritt mit Haushaltsproblemen Riads, die aus dem Ölpreisverfall resultieren. Sie führten dazu, daß das zur AG für Industrie und Verkehrswesen (Agiv) gehörende Unternehmen (Jahresumsatz 1985: 551 Mill. DM) zwei Großaufträge mit 7,5 Mill. DM wertberichtigen mußte. Dabei handelte es sich um den Bau der Uniklinik in Riad und der saudischen Staatsbank. Aus einem dritten Projekt konnte KAH noch zu relativ günstigen Bedingungen aussteigen. Mit ihrem Rückzug werde Kraftanlagen die Tochtergesellschaft Saudi German Mechanical and Maintenance Ltd., die gemeinsam mit einem saudischen Partner betrieben wurde, auflösen, heißt es im Geschäftsbericht.

Die Zahlungsschwierigkeiten der saudischen Regierung, die sie häufig zu verschleiern versucht, indem sie den ausländischen Unternehmen Vertragsbrüche vorwirft, sind nach Erfahrung von Nahostexperten meist nur der endgültige Anlaß für deutsche Unternehmen, ihr Engagement in dem Land einzustellen. Der eigentliche Grund dafür ist die weitgehende Sättigung des Marktes für infrastrukturelle Bauvorhaben. Häufig wird ein saudisches Partnerunternehmen zurückgelassen, über das Wartungsarbeiten an vollendeten Projekten abgewickelt werden.

Auf 50 allein im Maschinenbau schätzt Raimund Hörth, Referent für die arabischen Länder beim Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), die Zahl der Unternehmen, die Saudi-Arabien „nicht mehr als Kernmarkt, sondern als Randmarkt" betrachteten. *Noch vor fünf* Jahren war der saudiarabische Markt für die deutschen Hersteller von Bau- und Baustoffmaschinen weltweit der größte, in den nächsten drei bis vier Jahren seien dagegen keine nennenswerten Aufträge mehr zu erwarten.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in einem deutlichen Rückgang der deutschen Maschinenexporte nach Saudi-Arabien im ersten Quartal um 22,6 Prozent auf 211 Mill. DM wider. Das Land lag unter den deutschen Auslandskunden erst an 25. Stelle. Bereits 1985 hatte Saudi-Arabien mit 465 Mill. DM fast ein Drittel weniger Maschinen in der Bundesrepublik gekauft als ein Jahr zuvor.

Die gesunkene Bedeutung Saudi-Arabiens als Abnehmer zeigt sich nach Hörths Angaben weniger in spektakulären Rückzügen deutscher Unternehmen, als darin, daß Messebeteiligungen gestrichen und die Marketinganstrengungen vermindert würden.

Hörth betrachtet dies als normale Reaktion auf die gewandelte Bedarfsstruktur des Landes. Der Rückzug der Kraftanlagen AG sei zwar ein Einzelfall, müsse aber zu denken geben, da gerade im Kraftwerkssektor der Bedarf noch nicht gedeckt sei. Hörth sieht auch auf dem saudischen Markt durchaus noch gute Absatzchancen für den deutschen Maschinenbau, etwa in der Lebensmittelindustrie. Nachdem Saudi-Arabien mit hohen Subventionen eine eigene Landwirtschaft aufgebaut habe, sei ein steigender Bedarf an Nahrungsmittel- und Verpackungsmaschinen zu erwarten.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Braunschweig: Meoman Vertriebsges. mbH Dolle & Co. KG; Meyne-Bauelemente u. Metallbau GmbH, Vechelde-Bettmar; Nachl. d. Ernst Meißner; **Emmendingen:** ESH, Energie-Spar-Heizung GmbH, Weisweil; **Hagen:** Nachl. d. Bruno Max Siegfried Scheffler; **Hamburg:** Manfred Devrient, Kaufmann; **Hannover:** Nachl. d. Werner Roeder; **Heidenheim:** Ursula Weber-Wahl geb. Wahl; **Idstein:** a) Alfons Kleingries b) Antje Möller, Niedernhausen; **Köln:** Nachl. d. Jozsef Szabó; **München:** Computer Bavaria Service GmbH, Straßlach; Horst Zumbrink GmbH; Nachl. d. Werner Herbert Lange geb. Häusler; **Münster:** WIBO-Import-Export-GmbH, Ennigerloh; Kalomur Isoliermaterialien GmbH; **Pforzheim:** Nachl. d. Jörg-Dieter Schelling; **Rosenheim:** Bio-Technik GmbH, Brikattierfabrik, Großkarolinenfeld.

Anschlußkonkurs eröffnet: Siegburg: Klaus Andiel, Hennef.

Vergleich eröffnet: Brühl: Wilh. Quester Maschinenfabrik GmbH, Hürth.

Vergleich beantragt: Herford: Ledermanufaktur das B. GmbH.

MTU forciert den zivilen Triebwerksbau

Daimler-Benz verzichtete auf Gewinnabführung für 1985 – Fertigung ist gut ausgelastet

DANKWARD SEITZ, **München**

Nachdem es 1985 schneller als erwartet gelungen ist, wieder ein Schönwettergebiet zu erreichen, ist die MTU Maschinen- und Turbinen-Union, München/Friedrichshafen, auf weiteren Steigflug eingestellt. Nach Maßgabe von Hans Dinger, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung, soll das in „vernünftigen und keinem Fall überzogenen" Größenordnungen geschehen. Gleichzeitig heißt dies für ihn eine kontinuierliche Ausrichtung der *MTU-Gruppe auf das zivile Ge*schäft, um wegen des Auslaufens der militärischen Programme (Tornado, Leopard 2) drohenden Turbulenzen rechtzeitig ausweichen zu können.

So erwartet Dinger für 1986 einen Anstieg des Gruppenumsatzes um über neun Prozent auf etwa 2,56 Mrd. DM, wovon rund 1,35 Mrd. DM (plus 9,8 Prozent) auf MTU München und 1,2 Mrd. DM (plus neun Prozent) auf MTU Friedrichshafen entfallen sollen. Und daß sich dieser Trend auch im kommenden Jahr fortsetzen wird, signalisiert schon allein der Auftragsbestand per Ende Juni 1986 von fast 4,3 (3,9) Mrd. DM. Dabei konnten in den ersten sechs Monaten Aufträge über knapp 1,5 Mrd. DM (910 Mill. DM aus dem Ausland) hereingeholt werden. Bei insgesamt gut ausgelasteten Kapazitäten wird dies, so Dinger, auch zu einem weiteren Anstieg der Beschäftigtenzahlen führen.

Und sicherlich wird MTU damit wieder zumindest ein gleich gutes Ergebnis wie im Jahr 1985 erzielen können, in dem ein Gewinn von 33,7 (32,0) Mill. DM erwirtschaftet werden konnte, zu dem Friedrichshafen dies*mal 17,6 (14,0) Mill.* DM beigesteuert hat. Verkraftet werden mußte dabei noch eine Verlustübernahme in Höhe von 20,8 (13,2) Mill. DM der Tochter MTU Maintanance GmbH in Hannover. Sie, die mit der Wartung von Flugzeugtriebwerken 1985 fast 140 (72) Mill. DM umsetzte, wird nach Ansicht von Dinger erst in drei Jahren schwarze Zahlen schreiben können.

Zur inneren Stärkung der gesamten Gruppe hat die Daimler-Benz AG, die MTU Anfang 1985 voll übernommen hat, auf eine Ausschüttung verzichtet, so daß fast 30 Mill. DM den Rücklagen (78,5 nach 48,8 Mill. DM) zufließen können. Für 1984 war den damaligen Anteilseignern Daimler-Benz und MAN (je 50 Prozent) noch eine Gewinnabführung von insgesamt 28,6 Mill. DM zugeflossen.

Seine Zuversicht für MTU München, bei der der Triebwerkbau konzentriert ist, leitet Dinger aus der Marktbelebung im zivilen Luftverkehr und den vielfältigen Entwicklungskooperationen ab. Da arbeitet man beispielsweise mit Pratt & Whitney an einem Propfan- und Turbofan-Triebwerk sowie dem V 2500, das für die neuen Airbusmodelle vorgesehen ist. Diese Aktivitäten sind so vielfältig und erfolgversprechend, daß die zivilen Triebwerksprogramme Anfang der 90er Jahre etwa 50 (derzeit: 23) Prozent zum gesamten Fertigungsumsatz beisteuern werden. Keine Sorge hat man denn heute, daß mit dem Bau des „Jägers 90" wohl erst 1995 begonnen werden dürfte. Wichtigster Umsatzträger ist zur Zeit noch das Tornado-Triebwerk, das 1985 rund 617 Mill. DM brachte.

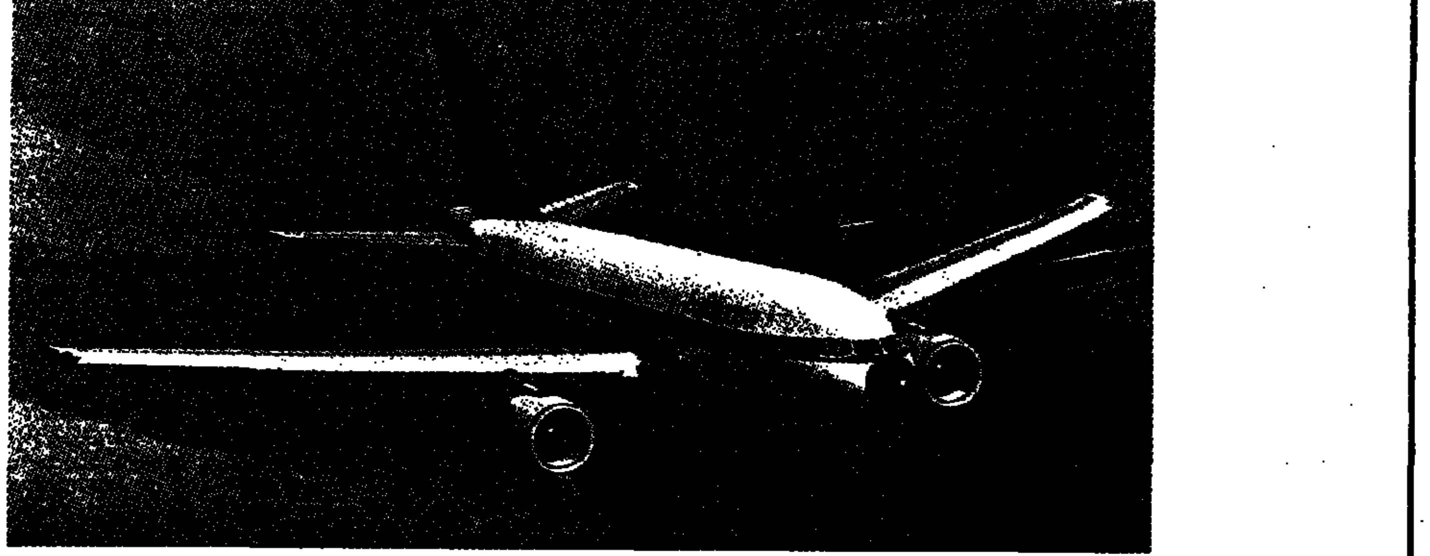
Und nachdem sich MTU Friedrichshafen 1985 trotz des weltweit äußerst harten Wettbewerbs auf dem Dieselmotoren-Markt gut behaupten konnte, glaubt Dinger, daß man auch hier seine Marktposition künftig noch weiter festigen kann. Entscheidend dürfte dazu beitragen, daß MTU ab Anfang 1987 auch die „kleinen" Pkw- und Lkw-Dieselmotoren von Daimler-Benz in sein Verkaufsprogramm für die Bereiche Schiffahrt, Bahn, Behördengeschäft und stationäre Anlagen übernehmen kann.

Diese Programmerweiterung nach unten wird MTU Friedrichshafen ein Umsatzvolumen von etwa 150 Mill. DM bringen. Dinger wertet dies als ersten Synergieeffekt bei einer „Unmasse" von Querverbindungen. Allerdings seien für die Zukunft nicht mehr so spektakuläre Dinge zu erwarten. Bereits seit Mitte der 70er Jahre produziert MTU Gelenkwellen für Daimler-Benz.

MTU	1985	±%
Gruppenumsatz [1] (Mill. DM)	2338	+ 8,7
dav. München	1232	+ 8,4
Friedrichshafen	1106	+ 9,1
Auftragseingang	2506	- 0,3
dav. München	1349	- 13,4
Friedrichshafen	1157	+ 21,0
Auftragsbestand	3937	+ 4,4
dav. München	2631	+ 4,7
Friedrichshafen	1306	+ 4,0
Beschäftigte	12 832	+ 4,8
dav. München	6871	+ 6,2
Friedrichshafen	5961	+ 3,3
Sachinvestitionen	96	+ 41,5
dav. München	53	+ 63,2
Friedrichshafen	43	+ 21,5
Abschreibungen	87	- 1,6
dav. München	47	+ 1,7
Friedrichshafen	40	- 5,2
F&E-Aufwand [2]	118	+ 25,6
dav. München	61	+ 56,2
Friedrichshafen	57	+ 4,2
Cash-flow [3]	180	+ 18,3
dav. München	103	+ 17,9
Friedrichshafen	77	+ 18,8

[1]nicht konsolidiert; [2]ohne bezahlte Entwicklungen; [3]nach eigenen Angaben.

Lufthansa. Konsequente Investitionen, um auch morgen vorn zu sein.



Kurzfassung des Jahresabschlusses 1985

Bilanz zum 31. Dezember 1985 in TDM

Aktiva	1985	1984
Sachanlagen	**3.213.569**	2.710.940
Finanzanlagen	**406.159**	398.143
Vorräte	**633.622**	590.910
Kurz- und mittelfristige Forderungen	**1.173.699**	1.241.831
Flüssige Mittel	**282.771**	458.878
Sonstige Aktiva	**25.734**	25.169
	5.735.554	5.425.871

Passiva	1985	1984
Grundkapital	**900.000**	900.000
Rücklagen einschließlich Sonderposten	**472.179**	473.407
Rückstellungen	**1.845.957**	1.900.051
Langfristige Verbindlichkeiten	**815.750**	845.275
Kurz- und mittelfristige Passiva	**1.638.668**	1.226.138
Bilanzgewinn	**63.000**	81.000
	5.735.554	5.425.871

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1985 in TDM

	1985	1984
Umsatzerlöse	**9.801.516**	9.503.169
Bestandsveränderung	**./. 115**	+ 7.450
Eigenleistungen	**28.686**	18.886
Gesamtleistung	**9.830.087**	9.529.505
Materialeinsatz	**2.464.482**	2.344.635
Rohertrag	**7.365.605**	7.184.870
Übrige Erträge	**859.508**	844.032
	8.225.113	8.028.902

	1985	1984
Personalaufwand	**2.921.689**	2.703.465
Abschreibungen	**932.787**	926.730
Zinsaufwand	**89.265**	104.564
Steuern vom Einkommen, Ertrag, Vermögen	**70.802**	236.803
Übrige Aufwendungen	**4.147.570**	3.895.340
Jahresüberschuß	**63.000**	162.000
Einstellungen in freie Rücklagen	**–,–**	81.000
Bilanzgewinn	**63.000**	81.000

Der vollständige Jahresabschluß und der vollständige Konzernabschluß tragen den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Abschlußprüfer und werden im Juli 1986 im Bundesanzeiger veröffentlicht. Die Hauptversammlung vom 16. Juli 1986 hat beschlossen, aus dem Bilanzgewinn von DM 63.000.000,– für das Geschäftsjahr 1985 eine Dividende von DM 3,50 je Stamm- und Vorzugsaktie im Nennbetrag von DM 50,– auszuschütten.
Geschäftsberichte werden auf Wunsch gern kostenfrei zugesandt.

Die Deutsche Lufthansa hat das Geschäftsjahr 1985 mit gutem Ergebnis abgeschlossen. Damit haben wir uns in einem schärfer gewordenen Wettbewerb behauptet.
Nahezu 16 Millionen Passagiere (+ 4%) flogen mit Lufthansa. Das Frachtaufkommen wurde sogar mit rd. 616.000 Tonnen um 7,5% gesteigert. Die verkaufte Gesamtleistung erhöhte sich auf 4,94 Milliarden Tonnenkilometer (+4%).
Der wiederum gute Verlauf des Geschäftsjahres 1985 spiegelt das Engagement aller Lufthanseaten wider.
Um den sich wandelnden Anforderungen und Marktgegebenheiten zu entsprechen, investierten wir 1985 weiterhin zielgerichtet.
Mit 1,5 Milliarden DM erreichten die Investitionen einen Spitzenwert. Vor allem in unsere Flotte, aber auch in eine ständige Verbesserung der Service-Qualität an Bord und am Boden flossen erhebliche Mittel. Dabei konnten mehr als 3.000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden.
Unsere Strategie der stetigen Investitionen zur weiteren Qualitätssteigerung setzen wir auch zukünftig fort.
So wurden 1986 bereits fünf Boeing 737-300, ein Airbus 310-300 sowie sechs Boeing 747-400 bestellt und Optionen für neun Boeing 747-400 aufgenommen.
Auf künftige Entwicklungen sind wir gut vorbereitet.

Deutsche Lufthansa Aktiengesellschaft
Köln
Der Vorstand

Lufthansa.

1685

Wenig Schelte zu Neckermann

Karstadt-Vorstand mit 99,9 Prozent entlastet

JOACHIM GEHLHOFF, Essen

Der Sturm der Aktionärskritik, auf den der Vorstand der Essener Karstadt AG gefaßt war, entpuppte sich als sanftes Säuseln. Auf der Hauptversammlung des größten europäischen Warenhauskonzerns (800 Teilnehmer mit 77,62 Prozent von 360 Mill. DM Aktien) sparten einige Aktionärssprecher zwar nicht mit Kritik an den nun im zehnten Jahr anhaltenden Verlusten der Versandtochter Neckermann. Doch als es zum Schwur kam, wurde auch der Vorstand bei 500 Neinstimmen und 5278 Stimmenthaltungen mit 99,9prozentiger Zustimmung entlastet. Und für die Stimmenthaltung sorgte praktisch allein die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, deren Vertreter fürs nächste Jahr Neinstimmen androhte, wenn's denn mit Neckermann immer noch nicht entscheidend besser werde.

Dabei hatte sich Vorstandsvorsitzender Walter Deuss in seinem Lagebericht, wenngleich auf Ertragsbesserungstendenzen aus aktuellem Geschäft im Gesamtkonzern wie bei Neckermann verweisend, deutlich von schönfärberischem Liebeswerben um Aktionärsfreundlichkeit ferngehalten. Auch einen Ausblick auf den 1986er Gewinn des Konzerns, der seine für 1985 mit 7 DM durchgehaltene Dividende nicht mehr voll verdiente, ließ er sich nicht entlocken: „Zusammengezählt wird erst am Jahresende."

Zurückhaltung nicht nur deshalb. Trotz Besserung im gesamtwirtschaftlichen Wachstum wie im Konsumklima könne der Einzelhandel besonders in warenhausrelevanten Sortimenten bislang noch keine entscheidende Geschäftsbelebung feststellen. Immerhin: Im ersten Halbjahr 1986 habe Karstadt mit einer Plusrate von drei Prozent im Warenhausumsatz an der Spitze der Branche (ohne den Horten-Jubiläumsverkauf) gelegen und in den nicht vom Programm der umfassenden Filialstrukturänderung gestörten Häusern 4,7 Prozent Plusrate erzielt.

„Deutliche" Ertragsbesserung bescheinigte Deuss auch der Neckermann Versand AG. Die litt 1985 nochmals erheblich an „Spätfolgen" des Desasters mit dem neuen elektronisch gesteuerten Zentrallager. Der bis Juni eingetretene Umsatzrückgang von 3,1 Prozent beruhe ausschließlich darauf, daß man nun auf Schleuderpreis-Abbau der Lagerüberhänge verzichten und sich auf das Hauptkatalog-Geschäft konzentrieren konnte.

Die NUR-Touristiktochter, 1985 schon zu kleinem Betriebsgewinn zurückgekehrt, verspreche nun einen zweistelligen Millionengewinn. Die in den ersten sieben Monaten der Saison 1985/86 (31. 10.) eingetretenen Minusraten von 3,4 Prozent bei den Buchungen und 2,3 Prozent beim Umsatz seien auch Vorboten der angestrebten Angebotsstraffung.

Konzern „besenrein" an nächste Generation übergeben

Otto-Wolff-Konzern hat sein Amerika-Abenteuer hinter sich – Trotz Sonderaufwand erhebliche stille Reserven

JOACHIM GEHLHOFF, Köln

Mit einem Sonderaufwand von 100 Mill. DM, zu 80 Mill. DM aus der Auflösung der danach noch „erheblichen" stillen Reserven und mit dem Rest aus Betriebsgewinnen mobilisiert, hat Otto Wolff von Amerongen (bald 68), der nun den Vorstandsvorsitz an Schwiegersohn Arend Oetker übergab und in den Areopag des Aufsichtsrates (Vorsitz) wechselte, zum 1985er Jahresabschluß der Kölner Holding Otto Wolff AG den vom Vater gegründeten Familienkonzern „besenrein" an die nächste Führungsgeneration übergeben.

„Freiheit auch in der Dividendenpolitik" soll der Nachfolger haben, nachdem die Holding, die für 1984 auf insgesamt 100. Mill. DM Aktien – bei jetzt ungeschoren gebliebenen 100 Mill. DM offenen Rücklagen – durchschnittlich 4,28 Prozent Dividende zahlte, für 1985 mit ausgeglichener Rechnung abschließt. Ein beschlicher Kommentar für einen Familienunternehmer nach Bewältigung einer Verlustlast, die viele seinesgleichen prompt in den Ruin getrieben hätte.

Gleichwohl ist für den Familiensenior und Holding-Hauptaktionär der Blick zurück nicht ohne Schaudern: Nochmals insgesamt 70 Mill. DM, davon 10 Mill. DM Rückstellungsvorsorgen, zumal für schwebende Zollrisiken, kostete das mit der Schließung des Mini-Stahlwerks Hurricane in Houston/Texas beendete Abenteuer des Ausflugs in das USA-Stahlhandelsgeschäft. Zuvor und ohne Reservenauflösung hatten die Kölner ab 1982 schon mindestens 110 Mill. DM an unverhofften Verlusten aus ihrem US-Geschäft geschluckt.

Daß die Holding 1985 bei 31,2 (43,2) Mill. DM Beteiligungserträgen sogar auf 103 (40,2) Mill. DM angeschwollene Organschaftsverluste verdauen mußte, hatte noch zwei weitere Ursachen. Erstens steckte die Otto Handelsgesellschaft mbH, deren Umsatz nebst Inlandstöchtern um vier Prozent auf 930 Mill. DM zurückging, noch in der Konsolidierungsphase (Verzicht auf „Randaktivitäten") und machte rund 10 (2) Mill. DM Verlust. Bei dieser Tochter, mit der die Gruppe zu den größeren deutschen Stahlhändlern zählt (etwa 0,5 Mill. Jahresabsatz), wird wegen sinkender Stahlpreise und gedrückter Spannen auch für 1986 noch nicht die Rückkehr ins Positive erwartet.

Zweitens entstand in der Maschinen-Anlagenbau-Gruppe des Konzerns bei der Tochter Wirth aus 196 (186) Mill. DM Gesamtumsatz ein Riesenverlust von 30 Mill. DM. Er stammte mit 17 Mill. DM aus währungsbedingten Forderungsverlusten bei südafrikanischen Bergbau-Zulieferungen und aus einem unerwartet problemreichen Auftrag für Brasiliens staatliche Ölgesellschaft Petrobras.

Die Reservenmobilisierung zum Verlustausgleich bewältigte die Holding durch 80 Mill. DM Buchgewinn mit Ausgliederung des Bereichs Stahlweiterverarbeitung (konzentriert bei der Zwischenholding Eisen- und Hüttenwerke AG mit den in Thyssen-Paritätspartnerschaft gehaltenen Töchtern Rasselstein AG und Stahlwerke Bochum AG und dem bislang von der Holding betriebenen „Werksabsatz" dieser Flachstahlprodukte) in die mit 90 Mill. DM ausgestattete neue Organtochter „Otto Wolff Flachstahl GmbH".

Bei aller Zuversicht, den Rest der im Konzern noch fälligen Strukturbesserung mit dem „Großreinemachen" im 1985er Abschluß finanziell bereits abgesichert zu haben, äußert sich der Familienpräses zur aktuellen Lage des für die Gruppe unverändert wichtigen Stahlgeschäfts „branchentypisch" zurückhaltend. Seine Hauptsorge gilt den Subventionen in anderen („vor allem romanischen") EG-Ländern, die einen preisdrückenden Importanstieg auf dem deutschen Markt verursachen. Leider fehle den EG-Organen weiterhin die Kraft, die notwendigen Voraussetzungen für die Reintegration des Stahls in die Marktwirtschaft zu schaffen.

Otto Wolff	1985	±%
Gruppenumsatz (Mill. DM)	5351	- 2,2
dav. Stahlweiterverarb.	2150	+ 6,4
Handel	1813	+ 2,8
Maschinen/Anlagenbau	1088	- 6,9
Beschäftigte	16 628	- 3,0
Konzernumsatz	4193	- 2,7
Jahresergebnis	-62,1	(+25,1)

Umsatzsteigerung bei Wintershall

dpa/VWD, Kassel

Die Wintershall AG (Kassel) Gas- und Mineralölgruppe des Chemiekonzerns BASF, sieht für Mineralöl im Wettbewerb mit Steinkohle und Gas insgesamt verbesserte Chancen. Die Preisentwicklung bei Rohöl und preisgünstige Produktimporte aus Raffinerieüberkapazitäten sorgten für einen unverändert scharfen Wettbewerb am inländischen Ölmarkt, heißt es im Geschäftsbericht.

Wintershall konnte 1985 seine Erdölförderung um sechs Prozent auf 3,24 Mill. Tonnen steigern. Davon entfielen 769 000 Tonnen auf das Inland und 2,47 Mill. Tonnen auf das Ausland. Die Erdgasgewinnung ging bei nahezu unveränderter Auslandsproduktion um 13 Prozent auf 1,75 Mrd. Kubikmeter zurück.

Der Umsatz der Wintershall-Gruppe stieg um neun Prozent auf 12,9 Mrd. DM bei deutlichen Zunahmen in den Bereichen Öl/Gas (plus zwölf Prozent) und Düngemitteln (plus sieben Prozent). Der Jahresüberschuß der AG sank dennoch durch Öl-Bestandsabwertungen als Folge des Preisverfalls sowie Wertberichtigungen auf die Auslandsexploration auf 184 (266) Mill. DM. Auch schlossen die Raffinerien, die mit einem Rohöldurchsatz von 5,3 Mill. Tonnen zu zwei Dritteln etwas besser ausgelastet waren, mit Verlust. Nach BASF-Angaben konnten die Betriebsverluste jedoch auf 50 (120) Mill. DM gedrückt werden.

Anzeige

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen:

Viele Seiten Stellenanzeigen für Fach- und Führungskräfte bietet Ihnen jeden Samstag

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

01-02

Auf der Suche nach weiteren Mehrheitsbeteiligungen

Die Einzelhandelsgruppe Asko hat ehrgeizige Expansionspläne – Überproportionale Gewinnsteigerung

JOACHIM WEBER, Saarbrücken

Die Einzelhandelsgruppe Asko Deutsche Kaufhaus AG, Saarbrükken, hat auch für die nächsten Jahre ehrgeizige Expansionspläne. Durch den vollen Zukauf der deutschen SB Kauf AG & Co. OHG (Divi-Märkte und Agros) von der Veba-Gruppe, Düsseldorf, zum Jahresbeginn 1986 hat die Einzelhandelsgruppe ihren Umsatz im ersten Halbjahr auf 2,1 (0,8) Mrd. DM mehr als verdoppelt. Im Gesamtjahr sollen 4,4 bis 4,6 Mrd. DM Umsatz erreicht werden. Allein die beiden SB-Marktketten Basar und Divi werden dazu 2,4 Mrd. DM beitragen.

Die Cash- und Carry-Großhandelskette Agros mit einem Jahresumsatz von 800 Mill. DM wurde zur Jahresmitte bereits wieder an den Hamburger Otto-Versand veräußert: „Wir sind Einzelhändler, und wir wollen bei unseren Leisten bleiben", begründet Asko-Vorstandschef Horst Wagner die schnelle Weitergabe. Durch den Verkauf wurde aber auch die Finanzverschuldung teilweise wieder abgebaut, die in der Bilanz 1985 durch die SB-Kauf-Übernahme um 140 Mill. DM gewachsen war. Der Rest wurde durch die Begebung einer Optionsanleihe von 150 Mill. DM zum Januar 1986 aufgefangen. Eine weitere Anleihe von 250 Mill. DM, von der Hauptversammlung am 29. August noch zu genehmigen, soll frühestens 1987 in Anspruch genommen werden.

Wagners Ehrgeiz beschränkt sich aber nicht aufs Volumen. Die Jahre 1987 und 1988 sollen Gewinnsprünge um jeweils 20 Prozent bringen. Damit soll der DVFA-Gewinn je Aktie, in diesem Jahr mit 65 DM bei einer Nettoumsatzrendite von einem Prozent veranschlagt, auf 100 DM steigen.

Auch 1985 hat Asko den Gewinn überproportional gesteigert. Während der Weltumsatz um knapp acht Prozent auf 1,67 (1,55) Mrd. DM stieg, nahm der Jahresüberschuß um 17 Prozent auf 25 (21) Mill. DM zu. Daß diese Steigerung die Entwicklung einigermaßen realistisch widerspiegelt, belegt Wagner mit einem DVFA-Ergebnis je Aktie von 56,30 (44,80) DM (plus 26 Prozent) und einem um 60 Prozent auf 90 (56) Mill. DM gestiegenen Netto-Cash-flow.

Zum Gesamtumsatz haben die Bekleidungsmärkte 34 Prozent und die Baumärkte 20 Prozent beigetragen. Nach wie vor stärkster Umsatzträger blieben die SB-Kaufhäuser mit 42 Prozent. Sie werden es auch bleiben, denn im vergangenen Jahr war die 49,9prozentige Beteiligung an der Deutschen SB Kauf, die erst Anfang 1986 auf 99,9 Prozent erhöht wurde, noch nicht konsolidiert.

Die 23 Divi-Märkte dieser Gesellschaft aber setzten 1985 allein 1,57 Mrd. DM um. Auch die US-Supermarktkette Furr's mit ihren 827 (721) Mill. Dollar Umsatz, an der Asko mit 40 (27) Prozent beteiligt ist, ist nicht konsolidiert. Die in den USA thesaurierten Furr's-Erträge von 14,4 Mill. Dollar waren freilich im DVFA-Gewinn anteilmäßig enthalten – ohne diesen Beitrag hätte er bei 46 DM je Aktie gelegen.

Für weitere Mehrheitsbeteiligungen sei Asko aufgeschlossen, so Wagner. Man suche aber auch intensiv nach neuen Minderheitsbeteiligungen und Kooperationen. Darüber hinaus geht auch die eigene Expansion weiter. In diesem Jahr werden sechs neue Bekleidungsmärkte und sieben neue Baumärkte eröffnet. Die SB-Warenhäuser sollen in den kommenden zwei Jahren um drei Neueröffnungen ergänzt werden.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

RWI: Kaum Arbeitsplätze

Essen (dpa/VWD) – Die Hoffnung, daß Existenzgründungen Arbeitsplätze schaffen und damit zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen, ist nach Auffassung Essener Wirtschaftsforscher zumindest für das Handwerk kaum begründet. In dem gestern veröffentlichten Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung des Handwerks 1985/86 kommt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, zu dem Ergebnis, daß die Gründung vieler neuer Handwerksbetriebe meist als Reflex der ungünstigen Arbeitsmarktsituation und „Flucht in die Selbständigkeit" gewertet werden müsse.

Umwandlung in AG

München (VWD) – Mittel- oder langfristig will die Computer 2000 GmbH, München, an die Börse gehen. zunächst will sich der Hersteller von „Peripherie rund um den Personalcomputer" durch die zum 1. Oktober 1986 geplante Umwandlung in die Rechtsform einer AG zusätzliches Kapital beschaffen, um mit dem starken Wachstum Schritt halten zu können. Die Unternehmensleitung rechnet mit einer Umsatzsteigerung im Geschäftsjahr 1985/86 (30.9.) um 50 Prozent auf rund 54 Mill. DM. An dem Grundkapital von 1 Mill. DM hat sich die Deutsche Gesellschaft für Wagniskapital mbH, Frankfurt, mit 25 Prozent beteiligt. Die restlichen 750 000 DM werden von den drei Gesellschaftern zu gleichen Teilen gehalten.

Sanierung abgeschlossen

Leinfelden (dpa/VWD) – Die Vereinigte Altenburger und Strahlsunder Spielkarten-Fabriken AG (ASS), Leinfelden-Echterdingen, hat im Geschäftsjahr 1985 die 1983 begonnene Sanierung abgeschlossen. Nach Angaben im Geschäftsbericht für 1985 müssen die außerordentlichen Erlöse aus dem Verkauf nicht betriebsnotwendiger Vermögensteile zunächst den weiteren Investitionen von ASS dienen. Einen Dividendenvorschlag enthält die Einladung zur HV am 14. August in Stutgart deshalb nicht. Die AG erzielte 1985 eine Umsatzsteigerung um 3,6 Prozent auf 29,6 (Vorjahr: 28,6) Mill. DM.

US-Tochter verkauft

Berlin (tb.) – Der Berliner Chemie-Konzern Schering AG verkauft seine Feinchemikalien-Tochter Nepera Inc. in den USA an die amerikanische CasChem Group, Inc., Bayonne/New Jersey. Wie Schering gestern mitteilte, will CasChem – ein früherer Hersteller von Rizinusöl und seinen Derivaten sowie speziellen Polyurethansystemen – alle Mitarbeiter übernehmen. Nepera setzte 1985 mit 209 Mitarbeitern rund 46 Mill. Dollar um. Schering hat beschlossen, sich ganz auf die traditionellen Sparten zu konzentrieren und sich aus dem Feinchemikaliengeschäft zurückzuziehen. Das betrifft auch die Diamalt AG, München. Hier ist Schering mit mehreren Interessenten wegen einer Übernahme im Gespräch. In der Zwischenzeit wird Diamalt als eigenständiges Unternehmen weitergeführt.

Zürich erhält Japan-Lizenz

Düsseldorf (Py.) – Die Zürich Versicherungen haben jetzt die Genehmigung zur Aufnahme des Versicherungsgeschäfts im Schaden- und Unfallbereich für Japan erhalten. Damit kann die Zürich jetzt in Japan mit eigener Organisation sowie unter eigenem Namen tätig werden und ihren Service für international tätige Kunden intensivieren. Die bisherige Zusammenarbeit mit dem Kooperationspartner The Dai-Tokyo Fire & Marine Insurance Company, Ltd., wird fortgesetzt.

Dividende angekündigt

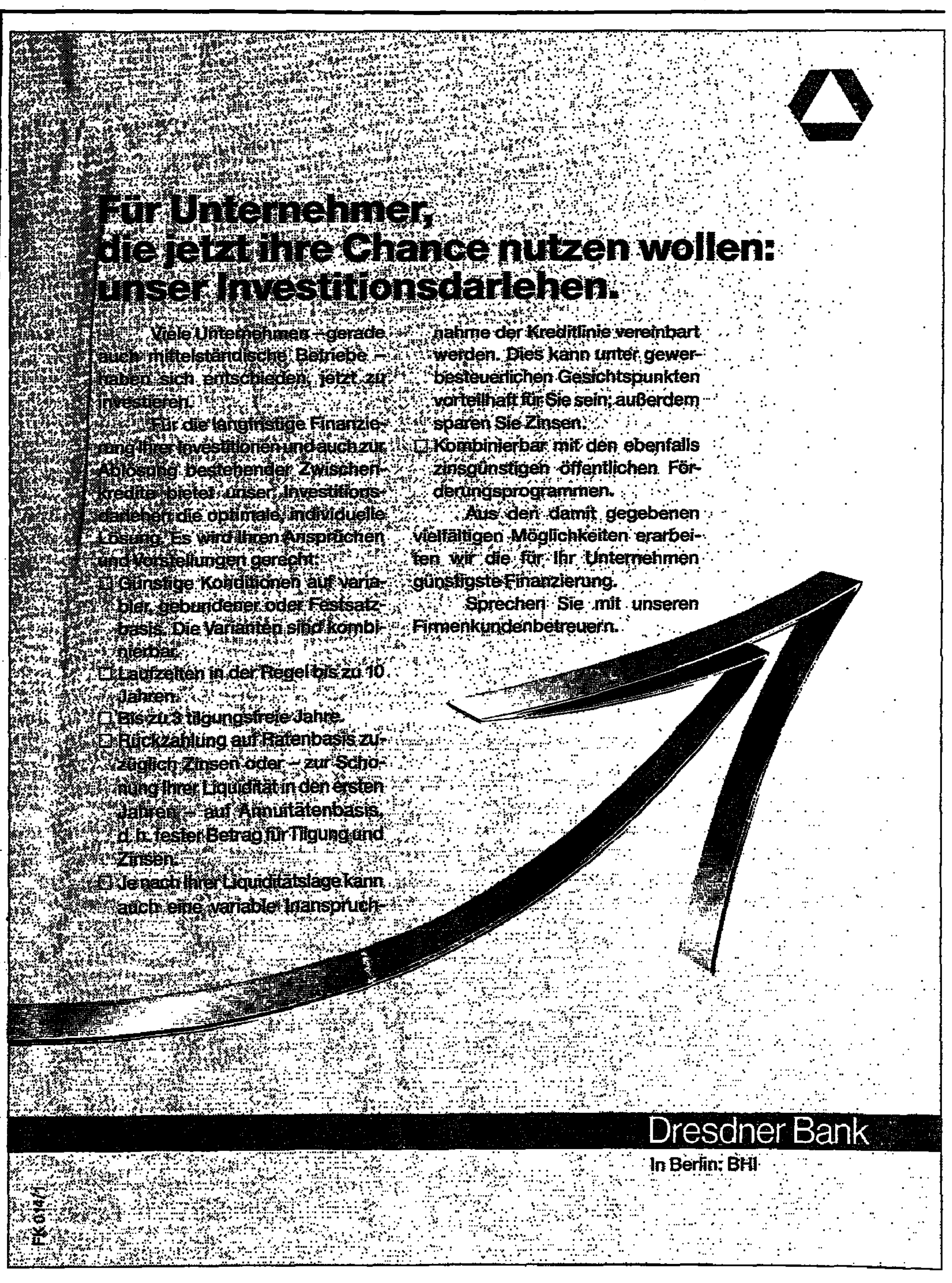
Hamburg (JB.) – Der Vorstand der Joh. Friedrich Behrens AG, Ahrensburg bei Hamburg, hat für das Geschäftsjahr 1986 die Wiederaufnahme einer Dividendenzahlung angekündigt. Vorgesehen seien 10 Prozent. Die Behrens AG, die auf die Herstellung von Druckluftlagern und Befestigungsmittel spezialisiert ist, hatte mit Rücksicht auf bestehende Verlustvorträge in den Jahren 1984 und 1985 auf eine Ausschüttung verzichtet und statt dessen Berichtigungsaktien ausgegeben. Durch Beschluß der HV ist das Grundkapital inzwischen auf 12 Mill. DM erhöht worden. In den ersten 5 Monaten dieses Jahres stieg der Umsatz um 5,8 Prozent. 1985 hatte Behrens gut 65 Mill. DM umgesetzt.

Umsatzplus bei der Herrenbekleidung

Py. Düsseldorf

Die deutsche Herrenoberbekleidungsindustrie erwartet für 1986 eine Umsatzsteigerung, die der des Vorjahres von 4,2 Prozent (auf 4,05 Mrd. DM) entspricht. Damit dürfte die Branche wieder einen Weg zu durchweg leicht positiven Ergebnissen eingeschlagen haben. Zwar hat sich seit Jahresbeginn die Zahl der Betriebe und Beschäftigten (minus zwei Prozent auf knapp 36 000) weiter verringert, doch stieg der Umsatz um acht Prozent auf 2,07 Mrd. DM. Die Inlandsproduktion (ausgenommen Mäntel) wuchs, bei Hosen um 4,6 Prozent auf reichlich 18,9 Mill. Teile, bei Sakkos um 2,5 Prozent auf fast 2,4 Mill. Teile. Davon profitierte auch der Handel mit Herrenoberbekleidung, der im ersten Halbjahr 1986 ein Umsatzplus von acht Prozent erreichte.

Anläßlich der heute zu Ende gehenden internationalen Trendshow der Kölner Modemessen „It's Cologne", auf der 184 Aussteller aus dem In- und Ausland vertreten waren, wurde die gesunde Relation zwischen Inlandsfertigung, passivem Lohnveredelungsverkehr und Zukauf aus den hierfür in Frage kommenden Ländern deutlich. Die Mischung gewährleistet – und dies ist neu – eine weitgehende Vollbeschäftigung, die nach wie vor durch steigende Exporte (plus 10,8 Prozent auf 630 Mill. DM) gestützt wird. Die Einfuhren gingen im ersten Halbjahr 1986 um 6,3 Prozent auf 1,68 Mrd. DM zurück.



Nur Zwischenhoch bei Saarbergwerken?

Konzern verharrte im Minus – Enttäuschender Geschäftsverlauf im ersten Halbjahr

JOACHIM WEBER, Saarbrücken

Die Freude darüber, daß die Saarbergwerke AG, Saarbrücken, im vergangenen Jahr erstmals seit 1980 keinen Verlust (1984: 77 Mill. DM) mehr auszuweisen hatte – der Konzern blieb mit 24 (83) Mill. DM im Minus –, könnte von kurzer Dauer sein. Das erste Halbjahr 1986 brachte unerwartete Belastungen; die Beurteilung der weiteren Entwicklung „muß wegen deutlich erkennbarer Risiken leider pessimistisch ausfallen", so Vorstandschef Rudolf Lenhartz.

Ein schwerer Schlag war – nicht nur in menschlicher Hinsicht – das Grubenunglück im Camphausen im Februar 1986, aus dem allein rund 50 Mill. DM an Lasten zu erwarten sind. „Dadurch sind unsere Reserven schon weitgehend aufgebraucht. Zusätzliche Belastungen, die aus der unberechenbaren Entwicklung von Dollar, Ölpreis und Kohlewettbewerbspreis drohen, müßten daher voll im Ergebnis zum Ausdruck kommen", prophezeit Finanzchef Klaus-Henning Heine. Der Wettbewerbspreis für deutsche Kokskohle ist bereits von 185 auf 135 DM je Tonne gefallen.

Spürbar wird zudem die abflauende Stahlkonjunktur, die – im Verein mit dem stärkeren, kostengünstigeren Heizöleinsatz in den Hochöfen – einen Rückgang des Kohleabsatzes von 300 000 bis 400 000 Tonnen im Gesamtjahr erwarten läßt. Selbst wenn der Kohleabsatz das Vorjahresvolumen von 11,2 (10,4) Mill. Tonnen wieder erreichen sollte, könnte die AG wegen der Preisentwicklung nicht den gleichen Vorjahresumsatz von 3 (2,8) Mrd. DM erzielen.

Die Freude am Ölgeschäft war 1985 schon getrübt: Die eigene Saarland-Raffinerie, die noch einmal für einen Konzernverlust von 24 Mill. DM sorgte, wurde geschlossen. Und die Mineralölbestände bei der Saarberg Öl und Handel GmbH waren um 37 Mill. DM abzuwerten, von denen 20 Mill. DM aber schon auf 1986 entfielen.

Auch an anderen Stellen verordnete der Vorstand dem Staatsunternehmen eine Marscherleichterung für die nächsten Jahre. So schlug die Abzinsung unverzinslicher Darlehen an zwei Tochtergesellschaften für vier Jahre mit 37 Mill. DM zu Buche. Rückstellungen für Sozialplanverpflichtungen in 1986, für Jubiläumsprämien und für die Werkschädenvorsorge summierten sich zu weiteren 35 Mill. DM.

Abwertungen von 53 Mill. DM, die im Rahmen einer steuerlichen Neuregelung der Festwerte notwendig wurden, konnten auf einen Schlag vorgenommen werden. Und Vorleistungen von 41 Mill. DM zur Sicherung des Kohleabsatzes an das Kraftwerk Bexbach reduzieren den künftigen Aufwand auf neun Mill. DM jährlich.

Allein diese Maßnahmen mit Vorsorgecharakter verschlangen schon deutlich mehr als die 68 Mill. DM außerordentlicher Erträge aus einer turnusmäßigen Überprüfung der Festwerte (einer bergbauspezifischen Möglichkeit der Rechnungslegung). Hinzu kamen noch die ergebnisbelastende Trennung von drei Verlustbeteiligungen und erste Preiswirkungen des Dollarrutsches sowie 25 Mill. DM Erlösausfall durch geologische Förderprobleme.

Der 30 500 Mitarbeiter zählende Konzern hat das Zwischenhoch 1985 auf jeden Fall genutzt, um sich wieder stärker zu polstern. Dabei hielt er sich auch mit den Investitionen nicht zurück. Ihre Steigerung um gut 52 Prozent auf 303 (200) Mill. DM war indessen nicht ganz echt: 74 Mill. DM stammten aus der Festwertkorrektur.

Neuer Kurssturz bei den Aktien

Zunehmend auch Ausländer unter den Verkäufern

DW. – Der weiter schwache Dollar sowie der anhaltende Kursrückgang an der Wallstreet haben die Nervosität am deutschen Aktienmarkt wachsen lassen. An den Verkäufen sind zunehmend Ausländer beteiligt, vor allem aus den arabischen Ölländern. Die Ölpreiskrise hat dort offensichtlich einschneidende Auswirkungen. Die inländischen institutionellen Anleger, die in der Vorwoche noch ihre Bestände angereichert haben, hielten sich nunmehr von allen Kaufaktivitäten zurück. Auch der Berufshandel beteiligte sich kaum am Geschäft.

Die Schering-Aktien verloren mehr als 20 DM. Hier soll ein Verkaufsauftrag aus Kuweit den Markt negativ beeinflussen. Großchemietitel lagen um etwas mehr als 10 DM unter den Vortagskursen. Im Elektrobereich wurde Siemens um etwa 15 DM zurückgenommen. AEG verloren rund 10 DM. Voll erfaßt von den Folgen der Dollarschwäche wurden die Autowerte, von denen Daimler um 20 DM schwächer lagen, VW verlor 15 DM. Unter diesen Umständen verdient die Kursstabilität der Aktien von Conti Gummi besondere Aufmerksamkeit. Daß das Interesse für Börsenneulinge nicht völlig erloschen ist, machen die neuen Puma-Aktien deutlich, die offiziell zu 310 DM angeboten werden, aber außerbörslich zu Kursen um 435 DM genannt wurden. RWE-Aktien litten weiter unter der aus politischen Gründen nur in unzureichender Höhe genehmigten Anhebung der Stromtarife. Bei den Banken führte die Bayerische Vereinsbank mit einem Abschlag von 15 DM die Verlustliste an.

Frankfurt: Adler konnten sich um 7 DM, Conti um 3,50 DM und Rütgers um 4,50 DM verbessern. Degussa büßten 25 DM, Goldschmidt 12 DM und Springer 11 DM ein.

Düsseldorf: Audi gaben um 20 DM nach, DAB verminderten sich um 3,50 DM und Hochtief um 25 DM. Dahlbusch Vz. konnten sich um 15 DM und Gehe um 2,50 DM verbessern.

Hamburg: Beiersdorf mußten um 14 DM zurückgenommen werden, Phoenix Gummi schwächten sich um 6 DM und Bremer Vulkan um 5 DM ab. Hapag Lloyd erholten sich um 4,80 DM.

Berlin: Berliner Kindl lagen um 4,90 DM und Engelhardt um 3 DM freundlicher. Dt. Hypobank Berlin und Kempinski wurden um je 20 DM niedriger taxiert. Schering schwächten sich um 15 DM ab.

München: Aigner sanken um 1 DM und AgrobSt. um 6 DM. Dwidag gaben um 4 DM nach. Audi konnten sich um 2 DM verbessern.

Stuttgart: Mercedes wurden um 55 DM und Daimler um 36 DM zurückgenommen.

Wegen technischer Schwierigkeiten unseres Börsenlieferanten konnten nicht alle Kurse tagesaktuell veröffentlicht werden.

Nachbörse: schwach

WELT-Aktienindex: 250,41 (257,67)
WELT-Umsatzindex: 4941 (5012)
Advance-decline-Zahl: 58 (80)
38-Tage-Linie: 270,45 (270,99)
200-Tage-Linie: 270,28 (270,12)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

		16.7.	15.7.
H	Aach M Betl. 12,5	1985	2100
H	Aach. M. Vers. 7	1588	1600B
D	Aach. Rück. 9	2430	2500T
D	Aseag *4	409G	409G
M	Ack-Gögg. 8	158	158,5
H	Acca 3	152	152
D	Adler 12+16	290G	290G
F	AEG 0	286,5	296,5
D	AEG KABEL 9	400	400
S	Aesculap 9	380,5	390bG
F	AGAB 5	159,8	160
D	Agrippina *0	3300	3300

Devisenmärkte

Das beamtische Dollarsentiment wurde am 16. Juli durch die niedrige Kursprognose des „Zinspapstes" Henry Kaufman neu belebt und ließ den Dollarkurs bereits in New York bis 2,146 abrutschen. Gleichzeitig verzeichnete der US-Dollar zum Japanischen Yen mit 1,58 einen neuen absoluten Tiefststand. An den europäischen Märkten ließ die Befürchtung vor Nationalbank-Interventionen keine größeren Aktivitäten aufkommen, wobei der US-Dollar innerhalb des Kursbandes von 2,146 und 2,156 pendelte. Ohne ein Eingreifen der Bundesbank stellte sich die amtliche Notiz auf 2,1526. Der Schweizer Franken setzte seine Aufwärtstendenz mit einem Plus von 49 Pfennig auf 123,48 fort. Das Britische Pfund stabilisierte sich mit einem Tagesgewinn von 2 Pfennig auf 3,249. Neue historische Tiefststände verzeichneten die Währungen von Irland, Belgien, Frankreich, Schweden, Italien und Finnland. US-Dollar in: Amsterdam 2,425; Brüssel 44,40; Paris 6,9515; Mailand 1478,00; Wien 15,138; Zürich 1,7403; Ir. Pfund/DM 2,991; Pfund/Dollar 1,5095; Pfund/DM 3,249.

Devisen und Sorten

16.7.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Brief	Wochs. Ank.-Kurs[4]	Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	6,00	2,1486	2,1566	2,1385	2,10	2,20
London[2]	10,0	3,242	3,256	3,193	3,17	[illegible]
Dublin[2]	16,5	2,984	2,998	2,955	2,92	3,07
Montreal[1]	8,68	1,563	1,571	1,5489	1,52	1,62
Amsterd.	5,00	88,585	88,805	88,46	87,75	89,50
Zürich	4,00	123,38	123,58	123,21	121,75	124,50
Brüssel	8,00	4,834	4,854	4,812	4,71	4,89
Paris	9,50	30,895	31,055	30,705	30,15	31,80
Kopenh.	7,00	26,66	26,78	26,405	25,75	27,50
Oslo	8,00	28,75	28,87	28,04	28,00	29,75
Stockh.	8,00	30,435	30,595	30,095	29,75	31,50
Mailand[3]**	12,0	1,45	1,46	1,4315	1,42	1,52
Wien	4,00	14,205	14,245	14,201	14,11	14,32
Madrid	8,00	1,564	1,574	1,405	1,51	1,65
Lissabon**	14,5	1,444	1,464	1,534	1,20	1,75
Tokio	3,50	1,356	1,359	1,355	1,315	1,375
Helsinki	8,50	42,38	42,58	41,785	41,50	43,50
Belgrad*	–	–	–	–	0,30	0,70
Budapest*	–	–	–	–	3,25	4,75
Athen* **	20,5	1,523	1,577	–	1,10	1,80
Ankara*	–	–	–	–	0,25	0,44
Sydney*	–	1,3685	1,3875	–	1,31	1,45
Johannbg.*	12,0	0,838	0,852	–	0,58	0,85
Hongkong*	–	27,40	27,68	–	24,50	31,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire; [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet. Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 770B, Kötitzer 2200G, VAB 2650T. **Düsseldorf:** IKB 259, Lehnkering 220G. **Frankfurt:** Adt 69, Bay. Hypo 543, IKB 265T, Magdeburger Feuer NA 550G, Magdeburger Feuer 1100, Pfaff 225T, Ymos 170. **Hamburg:** Doag 411bG. **München:** IKB 268B, Stumpf-121,5G, VAB 2310T.

Bezugsrechte: Frankfurt: Bull 1,1, Goldschmidt 4,9. **Düsseldorf:** Allianz Vers. 75, Stöhr 7,5. **München:** Winterthur entf.

LANCIA. NOCH MEHR RASSE IN DER MITTELKLASSE.

DER NEUE LANCIA PRISMA.

Wer in der europäischen Mittelklasse zur Spitzenklasse gehören will, braucht Ehrgeiz, Können und Erfahrung. Alles gute Lancia-Tugenden. Und deshalb stellen wir uns ständig der Herausforderung des Marktes. Jetzt in der Mittelklasse. Wir haben beim Lancia Prisma fast jedes Detail in Frage gestellt. Und neu beantwortet. Nur eines nicht: das bewährte Grundkonzept mit klassischer Stufenheck-Karosserie, variablem Kofferraum und quer eingebauten Motoren. Fast alles andere ist neu:

Die Front ist jetzt (wie beim Lancia Thema) leicht nach hinten geneigt, was zu niedrigerem Luftwiderstand führt.

Der vergrößerte Frontspoiler bietet Platz für integrierte Zusatzscheinwerfer, die hinteren Stoßflächen greifen weiter um die Karosserie herum.

Innen gibt es neue, ergonomisch geformte Sitze, neu gezeichnete Instrumente und eine Heizungs- und Lüftungsanlage mit größerem Luftdurchsatz.

Die Schaltung arbeitet leichter, Bedienungshebel und -knöpfe wurden zum Teil neu angeordnet, die Lautsprecher-Positionierung wurde akustisch verbessert, Straßenlage und Lenkung wurden durch Modifikationen am Fahrwerk weiter optimiert und darüber hinaus erhielten einige Versionen einen Lenkungsdämpfer.

Am meisten hat sich bei den Motoren getan: Das Triebwerk des Prisma 1500 erhielt einen neuen Vergaser mit Schubabschaltung, eine elektrische Gemischvorwärmung im Ansaugrohr und eine hochmoderne Kennfeld-Zündung. Es leistet 55 kW/75 PS und macht diese Variante 160 km/h schnell. Der Verbrauch konnte noch weiter auf 5,8 l/100 km bei 90 km/h, 7,7 l bei 120 km/h und 9,5 l im Stadtverkehr gesenkt werden.

LANCIA

Die 1,6-l-Maschine im Prisma 1600 i.e. wurde weitgehend neu konstruiert. Der Zylinderkopf wurde um 180° gedreht. Die Auspuff-Seite liegt jetzt vorn direkt im kühlenden Fahrtwind, die neue Einspritzanlage IAW von Weber Marelli ist gegen Winterkälte auf der Hinterseite des Motors geschützt. Die Grundform des Aggregats mit zwei obenliegenden Nockenwellen blieb unverändert. Modifiziert wurde in erster Linie der Zylinderkopf, die Nockenwellen, die Kolben sowie das Ansaug- und Auspuffsystem.

Die IAW-Einspritzung zeichnet sich durch die Kombination von Zündung (mit statischer Kontrolle) und Einspritzanlage aus; beide Elemente werden von einem elektronischen Steuerelement versorgt. Der Motor leistet damit 80 kW/108 PS, das Drehmoment wurde gegenüber der Vergaserversion nochmals gesteigert und die Höchstgeschwindigkeit stieg auf 185 km/h. Ergebnis: Dieser neue 1,6-l-Einspritzmotor ist temperamentvoll und drehfreudig, durchzugstark und elastisch – und zudem leise und sparsam.

Der Prisma Turbo Diesel mit 59 kW/80 PS und 170 km/h Höchstgeschwindigkeit hat schon einen der modernsten Diesel-Motoren seiner Klasse. Aber selbstverständlich erhielt er sämtliche Verbesserungen an Karosserie, Interieur und Technik wie die Benzin-Versionen.

Mehr war beim besten Willen nicht zu verbessern. Überprüfen Sie es selbst. Bei einer Probefahrt.

Lancia Prisma 1500: Vierzylinder Reihenmotor mit obenliegender Nockenwelle, 1465 ccm, 55 kW/75 PS, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h 12,1 Sek., 160 km/h.

Lancia Prisma 1600 i.e.: Vierzylinder Reihenmotor mit 2 obenliegenden Nockenwellen, IAW- Einspritzung, 1574 ccm, 80 kW/108 PS, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h 10,0 Sek., 185 km/h.

Lancia Prisma turbo diesel: Vierzylinder Reihenmotor mit obenliegender Nockenwelle, 1911 ccm, 59 kW/80 PS, KKK-Turbolader und Ladeluftkühlung, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h 12,9 Sek., 170 km/h.

Bundesanleihen

Industrieanleihen

Renten gut behauptet

Die auf dem US-Bonds-Markt zurückgekehrte Stabilität strahlte auch auf den deutschen Rentenmarkt aus. Öffentliche Langläufer wurden hier bis zu 0,20 Prozentpunkte heraufgesetzt. Dies allerdings nur bei kleinen Umsätzen. Wie es heißt, wächst aber die Nachfrage aus dem Ausland, das auch in der Bundesrepublik eine weitere Zinssenkung für möglich hält. Außerdem scheint die Spekulation auf Währungsgewinne wiederaufzuleben. Zuversichtlich war auch die Tendenz bei den Pfandbriefen, ohne daß es jedoch zu nennenswerten Renditeveränderungen kam.

F	4½ Dt.Bk.Lux 78 m.O.S	315G	315G
F	4½ dgl. 78 o. O. $	97,25G	97,25G
F	6½ dgl. 85 m. O.	250T	250T
F	6¼ dgl. 85 o. O.	94,6G	94,6
F	3¼ dgl. 85 m. O.	220T	224bG
F	3¾ dgl. 85 o. O.	93,05	93,15
F	6½ dgl. 86 m. O	152	151,5bG
F	6¼ dgl. 86 o. O	99,45	99,5
F	3¾ Didier 85 m. O.	130	135G
F	3¾ Didier 85 o. O	77,5G	77,5bB
F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O	179G	180G
F	4 dgl. o. O.	95,5	95,5
F	8 dgl. 84 m. O	207G	208G
F	8 dgl. 84 o. O	107,25	107,5
F	6½ dgl. 86 m. O	164	168
H	6½ dgl. 86 o. O.	100,15bG	100,05
F	3¼ Fuji 84 m. O	128,5	129G

Bundespost

Optionsscheine

Länder – Städte

Sonderinstitute

Optionsanleihen

F	6¾ dgl. 85 m. O.	105,5G	105,5G
F	6¾ dgl. 85 o. O.	101	101,1T
F	3½ C.Itoh F.84 m.O.	195G	195G
F	3½ dgl. 84 o. O.	94,75	94,75bG
F	4 Chujitsuya 85 m. O	167G	167G
F	4 Chujitsuya 85 o. O	93,75G	93,75
F	3½ Cobb.I.78 m.O.DM	180G	180G
F	3½ dgl. 78 o. O. DM	97bG	97,25
F	5 Conti 84/94 m. O.	245T	255,2
F	5 dgl. 84/94 o. O.	90bG	90,5bG
F	5¾ Cop. Habk. 85 m. O.	125,5G	125,5G
F	5¾ dgl. 85 o. O.	97,5T	97T

F	3¾ Nissan Mot. 78/86	101T	105T
F	3¾ Nitto Boseki 84/89	170	170,5
F	4¾ Orient Fin. 79/87	385G	394G
F	4 Pirelli Fin. 85/92	147	150G
F	3¾ Renown Inc. 84/90	151	151bG
F	3¾ Ricoh Comp. 78/86	201bG	204T
F	6¾ Rothm. Int. 73/92	107,5T	108,5G
F	6¾ Sekisui 76/87	363T	370T
F	6 Taiyo Yuden 82/88	145G	148G
F	3½ Tok.Elec. 78/87	488G	478
F	4 Tokyu Land 79/86	213G	220G
F	3¾ Tsubakimoto 85/90	97	98,75G

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	16.7.	15.7.
8 Air Entwkbk. 77/87	101,25G	101,5
10 dgl. 82/87	109,5	109,5G
8 dgl. 84/91	105,65G	105,65G
9 Air Canada 82/92	111,25G	111,5
7¾ dgl. 83/93	105	105bG
9½ Akzo 82/89	105T	105bG
7½ Allied Chem. 84/94	103,75	104,75G
8¼ AMCA Ltd. 83/91	105,5	105T
8½ A.N.A.S. 83/88	104G	104G
8½ dgl. 84/91	107,25G	107,5
5¾ Am. Express 79/87	100G	100G

8¾ E.D.F. 82/92	106,6T	106,75G
8¾ dgl. 83/93	108,45	108,45
7 Eletrobras 77/87	101	100,75
7 dgl. 79/87	99,8bG	99,8
5¼ ELF Aquit. 78/88	100G	100G
6¾ Enhari Corp. 85/95	102,1G	102,1
6¾ Ericsson LM 72/87	105T	105T
6¼ Escom 72/87	99,5T	99T
7 dgl. 73/88	99,25G	99,25G
9¼ dgl. 80/87	101bB	101bB
9¾ dgl. 82/90	101	100,75
8½ dgl. 83/90	99,5	99bG
8 dgl. 84/92	94,3	94,6
8¼ dgl. 84/92	95,5	94,5
7¾ Essel 75/88	105,5T	105G
5¾ Euratom 77/87	100,4G	100,4
7¾ dgl. 83/93	104,5G	104,75

7¾ dgl. 85/97	104,7T	104,7
8¾ Credit Fonc. 82/92	107,5T	107,5T
8¾ dgl. 83/90	108,75	108,75
7¾ dgl. 84/92	104,75	104,75
6 Credit Nat. 77/87	ausg.	ausg.
8¾ dgl. 84/94	108,7bG	108,3G
8 CREDIOP 71/91	107G	107
7½ Degussa 84/94	105,9	105,9
8¾ Den Danske 76/86	100,4T	100,4T
6,54 Dow Chem. 85/95	102,75	103,25
6 Dt. Bk. Fin. 85/91	103,3	105,25
4¾ Dr.Bk.Fin 85/90	100,65G	100,6G

7¾ Exp.Bk.Korea 85/90	103,5G	103,5
10½ Ferrovie 82/87	104	104,25
8¾ dgl. 85/88	105,25G	105,25
8 dgl. 84/91	104,5G	104,5G
8 Fin. I. Bk. 71/86	100,15G	100,15G
7 dgl. 72/87	101,5T	102,5T
8½ dgl. 80/90	102,15G	ausg.
10 Finn. Komm. 82/92	109T	109T
7 Finnland 72/87	103,75	103,25T
10½ dgl. 81/86	101G	101G
9¾ dgl. 82/89	109,6	109,4T

8 dgl. 83/90	107,75G	107,75G
7 dgl. 84/92	102,85	102,75
7 dgl. 85/95	102,8	102,85
7 Montreal 69/89	104,75T	105
6 dgl. 72/92	100,9G	100,9
6¾ dgl. 75/95	105G	105
7 dgl. 77/87	101,8	101,8
7½ Mont. Ina 83/90	105	102,75
7¾ dgl. 84/92	105,6G	105,6
11 Nac.Financ 82/90	106	106,75
8 Nederl. Gas 79/86	100,5T	100,5G

4½ Stand.Chart.78/88	101	100,75T
6 Statoil 73/88	100,75	100,65G
6½ dgl. 79/87	100,9G	100,9G
7¾ Sterling Dr.84/94	104,25G	104,25
7¾ Südafrika 71/86	99,5T	99,5T
7 dgl. 72/87	99,5G	99,5G
9 dgl. 80/87	100	99,25
8½ dgl. 83/91	97	97
7¾ dgl. 84/92	94	94,25
8 Sumitomo 83/91	109G	109G
6¾ Sveriglevbk 72/87	101T	101,75T
7 dgl. 75/88	104,8G	104,8G

5½ Tauernaut. 78/93	98,5bG	98,5bG
9¾ dgl. 82/94	115,6G	115,6G
6 TVO-Kraftw. 78/88	100,3G	100,3G

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung; [illegible]; B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

F	6¾ dgl. 77	5/89 105,2	103,1
F	8 dgl. 79 I	7/89 107,3	107,2G
F	6 dgl. 78 I	2/90 102,2	102,2
F	8 dgl. 80 II	7/90 108,3bG	108,2bG
F	9 dgl. 81	3/91 112,95	112,9
F	10½ dgl. 81	9/91 120,5	120,5
F	10¾ dgl. 81	11/1 120G	120G
F	8 dgl. 80 I	2/92 109,6	109,6
F	10 dgl. 82	2/92 118,7	118,6bG
F	9½ dgl. 82	7/92 117,4G	117,4
F	8 dgl. 82	11/92 110,05	110,05
F	7¾ dgl. 83	1/93 108	108

F	6 Lowi.Rent.Bk.RS15	100,05G	100,05G
F	6 dgl. RS 16	100,2G	100,2G
F	6½ dgl. RS 60	101,05G	101,05G
F	7 dgl. 94	105,6G	105,6G
F	7 dgl. 99	100G	100G
F	8 dgl. 101	105,4G	105,4G
F	7½ dgl. 102	105,1G	105,1G
F	9½ dgl. 126	102G	102G
D	6½ Dt.Ausgl.Bk. 77	101,6G	101,6G
D	5½ dgl. 78	100,6	100,6G
D	7 dgl. 79	101,35G	101,35
D	6 dgl. 86	95,5	95,4

Warenpreise – Termine

Fester notierten am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Deutlich befestigt schlossen die Kupfernotierungen. Ebenfalls fester war die Tendenz an den Kakao- und Kaffee-Terminmärkten.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	15.7.	14.7.
Juli	266,50	269,75
Sept.	256,00	259,25
Dez.	257,50	258,75

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	233,53	233,03
Am. Durum	231,31	230,81

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Juli	99,80	101,20
Okt.	103,10	101,50
Dez.	104,30	103,00

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Juli	82,50	82,70
Okt.	76,50	76,20
Dez.	76,20	75,90

HAFER Chicago (c/bush)

Juli	104,00	101,50
Sept.	104,00	101,50
Dez.	112,00	109,75

MAIS Chicago (c/bush)

Juli	214,00	209,00
Sept.	178,00	173,25
Dez.	178,00	172,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Juli	108,50	108,30
Okt.	84,70	85,90
Dez.	85,00	83,90

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	15.7.	14.7.
Juli	180,75	178,75
Sept.	182,50	181,50
Dez.	184,24	178,24

KAKAO New York ($/t)

	15.7.	14.7.
Juli	1863	1842
Sept.	1896	1876
Dez.	1944	1929
Umsatz	3059	3736

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Sept	5,12	5,30
Okt.	5,46	5,62
Jan.	5,56	5,68
März	6,21	6,35
Mai	6,40	6,52
Umsatz	11229	12909

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) 4,96 5,06

KAFFEE London (£/t) Robusta

	15.7.	14.7.
Juli	1885-1895	1835-1840
Sept	1908-1910	1873-1974
Nov.	1945-1950	1898-1900
Umsatz	7386	5830

KAKAO London (£/t)

Juli	1352-1369	1345-1355
Sept.	1384-1385	1379-1380
Dez.	1429-1431	1420
Umsatz	4409	2772

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)

	16.7.	14.7.
Aug.	113,00-114,00	115,00-116,60
Okt.	123,40-123,60	126,40-126,60
Dez.	129,40-130,80	132,40
Umsatz	3417	2317

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

schw.	16.7.	15.7.
Saraw.spez.	862,50	857,50
weiß.Saraw.	1122,50	1127,50
weiß Munt.	1137,50	1142,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	15.7.	14.7.
Juli	99,50	99,50
Sept.	97,20	99,50
Nov.	100,25	100,50
Jan	101,25	101,30
März	102,50	102,15
Umsatz	1500	1300

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

15.7.	14.7.
24,50	24,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk 17,625 18,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Juli	16,21	16,03
Aug.	16,22	16,05
Sept.	16,36	16,22
Okt.	16,48	16,30
Dez.	17,02	16,80
Jan.	17,10	16,85
März	17,42	17,21

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk 16,75 16,75

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	14,00	14,00
Choise white hog 4 % fr. F.	9,00	9,00

TALG New York (c/lb)

top white	10,00	10,00
fancy	9,50	9,50
bleichf.	9,25	9,25
yellow max. 10% fr.F	7,75	7,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Juli	60,35	58,95
Aug.	57,60	56,40
Okt.	53,95	52,75

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Juli	87,37	85,00
Aug.	85,17	82,95
Febr.	76,80	75,00

HÄUTE Chicago (c/lb)

	15.7.	14.7.
Ochsen einh. schwere River Northern	68,00	68,00
Kühe einh. schwere River Northern	-	-

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Juli	533,50	531,25
Aug.	516,50	509,50
Sept.	502,00	491,00
Nov.	502,00	488,00
Jan.	509,75	497,50
März	518,50	506,60
Mai	524,50	512,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Juli	156,30	154,50
Aug.	148,60	146,50
Sept.	144,50	141,20
Okt.	143,00	139,20
Dez.	145,00	141,00
Jan.	146,00	142,20
März	149,00	144,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	15.7.	14.7.
Juli	251,00	250,00
Okt.	259,10	258,00
Dez.	264,00	262,70

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

15.7.	14.7.
11,00	11,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif 16.7.: 540,00 15.7.: 540,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank 430,00 430,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra cif 225,00 225,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk 82,00 80,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen cif 230,00 230,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1 cif 202,00 199,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	15.7.	14.7.
Aug.	29,85	29,57
Okt.	30,35	30,05
Dez.	30,76	30,48
März	31,58	31,30
Mai	32,20	32,10
Juli	33,15	32,90

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1 43,25 43,25

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	16.7.	15.7.
Aug.	510-519	510-520
Okt.	519-525	–
Dez.	521-526	520-524
Umsatz	2218	2227

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	16.7.	15.7.
Juli	41,00	41,00
Okt.	41,50	41,50
–	–	–
–	–	–
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	16.7.	15.7.
Juli	670,00-685,00	670,00-685,00
Okt.	623,00-625,00	621,00-623,00
Dez.	–	624,00-627,00
Umsatz	7	9

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	16.7.	15.7.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	16.7.	15.7.
Juli	12495	12490
Aug.	12409	12400

KAUTSCHUK London (p/kg)

	15.7.	14.7.
RSS 1 Aug.	57,25-58,25	57,25-58,25
RSS 1 Sept.	57,25-58,25	57,25-58,25
RSS 2 Aug.	56,00-57,00	56,00-57,00
RRS 3 Aug.	55,00-56,00	55,00-56,00
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	16.7.	15.7.
Aug.	215,00-217,00	212,00-214,00
Sept.	212,50-214,50	209,50-211,50
Nr. 2 Aug.	209,50-210,50	207,50-208,50
Nr. 3 Aug.	207,50-208,50	205,50-206,50
Nr. 4 Aug.	204,00-205,00	202,00-203,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)

	16.7.	15.7.
BWC	340	340
BWD	340	340
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	16.7.	15.7.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	237,36-237,55	237,68-238,01
dritt. M.	242,57-242,73	242,86-243,19
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	80,59-80,75	80,58-80,66
dritt. M.	82,38-82,54	82,52-82,68
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	848,19-849,82	842,98-846,21
dritt. M.	869,35-869,68	859,16-859,81
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	166,06-169,31	166,65-169,89
Prod.-Pr.	181,15	181,86
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Rng/kg) 16.7.: 14,22 15.7.: 14,19

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	16.7.	15.7.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	292,71-294,99	291,72-293,99
BLEI in Kabeln	88,25-89,25	88,25-89,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	16.7.	15.7.
MS 58, 1.VS	276-277	276-278
MS 58, 2.VS	329-334	330-334
MS 63	302-306	301-305

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	16.7.	15.7.
Leg. 225	290-305	290-305
Leg. 226	292-307	292-307
Leg. 231	327-342	327-342
Leg. 233	337-352	337-352

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	16.7.	15.7.
PLATIN (DM/g)	32,40	32,35
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	28021	28021
Rückn.-Pr.	23830	23830
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	24660	24610
Rückn.-Pr.	24010	23960
verarbeitet	25870	25820
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24150	24150
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	361,40	358,90
Rückn.-Pr.	350,40	348,00
verarbeitet	377,30	374,60

Internationale Edelmetalle

	16.7.	15.7.
GOLD (US-$/Feinunze) London		
10.30	348,35	345,85
15.00	347,60	346,00
Zürich mitt.	348,50-348,90	346,10-346,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	78400	77950
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	327,55	336,55
3 Mon.	335,25	344,60
6 Mon.	342,95	352,85
12 Mon.	359,25	368,95

PLATIN (£/Feinunze) London	15.7.	14.7.
fr. Markt	291,90	293,00
PALLADIUM (£/Feinunze) London	15.7.	14.7.
f. Händl.-Pr.	75,05	75,55

New Yorker Metallbörse

	15.7.	14.7.
GOLD H & H Ankauf	346,00	345,75
SILBER H & H Ankauf	509,00	502,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	432,50-435,00	432,50-435,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	111,50-112,50	111,50-112,50
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Juli	348,00	345,50
Aug.	349,00	346,20
Okt.	352,40	349,60
Dez.	355,50	352,30
Febr.	358,30	355,90
Umsatz	23000	14000
SILBER (c/Feinunze)		
Juli	507,50	502,10
Aug.	508,90	504,30
Sept.	511,00	506,50
Dez.	519,00	514,50
Jan.	522,70	518,10
März	528,30	523,00
Mai	534,10	529,50
Umsatz	10000	5300

KUPFER (c/lb)

	15.7.	14.7.
Juli	59,50	58,40
Aug.	59,25	58,45
Sept.	59,60	58,75
Dez.	60,10	59,35
Jan.	60,35	59,55
März	60,80	59,95
Mai	61,05	60,25
Umsatz	5000	4700

Londoner Metallbörse

	16.7.	15.7.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	729,00-729,50	736,00-737,00
3 Mon.	745,00-745,50	753,00-754,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	247,50-248,00	248,00-248,50
3 Mon.	253,00-253,50	254,00-254,50
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	880,50-881,00	883,00-883,50
3 Monate	899,50-900,00	903,00-906,50
ab. Kasse	–	884,00-885,00
3 Monate	–	904,00-904,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	842,00-843,00	843,00-846,00
3 Monate	866,80-868,00	868,00-872,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	548,00-549,00	542,00-543,00
3 Monate	539,00-540,00	540,00-541,80
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	185-195
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	43-49

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	15.7.	14.7.
Aug.	32,85-33,00	31,00-31,10
Sept.	33,60-33,65	31,65-31,80
Okt.	34,30-34,60	32,60-32,70
Nov.	35,30	33,50-33,70

GASÖL – London ($/t)

	15.7.	14.7.
Aug.	93,50	86,75-87,00
Sept.	97,50-98,00	90,75-91,25
Okt.	101,00-102,00	94,50
Nov.	103,00-103,50	97,50-97,75
Dez.	105,50	99,50-100,50
Jan.	107,00-110,00	102,00-102,50
Febr.	108,00-113,00	100,00-106,00
März	108,00-118,00	100,00-118,50

BENZIN – New York (c/Gallone)

	15.7.	14.7.
Aug.	34,40-34,55	32,45-32,60
Sept.	34,24	32,20-32,30
Okt.	33,70-33,91	31,91
Nov.	33,25	31,50

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	15.7.	14.7.
Aug.	12,10-12,15	10,99-17,09
Sept.	11,45-11,55	10,52-10,65
Okt.	11,30-11,40	10,45-10,65
Nov.	11,45-11,48	10,70-10,78
Dez.	11,50-11,65	10,80-10,85

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	15.7.	14.7.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	8,00N	8,00N
Forties	8,75	8,55
N. Sea Brent	8,85N	8,80
Bonny Light	9,20N	9,15N

Kartoffeln

London (£/t)

	15.7.	14.7.
Nov.	113,50	116,50
Febr.	123,50	125,50
April	166,00	169,00
Mai	177,00	178,50

New York (c/lb)

	15.7.	14.7.
Nov.	3,97	3,62
März	4,20-4,26	3,86
Mai	4,70	4,30
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	15.7.	14.7.
Juli	153,80-154,50	162,00
Sept.	155,50-155,00	157,70-157,50
Nov.	154,20-153,80	155,50-155,70
Jan.	158,50-158,00	159,80

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Depots gaben am 16. 7. um 0,063 Prozent nach. Am Terminmarkt schrumpften die Dollar/DM-Abschläge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,40-0,30	1,12-1,02	2,10-1,90
Pfund/Dollar	0,44-0,42	1,27-1,24	2,47-2,42
Pfund/DM	2,20-0,80	5,00-3,60	8,90-7,50
FF/DM	15+1	30-14	49-35

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 16.7. : Tagesgeld 4,55-4,65 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,60 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.

Privatdiskontsätze am 16.7. : 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 16.7. : 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 16.7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	str.
1 Monat	6⅜-6½	4⅜-4⅝	5-5¼
3 Monate	6⅜-6½	4⅜-4⅝	4⅞-5⅛
6 Monate	6⅜-6½	4½-4¾	4⅞-5⅛
12 Monate	6½-6⅝	4⅝-4⅞	4⅞-5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 16.7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50; Verkauf 19,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 16.7. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar (Kopf)	975,00	1305,30
5 US-Dollar (Indian)**	610,00	759,70
5 US-Dollar (Liberty)**	370,00	502,90
1 £ Sovereign alt	177,50	225,15
1 £ Sovereign Elizabeth II.	170,50	217,17
20 belgische Franken	136,50	181,83
10 Rubel Tscherwonez	177,50	229,71
2 südafrikanische Rand	165,25	210,05
Krüger Rand, neu	734,50	877,25
Maple Leaf	757,00	902,88
Platin Noble Man	971,00	1146,84
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	210,75	268,76
20 schweiz. Franken „Vreneli"	150,25	199,79
20 franz. Franken „Napoléon"	145,25	194,09
100 österr. Kronen (Neuprägung)	705,75	860,42
20 österr. Kronen (Neuprägung)	140,50	182,97
10 österr. Kronen (Neuprägung)	72,00	99,18
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	326,50	406,41
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	74,75	100,02

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,82) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,58) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 99,00, Rendite 5,74.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 16.7.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	56,413	6,60
Commerzbank	100,00	22.5.95	59,50	6,04
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,85	6,40
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	138,50	8,92
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	110,80	5,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	80,91	5,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,56	6,55
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	109,71	6,80
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	52,35	6,60
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,90	6,35
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,14	6,80
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,42	6,45
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,08	6,93
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,94	6,83
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,58	6,95
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,17	6,55
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,09	6,50
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,70	6,46
WestLB 605	100,00	1.6.01	38,60	6,61
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,10	6,73
WestLB 500	126,86	16.2.89	112,60	4,75
WestLB 501	137,01	16.2.90	114,25	5,21
WestLB 505	115,76	3.10.88	106,05	4,49
WestLB 504	141,85	1.10.91	107,85	5,41
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	–
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	64,50	8,20
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	58,00	10,26
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	62,875	8,67
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	62,75	8,62
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	59,50	8,19
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	52,375	8,91
Penney (A+)	100,00	17.2.94	52,125	8,95
Sears (AA)	100,00	27.5.94	52,125	8,63
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	51,875	8,66
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,875	8,38

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65 (4,65)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,0
2	5,00 (5,04)	100,0	101,7	103,6	105,4	107,3	109,1
3	5,53 (5,56)	99,10	101,4	104,3	107,0	109,7	112,4
4	5,62 (5,65)	97,50	101,0	104,5	108,0	111,5	115,0
5	5,82 (5,83)	96,10	100,8	104,6	108,8	113,0	117,2
6	6,01 (6,02)	94,55	99,95	104,4	109,3	114,2	119,1
7	6,32 (6,33)	92,20	98,25	103,2	108,7	114,2	119,7
8	6,62 (6,63)	89,60	95,65	101,7	107,8	113,8	119,8
9	6,71 (6,75)	88,10	94,70	101,9	107,8	114,4	121,0
10	6,73 (6,77)	87,05	94,10	101,9	108,3	115,4	122,5
15	7,05 (7,05)	80,75	89,80	99,75	107,9	116,9	126,0

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,679 (112,601)
Performance-Rentenindex: 244,326 (244,171)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	15. Juli	6,375-6,25
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,375
	60–270 Tage	6,00
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,35
	60 Tage	6,50
	90 Tage	6,775
Certificates of Deposit	1 Monat	6,30
	2 Monate	6,25
	3 Monate	6,25
	6 Monate	6,25
	12 Monate	6,35
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,76
	26 Wochen	5,79
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,14
	30 Jahre	7,11
US-Diskontsatz		6,00
US-Primerate		8,00
Geldmenge M1	30. Juni	666,3 Mrd. $ (+ 0,1 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)		
Sept.	135,80	137,25
Dez.	136,75	138,15

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	15.7.	14.7.
9¾ EEC 90	105,875	105,375
11¼ dgl. 90	110,875	110,875
10¾ EIB 95	109,625	109,625
11 dgl. 91	113,125	113,125

6⅜ Sears 91	102,625	102,625
6⅜ Swed.Ex.91	102,625	102,625
7 TRW 94	102,375	102,25
6⅝ Un.Tech.92	102,125	102,125
6⅝ W.Disn.96	102,375	102,375
6⅝ World Bk96	104,125	104,125
6⅝ dgl. 90	104	103,875

8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	99	99
8⅜ dgl. 87	99	99
9 Paribas 92	103	103
10⅜ Paribas89	103	103
8 Philips 89	101	101
7⅜ Renault 88	99,25	99,25

11⅜ CrdFonc90	107,25	107,125
11⅜ dgl. 90	109,25	109,125
6⅞ CrdLyon 92	93,625	93,375
8⅜ CrdNat 96	108,125	107,875
10⅜ dgl. 94	114,625	114,5
8⅜ Crdanst.94	106	105,75
9⅜ Credito 92	107,125	107,125

8½ Phibro 96	103,75	103,5
9 Philips 95	105,875	105,875
9⅜ Pitbo 92	108	108,25
10 Prvbk. 92	106,125	106,25
10⅞ RATP 92	105,5	105,625
7⅞ Rabobk. 96	99,875	100,25

Luxbg. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Euro-Yen

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

1885

KARSTADT
Aktiengesellschaft · Essen

Karstadt Aktiengesellschaft Bilanz zum 31. Dezember 1985

Aktiva	Vorträge	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Abschreibungen	1985 DM	1984 TDM
I. Anlagevermögen							
A. Sachanlagen							
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte							
a) mit Geschäftsbauten	1 329 833 454	46 413 312	+ 14 356 734	3 390 463	106 168 059	1 299 255 817	1 329 833
Zuschreibungen	–	18 210 839	–	–	–	–	–
b) mit Wohnbauten	147 154	–	–	–	5 178	141 976	147
c) ohne Bauten	9 139 485	462 566	–	–	–	9 602 051	9 140
2. Bauten auf fremden Grundstücken	63 256 693	16 030 654	+ 157 020	4 539 909	9 278 063	65 626 395	63 257
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	191 521 032	114 719 218	+ 2 611 337	2 034 096	115 584 888	191 232 603	191 521
4. Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen	43 411 191	34 514 984	– 17 125 091	206 546	91 652	60 632 156	43 411
Zuschreibungen	–	129 270	–	–	–	–	–
	1 637 309 009	230 480 843	–	10 171 014	231 127 840	1 626 490 998	1 637 309
B. Finanzanlagen							
1. Beteiligungen	342 666 075	12 288	–	–	65 426 785	277 251 578	342 666
2. Miet- und Pachtvorauszahlungen	6 545 022	115 684	–	692 539	–	5 968 167	6 545
3. Ausleihungen mit einer Laufzeit von mind. 4 Jahren	3 388 257	77 300	–	294 617	–	3 170 940	3 388
Von den Nummern 2 und 3 sind durch Grundpfandrechte gesichert: DM 6 250 168							
	1 989 908 363	230 686 115	–	11 158 170	296 554 625	1 912 881 683	1 989 908
II. Umlaufvermögen							
A. Warenvorräte					1 177 122 395		1 265 038
B. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens							
1. Anzahlungen				240 016			3 795
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen				30 182 250			26 985
3. Schecks				896 791			1 716
4. Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben				33 147 345			46 384
5. Guthaben bei Kreditinstituten				299 156 241			282 178
6. Wertpapiere				143 786			2 067
7. Forderungen an verbundene Unternehmen				216 126 988			172 451
8. Forderungen gemäß § 89 AktG				200 750			237
9. Sonstige Vermögensgegenstände				90 678 648	670 772 815		42 780
						1 847 895 210	1 843 631
III. Rechnungsabgrenzungsposten						1 026 894	648
						3 761 803 787	3 834 187

Passiva		1985 DM	1984 TDM
I. Grundkapital		360 000 000	360 000
II. Offene Rücklagen			
1. Gesetzliche Rücklage	180 000 000		180 000
2. Andere Rücklagen	800 000 000		800 000
		980 000 000	980 000
IIa. Sonderposten mit Rücklageanteil (Rücklage gemäß § 6b EStG)		8 422 782	–
III. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und Altersversorgung	1 105 000 000		1 043 000
2. Andere Rückstellungen	81 730 923		95 079
		1 186 730 923	1 138 079
IV. Karstadt Unterstützungsfonds GmbH Ungesichert, keine Fälligkeit vor Ablauf von 4 Jahren		7 794 901	7 909
V. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens 4 Jahren			
1. Hypothekarisch gesicherte DM-Anleihe	10 000 000		20 000
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM 343 826 794	346 802 677		365 065
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM 34 228 620	48 080 485		61 295
Von den Nummern 1 bis 3 sind vor Ablauf von 4 Jahren fällig: DM 165 348 000		404 883 162	446 360
VI. Andere Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	270 727 647		290 568
2. Anzahlungen	7 987 086		7 480
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	86 319 600		115 181
4. Sonstige Verbindlichkeiten	398 167 961		437 834
		763 202 294	851 063
VII. Rechnungsabgrenzungsposten		369 725	376
VIII. Bilanzgewinn		50 400 000	50 400
		3 761 803 787	3 834 187

Eventualverbindlichkeiten:

Mithaftung für Verbindlichkeiten der eingegliederten Neckermann Versand AG: DM 334 391 136

Karstadt Aktiengesellschaft Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1985

		DM	DM	1984 TDM	1984 TDM
1. Umsatzerlöse					
Umsätze brutto		8 999 563 703			9 157 888
Umsatzsteuer		1 006 496 148			1 025 315
Umsätze netto			7 993 067 555		8 132 573
Aufwendungen für bezogene Waren			5 134 528 062		5 201 748
Rohertrag			2 858 539 493		2 930 825
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		4 156 581		3 783	
Erträge aus Beteiligungen		27 377 019		1 343	
Erträge aus den anderen Finanzanlagen		1 406 753		1 982	
Skonto-, Zins- und ähnliche Erträge		142 496 967		143 464	
Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens		44 171 645		5 865	
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		624 100		2 688	
Sonstige Erträge – davon außerordentliche: DM 12 966 526 –		239 988 186	460 225 251	180 628	339 753
			3 318 764 744		3 270 578
Gehälter und Löhne		1 673 293 142		1 688 963	
2. Soziale Abgaben		280 865 808		282 368	
3. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		116 726 243		105 000	
4. Abschreibungen auf Sachanlagen		231 127 840		223 563	
5. Abschreibungen auf Finanzanlagen		65 426 785		–	
6. Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens (ohne Vorräte)		2 930 298		6 309	
7. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		3 468 108		438	
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		39 362 191		40 720	
19. Steuern					
a) vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	35 766 164				
an Organgesellschaften weiterbelastet	6 940 000	28 826 164		72 990	
b) sonstige		1 804 870		1 653	
20. Aufwendungen aus Verlustübernahme		17 802 134		35 367	
21. Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 6b EStG		8 422 782		–	
22. Sonstige Aufwendungen		798 308 379	3 268 364 744	772 807	3 210 178
23. Jahresüberschuß			50 400 000		60 400
24. Einstellung aus dem Jahresüberschuß in andere Rücklagen			–		10 000
25. Bilanzgewinn			50 400 000		50 400

Vermerk der Pensionszahlungen:

Im Geschäftsjahr 1985 wurden rund DM 44 000 000 Pensionszahlungen geleistet. Für die folgenden fünf Jahre rechnen wir mit Zahlungen in Höhe von je 110 %, 121 %, 133 %, 146 % und 160 % dieses Betrages.

Essen, den 30. April 1986

Karstadt Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Dr. Deuss Hebbering Alberts Althoff Grönemeyer Laschet Lorenzen

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

DWT DEUTSCHE WARENTREUHAND-AKTIENGESELLSCHAFT

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Steuerberatungsgesellschaft

Stalschus, Wirtschaftsprüfer — ppa. Schmitt, Wirtschaftsprüfer

Düsseldorf, den 9. Mai 1986

KARSTADT Aktiengesellschaft Essen

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 16. Juli 1986 hat beschlossen, den für das Geschäftsjahr 1985 ausgewiesenen Bilanzgewinn von DM 50 400 000,– für eine Dividende von DM 7,– je Aktie zu nom. DM 50,– zu verwenden.

Die Ausschüttung der Dividende erfolgt gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 26 ab 17. Juli 1986 unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer. Zahlstellen sind außer unserer Gesellschaftskasse in Essen-Bredeney, Theodor-Althoff-Str. 2, die Niederlassungen der nachstehend aufgeführten Banken:

Deutsche Bank AG	Bayerische Vereinsbank AG	Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Berlin AG	Delbrück & Co.	Deutsche Bank Saar AG
Commerzbank AG	Dresdner Bank AG	Hamburgische Landesbank Girozentrale
Berliner Commerzbank AG	M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.	Trinkaus & Burkhardt
Bank für Handel und Industrie AG	Baden-Württembergische Bank AG	Westdeutsche Landesbank Girozentrale

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden; es entspricht der von der Gesellschaft für die Dividende gezahlten Körperschaftsteuer. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer werden bei inländischen, nicht von der Steuer befreiten Anteilseignern gegen Vorlage der vom depotführenden Kreditinstitut bzw. der auszahlenden Stelle auszustellenden Steuerbescheinigung auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet und im Falle der Überzahlung vergütet beziehungsweise erstattet.

Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn eine inländische natürliche Person dem depotführenden Kreditinstitut eine Nicht-Veranlagungsbescheinigung des Wohnsitzfinanzamtes eingereicht hat. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben vom depotführenden Kreditinstitut gutgeschrieben.

Essen, im Juli 1986

DER VORSTAND

Karstadt-Konzern Konzern-Bilanz zum 31. Dezember 1985

Aktiva	Vorträge	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Abschreibungen	1985 DM	1984 TDM
I. Anlagevermögen							
A. Sachanlagen							
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte							
a) mit Geschäftsbauten	1 441 300 424	50 344 075	– 15 246 091	53 041 403	112 760 461	1 328 807 383	1 441 300
Zuschreibungen der Karstadt AG	–	18 210 839	–	–	–	–	–
b) mit Wohnbauten	679 830	–	–	–	7 756	672 074	680
c) ohne Bauten	9 151 666	462 566	+ 8 600	–	–	9 622 832	9 152
2. Bauten auf fremden Grundstücken	42 140 633	16 798 689	+ 28 461 887	4 585 735	10 766 114	72 049 360	42 141
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	236 281 615	135 404 870	+ 5 156 645	2 621 345	134 641 695	239 580 090	236 281
4. Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen	61 544 289	36 397 947	– 18 381 041	212 546	91 652	79 386 267	61 544
Zuschreibungen der Karstadt AG	–	129 270	–	–	–	–	–
	1 791 098 457	257 748 256	–	60 461 029	258 267 678	1 730 118 006	1 791 098
B. Finanzanlagen							
1. Beteiligungen	68 899 561	3 026 943	–	3 185 838	89 000	68 651 666	68 900
2. Miet- und Pachtvorauszahlungen	6 674 710	122 778	–	703 435	–	6 094 053	6 675
3. Ausleihungen mit einer Laufzeit von mind. 4 Jahren	8 762 445	91 345	–	626 656	–	8 227 134	8 762
Von den Nummern 2 und 3 sind durch Grundpfandrechte gesichert: DM 8 756 289							
	1 875 435 173	260 989 322	–	64 976 958	258 356 678	1 813 090 859	1 875 435
C. Ausgleichsposten aus der Konsolidierung						–	35 896
						1 813 090 859	1 911 331
II. Umlaufvermögen							
A. Warenvorräte					1 387 373 806		1 497 114
B. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens							
1. Anzahlungen				30 913 049			31 659
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen				434 952 920			412 836
3. Schecks				3 190 247			3 943
4. Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben				47 749 574			62 167
5. Guthaben bei Kreditinstituten				317 621 199			295 788
6. Wertpapiere				143 787			2 067
7. Forderungen an verbundene Unternehmen				29 043 762			36 447
8. Forderungen gemäß § 89 AktG				255 750			317
9. Sonstige Vermögensgegenstände				190 119 437	1 053 989 725		126 864
						2 441 363 531	2 469 202
III. Rechnungsabgrenzungsposten						1 740 132	1 477
						4 256 194 522	4 382 010

Passiva		1985 DM	1984 TDM
I. Grundkapital der Karstadt AG		360 000 000	360 000
II. Offene Rücklagen der Karstadt AG			
1. Gesetzliche Rücklage	180 000 000		180 000
2. Andere Rücklagen	800 000 000		800 000
		980 000 000	980 000
IIa. Sonderposten mit Rücklageanteil (Rücklage gemäß § 6b EStG)		30 792 782	–
III. Rücklage aus der Konsolidierung		29 548 337	–
IV. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und Altersversorgung	1 163 709 008		1 100 717
2. Andere Rückstellungen	127 923 023		130 998
		1 291 632 031	1 231 715
V. Karstadt Unterstützungsfonds GmbH Ungesichert, keine Fälligkeit vor Ablauf von 4 Jahren		7 794 901	7909
VI. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens 4 Jahren			
1. Hypothekarisch gesicherte DM-Anleihe	10 000 000		20 000
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM 348 282 857	389 048 740		402 012
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM 34 807 530	53 231 905		67 543
Von den Nummern 1 bis 3 sind vor Ablauf von 4 Jahren fällig: DM 206 062 000		452 280 645	489 555
VII. Andere Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	396 246 251		423 122
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	165 401 688		295 299
3. Anzahlungen	76 842 080		72 641
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1 924 592		1 386
5. Sonstige Verbindlichkeiten	462 933 403		505 733
		1 103 348 014	1 298 181
VIII. Rechnungsabgrenzungsposten		525 396	1 050
IX. Konzerngewinn		272 416	13 600
		4 256 194 522	4 382 010

Eventualverbindlichkeiten aus:

1. Bürgschaften: DM 4 835 314
2. Gewährleistungsverträgen: DM 24 002

Karstadt-Konzern Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung für das Jahr 1985

	DM	DM	1984 TDM	1984 TDM
1. Umsatzerlöse				
Umsätze brutto	11 979 143 842			12 007 294
Umsatzsteuer	1 207 266 037			1 221 032
Umsätze netto		10 771 877 805		10 786 262
2. Aufwendungen für bezogene Waren und Fremdleistungen		7 093 343 530		7 080 238
3. Rohertrag		3 678 534 275		3 706 024
4. Erträge aus Beteiligungen an nicht in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen	5 721 103		8 554	
5. Erträge aus den anderen Finanzanlagen	1 612 477		2 200	
6. Skonto-, Zins- und ähnliche Erträge	199 257 461		192 631	
7. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens	152 173 884		46 097	
8. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1 406 781		6 017	
9. Sonstige Erträge – davon außerordentliche: DM 16 873 364 –	265 629 134	625 800 840	229 839	485 338
		4 304 335 115		4 191 362
10. Gehälter und Löhne	1 903 239 720		1 906 747	
11. Soziale Abgaben	316 062 199		319 049	
12. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	122 296 018		110 145	
13. Abschreibungen auf Sachanlagen	258 267 678		256 429	
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen	89 000		–	
15. Abschreibung auf die Beteiligung an der Neckermann Versand AG	65 396 785		–	
16. Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens (ohne Vorräte)	51 860 812		43 711	
17. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	4 238 499		1 291	
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	43 763 476		49 015	
19. Steuern				
a) vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	40 743 393		95 467	
b) sonstige	2 332 119		2 178	
20. Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 6b EStG	30 792 782		–	
21. Sonstige Aufwendungen	1 428 180 218	4 267 262 699	1 383 460	4 167 492
22. Jahresüberschuß		37 072 416		23 870
23. Konzerngewinn aus dem Vorjahr		13 600 000		–
24. In 1985 gezahlte Dividende der Karstadt Aktiengesellschaft		50 400 000		–
Einstellung aus dem Jahresüberschuß in offene Rücklagen				
Karstadt Aktiengesellschaft		–		10 000
Neckermann Versand AG		–		270
25. Konzerngewinn		272 416		13 600

Essen, den 30. April 1986

Karstadt Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Dr. Deuss Hebbering Alberts Althoff Grönemeyer Laschet Lorenzen

Der Konzernabschluß und der Konzerngeschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften.

DWT DEUTSCHE WARENTREUHAND-AKTIENGESELLSCHAFT

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Stalschus, Wirtschaftsprüfer — ppa. Schmitt, Wirtschaftsprüfer

Düsseldorf, den 15. Mai 1986

Aufsichtsrat (nach der Hauptversammlung vom 16. Juli 1986): Dr. Walter Seipp, Frankfurt a. M. (Vorsitzender); Wolfgang Nettelbeck, Berlin* (stellv. Vorsitzender); Hermann Brandt, Hamburg*; Dr. F. Wilhelm Christians, Düsseldorf; Rolf Diel, Düsseldorf; Hubert Gartz, Hamburg*; Dr. jur. Friedhelm Gieske, Essen; Dr. Klaus Götte, München; Götz Knappertsbusch, Düsseldorf; Dr. Klaus Mertin, Frankfurt a. M.; Wolfgang Pokriefke, Bremen*; Willibald Puderbach, Detmold*; Heinz Rätz, Basel; Dr. Wolfgang Schieren, München; Helmut Schumacher, Würzburg*; Dieter Steinborn, Düsseldorf*; Josef Stratmann, Saarbrücken*; Hermann-Josef Strenger, Leverkusen; Günter Strohmeier, München*; Alfred Tarp, Rheine*.

* als Vertreter der Arbeitnehmer

Vorstand (nach der Hauptversammlung vom 16. Juli 1986): Dr. Walter Deuss (Vorsitzender); Bernd Hebbering (stellv. Vorsitzender); Kurt Alberts; Theodor Althoff; Heinz-Georg Grönemeyer; Karl Laschet; Uwe Lorenzen.

Hinter vorgehaltener Hand: Witze im Ostblock

Sex mit nackten Regalen

Was würde geschehen, wenn man alle polnischen Polizisten in die Sowjetunion umsiedeln würde?" – „In beiden Ländern würde das Intelligenzniveau stark ansteigen." Dieser Witz aus Polen findet sich in dem Band „Lachen verboten, Genosse!" von Friedrich-Wilhelm Schlomann, der aufgeschrieben hat, was man sich in den kommunistischen Ländern so hinter vorgehaltener Hand erzählt. Neu sind solche Sammelbände nicht. Sie kommen alle Jahre wieder auf den Markt. Nur hat der Autor dann allenfalls ein wenig aufpoliert, was er in anderen Ausgaben fand. Schlomann dagegen führte – versichert uns der Verlag – „Interviews mit westlichen Reisenden und insbesondere mit Hunderten von Flüchtlingen und Touristen aus dem Ostblock".

Tatsächlich treten in diesem Buch – neben den unvermeidlichen alten Bekannten – ein paar neue Tendenzen hervor, die typisch für den gegenwärtigen Flüsterwitz sind. Der Witz aus Polen zeigt das sehr deutlich. Er ist von Sarkasmus und Zynismus wie von dem Verzicht auf Humor geprägt; er verspottet die Polizisten (die den Geheimpolizisten weitgehend gleichgestellt werden) als die ewig Dummen; und er hält sich an der „ewigen Freundschaft zur Sowjetunion" schadlos.

Buch des Tages

So kennen alle Länder Witze, die sich mit der Präsenz der Sowjetarmee auf fremdem Territorium beschäftigen. In Ungarn heißt es da: „Was ist der kürzeste Witz?" – „Die Russen verlassen Ungarn" – „... und der längste?" – „Einzeln". In der CSSR weiß man, daß diese Truppen auf zwei Arten abziehen können, auf eine natürliche und eine unnatürliche: „Die natürliche ist, daß eines Tages 80 000 Engel vom Himmel kommen und jeder von ihnen einen sowjetischen Soldaten bei der Hand nimmt, um ihn über die Grenze aus dem Land zu führen." – „Und die unnatürliche Art?" – „Wenn sie von alleine gingen."

Das Buch hat, und das ist etwas Neues, den Ehrgeiz, auch Witze aus den außereuropäischen kommunistischen Staaten einzubeziehen. Die Beispiele wirken allerdings nicht sehr überzeugend, weil sie kaum Ländertypisches erkennen lassen. Meist sind es Wanderwitze, die nur in die Ferne transferiert werden. So wird die Geschichte von dem Kommissar, der dem Gefangenen die Freiheit verspricht, wenn er errät, welches seiner Augen ein Glasauge ist, nach Afghanistan verlegt. Die Erstfassung stammt bereits aus der Nazizeit, wo der Jude im KZ dem SS-Aufseher auf die Frage, wie er das Glasauge erkannt habe, antwortet: „Es blickt so gütig."

Insgesamt spiegelt die Auswahl recht gut die Malaisen des realen Sozialismus: den Hochmut der Partei, die Langeweile der Parteiversammlungen, den Zwang zum Zwiedenken und zur Lüge, vor allem aber den Geburtsfehler ständiger Versorgungsschwierigkeiten. Die Rumänen fassen das in dem Wortwechsel zusammen: „Was sind die permanenten Eigenschaften unseres Wirtschaftslebens?" – „Die vorübergehenden Schwierigkeiten." In der „DDR" fragt man: „Was ist DDR-Sex?" – „Nackte Regale." Und bei den Polen: „Wie heißt ein Mensch, der kein Fleisch ißt?" – „Pole."

In den Flüsterwitzen schlägt sich inzwischen auch der neue Antisemitismus, der als „Antizionismus" schon seit langem in den kommunistischen Staaten virulent ist, nieder. So gesteht zum Beispiel Goldstein, der von der Polizei verhaftet wurde, weil er keiner geregelten Arbeit nachgeht, auf die Frage, woher er denn Geld habe, ein: „Ich lebe von Erpressung." – „Wieso von Erpressung?" – „Ich erpresse die polnische Familie, die mich während der Nazi-Besetzung versteckt hielt ..."

Auffallend bei allen Witzen ist der Pessimismus. Eine Hoffnung auf irgendwelche Änderung zum Besseren scheint es nicht zu geben. So wird in allen Ländern die Frage „Wie geht's?" mit einem „Mal besser, mal schlechter" beantwortet. In China mit „Schlechter als im letzten Jahr, aber besser als im kommenden" oder in Ungarn: „Danke, heute besser als morgen."

PETER DITTMAR

Friedrich-Wilhelm Schlomann: „Lachen verboten, Genosse!". Nebelspalter-Verlag, Rorschach. 222 S. mit Abb., 21 Mark.

Altes Material, in neuer Art verarbeitet: Silke Zinnel erhielt einen Preis für ihr Objekt aus Elfenbein und Silber, aus der Ausstellung in Erbach FOTO: KATALOG

Erbach: Das Deutsche Elfenbeinmuseum zeigt Kunst aus vier Jahrhunderten

Ein Minnekästchen, weiß geschnitzt

Vor 200 Jahren machte der Reichsgraf Franz zu Erbach-Erbach die Elfenbeinschnitzerei im Odenwald heimisch. Der Graf war selbst ein kunstfertiger Schnitzer; aber um Kunst war es ihm weniger zu tun. Mit seinem damals erstaunlichen Experiment verfolgte er vielmehr die Absicht, dem Handwerk in seinem wirtschaftlich rückständigen Ländchen neue Verdienstmöglichkeiten zu erschließen. Das ist ihm gelungen. Die Odenwälder Elfenbeinschnitzerei erwarb sich alsbald einen weithin geachteten Ruf und trug entscheidend zum wachsenden Wohlstand des Landes bei. Hier wurde unter anderem in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Blumenbrosche aus Elfenbein „erfunden".

Seit 20 Jahren besitzt die Stadt Erbach im Odenwald ein Elfenbeinmuseum; seit 15 Jahren darf es sich „Deutsches Elfenbeinmuseum" nennen. Es beherbergt eine sehenswerte Sammlung nicht nur der einheimischen Produktion seit 200 Jahren, sondern Elfenbeinarbeiten aus aller Welt, aus Afrika, Japan, China, Tibet, Indien und Indonesien, auch Eskimo-Schnitzereien aus Walroßbein sowie historische Beispiele europäischer Elfenbeinkunst vom venezianischen Minnekästchen des 15. Jahrhunderts bis zu expressionistischen Beinschnitzereien von Karl Schmidt-Rottluff. Der Schwerpunkt der umfangreichen Sammlung liegt im 19. Jahrhundert.

Aber das Museum beschäftigt sich nicht nur mit Vergangenem. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Erbacher Fachschule für Elfenbeinschnitzerei und mit der Gesellschaft für Goldschmiedekunst in Hanau. Gemeinsam ist man um die Förderung des Nachwuchses bemüht und veranstaltet internationale Wettbewerbe „für zeitgemäße Form- und Materialsprache". Zehn solcher Wettbewerbe sind vorgesehen. Zur Zeit zeigt eine Ausstellung die Ergebnisse des vierten unter dem Titel „Form im Kreis". Frühere Themen nannten sich „Paßform", „Durchdringung", „Doppelform". Dem Sieger winkt ein Förderpreis des Museums von 7000 Mark (2. Preis 2000 Mark, 3. Preis 1000 Mark). Es läßt sich darüber diskutieren, ob diese Art der Förderung Schule machen soll.

Die Verfahrensweise mit jeweils vorgeschriebenen Aufgaben hat einen präzeptoralen Beigeschmack, schmeckt nach Schule und Hausaufgaben. Die 52 Beteiligten am letzten Wettbewerb haben ihre Aufgaben zum Teil erfreulich frei und einfallsreich gelöst, indem sie die vorgeschriebene Kreisform als Scheibe, Kugel, Ring, Spirale, Hohlkugel, Halbkreis vielfach variierten, das Elfenbein mit Holz, Gold und/oder Silber kombinierten, auch auf farbige Effekte nicht verzichteten. So entstanden abstrakte Kleinplastiken von eigenem Reiz, die freilich kaum den Ehrgeiz erkennen lassen, mehr als dekorativ sein zu wollen.

Für das kommende Jahr ist bereits der nächste Wettbewerb ausgeschrieben, die Aufgabe lautet: „Drei Formelemente" (bis 27. Juli; Katalog 3 Mark).

epl.

Rom: Die 11. „Quadriennale nationaler Kunst"

Nur lebende Italiener

Das große „Q" aus weißem Stoff ist 15 Meter hoch. Es flattert auf dem Platz vor dem Kongreßpalast im Wind – Symbol der 11. „Quadriennale nationaler Kunst" in Rom. Immer im Schatten der weltberühmten und vor allem internationalen Biennale von Venedig (die zudem jetzt parallel läuft), seit ihrer Gründung unter dem faschistischen Regime im Jahre 1929 ständig in der Polemik, zum letztenmal 1976 veranstaltet und dann entschlafen geglaubt, eröffnete die Schau zeitgenössischer italienischer Kunst mit Werken lebender Künstler wieder einmal im Zeichen des Kolossalen.

Der üblichen Kritik an den „Quadratkilometern bemalter Leinwand", die dem Besucher auferlegten „Gewaltmärsche von vielen Kilometern, um an den Bildern vorbeizukommen" (so beschwerten sich selbst unter dem „Duce" viele Kritiker) gesellte sich jetzt der Streit um den Tatort hinzu – im modernen EUR-Viertel, 25 Kilometer vom Zentrum Roms entfernt. Doch der herkömmliche Sitz der Quadriennale, der Ausstellungspalast in der Via Nazionale, wird seit Jahren restauriert.

Eine Beschwerde wurde gleich entkräftet. Der Fußmarsch ist diesmal nur zwei Kilometer lang. Auf dieser Route kann man 400 Künstler begutachten – ein Panorama (von einer 50köpfigen Jury ausgewählt), das einen Überblick über das Kunstschaffen im Land geben soll. Da diese Ausstellung nicht dem Zelebrieren eines bestimmten Stiles, einer einzigen Richtung, einer neuen Avantgarde dient, muß man sich durch die verwirrende Fülle aller heute praktizierten Stile und Moden durcharbeiten. Da füllt das „Abstrakte-Informale" einen eigenen Sektor, da gibt es die Sektoren „Die Kunst in neuen Ausdrucksformen und Materialien" (die Materialien sind eher bekannt) und „Kunst als Kunstgeschichte" (eine Zusammenfassung der zunehmenden Rückwendung zur Antike, zum Akademischen, zum Epigonentum).

Kern der Ausstellung ist die Hauptschau „Die künstlerische Suche in Italien von 1950–1980" mit den bekanntesten Namen und ihren vertrauten Expressionen. Doch fehlen in den „Satelliten-Ausstellungen" nicht die Arbeiten vieler jüngerer, noch wenig bekannter Künstler – vielleicht das wahre Verdienst dieser Monsterschau. Die Arrivierten haben ja alle schon ihre eigenen, großen Ausstellungen gehabt. So räumt man hier den Jüngeren, wie etwa Luca Patella, Magdalo Mussio, Elisabetta Gut und Mirella Bentivoglio, eine Chance ein.

Fernsehen und Zeitungen, die sich mit der Quadriennale befaßten, sparten nicht mit Anekdoten, die von jeher die Quadriennale begleitet haben. Mussolini besuchte die Ausstellung und ließ sich die einzelnen Künstler vorstellen: Sie mußten Haltung annehmen und sich mit römischem Gruß melden. Gekleidet waren sie in der grotesken Uniform der faschistischen Partei, mit Pelzmütze, Reitstiefeln und Schulterriemen, das schwarze Hemd nicht zu vergessen. Immerhin marschierte der Diktator auch an modernen, zum Teil abstrakten Werken vorbei, ohne sich aufzuregen. Im damaligen Deutschland war so etwas längst verboten.

König Viktor-Emanuel II., berühmt für seinen Mangel an Kunstsinn, wurde ebenfalls herumgeführt und blieb vor einer Stadtansicht stehen. Er fragte: „Welcher Ort ist das?" – „Die Stadt Fondi, Majestät!" war die Antwort. Darauf der Monarch: „10 000 Einwohner, Postamt, zwei Schulen und Feuerwehr". Der König liebte es, sein gründliches Volksschulwissen vor dem Volk zu zeigen. Kompetent war er auch bei Uniformen. Das Gemälde eines Generals rügte er, weil der Abstand der Jakkettknöpfe nicht dem Heeresreglement entsprach.

Vor solchen Experten sind die Künstler von heute ziemlich sicher. Zu bemängeln gibt es allerdings sonst genug. Kritisiert wird das Statut der Veranstaltung, das aus dem fernen Jahre 1937 stammt, den absurden Vierjahresrhythmus festlegt und die Schau auf „lebende italienische Künstler" einengt. Nicht einmal in Rom seit Jahren lebende und arbeitende Ausländer werden zugelassen, obwohl ihre Werke ebenfalls Kunst in Italien repräsentieren.

Fazit der diesjährigen Ausgabe: Insgesamt wird eine Hinwendung zur Tradition deutlich, zur Vergangenheit, zur Wiederholung – eine Rückkehr zur überlegten Ausführung eines Werkes, die auch Zeit für Meditation beim Betrachter erfordert. Die Ansicht, daß sich die Kunst nur in Sprüngen und Brüchen weiterentwickeln kann, scheint an Anhängern zu verlieren (bis 15. Aug.; Katalog, Fabbri, 18 000 Lire).

JÜRGEN VORDEMANN

Im Urlaub: Auf diesen Wellen klingt es deutsch

In Belgien und Frankreich:
Sender der Heimat:

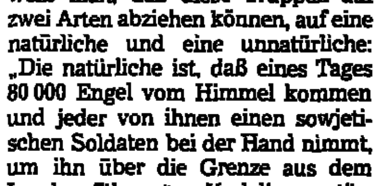
Auf Mittelwelle: WDR 1 1: 1593 kHz = 188 m. WDR 2: 720 kHz = 416 m (nur tagsüber). Europawelle Saar: 1422 kHz = 211 m. Deutschlandfunk (DLF) Nordkirchen: 549 kHz = 546 m. DLF Mainflingen: 1539 kHz = 194 m (abends in Fremdsprachen). SWF Rheinsender: 1017 kHz = 295 m. HR Frankfurt: 594 kHz = 505m. Deutsche Welle (Sender Malta): 1557 kHz = 192 m täglich 14 bis 20 Uhr (am Mittelmeer gut zu empfangen).

Auf Langwelle: DLF Donebach: 153 kHz = 1960 m. DLF München: 209 kHz = 1435 m (nur tagsüber).

Auf Kurzwelle: Deutsche Welle (DW) Köln: 6075 kHz im 49-m-Band Rundstrahlung für Europa (Schaltpause von 7.47 bis 8 Uhr). DW 3995 kHz im 75-m-Band 20 bis 7.47 Uhr Rundstrahlung. RIAS Berlin: 6005 kHz im 49-m-Band (rund um die Uhr). BR München: 6085 kHz im 49-m-Band. SDR Stuttgart: 6030 kHz im 49-m-Band. SWF Baden-Baden: 7265 kHz im 41-m-Band (SWF 3).

Sender der Gastländer in Deutsch:

Frankreich: France-Inter Paris täglich 10 und 17 Uhr nach den französischen Nachrichten deutsche mit Touristen-Informationen auf LW 164 kHz = 1829 m und MW Nizza: 1557 kHz = 192 m und MW Marseille: 675 kHz = 444 m. Radio France Internationale Paris Auslandsdienst täglich 19 bis 20 Uhr auf MW 1278 kHz = 235 m (Radio Alsace) und KW 6150 kHz = 49 m und KW 7145 kHz = 41 m.



Juli und August: Service in Südfrankreich von Radio Provence und Europawelle Saar Nachrichten 9.40 Uhr und (außer samstags) 12.03 Uhr auf UKW 91.27; 97.45; 91.50; 99.90; 98.30 und 94.90 MHz. Auch über MW: 1242 kHz = 241 m (nur 12.03 Uhr).

Belgien: BRF Eupen 6.30 bis 20

Aus Magischem Realismus wird fotogetreue Zukunftsgestaltung

Computergrafik simuliert Wirklichkeit

Ausgerechnet das nüchternste Handwerkszeug unserer Zeit gerät zunehmend in den Ruf künstlerischer Kreativität: der Computer. Fremde Welten, entstanden aus Formeln und Gleichungen, lassen Fotografien und Bildfolgen mehrdimensionaler Vielfalt ablaufen. Punkt für Punkt produzieren integrierte Schaltkreise mit ihrem unglaublichen Speichervermögen Phantasiegebilde von schier unendlichem Formen- und Farbenreichtum. Immer komplexere Programme und leistungsfähigere Rechenanlagen weisen dieser sogenannten Computerkunst einen Weg, bei dem die herkömmliche starre Bildgestaltung immer mehr auf der Strecke bleibt.

Erste Benutzer und Pioniere dieser Anwendungen waren Unternehmen der Flugzeug- und Automobilindustrie, die ihre elektronischen Kollegen in Verbindung mit einem Bildschirmterminal zum Entwerfen und Konstruieren heranzogen. Bis zum Hollywoodstar hat es die früher liebevoll „Elektronengehirn" genannte Spezies schon vor Jahren gebracht: Raffinierte Flugszenen wie in „Krieg der Sterne" sind nicht nur im Computer errechnet, sondern sogar elektrooptisch von ihm erzeugt worden, um direkt auf die Leinwand projeziert zu werden.

Ob ein „Phasenbild aus Star Trek II", „freie Formen, entstanden durch die Kombination logischer Umsetzungen" oder „ein siebzehnteiliges Kreisornament auf der Basis mathematischer Kurven": Die neue Dimension der freien Gestaltung ist längst Teil unserer Gegenwart geworden.

Dabei scheint sich die Computergrafik allmählich von einer Art Kunsthandwerk der Programmierer zum Spielmaterial künstlerischer Gestaltung zu entwickeln. Die große Chance dieses Mediums liegt heute nicht mehr darin, und da sind sich die Experten einig, daß Programmierer zu Künstlern werden, sondern – umgekehrt – Künstler das Programmieren der Maschinen erlernen.

Die künstlichen Wirklichkeiten
ARD, 20.15 Uhr

Die Grafik-Computer haben sich auch einen erfolgreichen Listenplatz im weiten Feld der Werbespots und Videoclips erzeichnet. Warum auch nicht? Der Rechner kann unvergleichlich mehr Informationen speichern und in die Entwurfsarbeit einfließen lassen als der Mensch.

Für irrationale Raumgebilde, Linienstrudel und komplizierte geometrische Formen, verbunden mit einem Schuß Magischen Realismus ist allerdings bei den PR-Profis kein Platz. Programmier-Könnern gelingt hier der Kunstgriff, neue Produkte, die noch im Anfangsstadium der Planung stehen, für eine Werbekampagne bereits fotogetreu darzustellen.

Selbst für Flugsimulatoren gibt es mittlerweile Programme, sogar auf dem Personal-Computer daheim abspielbar, die dem Piloten nicht mehr die früher üblichen, stark schematisierten Geisterbilder eines fiktiven Geländes vor Augen führten. Mittlerweile „sieht" man auf filigran ausgearbeitete „Landschaftsaufnahmen", die der Wirklichkeit von ihrer Struktur her verblüffend nahe kommen.

Auf dem Markt sind auch Programme, die durch Auswahl und Verteilung von Farbschattierungen die bildliche Darstellung von Gegenständen mit einer realistischen Wiedergabe der Lichtreflexe gestatten. So läßt sich auf den ersten Blick feststellen, ob eine abgebildete Vase aus wenig reflektierendem Marmor besteht, oder den typisch metallischen Glanz von Kupfer oder Messing aufweist.

DIETER THIERBACH

KRITIK

Die alltäglichen Gifte

Die Zeiten, in denen ein Umweltvergehen als Kavaliersdelikt abgetan wurde, sind vorbei. Dies deutlich gemacht zu haben, war auch ein Verdienst Horst Werners in seiner Reportage **Ein Fall für PD 455** (ZDF).

Hinter dem Kürzel verbirgt sich die Polizeidirektion 455 der Hamburger Wasserschutzpolizei. Wie keine andere in den westdeutschen Bundesländern verfügt diese Spezialeinheit über Sachkenntnisse und Erfahrungen in der Bekämpfung der Umweltkriminalität. Kam doch die Hansestadt in den letzten Jahren wiederholt ansonsten solche Streifen über die Tätigkeit der Polizei beleben, war es anerkennenswert, diese Arbeit vor Ort und im stillen aufgezeigt zu haben.

Müllplätze, angerostete Frachter, Ölspuren im Hafen und verschmierte Lkw-Ladeflächen – all dies sind keine delikaten Bilder, vor denen sich der Zuschauer behaglich zurücklehnt. Hier wurde er aufgerüttelt vom Gift des Alltags, das einem jeden von uns begegnen kann. „Niemand in Hamburg kann sicher sein, auf unbelastetem Boden zu leben", ...

STUDIO

Ein Satellit vom Typ **Intelsat** verbindet jetzt über dem **Indischen Ozean** fünf chinesische Bodenstationen mit **Peking** zum ersten Satelliten-Netz der Volksrepublik. Das Netz übertrage TV-Bildungsprogramme, verbessere das Fernsprech- und Fernschreibsystem sowie den Bildfunk, meldete die Agentur Neues China. rtr

*

In Prag wurde mit dem Bau des neuen Hauses des Rundfunks begonnen. Es soll mit 108 Metern **das höchste Gebäude der Tschechoslowakei** werden. Ein Musiksaal mit

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Die Sendung mit der Maus
9.45 Info: Arbeit und Beruf
10.00 heute
10.05 Zwischen Amt und Gemeinde
10.35 Feuerberg
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

14.35 Klamottenkiste
Vom Regen in die Traufe
14.50 Unsere kleine Farm
Tobys Romanze
15.50 Tagesschau
16.00 Ein Platz für Tiere
Abenteuer mit Eisbären
16.45 Die Abenteuer von Tom Sawyer und Huckleberry Finn
17.15 Panda Baby
Die ersten Lebenswochen eines Panda-Bären
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die künstlichen Wirklichkeiten
Computer simulieren die Welt
Von Robert Müller
21.00 Der 7. Sinn
21.05 Geschichten aus der Heimat
Drei Episoden aus Norddeutschland
Von Oliver Storz und Urs Eplinius
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Themen: Eröffnung des neuen Freud-Museums in London. Ariane Mnouschkine und die Gruppe A.I.D.A. Anton Stankowski
22.30 Tagesthemen
23.00 Freund mit Rolls-Royce
Mit Inge Meysel, Edith Volkmann und Henning Schlüter
Wie kommt eine Londoner Putzfrau ins Unterhaus?
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken

ZDF

15.00 heute
15.05 Kleine Abenteuer
Sylvains Superjob
15.30 Ferienkalender
16.05 Der Stein des Marco Polo
16.30 Ein Fall für TKKG (3)
Jagd nach den Millionendieben
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Gast: Klaus Wildbolz
17.45 Der rosarote Panther
Anschließend: heute-Schlagzeilen
18.20 Königlich Bayerisches Amtsgericht
Die Verwechslung
19.00 heute
19.30 Locker vom Hocker
Kleine Geschichten mit Walter Giller
21.00 Aus Forschung und Technik
Begegnung mit Mörderbienen
Die Zahl der Todesopfer durch Bienen in Südamerika, die Menschen angreifen, ist seit etwa 15 Jahren stark angestiegen.
21.45 heute-journal
22.10 Wein mit Gift, Milch mit Strahlen?
Lücken im EG-Verbraucherschutz
Bericht von Jacqueline Pérard und Otto Wilfert
22.55 Jeans
Sozialkritisches Fernsehspiel
Regie: Hartmut Griesmayr
Ein Textil-Angestellter und seine Freundin helfen Näherinnen in Billiglohn-Ländern
0.45 heute

III.

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Der Unsichtbare
Amerikanischer Spielfilm (1933)
Regie: James Whale
Ein Wissenschaftler hat ein Serum entwickelt, das ihn unsichtbar macht, aberr auch seinen Charakter verändert. Er will durch Terrorakte den Menschen seine geistige Überlegenheit beweisen.
21.25 Bi und Bidi in Augsburg
Erinnerungen an den jungen B. Brecht
Von Heinrich Breloer
22.55 Reisewege zur Kunst
1. Mallorca
23.40 Nachrichten

NORD

seiner Familie nach Frankreich zurückzukehren, wird Abelis Frau getötet.
21.55 Berliner Ansichten
22.45 Wege zum Menschen
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.32 Fame (6)
19.20 Hessenschau
Ab 20 Uhr wie Nord

SÜDWEST
16.00 Blüten im Staub
Amerikanischer Spielfilm (1941)
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Schwarzes Theater
18.32 Mad Movies
19.00 Abendschau
19.26 Sandmännchen
19.30 Königliche Hochzeit
Amerikanischer Spielfilm (1951)

SAT 1

15.00 Marco
Anschließend: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Die deutsche musicbox
17.00 Kobra, übernehmen Sie
Anschl.: Rund um die Welt
18.00 Boomer, der Streuner
Anschließend: Dick Tracy
18.30 APF blick
18.45 Aufgeblättert
Magazin für die moderne Frau
19.45 Die Kosaken kommen
Italienischer Spielfilm (1963)
21.30 APF blick
22.15 Konzert
Mozartstadt Salzburg
22.45 High Chaparral
Mein Bruder Buck
Anschließend: APF blick

1 PLUS

19.00 Paradiesgarten
Laguneninsel Torcello bei Venedig
19.45 Das internationale TV-Kochbuch
20.15 Jede Woche hat nur einen Sonntag (2)
Italienische Nacht
21.05 Musik, die sich entfernt
Capri und die Träume des Komponisten Cyrill K.
22.45 Duell im Sattel
Amerikanischer Western (1956)
0.55 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
Kein Garten Eden
Von Herbert Reinecker
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Prince of the City
Amerikanischer Spielfilm (1981)
Regie: Sidney Lumet
Daniel Ciello, Mitglied einer Sondereinheit des New Yorker Rauschgiftdezernats, gehört zu den Stars des Polizeiapparates. Nicht immer sind die Methoden, mit denen gearbeitet wird, legal. Ciellos Gewissen meldet sich; nach einigem Zögern erklärt er sich bereit, für eine Kommission gegen Polizeikorruption zu arbeiten.
0.25 Nachrichten

RTL PLUS

Saubere Fassaden

P. F. R. – Die Universität Bremen hat mehr als 15 Jahre antichambriert, bevor sie jetzt als Mitglied von der Deutschen Forschungsgemeinschaft aufgenommen wurde. Immer wieder wurde ihr auf ihre Anträge mitgeteilt: Gewogen und zu leicht befunden. Mittlerweile ist unbestritten, daß in einigen Bereichen Forschungspotential aufgebaut wurde, etwa bei den Biologen.

Um das Bild der Universität Bremen in der Öffentlichkeit zu verbessern, haben Mitglieder des Bundes Freiheit der Wissenschaft 3000 Mark zur Verfügung gestellt, damit die Fassaden der Betonburg von den seit Jahren dort schon prangenden Graffiti befreit werden können. „Laßt Euch nicht BRDigen", schreit es da in knalligen Lettern von den Wänden. „Zerschlagt die NATO", „Polizisten morden für Faschisten" sind weitere Früchte vom Baum solcher ideologiestichigen jungakademischen Erkenntnis. Man vermutet, daß Pinsel und Spritzpistole dem MSB Spartakus gehören.

Die Bremer Sektion des Bundes Freiheit der Wissenschaft sprach die Überzeugung aus, „daß die Inschriften nur deshalb noch nicht beseitigt sind, weil die prekäre Situation der Universität Bremen und des Landes Bremen dies verhindert hat". Vorsorglich wird für den Fall der Wiederholungstäterschaft ein Betrag von 2000 Mark in Aussicht gestellt. Sollte die Verunstaltung verhindert werden können, kommt das Geld einem Forschungsprojekt zustatten.

Der Menschen Hoffnung ist eitel Müh'. Es wäre nicht das erste Mal, daß eine Prämie kontraproduktiv wirkt. Wahrscheinlich verkaufen Do-it-yourself-Läden in Bremen demnächst wieder kanisterweise blutrote Farbe.

Vergiftete Polemik: Napoleon-Karikaturen in Mainz

Der Kaiser springt Seil

Karikaturen sind nicht ausreichend charakterisiert, wenn man sie als witzig, komisch, satirisch, entlarvend bezeichnet; man muß ihnen auch ein gerütteltes Maß Boshaftigkeit, aggressive Polemik, Sarkasmus und Schmählust zubilligen – Treffsicherheit und Können immer vorausgesetzt. Dennoch wandert man mit unguten Gefühlen durch die derzeitige Ausstellung des Mainzer Gutenberg-Museums. Sie zeigt Napoleon-Karikaturen aus England, Frankreich und Deutschland. Das müßte eigentlich Spaß machen.

Hier aber vergeht einem die Lust zu lachen. Man muß beileibe kein Napoleon-Fan sein (wer wäre das auch schon mit gutem Gewissen?), um die meisten der ausgestellten Karikaturen als unrühmliche Eselstritte zu empfinden. Nur ganz wenige Blätter aus England attackieren den Kaiser bereits vor seinen Niederlagen. Alle anderen stammen aus den Jahren 1813 bis 1818, als Napoleon nach dem

Völkerschlacht bei Leipzig als harte Nuß für Napoleon – Anonyme Karikatur aus Deutschland, 1813
FOTO: GÜNTER PFLAUM

gescheiterten Rußlandfeldzug, nach Leipzig und Waterloo auf den Inseln Elba und St. Helena, entmachtet und wehrlos, aber immer noch gehaßt und gefürchtet, in der Verbannung saß. Da waren dergleichen Karikaturen gewiß keine Mutproben mehr.

Die Blätter – meist kolorierte Radierungen – zeigen den Besiegten auf der Flucht, als Deserteur und Feigling, der seine Truppen im Stich läßt, als „korsischen Bluthund", von den russischen Bären gejagt; sie zeigen ihn als Ausgeburt des Satans, als Untier und Menschenfresser, als Januskopf über Totenschädeln und als monströses Porträt aus nackten Leichen à la Arcimboldo; als Nußknakker, der sich an der Leipziger Nuß die Zähne ausbeißt; als Kreisel, von den Alliierten gepeitscht; als Federball, von Blücher und Schwarzenberg durch die Luft gewirbelt. Russische Bauern lassen ihn nach ihrer Pfeife und Peitsche tanzen, Wellington und Blücher lassen ihn übers Seil springen.

Der Witz ist durchweg dürftig, die Satire meist grob und schartig, die Polemik vergiftet; von Humor kann keine Rede sein. Allein der Haß ist echt und durchdringend; Rachegelüste zieren sich nicht. Nun ist Haß gewiß nicht das schlechteste Motiv für Karikaturisten und Satiriker. Hier aber verfolgt er einen Geschlagenen; und abgesehen davon: Haß allein ist nicht kreativ, hat mit Kunst so wenig zu tun wie die bloße Begeisterung. Käme es allein darauf an, wäre Napoleon als der größte Anreger der Künste zu preisen. Er hat wie kaum ein zweiter Leidenschaften entfesselt, grenzenlose Begeisterung und hemmungslosen Haß wie Brandfackeln in ganz Europa entfacht.

In beiden Fällen kamen „nur" Karikaturen – böswillige oder idealisierende Verzerrungen – zustande. Tatsächlich manifestiert sich an ihm erstmals die politische Karikatur als Gattung. Dem Mainzer Katalog ist zu entnehmen, daß in der Zeit zwischen 1797 und 1815 etwa 2000 Karikaturen sich mit seiner Person und Politik beschäftigt haben. Da sind bestimmt die zahllosen Bilderbögen nicht mitgerechnet, die in seiner Glanzzeit den Mythos des Kaisers verbreiteten, seine Heldentaten verherrlichten, seine Schlachten in Fortsetzungen schilderten und damit riesige Auflagen erzielten. Napoleon, der Nationalheld, der „Kriegsgott" und Haudegen, der „Mann der Vorsehung", der „weltliche Heiland" (H. Heine), das war die eine Seite der Medaille.

Die Mainzer Ausstellung, veranstaltet von den französischen Kulturinstituten von Hannover und Mainz, will – so sagt es der Titel – „Die Kehrseite der Medaille" zeigen. Aus dem Heros und Heiland ist hier ein Feigling und Tyrann, ein Giftzwerg und Monster, der Inbegriff des Bösen geworden. Was vordem nach oben verzerrt wurde, wird hier nach unten verzerrt; Karikatur bleibt es deshalb allemal. Angefangen haben damit die Engländer, 1803, als Gerüchte von einer bevorstehenden Invasion Napoleons die Insel in Angst und Schrecken versetzten. Namhafte Grafiker wie Rowlandson, Gillray, Cruikshank machten den „kleinen dicken Korsen" zur Zielscheibe ihres Spottes. Die Diskrepanz zwischen seiner natürlichen Größe und der angemaßten lud geradezu ein zur Erfindung der lächerlichen Symbolfigur „Little Boney", die für lange Zeit zur festen Chiffre des napoleonischen Größenwahns wurde. Gillray, ihr Erfinder, starb zwei Wochen vor Waterloo; er konnte den endgültigen Triumph seiner Radiernadel (die er als Giftstachel benutzte) nicht mehr erleben.

Aber „Little Boney" war unterdessen auch aufs Festland gelangt, nach Deutschland vor allem durch Bertuch in Weimar. Doch erst nach dem Sturz Napoleons machten die englischen Karikaturen auch in den deutschen Ländern, in Rußland, zuletzt in Frankreich Schule und lösten eine Flut von Nachzeichnungen und Variationen aus, deren Beispiele wir in Mainz kennenlernen. Die meisten sind anonym. Unter den deutschen Karikaturisten (wenn man sie schon so nennen will) fallen Johann Michael Voltz und Christian Gottfried Heinrich Geißler namentlich auf. Die meisten benötigen zur Erläuterung ihrer Karikaturen noch eines längeren oder kürzeren Textes (häufig in Versen).

Schließlich wurde in Mainz auch nicht versäumt, anhand sowjetischer Flugblätter aus dem Zweiten Weltkrieg den Rußlandfeldzug Napoleons als historisches Beispiel für den zum Scheitern verurteilten Krieg Hitlers gegen die Sowjetunion darzustellen. Damit soll, nicht unbedingt überzeugend, das Fortwirken des Napoleonthemas in der Karikatur unseres Jahrhunderts belegt werden. (Bis 24. August; Katalog 20 Mark)

EO PLUNIEN

KULTURNOTIZEN

Zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution will das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg 1989 mit einer Ausstellung die Auswirkungen der Revolution auf zwei Jahrhunderte deutscher Geschichte dokumentieren.

„Farbe – Zeichen – Figuren" ist der Titel einer Ausstellung, mit der das Museum Schloß Morsbroich in Leverkusen Werke bis zum 16. November aus seinen Beständen vorstellt.

Der Blumengarten im Weimarer Schloßpark Belvedere soll wieder seinen Pflanzenreichtum wie zu Anfang des 19. Jahrhunderts bekommen.

Aquarelle und andere Arbeiten des im Jahre 1952 geborenen Amerikaners David Salle zeigt das Museum am Ostwall in Dortmund bis zum 10. August.

Die Carl-Schuch-Ausstellung, die zuerst in Mannheim gezeigt wurde (vgl. WELT v. 25. März), ist nun bis zum 11. August im Münchner Lenbachhaus zu sehen.

Der Althistoriker Joseph Vogt ist im Alter von 91 Jahren in Tübingen gestorben.

Parabel von den „Zeitblumen": Johannes Schaafs Verfilmung von Michael Endes Roman „Momo"

Jeder einzelne ist eine ganze Welt

Sie heißt Momo, ist fast acht Jahre alt und gleicht mit ihrem langen bunten Flickenrock, der viel zu großen Männerjacke, die ihr um die Glieder schlottert, dem wilden schwarzen Lockenkopf und den ebenso schwarzen Füßen – zumindest auf den ersten Blick – einem Lumpenbündel eher als einem kleinen Mädchen. Doch unverkennbar ist sie die Schwester von Bastian Balthasar Bux, dem dicklichen blassen Zehnjährigen, der in Michael Endes „Unendlicher Geschichte" auf einem schummrigen Dachboden – vor den Sorgen seines Alltags geflüchtet – die Zeit verschmökert und unversehens zum Helden und Erlöser der Menschen wird in einem Land, das „Fantasia" heißt.

Die Waise Momo ihrerseits haust in den Trümmern des Amphitheaters einer nicht näher definierten süditalienischen Stadt und wird von den Nachbarn gemeinsam ernährt. 1973 wurde der Roman „Momo" von Michael Ende mit dem Deutschen Jugendbuchpreis ausgezeichnet; Johannes Schaaf hat ihn jetzt als deutsch-italienische Koproduktion im römischen Cinecittà auf die Leinwand gebracht.

Laienspielerin und Altmeister: Radost Bokel als Momo und John Huston als Hora in Schaafs neuem Film
FOTO· TOBIS

Schaaf, eine der frühen Leitfiguren des jungen deutschen Films („Trotta", „Traumstadt"), der in den letzten zehn Jahren fast ausschließlich für das Theater tätig war, hat den Roman voll in den Griff gekriegt, wenngleich – oder gerade weil – er dabei unfreiwillig auch die Schwächen des Buches aufdeckt: seine gravitätische Biedermeierlichkeit und onkelhafte Betulichkeit. Ende, der Wolfgang Petersens Mammutverfilmung seiner „Unendlichen Geschichte" als „Mikkey-Mouse-Version" seines Stoffes von sich wies, fühlte sich von Schaaf so wunderbar verstanden, daß er sich im Prolog des „Momo"-Films sogar selber spielt.

Da sitzt der Schriftsteller einem geheimnisvollen weißbärtigen Fremden gegenüber, der ihm in einem Bummelzug die Geschichte von Momo erzählt, einem kleinen Mädchen, das den Menschen ihre verlorene Zeit und damit ihre Lebensfreude und jenes solidarische Miteinander zurückbringt, das ihnen der Alltag, der im Roman wie im Film Orwellsche Dimensionen trägt, brutal geraubt hat.

Der Fremde ist niemand anders als Meister Hora Secundus Minutius, der uralte Verwalter der menschlichen Zeit. Er wird – pikante Überraschung – von Hollywoods Regie-As John Huston gespielt: eine Paraderolle für den 80jährigen Regisseur des „Malteserfalken", der „Sierra Madre" und der schwarzen Mafia-Komödie „Die Ehre der Prizzis". Er ist der väterlich-weise Partner der kleinen Momo, mit deren Hilfe er die Menschheit vom bösen Spuk befreit.

Die elfjährige Frankfurter Oberschülerin Radost Bokel, die Schaaf unter 2000 Bewerberinnen ausgewählt hat, gab Momo mit ihren schwarzen Kulleraugen und ihrer sensiblen Physiognomie ein unvergeßliches Gesicht. Mit viel Feingefühl holte Schaaf aus ihr jene Eigenschaft heraus, die Ende ihr vor allen anderen zuschreibt: „Sie konnte zuhören wie kein Mensch sonst. Und wenn jemand meinte, sein Leben sei ganz und gar verfehlt und er selbst nur irgendeiner unter Millionen, dann wurde ihm in Momos Gegenwart klar, daß es ihn, genauso wie er war, unter allen Menschen nur ein einziges Mal gab und er deshalb auf seine besondere Weise für die Welt wichtig war."

Eierköpfe mögen solche Art „Botschaften" als banal oder allzu gefühlig abtun. Unbestritten ist, daß es gerade solche Botschaften sind, die Endes Erfolg als Schriftsteller ausmachen. Momo ist eine weitere jener typischen Ende-Parabeln vom Sieg der Phantasie über eine menschenfeindliche, technokratische Realität, die sich hier in den „grauen Herren" manifestiert. Die nämlich luchsen den Menschen ihre „Zeitblumen" ab und saugen sie aus wie Vampire. Sie erscheinen im Film als grau gekleidete, mumienartige Glatzköpfe mit dicken Zigarren im Mund, deren Hauptquartier eine Computerzentrale ist. Eisblaues Licht umgibt sie und läßt sie Grabeskälte verströmen.

Johannes Schaaf kommt in „Momo" fast ganz ohne die berühmten Spezialeffekte aus. Er vertraut ganz auf seine Schauspieler: auf Momo alias Radost Bokel, auf Huston und Ende selbst, auf Mario Adorf als bulligen Maurer und Momo-Freund Nicola, auf Armin Mueller-Stahl als bleichen, mephistotelischen Chef der grauen Herren, auf den jungen Italiener Bruno Stori als unbekümmert-mediterranem Touristenführer Gigi, Momos engstem Vertrauten. Auf Leopoldo Trieste schließlich, einem Veteranen des italienischen Kinos, der Beppo Straßenkehrer gibt und in dessen Gesicht sich aller Kummer der Welt spiegelt, besonders wenn es um Momo geht, die den Grauen mit ihrer Phantasie zu gefährlich wird.

Fellinis Ausstatter Danilo Donati hat dem Film wunderschöne Dekors alter Ruinen und Piazzas gegeben, auf denen prall und volkstümlich das Leben spielt. Beklemmend heben sich vor dieser Folie die gleichförmigen Trabantenstädte ab, Metaphern der „modern times". Meister Hora dagegen lebt in freundlichen weißen, futuristisch anmutenden Architekturen, in denen Pendulen aus allen Zeiten und Epochen schlagen.

Die Kamera führte Fassbinders langjähriger Kameramann Xaver Schwarzenberger, der inzwischen auch erfoglreich als Regisseur hervorgetreten ist mit Arbeiten wie „Der stille Ozean" und „Donauwalzer". Ihm gelingen schlichte, schöne Bilder und eindrucksvolle Großaufnahmen von den Gesichtern der Schauspieler, in denen sich – so Ende – „ein Großteil meiner Geschichte abspielt".

Die Musik des italienischen Barden Angelo Branduardi ist – last not least – eine besondere Delikatesse. In wilden Rock-Rythmen bäumt sie sich bedrohlich auf, wenn die grauen Herren auf den Plan treten. Melodiös und zart klingt Momos Leitmotiv an. Und das schmachtende Lied, das Gigi seiner kleinen Freundin singt, hat alle Chancen, ein echter „Ohrwurm" dieses Sommers zu werden. Michael Endes unzählige Freunde werden an diesem Film ihre Freude haben.

DORIS BLUM

Neue Schallplatte: Das Vokalquartett „Cantabile"

Die Männer am Klavier

Schwappt eine neue Musikwelle über den Ärmelkanal oder haben die Schallplattenproduzenten eine neue Masche ausgetüftelt? Aus britischen Studios dringen Vokallaute ans Ohr, die man in der Pop- und Unterhaltungsmusik zwar hier und da schon einmal vernommen hatte, aber in solch geballter Rillenladung bisher noch nicht in den Verkaufsregalen des Handels fand. A-cappella-Gesang ist angesagt und in Mode, wie ein Blick in die britischen Charts belegt.

The Flying Pickets zum Beispiel verhalfen dem „Platters"-Schmalzgebäck „Only you" in ihrer Version zum kometenhaften Sprung in die europäischen Hitlisten; „Style" nennt sich ein Männerquartett, das durch ausgefeilten Chorgesang Kasse macht. Die Mode hat Geschichte. Man denke nur an die King's Singers, die etwas bejahrten Aufnahmen der Swingle Singers, Four Freshmen, Modernaires und der legendären Comedian Harmonists.

In den goldenen Endzwanzigern aus der Taufe gehoben, machte das Sextett um Harry Frommermann und Erwin Bootz durch seine rhythmisch transparente Exaktheit und Intonationskunst auf sich aufmerksam. Ihre Kleinkunst war große Kunst, bis die Nationalsozialisten den Schlußstrich zogen. Den arischen Reichsoberen war der Gesang zu unmännlich. Zudem gehörten drei Juden zum Ensemble.

Die hochmusikalischen Comedian Harmonists hat sich das Londoner Männerquartett „Cantabile" zum Vorbild genommen. Vor vier Jahren schlossen sich Richard Bryan, Alto, Nicholas Ibbotson und Stewart Collins, erster und zweiter Tenor sowie Michael Steffan, Baßbariton, zu dieser Formation zusammen, um die altenglische Madrigalkunst mehrstimmig einzustudieren. Noch als Studenten der Medizin, Sprachwissenschaften und Schauspielkunst bekamen sie Kontakt zu dem Musical-Librettisten Tim Rice. Im Handumdrehen engagierte er sie für 15 Monate ins Londoner Westend auf eine Musicalbühne für sein Stück „Blondell".

Von diesem Moment an waren die jungen Briten für die hehre Madrigalkunst verloren; die leichte Muse stand fortan auf ihrem Programm. Mit bestechender Virtuosität, künstlerischem Ernst und überschäumender Musizierfreude nahmen sie jetzt im Studio der Münchener Musikhochschule ihre deutsche Debüt-LP „A Tribute To Yesterday" (Jupiter-Record 8279841) auf. Sechs englisch- und sechs deutschsprachige Evergreens, von „Tea for two" bis „Heute nacht oder nie", werden mit stilistischer und stimmlicher Sicherheit von den vier Vollblutvokalisten dargeboten. Und damit der spezielle Comedian-Touch gewahrt bleibt, wurde der Pianist Ernst August Quelle gefunden, der die Originalarrangements von Anno dunnemals mit Bravour in die Tasten hieb.

Eines allerdings vermißt der aufmerksame Hörer bei dem Comedian-Erinnerungsgenuß: den samtenen Baß eines Robert Biberti. „The gentlemen of music" gleichen dieses Manko jedoch durch tenoralen Schmelz weitgehend aus und lassen die Zuhörer vergessen, daß sie stocktrockene Akademiker britischen Geblüts sind. Wahrlich, eine Würdigungs-LP an ferne Schellackzeiten.

ROLF PETERS

Seriöse Herren, nicht ganz humorlos: Die Londoner Gruppe „Cantabile"
FOTO: DIE WELT

Zum 29. Mal: Festival Zweier Welten in Spoleto

Blumen für den Herzog

Am Ende des Gala-Abends zum 75. Geburtstag von Giancarlo Menotti, für den Italiens Staatspräsident und das Publikum der ganz großen Ereignisse in Spoleto erschienen war, sang Shirley Verret „Happy birthday to you, dear Giancarlo", und der Westminster Chor sowie das Orchester des Festivals Zweier Welten stimmten ein. Der schwarze Opernstar, der wie viele Fixsterne am Firmament der Kunst, wie Jerome Robbins und der verstorbene John Cranco, wie Glen Tetley und Antonio Gades den Weg zum Ruhm in Spoleto begonnen hatte, war unerwartet auf der Bühne des Teatro Nuovo erschienen, auf der der „Herzog von Spoleto" nun mit Blumen überschüttet wurde.

Aber nur an diesem Abend, bei der „Maratona della Danza" und beim Schlußkonzert vor dem Dom am 13. Juli, mit dem der künstlerische Direktor des Festivals, Christian Badea, sich nach neun Jahren verabschiedet hat, bot die alte langobardische Herzogsstadt in Umbrien das Bild der Glanzzeiten ihres Kunstfestes. Das diesjährige 29. Festival, dem vor sieben Jahren ein Pendant in Charleston entstand und im kommenden September das „Festival Dreier Welten" in Melbourne folgen wird, war zwar wie immer angefüllt mit Ausstellungen und Schatzhöhlen, aber die blieben so leer wie so manche Veranstaltungen des eher dürftigen Programms.

Denn die treuesten Stammgäste, die Amerikaner, sind in diesem Jahr ganz ausgeblieben, und das liegt wohl außer an der Angst vor Terrorismus und Radioaktivität nicht zuletzt daran, daß das fast gleiche Programm in Charleston ihnen den weiten Weg nach Spoleto erspart. Obwohl doch jeder Gast dieser Stadt ganz genau weiß, daß ihr Zauber überhaupt nicht zu ersetzen ist.

Daß das Programm schon lange nicht mehr so großartig ist wie einst, hat viele Gründe: Die Konkurrenz unzähliger Festivals, die auf Jahre ausgebuchten großen Namen, die stetig steigenden Kosten jeder Veranstaltung, die Impresarios, die sich rund um die Welt darum raufen, junge Talente zu lancieren. Aber auch diesmal konnte man bei den Mittagskonzerten im Caio Melisso und den Nachmittagskonzerten (gratis!) in der „Sala Frau" jungen Musikern eine große Karriere prophezeihen, falls die nicht schon, wie die des Pianisten Jean Yves Thibaudet, längst begonnen hatte.

Das Ballet, seit jeher ein Schwerpunkt des Festivals, war mit der Sidney Dance Company eher enttäuschend, mit dem Scottish Ballet nicht gerade sensationell vertreten. Dafür erlebte man bei Menottis Gala-Abend neben den notorisch perfekten Pas de Deux von Marcia Haydée und Richard Cragun und Christina Hoyos/Antonio Gades mit den jungen Kanadiern Anik Bissonette und Louis Robitaille ein Tanzwunder von schwereloser Anmut. Auch die Maratona, die wie stets mit großen Namen und Leistungen prunkte, brachte Überraschungen wie Dieter Heidtkamp und Helga Musial von der Berliner „Tanzfabrik".

Das Theater begann mit Bergmans Inszenierung von Strindbergs „Fräulein Julie". Aber nicht nur Sprachprobleme (die Aufführung fand auf Schwedisch statt) waren der Grund dafür, daß man das Stück in Stockholm besser verstanden hatte. Darüber hinaus war keiner der weiteren vier Einakter (Ionescos „Unterrichtsstunde", Musils „Fanatiker", „Jeu de Femme", geschrieben von K. Zanussi und seinem polnischen Landsmann, E. Zebrowski und „Kleine Mißverständnisse" von Claudio Bigali) mehr als eine gut bis virtuos gespielte Etüde.

Nur Menottis 1954 komponierte Oper „The Saint of Bleeker Street", die der Komponist zu seinen Lieblingswerken zählt und jetzt neu inszeniert hat, beeindruckte uns diesmal im gleichen Maße wie seinerzeit den Kritiker des „Corriere della Sera" bei der italienischen Erstaufführung 1955 in der Scala. Der spätere Nobelpreisträger Eugenio Montale notierte damals: „Menotti, der seine Opern ‚Musicals' nennt, hat als erster die Oper aus ihrer Einbalsamierung befreit." Die Musik, voller Reminiszenzen von Puccini bis Gershwin, ist mit so sicherem Sinn für Dramatik verfaßt wie die Geschichte der kleinen, todgeweihten Heiligen im New Yorker „Little Italy".

Nach der Uraufführung seiner jüngsten Oper am 15. November in Washington, die er für Placido Domingo mit dem Titel „Goya" komponiert, will Menotti, der amerikanische Maestro aus der Lombardei, beim 30. Festival von Spoleto seine letzte Regie führen und nach dem „Parsifal" sich nur noch der Komposition widmen.

Der neue künstlerische Direktor des „Festivals Dreier Welten", Spiros Argiris, der von sich selbst sagt, er sei ein „griechische Preuße", steckt schon voller Pläne für das Jubiläum des Kunstfestes von Spoleto, das er mit einem vornehmlich deutschen Programm im alten Glanz neu erwekken möchte.

MONIKA von ZITZEWITZ

JOURNAL

„Festschrift"-Ausstellung für Joseph Beuys

dpa. **München**

„Beuys zu Ehren" heißt eine außergewöhnliche und umfangreiche Ausstellung, die als „Festschrift" für den am 23. Januar gestorbenen Künstler in der Städtischen Galerie im Lenbachhaus München bis zum 28. September zu sehen ist. 69 internationale Künstler widmeten Joseph Beuys ein neues Kunstwerk, stellten eine Leihgabe für die Schau bereit oder kamen der Aufforderung nach, in einem Text zu ihrem großen zeitgenössischen Kollegen Stellung zu beziehen. Der Katalog ist ab September lieferbar.

Nordrhein-Westfalen ohne eigenes Orchester

lnw. **Düsseldorf**

In Nordrhein-Westfalen wird es in absehbarer Zeit kein Landesorchester geben. Zuletzt hatten sich fünf Städte darum bemüht, Sitz eines solchen Klangkörpers zu werden, der die Musikkultur des bevölkerungsreichsten Bundeslandes darstellen sollte. Das zumindest vorläufige „Aus" für diesen Plan hat das Landeskabinett, das die Gründung des Orchesters mit etwa 700 000 Mark zu finanzieren und für die 2,5 Millionen Mark jährlicher Folgekosten aufzukommen hätte, angesichts der gespannten Haushaltslage jetzt beschlossen.

„Zwanziger Jahre" über Harvard nach Stuttgart

DW. **Stuttgart**

Im Guggenheim-Museum New York läuft zur Zeit eine Schau, die der amerikanischen Öffentlichkeit deutsche realistische Zeichner der zwanziger Jahre vorstellt. Abgesehen von Beckmann, Dix und Grosz handelt es sich bei den meisten der 29 Künstler um nahezu Unbekannte, darunter Hanna Nagel, Karl Hubbuch und Rudolf Schlichter. Vom 26. Juli bis 28. September geht die Ausstellung zum Busch-Reisinger-Museum an der Harvard Universität, bevor sie vom 25. Oktober in der Staatsgalerie Stuttgart zu sehen ist.

Münster zeigt eine Macke-Retrospektive

dpa. **Münster**

Zum 100. Geburtstag von August Macke (1887–1914) zeigt das Westfälische Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Münster vom 7. Dezember bis zum 8. Februar eine Retrospektive. Die Ausstellung wird anschließend im Städtischen Kunstmuseum Bonn und in der Städtischen Galerie im Münchner Lenbachhaus zu sehen sein. Macke, herausragender Vertreter des deutschen Expressionismus und Mitglied der Künstlergruppe „Blauer Reiter", wurde in Meschede geboren und fiel im Ersten Weltkrieg.

Sommer in Paris mit Werken von Ohana

AFP, **Paris**

Das Cello und Werke von Maurice Ohana sind die Schwerpunkte des 21. Sommerfestivals von Paris, das bis zum 21. September dauert. Konzerte gibt es unter anderem im neuen Auditorium im Hallen-Viertel. Dort werden jeweils am Mittwoch etwa 20 Kompositionen von Ohana für Instrumente und Stimmen aufgeführt. Die Montage sind Cellowerken vorbehalten.

Das Alter der Funde vom Randecker Maar

D. B. **Stuttgart**

Eine wissenschaftliche Bearbeitung der Kleinsäuger-Fauna im Randecker Maar bei Hepsisau südlich von Weilheim a. d. Teck auf der Schwäbischen Alb durch den Stuttgarter Paläontologen Elmar P. J. Heizmann ergab, daß die Tierreste von dieser Fundstelle etwas älter sind als diejenigen von Steinheim am Albuch. Bisher hatte man beide Faunen für etwa 14 Millionen Jahre alt gehalten. Die Fossilien vom Randecker Maar sind nach Heizmanns Auffassung schätzungsweise 15 bis 16 Millionen Jahre alt. Vom Randecker Maar sind auch besonders gut erhaltene Pflanzen- und Insektenfunde bekannt.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

„Von den Galliern bis zu de Gaulle", erzählt Guillaume-André de Bertier de Sauvigny die Geschichte Frankreichs. Dabei zeigt sich, daß der Historiker seine pädagogischen Erfahrungen zu verwenden weiß: Mit einem sehr geschickten Aufbau, bei Einbeziehung von Kultur, Wirtschaft und gesellschaftlichen Entwicklungen, ist hier eine kompakte Geschichtsdarstellung, die immer spannend bleibt. Ein weiterer der zahlreichen Pluspunkte ist das Bemühen um Gerechtigkeit, etwa in der Darstellung des einstigen deutschen „Erbfeinds". Schade, daß es so etwas nicht schon zu unserer Pennälerzeit gab.

ohn

Guillaume-André de Bertier de Sauvigny: „Die Geschichte der Franzosen", dtv, 422 S., 14,80 Mark

Weniger Drogentote, aber 1,5 Mill. Alkoholkranke

Bundesgesundheitsministerium legte Drogenbericht vor

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Nachdem die Zahl der Drogentoten in der Bundesrepublik Deutschland 1979 einen Höchststand von 623 Fällen erreicht hatte, wurden 1985 nur noch 315 Fälle polizeilich erfaßt. In einem von der Bundesregierung angeforderten umfangreichen „Bericht über die gegenwärtige Situation des Mißbrauchs von Alkohol, illegalen Drogen und Medikamenten", den Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth gestern dem Kabinett vorlegte, geht man von einer Gesamtzahl von weniger als 50 000 Drogenabhängigen aus, wobei eine „leicht abnehmende Tendenz für wahrscheinlich" gehalten wird.

In der Bundesrepublik leben dem Bericht zufolge rund 1,5 Millionen Alkoholkranke und zwischen 300 000 und 500 000 Medikamentenabhängige. Die Deutsche Hauptstelle gegen Suchtgefahren berichtet allerdings von schätzungsweise 800 000 Personen. Erfaßt wurden für den rund 125 Schreibmaschinenseiten umfassenden Bericht des Gesundheitsministeriums auch die Bereiche „Mißbrauch chemischer Lösungsmittel" sowie „Rauchen und Tabakmißbrauch".

Der vorsichtige Optimismus der Berichtsverfasser beim Sektor Drogenkonsum stützt sich auf die Erkenntnis, daß sich Rauschgiftdelikte und Sicherstellungen von Rauschgift nach Rückgängen zu Anfang des Jahrzehnts zwar auf „beträchtlichem Niveau" halten, daß aber die Zahl der polizeilich registrierten Erstkonsumenten zwischen 1980 und 1984 deutlich von 6091 auf 2770 abgenommen hat. Der Heroinkonsum zeigt „in verschiedener Hinsicht einen leichten Rückgang". Die Gruppe mit dem größten Anteil Drogenerfahrener ist inzwischen die der Arbeitslosen mit 26 Prozent. Unter den soziologischen Schichten haben Arbeiter erheblich häufiger (14 Prozent) Drogenerfahrung als zum Beispiel Angestellte (11 Prozent).

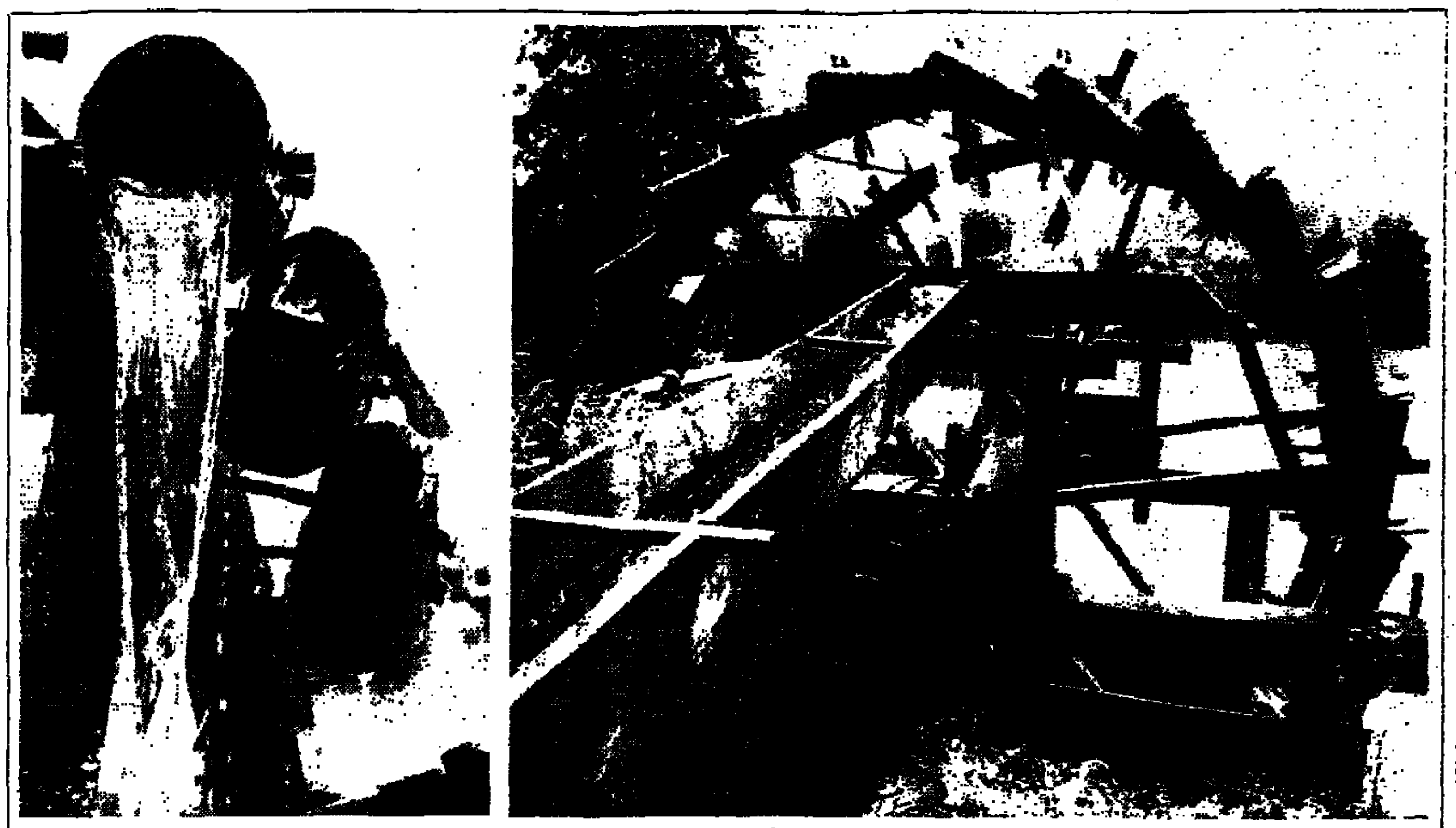
Seit 1980 sind in der Bundesrepublik Deutschland keine Drogentodesfälle im Kindesalter (also unter 15 Jahren) bekanntgeworden. Da das Durchschnittsalter der Drogentoten wächst, wird daraus der Schluß gezogen, daß es das erste Anzeichen dafür sein könnte, daß sich das Bewußtsein für die Gefährlichkeit illegaler Drogen, vor allem des Heroins, durchsetzt. In der Statistik für das vergangene Jahr werden unter den rund 61 000 Rauschgiftdelikten etwa 15 000 mit Heroin gezählt, fast 40 000 mit Cannabis und nur 2343 mit Kokain.

Während zu Beginn der siebziger Jahre in der Bundesrepublik keine spezifischen Drogenberatungsstellen vorhanden waren, gibt es heute davon fast 900, die im Durchschnitt pro Einrichtung 670 Klienten pro Jahr beraten und helfen (insgesamt sind es 500 000). Diese Stellen erreichten „die Grenze ihrer Belastbarkeit". In jeder Beratungsstelle arbeiten ohne Verwaltungspersonal mindestens vier hauptamtliche Mitarbeiter, zwei Teilzeitangestellte und etwa sechs ehrenamtliche Helfer. Die Abbruchquote bei der Rehabilitation beträgt derzeit 60 bis 70 Prozent. Die Rentenversicherungsträger haben allein 1984 fast 460 Millionen Mark für 22 100 stationäre medizinische Maßnahmen ausgegeben.

Im Kampf gegen die Alkoholsucht soll sich die Arbeit in Zukunft vor allem gegen den „sozialen Rang des Alkoholtrinkens" richten. Hoffnungsvoll stimmt dabei die Aussage des Berichts, daß sich bei Umfragen unter jungen Leuten vor mehr als zehn Jahren noch 46 Prozent dafür aussprachen, daß man Erfahrungen mit dem Betrunkensein haben müsse, 1984 nur noch 31 Prozent.

Gastwirt setzt ungewöhnliches Zeichen

Eine Deutschland-Fahne mit halbem Bundesadler und halbiertem Hammer-Zirkel-Emblem der „DDR" flattert auf dem Priwall in Travemünde, nur 100 Meter von der Zonengrenze entfernt. Der Gastwirt Sigbert Klesil, der bis 1971 in Mecklenburg wohnte, will damit auf die „reale Situation Deutschlands" und sein eigenes Schicksal hinweisen: Vater und Schwester leben in der „DDR". FOTO: DPA



Einfaches und ideales Bewässerungssystem: Zehn Liter schöpft jeder der konisch gearbeiteten Kübel in die hölzerne Wasserrinne.

Wo die Franken aus dem vollen schöpfen

RENATE FRANK, Erlangen

Alle Sommer wieder versehen sie unerschöpflich ihren Dienst: „Bauernwasserrad", „Altes Schäferrad", „Kennerleinsrad", „Schultheißenrad" – Schöpfräder mit jahrhundertealten Namen. Im malerischen Tal der Regnitz zwischen Erlangen und Möhrendorf bewässern sie seit dem Mittelalter Felder und Wiesen.

„Die Wasserschöpfräder laufen vom 30. Mai bis 30. September", heißt es in der Baiersdorfer Wasserordnung von 1693. Doch wegen des hohen Wasserstandes der Regnitz in diesem Jahr hat man bis jetzt erst fünf der Ungetüme aufgebaut. Zwölf sind es noch in der Gemeinde Möhrendorf. Im 18. Jahrhundert, als diese Bewässerungstechnik ihre Blütezeit erlebte, gab es zwischen Erlangen und Forchheim 250 Räder, die das Wasser der Regnitz auf die dürftigen Sandböden dieser Gegend brachten. Woher der Gedanke kam, sie zu bauen, konnte bis heute nicht völlig geklärt werden.

Urheimat dieser Räder sind die Stromtäler des Nils, Mesopotamiens, des Indus und des Huanghe. Die dort ansässigen frühen Hochkulturen gelten als Erfinder dieses ausgeklügelten Systems. Im Mittelalter war die Freie Reichsstadt Nürnberg auf dem Gebiet technischer Neuerungen führend, so könnte es durchaus sein, daß Nürnberger Kaufleute das Wasserschöpfrad in Italien kennenlernten und dann die Idee an die Tüftler der damligen Zeit weitergaben. Es ist aber auch denkbar, daß es eine Weiterentwicklung der Mühlräder ist, die im Regnitz-Pegnitz-Gebiet seit dem 11. Jahrhundert in Betrieb sind. Jedenfalls werden 1413, 1420 und 1429 die ersten Wasserschöpfräder bei Nürnberg, Fürth/Bayern und Erlangen urkundlich erwähnt.

Die Wasserräder waren und sind für die geographischen, geologischen, hydrologischen und vor allem klimatischen Verhältnisse dieser fränkischen Flußauen die beste Lösung. Die Regnitz hat ein kaum merkliches und nahezu gleichbleibendes Gefälle, ihre Wasserführung ist auch in heißesten Sommern gleichmäßig. Sie ist die Lebensader dieser Gegend.

Das kontinentale Klima, die Durchlässigkeit der Sandböden und die windoffene Talau machen sie zu einem der größten Trockengebiete Bayerns. Austrocknung und Erosion könnte man heute zwar auch mit Motor-getriebenen Wasserpumpen verhindern, doch pumpen sie das kalte Grundwasser herauf, während das warme, mit Kleinstlebewesen angereicherte Oberflächenwasser der Vegetation besser bekommt.

Urtümliche Wasserräder prägen in den Sommermonaten die Flußlandschaft der Regnitz nördlich von Erlangen FOTOS: KURT FUCHS

Das Bewässerungssystem der Schöpfräder hat einen weiteren Vorteil: Der Fluß wird in ganzer Breite aufgestaut. Die Basis der „Staumauer" besteht aus einem auf zwei Seiten bearbeiteten Eichenstamm, der im spitzen Winkel zur Strömung fest im Fluß verankert ist. Diese im Sommer durch Stau- und Schutzbretter ergänzte Vorrichtung hält nicht nur das Wasser auf, sondern auch den Boden fest. Für den Erhalt des Grundwasserspiegels ist das unbedingt notwendig.

Das Zusammensetzen der 610 Teile eines Wasserrades ist eine anstrengende, zeitraubende und kostspielige Angelegenheit. Bis auf die Radnabe und die Metallbänder, die die Schöpfeimer umschließen, besteht das ganze Rad aus Eichen- und Kiefernholz. Nur noch zwei Zimmerleute beherrschen diese handwerkliche Kunst. Von den jungen Leuten will niemand mehr diese „Dreckarbeit" machen, im Herbst – wenn das Holz aufgequollen und mit Algen und Blutegeln besetzt ist.

So ist es auch trotz reichlicher Zuschüsse und privater Spenden um diese historisch wertvollen und wirtschaftlich immer noch rentablen Relikte aus alter Zeit schlecht bestellt.

14jähriger rettete Vater das Leben

AP, Sacramento

Der 14jährige Jeremy Sterger aus Sacramento (US-Bundesstaat Kalifornien) hat vermutlich durch seine Kaltblütigkeit das Leben seines Vaters gerettet. Nachdem ein schwerbewaffneter Eindringling den 19jährigen Bruder des Jungen und die Freundin des Vaters ermordet hatte, griff sich Jeremy eine Pistole und erschoß den Fremden, als er sah, daß sein Vater durch einen Schuß ins Gesicht verletzt worden war. Nach Ansicht des Sheriffs war Eifersucht das Motiv der Bluttat. Der 36jährige Mörder war mit der ermordeten 26jährigen befreundet gewesen, bevor sie zu dem Vater des Jungen zog.

Die Nasa verklagt

SAD, Washington

Eine Schadensersatzforderung von 15 Millionen Dollar reichte Jane Smith, die Witwe des tödlich verunglückten „Challenger"-Piloten Michael J. Smith, gegen die Nasa ein. Sie beschuldigt die Behörde, beim Erteilen der Starterlaubnis nachlässig gewesen zu sein. Die Klage ist die erste eines Angehörigen der sieben bei der Explosion der Raumfähre am 28. Januar ums Leben gekommenen Astronauten.

Acht Millionen Mitglieder

DW. München

Seit Dienstag hat der Allgemeine Deutsche Automobilclub (ADAC) acht Millionen Mitglieder. Die Mitgliederzahl der Vereinigung hat sich seit 1964 verzehnfacht und seit 1952 verhundertfacht. In der Rangliste der größten Automobilclubs der Welt liegt der ADAC an zweiter Stelle hinter der American Automobil Association (23,8 Millionen).

Hilfe für Taifunopfer

rtr, Peking

Die Behörden der vom Taifun „Peggy" verwüsteten chinesischen Provinz Guangdong haben ein umfangreiches Hilfeprogramm angeordnet, an dem sich 2,5 Millionen Menschen beteiligen sollen. In der Region kamen 172 Menschen in dem Wirbelsturm um, 1250 wurden verletzt. „Peggy" war der schwerste Taifun seit den 50er Jahren.

Kosmonauten zurück

rtr, Moskau

Die sowjetischen Kosmonauten Leonid Kisim und Wladimir Solowjew sind nach 125 Tage Aufenthalt im All gestern aus dem Weltraumlabor „Mir" zur Erde zurückgekehrt. Ihr Raumschiff Sojus T-15 landete in Kasachstan. Die beiden Kosmonauten hatten „Mir" für den Ausbau zu einer ständig bemannten Forschungsstation vorbereitet.

Wieder Staus angesagt

AP, München

Neue lange Staus und Wartezeiten an den Grenzen hat der ADAC in München gestern in seiner Stauprognose für das Wochenende vorausgesagt. Die Grenzübergänge nach Österreich Salzburg/Autobahn und Pfronten/Reutte werden besonders belastet sein. Stop-and-Go-Verkehr wird es unter anderem auf der Tauernautobahn in Österreich, auf der Gotthard-Route in der Schweiz sowie auf der Brennerautobahn geben.

WETTER: Schwül-warm

Lage: Das wetterbestimmende Hoch zieht rasch nach Osten ab, so daß eine Kaltfront am Abend auf den Westen Deutschlands übergreifen kann. Sie führt auf ihrer Rückseite kühlere Meeresluft heran.

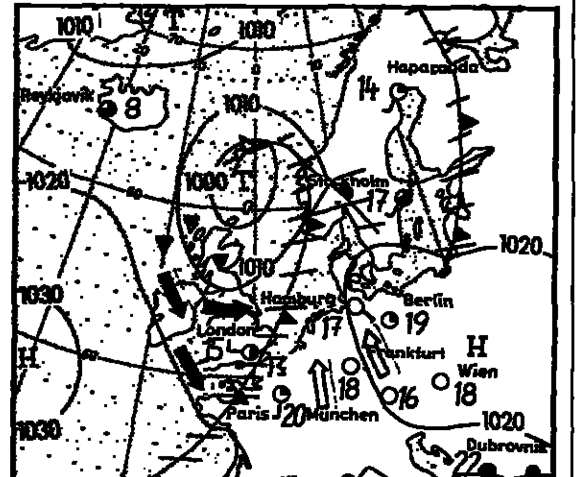
Vorhersage für Donnerstag: Nach Auflösung von Frühdunst sonnig und schwül-warm mit Temperaturen zwischen 27 und 30, an der See um 24 Grad. Nachmittags im Westen Bildung stärkerer Quellbewölkung und nachfolgend Gewitter, die in der Nacht auch den Osten Deutschlands erfassen. Nachts 16 bis 13 Grad.

Weitere Aussichten: Im Süden stark bewölkt mit Regen, sonst wechselnd wolkig mit einzelnen Schauern. Nur noch um 20 Grad.

Sonnenaufgang am Freitag: 5.26 Uhr*, Untergang: 21.30 Uhr; **Mondaufgang:** 19.20 Uhr, Untergang: 1.35 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 17. Juli, 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Berlin	26	he
Bielefeld	26	he
Braunlage	22	he
Bremen	25	he
Dortmund	26	he
Dresden	24	bw
Düsseldorf	27	he
Erfurt	24	he
Essen	26	he
Feldberg/S.	15	he
Flensburg	24	he
Frankfurt/M.	26	he
Freiburg	25	he
Garmisch	22	he
Greifswald	25	he
Hamburg	23	bw
Hannover	25	he
Kahler Asten	21	he
Kassel	24	he
Kempten	21	he
Kiel	24	bw
Koblenz	26	he
Köln-Bonn	26	he
Konstanz	22	he
Leipzig	25	bw
List/Sylt	20	bw
Lübeck	23	bw
Mannheim	25	he
München	22	he
Münster	26	he
Norderney	23	he
Nürnberg	24	he
Oberstdorf	21	he
Passau	23	he
Saarbrücken	23	he
Stuttgart	23	he
Trier	25	he
Zugspitze	6	he

Ausland:

Algier	27	wl
Amsterdam	26	he
Athen	37	wl
Barcelona	26	wl
Belgrad	22	bw
Bordeaux	28	he
Bozen	26	he
Brüssel	26	he
Budapest	25	he
Bukarest	23	he
Casablanca	30	wl
Dublin	18	bw
Dubrovnik	27	he
Edinburgh	20	bw
Faro	30	wl
Florenz	27	bw
Genf	21	bw
Helsinki	21	bw
Hongkong	27	bw
Innsbruck	22	he
Istanbul	26	he
Kairo	31	he
Klagenfurt	22	he
Konstanza	24	he
Kopenhagen	20	bw
Korfu	31	he
Las Palmas	24	he
Leningrad	22	bw
Lissabon	30	wl
Locarno	26	he
London	26	he
Los Angeles	23	bw
Luxemburg	23	he
Madrid	27	wl
Mailand	25	he
Malaga	27	wl
Mallorca	28	he
Moskau	17	bw
Neapel	19	Gw
New York	31	he
Nizza	25	he
Oslo	23	he
Ostende	25	he
Palermo	27	he
Paris	27	he
Peking	26	bw
Prag	24	he
Rhodos	35	wl
Rom	25	bw
Salzburg	23	he
Singapur	27	bw
Split	28	wl
Stockholm	22	bw
Straßburg	28	he
Tel Aviv	34	he
Tokio	28	bw
Tunis	30	bw
Valencia	28	he
Varna	25	bw
Venedig	27	he
Warschau	24	he
Wien	24	he
Zürich	23	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

„Metamizol": Patienten sollen Beipackzettel lesen

VERA ZYLKA, Bonn

Das rezeptfreie Schmerzmittel „Metamizol" ist erneut im Gespräch. Für Mitte September hat das Bundesgesundheitsamt (BGA) in Berlin eine Sondersitzung von Experten einberufen, um über die Gesundheitsrisiken dieses Wirkstoffes zu beraten. Wie BGA-Sprecher Klaus-Jürgen Henning der WELT mitteilte, bestehe kein Anlaß zu einer Dramatisierung.

„Nachdem unsere Behörde bereits im Jahr 1982 Einschränkungen für den Gebrauch Metamizol-haltiger Arzneimittel verfügt hat, stellt sich uns jetzt ein neues Bild. Dabei sind Nebenwirkungen und schwere Komplikationen zahlenmäßig nicht häufiger aufgetreten als man erwartet hatte. Vielmehr haben wir den Eindruck, daß die Präparate unsachgemäß und weit häufiger eingenommen werden, als von den Firmen in ihren Beipackzetteln zur Anwendung empfohlen wird. Den Patienten kann man in dem Fall nur raten, die Gebrauchsinformation zu lesen und sich zu vergewissern, daß man zu dem Patientenkreis gehört, der im Anwendungsgebiet beschrieben ist."

Ein Beispiel dafür sei die Einnahme Metamizol-haltiger Medikamente bei Fieber. Laut Beipackzettel sollten diese nur eingenommen werden, wenn alle anderen Mittel nicht mehr wirksam seien. „Wenn Patienten sie aber bei jeder Temperaturerhöhung schlucken", so Henning, „dann handeln sie unverantwortlich und weder im Sinne des Herstellers noch des Bundesgesundheitsamtes."

Der Wirkstoff Metamizol ist in 1400 Schmerzpräparaten enthalten, von denen 1200 als Kombinationspräparate vorliegen. Diese sollten kurzfristig in vorgeschriebener Dosierung nur angewendet werden bei: akuten stärksten Schmerzen, beispielsweise nach Verletzungen und Operationen, Zahn- und Kiefererkrankungen, Hexenschuß, Krämpfen und Koliken der Gallen- und Harnwege sowie Tumorschmerzen.

Die zwar selten auftretenden, dann aber gefährlichen Nebenwirkungen beruhen auf Überempfindlichkeitsreaktionen: Zerstörung weißer Blutkörperchen (Agranulozytose) im Knochenmark und Kreislaufstörungen bis hin zum Schock.

„Anfangs war's mir furchtbar peinlich"

Freiburger Verwaltungsoberinspektor tritt in der Freizeit mit Rock-'n'-Roll-Band auf

Wenn Manfred Sievert (40) morgens an seinen Arbeitsplatz geht, ist er ganz Verwaltungsoberinspektor: korrekter Anzug, schnurgerader Scheitel, Aktenkoffer. Nach Dienstschluß aber wird das alles anders. Der biedere Büroarbeiter nennt sich dann nur noch Many, vertauscht den grauen Zweireiher mit Glitzerjacke, Rüschenhemd und Seidenschal, steckt klotzige Ringe an die Finger, drückt sich mit einer Handvoll Gel die berühmte Welle ins Haar, steigt in die Rock-'n'-Roll-Schuhe, greift zum Mikro und schmachtet im original Elvis-Sound „Love me tender" ... und die vier Jungs hinter ihm schmachten mit. Das Ensemble „Many and the Teddyshakers" läßt die alten Rock-'n'-Roll-Träume wieder wahr werden.

Manfred Sievert auf seiner Dienststelle in Freiburg ..

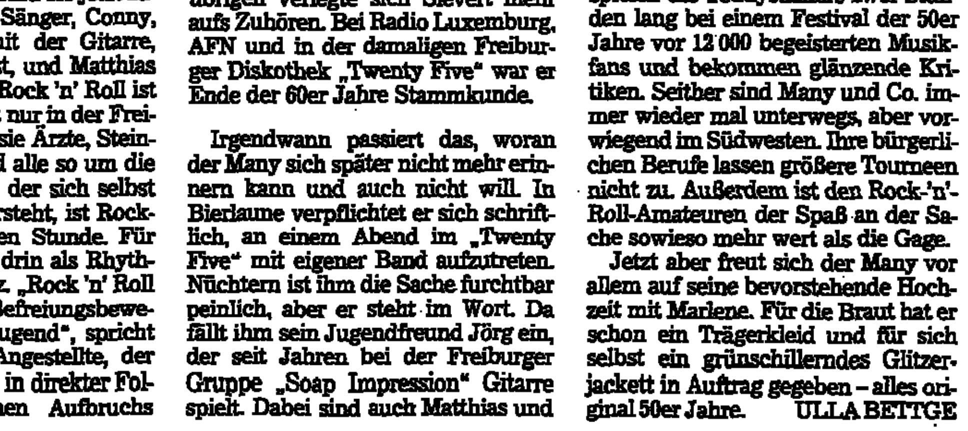
Genau zehn Jahre sind sie jetzt zusammen, Many, der Sänger, Conny, der Pianist, Jörg mit der Gitarre, Wolfgang, der Bassist, und Matthias am Schlagzeug. Der Rock 'n' Roll ist ihr Hobby und findet nur in der Freizeit statt. Sonst sind sie Ärzte, Steinbildhauer, Setzer und alle so um die Mitte Dreißig. Many, der sich selbst als Elvis-Parodist versteht, ist Rock-'n'-Roll-Fan der ersten Stunde. Für ihn ist da viel mehr drin als Rhythmus und Reminiszenz. „Rock 'n' Roll war die weltweite Befreiungsbewegung einer ganzen Jugend", spricht der Krankenkassen-Angestellte, der die Proteste von 1968 in direkter Folge des musikalischen Aufbruchs sieht. Ihm selbst blieben häusliche Konflikte in der Sache nicht erspart. Der Vater mochte den Rocklärm nicht als Musik anerkennen. Doch das ist lange her. „Heute", sagt Many, „heute sitzt er in unseren Konzerten und klopft vor Begeisterung den Rhythmus mit dem Kaffeelöffel an die Tasse."

Selbst hatte der frühe Elvis-Fan Manfred Sievert mit Musik nicht viel am Hut. „Gitarre recht und schlecht" in der Schülerband und Gesang im Kirchenchor waren schon alles, was er selbst produzierte. Im übrigen verlegte sich Sievert mehr aufs Zuhören. Bei Radio Luxemburg, AFN und in der damaligen Freiburger Diskothek „Twenty Five" war er Ende der 60er Jahre Stammkunde.

Irgendwann passiert das, woran der Many sich später nicht mehr erinnern kann und auch nicht will. In Bierlaune verpflichtet er sich schriftlich, an einem Abend im „Twenty Five" mit eigener Band aufzutreten. Nüchtern ist ihm die Sache furchtbar peinlich, aber er steht im Wort. Da fällt ihm sein Jugendfreund Jörg ein, der seit Jahren bei der Freiburger Gruppe „Soap Impression" Gitarre spielt. Dabei sind auch Matthias und Wolfgang. Many gelingt es, die Jungs für die Disco-Nacht anzuheuern, und der gemeinsame Auftritt des Kassenmannes mit den Studenten wird ein Riesenerfolg. Das war 1971. In den folgenden Jahren konzentriert sich Manfred Sievert auf seine Inspektorenlaufbahn, und die drei von der „Soap Impression" bleiben wieder unter sich. Als der Sänger der Gruppe 1975 ausscheidet, ist der Many wieder mit dabei. Einzige Bedingung: Es muß Rock 'n' Roll sein.

Unter dem rockigen Namen „Many and the Teddyshakers" treten sie zweimal monatlich in Freiburg auf. Geprobt wird zweimal in der Woche, und auch Matthias, der inzwischen Arzt in Lindau ist, erscheint regelmäßig. 1980 hat die Gruppe ihren ersten und bisher größten Erfolg. In Köln spielen die Teddyshakers zwei Stunden lang bei einem Festival der 50er Jahre vor 12 000 begeisterten Musikfans und bekommen glänzende Kritiken. Seither sind Many und Co. immer wieder mal unterwegs, aber vorwiegend im Südwesten. Ihre bürgerlichen Berufe lassen größere Tourneen nicht zu. Außerdem ist den Rock-'n'-Roll-Amateuren der Spaß an der Sache sowieso mehr wert als die Gage.

Jetzt aber freut sich der Many vor allem auf seine bevorstehende Hochzeit mit Marlene. Für die Braut hat er schon ein Trägerkleid und für sich selbst ein grünschillerndes Glitzerjackett in Auftrag gegeben – alles original 50er Jahre. ULLA BETTGE



...und abends als Rock-'n'-Roll-Sänger mit der Band unterwegs FOTOS: MEYER

Anzeige

Debattenfestigkeit kann man abonnieren.

Bitte:

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Vorname/Name: ____

Straße/Nr.: ____

PLZ/Ort: ____

Beruf: ____

Vorw./Tel.: ____

Datum: ____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: ____

01-461

Sie haben das Recht, eine Abonnementsbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

ZU GUTER LETZT

„Wer seine Freiheit auf die Befreiung von der Kleidung gründet, weiß wahrscheinlich nicht einmal, wo die Freiheit zu Hause ist." Das ist einer der Kernsätze, mit denen die italienische Jesuiten-Zeitschrift „Prospettive del Mondo" Nacktbaden und -sonnen verurteilt.